

LEIPZIGER ZUSTÄNDE

JAN 2019

chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig



INHALT

04 EDITORIAL

- 06 **LEIPZIG RECHTS AUSSEN**
Überblick über Entwicklungen der letzten 10 Jahre
von chronik.LE

01 MIGRATION UND RASSISMUS

- 16 **WAS IST EIGENTLICH RASSISMUS?**
von Elisa Walter
- 18 **LEIPZIGER REDE**
Aufwachsen in Leipzig
von Alisa
- 20 **»DUNKLER TEINT, ABER KEIN SCHWARZAFRIKANER«**
Rassismus und Öffentlichkeitsarbeit der Leipziger Polizei
von chronik.LE
- 22 **»ICH WUSSTE, DASS DAS SCHWIERIG WIRD ...«**
Rückblick eines minderjährigen Geflüchteten
Interview mit Nour von chronik.LE
- 24 **WURZEN:**
Das Problem der schweigenden Mehrheit
von Heike Krause
- 26 **»GESETZE, MASSNAHMEN UND MONEY«**
Nach #MeTwo müssen jetzt Taten folgen! Ein Debattenbeitrag.
von Ronya Othmann
- 28 **DIE ABSCHIEBEINDUSTRIE**
Der Standort Flughafen Leipzig/Halle
von Frederic Weichselberger
- 30 **AUS DER CHRONIK**
Eine kurze Auswahl rassistischer Ereignisse
von chronik.LE

02 GESCHLECHT UND SEXISMUS

- 34 **WAS IST SEXISMUS?**
von Caroline Dalibor
- 36 **ÜBER SPANNUNGSFELDER UND WIDERSPRÜCHE**
Unser Projekt chronik.LE und der alltägliche Sexismus
von chronik.LE
- 38 **SEXUELLE & GESCHLECHTLICHE VIELFALT**
Akzeptanz in Sachsen stärken – und verteidigen!
von Manuela Tillmanns
- 40 **EINZELFALL, SCHICKSAL ODER SELBST SCHULD?**
Frauenmorde und ihre rassistische Verwertung
von Naomi Shibata und Lena Kirsch
- 43 **AUS DER CHRONIK**
Eine kurze Auswahl sexistischer Ereignisse
von chronik.LE

LEIPZIGER ZUSTÄNDE

JAN 2019

chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig

03 ORGANISIERTE NEONAZIS

- 46 **DER ANGRIFF AUF CONNEWITZ**
Ein Justizmarathon und seine juristischen Deals
von chronik.LE
- 48 **VOM »NATIONALEN SOZIALISTEN« ZUM RECHTEN ANWALT**
Die Karriere des langjährigen NPD-Kaders Manuel Tripp
von chronik.LE
- 52 **RECHTE ORTE**
Eine Karte von Sachsen rechts außen
von chronik.LE
- 54 **KLEINZSCHOCHER:**
Ein rechter Kiez im bunten Leipzig?
von Judith Fallert und Max Heeke
- 56 **EHEMALIGES KZ-AUSSENLAGER:**
Treffpunkt von Neonazis in Leipzig Schönefeld
von Ladenschlussbündnis Leipzig
- 58 **AUS DER CHRONIK**
Eine kurze Auswahl neonazistischer Ereignisse
von chronik.LE

04 AFD AND FRIENDS

- 62 **DIE AFD**
Zwischen völkischer Fundamentalopposition und »Politischer Betnässerei«
von chronik.LE
- 64 **BUNDESTAGSWAHL 2017:**
Ergebnisse von AFD und NPD in Leipzig und Umgebung
von chronik.LE
- 66 **EIN RECHTER PLACEBO**
Vor Ort hat der autoritäre Populismus wenig zu bieten, Zustimmung findet er trotzdem.
von Peter Bescherer
- 68 **IM SCHATTEN DER STADT**
Ist Leipzig-Grünau ein Modellwahlbezirk der AfD?
von Paul Zschocke
- 71 **MENSCHENWÜRDE IST ALTERNATIVLOS**
Aufruf der Kampagne »Gusche auf gegen Rechts!«
- 72 **RECHTES KLASSENTREFFEN**
Die Compact-Konferenz in Leipzig
von Steven Hummel
- 76 **WER AM LAUTESTEN SCHREIT...**
Rechte Angriffe auf demokratische Initiativen nehmen zu
von Martina Glass
- 79 **LEIPZIGER BURSCHENSCHAFTEN**
und ihre Verbindungen in die rechte Szene
von chronik.LE

- 82 **BUCHMESSE 2018:**
Von rechten Diskursfallen und linken Interventionen
von Prisma – Interventionistische Linke Leipzig
- 84 **RECHTE VERLAGE UND VERANSTALTUNGEN**
auf der Leipziger Buchmesse
von chronik.LE
- 86 **ARGUMENTED IRREALITY**
Hass und Hetze im Netz
von chronik.LE

05 VERDRÄNGUNG UND AUSGRENZUNG

- 90 **ÜBER DEN TELLERRAND:**
Für ein Recht auf Wohnen für alle
von Initiativkreis Menschen.Würdig
- 92 **ZUR SITUATION VON OBDACHLOSEN...**
...am Leipziger Hauptbahnhof
von Willie Wildgrube
- 94 **ANTIZIGA... WAS?**
von Alexandra Sobotta
- 96 **RASSISTISCHE DISKRIMINIERUNG IM LEIPZIGER OSTEN**
Kriminalisierung nicht-weißer Menschen durch die Polizei und Stadt
von Sophie Perthus
- 100 **SYSTEMATISCHE UNTERDRÜCKUNG**
Junge Roma im Bildungssystem
von Petra Čagalj Sejdi

06 SERVICE

- 104 **LITERATUREMPFEHLUNGEN**
von chronik.LE
- 109 **BERATUNG – BILDUNG – ENGAGEMENT**
Kontaktverzeichnis für Leipzig und Umgebung
- 114 **SPRENDENAUFRUFE**
- 115 **IMPRESSUM**

EDITORIAL

Rückblick und Bestandsaufnahme

10 Jahre ist es her, dass aus der ersten Idee, ein Pressedossier zu neonazistischen Angriffen zu erstellen, das Projekt chronik.LE hervorgegangen ist. Gegründet, um ein Problembewusstsein für die Aktualität und Alltäglichkeit rechter und diskriminierender Gewalt zu schaffen, dokumentiert chronik.LE nun schon seit dem Jahr 2008 kontinuierlich faschistische, rassistische und diskriminierende Ereignisse in Leipzig und Umgebung. 10 Jahre, in der sich chronik.LE personell, aber auch als Projekt verändert und weiterentwickelt hat. Neben der Onlinedokumentation und Pressearbeit haben wir zahlreiche Veranstaltungen wie Vorträge, Workshops, Filmvorführungen und Stadtrundgänge organisiert. Darüber hinaus haben wir verschiedene Ausstellungsformate entwickelt. Außerdem haltet ihr die bereits sechste Ausgabe der LEIPZIGER ZUSTÄNDE in euren Händen.

Leider müssen wir aber auch feststellen, dass es 10 Jahre sind, in denen diskriminierende Vorfälle, körperliche Angriffe und rechte Propaganda alltäglich waren und auch weiterhin sind. Die NPD ist mittlerweile weder im Landtag, noch im Leipziger Stadtrat vertreten, sie hat massiv an Bedeutung verloren – insbesondere in der Stadt Leipzig. Auch zahlreiche Bürgerinitiativen und das islamfeindliche Bündnis LEGIDA sind inzwischen wieder Geschichte, doch deren Auswirkungen sind deutlich zu spüren. Das gesellschaftliche Klima hat sich auf beängstigende Weise gewandelt. Das hat auch zu einer Neuausrichtung und zum Aufschwung der politischen Rechten bundesweit und in der Region beigetragen. Zeit also für einen Rückblick und eine erneute Bestandsaufnahme.

Bevor wir die gewohnten Analysen und Berichte zur aktuellen Situation liefern, befassen wir uns daher zu Beginn dieser Ausgabe mit der Entwicklung neonazistischer

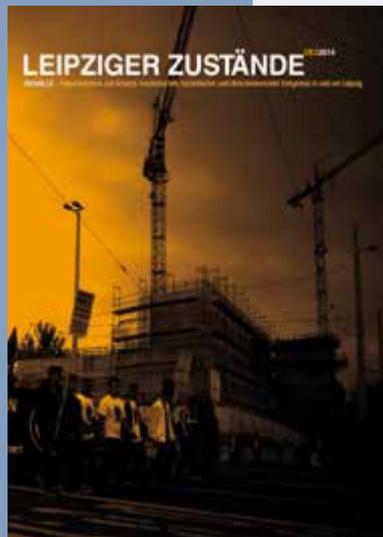
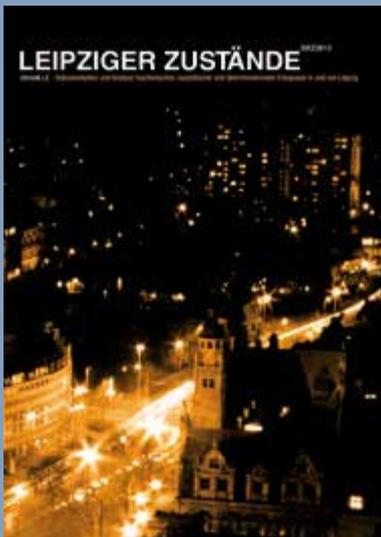
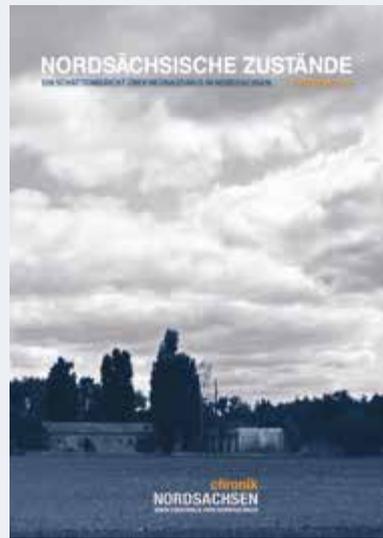
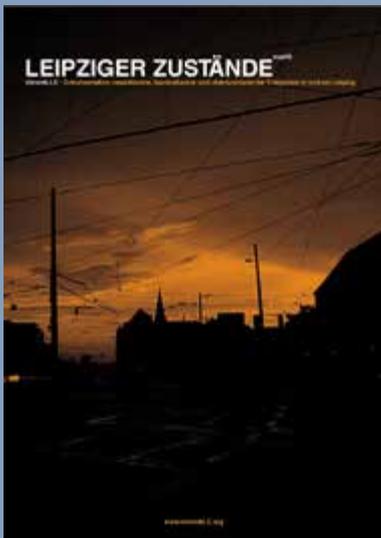
Strukturen in den vergangenen 10 Jahren. Es folgen Kapitel zu den Themen Rassismus und Migration, Sexismus und Geschlecht, organisierter Neonazismus, AfD & Friends sowie Verdrängung. Die Broschüre schließt mit Literatur- und Filmeempfehlungen sowie einer Übersicht von Anlaufstellen, bei denen ihr Unterstützung bekommen oder euch selbst engagieren könnt.

Wir danken allen Menschen, die zur Entstehung dieser Broschüre beigetragen haben: den Fördermittelgeber_innen der Stadt Leipzig und der DIRK-OELBERMANN-STIFTUNG, den zahlreichen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die diese Broschüre mit ihren Texten bereichert haben, allen Fürsprecher_innen und Spender_innen, Fotograf_innen, Layouter_innen und Lektor_innen. Darüber hinaus geht auch ein großer Dank an all die Menschen, die uns immer wieder auf vielfältige Weise in der alltäglichen Arbeit unterstützen und die 10 Jahre chronik.LE erst möglich machen.

Unser Engagement braucht langen Atem und finanzielle Ressourcen. Daher freuen wir uns, wenn wir ihr Projekte wie unseres auch langfristig finanziell unterstützt. Unsere Kontonummer findet ihr auf der letzten Seite.

Übrigens haben wir uns bemüht, in allen Artikeln den verschiedenen Geschlechtsidentitäten gerecht zu werden, statt durch die deutsche Grammatik nur Männer anzusprechen oder das beschränkte Mann-Frau-Schema zu bemühen. Daher verwenden die Autor_innen die Schreibweise „_innen“. Falls ihr beim Lesen darüber stolpern solltet, war das unsere Absicht. Diese Schreibweise wenden wir bei den Personen nicht an, die auf den patriarchalen Vorstellungen der Geschlechter beharren.

Die Redaktion



10 JAHRE LEIPZIGER ZUSTÄNDE

nachlesen auf www.chronikLE.org

Titelseiten der Leipziger Zustände 2009 bis 2019



LEIPZIG RECHTS AUSSEN

Überblick über Entwicklungen der letzten 10 Jahre

von chronik.LE

Wir dokumentieren seit nunmehr 10 Jahren unter anderem Neonazismus in der Region Leipzig. Seitdem hat sich vieles verändert. Einige der wichtigsten Entwicklungslinien der neonazistischen Strukturen und Aktionen sollen im Folgenden für den Zeitraum Anfang 2008 bis zum Ende des Jahres 2017 nachgezeichnet werden. Der Text erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll eher größere Entwicklungen skizzieren. Schwerpunkt der Darstellung liegt auf Leipzig und Umland. Viele der angesprochenen Themen und Strukturen wurden schon in alten Ausgaben der Leipziger Zustände ausführlicher dargestellt.

► Am 20. April 2008 (am Geburtstag von Adolf Hitler) gründet sich der JN-Stützpunkt Leipzig. Die JN (JUNGE NATIONALDEMOKRATEN, seit 2018 JUNGE NATIONALISTEN – die Jugendorganisation der NPD) ergänzt die bestehenden neonazistischen Strukturen wie die der Freien Kräfte und der NPD (NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS) um einen weiteren Anlaufpunkt. Die parteifernen und eher bewegungsorientierten Neonazis organisieren sich in und um Leipzig in den Freien Kräften. Das FREIE NETZ dient als deren Organisationsrahmen.

Die „FREIEN KRÄFTE LEIPZIG“ sind nicht als klassische Kameradschaft zu verstehen. Es besteht zwar ein organisatorischer Kern mit personellen Kontinuitäten, die teilweise bis in die Anfangszeit zurückreichen. Aber der Anspruch und das Auftreten sind lockerer und die Personen, die unter dem Label „Freie Kräfte“ an Aktionen teilnehmen, variieren.

Leipziger Zustände 2009: S. 13

► Die JN/NPD und vermeintlich „parteilose Kräfte“ arbeiten immer wieder zusammen. Zahlreiche Kameraden kandidieren auf den Listen der NPD. Nach dem Niedergang des FREIEN NETZES werden einige Strukturen in die JN überführt. Wichtig für diese Zusammenarbeit sind langjährige Kader aus Delitzsch und Altenburg. Sie propagieren eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe.^[1]

Führende Neonazis aus Leipzig und Umgebung wollen eine „NS-Ersatzorganisation“ schaffen – und benutzen dafür die Jugendorganisation der NPD, die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). Ein internes Forum von Kadern der „mit-

teldeutschen“ Neonazi-Szene dokumentiert minutiös die Strategie und Ideologie des so genannten „Freien Netzes“ (FN). [...] Beim „Freien Netz“ handelt es sich um eine der bedeutendsten Vereinigungen gewaltbereiter Kameradschaften, vorrangig aktiv in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. [...] Dabei tonangebend sind bekannte Neonazi-Aktivist:innen, u.a. aus Leipzig, Delitzsch und Geithain.

Rechercheportal Gamma: „Freies Netz“-Leaks 2011

► Am 23. August 2008 wird der Obdachlose Karl-Heinz T. am Schwanenteich hinter der Leipziger Oper von einem Neonazi angegriffen. Er stirbt zwei Wochen später an seinen schweren Verletzungen im Krankenhaus. Der Täter ist mit einem Begleiter auf dem Rückweg von einer rechten Mahnwache in Reudnitz. Anlass derselben ist die Ermordung eines achtjährigen Mädchens aus Reudnitz. Ein mit dem Kind verwandter Neonazi organisiert mehrere Kundgebungen mit der Forderung „Todesstrafe für Kinderschänder“.

► Reudnitz ist zu diesem Zeitpunkt ein wichtiger Stadtteil für Neonazis. Politische Gegner_innen, wie das neugegründete Ladenprojekt Atari, sind immer wieder Angriffen ausgesetzt.

Fußball in Leipzig

► In langer Tradition gibt es beim Fußballverein 1. FC LOKOMOTIVE LEIPZIG eine rechte Fanszene, die streckenweise klar neonazistisch dominiert ist. So zeigen sich deutliche Überschneidungen zwischen der neonazistischen Hooligangruppe BLUE CAPS LE und den Freien Kräften. Die BLUE CAPS LE benutzen einen von der NPD frequentierten Raum in der Odermannstraße zeitweise als ihren Sitz.

► 2008 wird für die BLUE CAPS LE ein Stadionverbot ausgesprochen. Für Neonazis bleibt damit „nur“ die Fangruppe SCENARIO LOK. Deren Vorsänger ist ebenfalls bei den Freien Kräften aktiv.

► 2011 erzwingen Neonazis die Auflösung der antirassistischen Fangruppierung BLUE SIDE LOK. Daraufhin bleibt Scenario Lok als dominierende Ultragruppe übrig.

► Im September 2012 findet im Zentralstadion das Regionalliga-Derby zwischen LOK LEIPZIG und RB LEIPZIG

[1] Siehe dazu auch: „Nicht zu viel lospoltern, alles im Hintergrund tun, ein Fundament schaffen“ (Leipziger Zustände 2016, S. 30/31).

statt. 2.000 Lok-Anhänger versammeln sich davor für einen Fanmarsch. Der Aufzug wird maßgeblich von der neonazistischen Fangruppe SCENARIO LOK organisiert und beworben.

► Im August 2013 erteilt der 1. FC LOKOMOTIVE LEIPZIG der Ultragruppe SCENARIO LOK ein Auftritts- und Erscheinungsverbot im eigenen Stadion, nachdem diese einen Blocksturm beim Spiel gegen den SV BABELSBERG 03 zu verantworten hat, wobei rassistische Fangesänge skandiert wurden. 2014 gibt die Gruppe ihre Selbstauflö-



2008: Leipziger Neonazis bekennen sich zu Lok Leipzig

sung bekannt. Einige Kader gehen zur neugegründeten FANZENE LOK über, welche sich offen für den Beitritt einschlägiger Nazihooligans zeigt.

► Neben neonazistischen Bestrebungen in der Stadt Leipzig gibt es diese auch im Umland. Mehrfach kommt es dort zu gewalttätigen Übergriffen, zum Beispiel am 23. Februar 2008 in Colditz, als 100 Neonazis ein Geschäftslokal angreifen und schwer beschädigen. Viele der Angreifer gehören der Kameradschaft STURM 34 aus Mittelsachsen an, was auf eine überregionale Vernetzung der Szene vor Ort schließen lässt.

Die Zeit der Odermannstraße 8

► Am 15. November 2008 wird das sogenannte NATIONALE ZENTRUM in der Odermannstraße in Leipzig-Lindenau eröffnet. Es dient offiziell als Bürgerbüro des NPD-Landtagsabgeordneten **Winfried Petzold**. Petzold besitzt darüber hinaus ein Grundstück im Ortsteil Roda bei Grimma, welches regelmäßig für neonazistische Veranstaltungen genutzt wird (etwa NPD-Sommerfeste)

► Im Nationalen Zentrum finden regelmäßig Liederabende, Schulungen, Zeitzeugenvorträge und weitere Veranstaltungen statt.

Von Beginn an fanden viele Veranstaltungen in der Odermannstraße statt. Das „Büro“ war ständig von jungen Männern besetzt, von denen wiederholt Übergriffe ausgingen. Auch außerhalb des Zentrums präsentierten sich die Nazis aggressiv und griffen gezielt Menschen an, die sie als im weitesten Sinne liberal oder links einstufen: Student_innen, alternativ aussehende Personen, nichtrechte Jugendliche. Das Ziel dieser Aktionen war die gewaltsame Unterbindung individuellen Protestes sowie die Zurückdrängung nichtrechter Lebensräume im Stadtteil.

Leipziger Zustände 2009: S. 19

► In der Odermannstraße kommt es zu einer symbiotischen Beziehung zwischen NPD/JN und Freien Kräften, Hooligans und anderen Neonazis, welche allerdings von nicht allzu langer Dauer ist. Die angestrebte Wirkung in den Stadtteil hinein erreichten die NPD und die das Gebäude auch nutzenden Neonazis nicht. Stattdessen bildet sich relativ schnell zivilgesellschaftlich-antifaschistischer Widerstand. Erinnert sei hier an die öffentlichkeitswirksame antifaschistische Kampagne FENCE OFF.



2010: Neonazis im NATIONALEN ZENTRUM in der Odermannstraße 8

Seit mehr als zwei Jahren gibt es im Leipziger Stadtteil Lindenau ein Nazi-Zentrum, das zum einen als NPD-„Bürgerbüro“, zum anderen als Treffpunkt der „Freien Kräfte“ genutzt wird. Eine Mischung aus NPDlern, „autonomen Nationalisten“, Hooligans und anderen Nazis nutzt die Immobilie in der Odermannstraße zur Vorbereitung von Aktionen, als Schulungsraum und Rückzugsort. Wir sagen: Schluss damit! Demonstrationenaufruf „Kein Tag länger das ‚nationale Zentrum‘!“ der Antifa Klein-Paris 2011

Wahlen 2009

► Im Mai 2009 finden in Leipzig Stadtratswahlen statt.

Bei diesen treten einige prominente Vertreter der JN und „parteilosen Kräfte“ als Kandidaten an. Den Einzug in den Stadtrat schaffen allerdings lediglich die beiden deutlich älteren **Klaus Ufer** und **Rudi Gerhard**.

► Bei den Kommunalwahlen 2009 kann die NPD im Landkreis Leipzig 12 Gemeinderatssitze gewinnen, im Landkreis Nordsachsen 4.

► Im August 2009 folgt die Landtagswahl, bei welcher die NPD mit 5,6% (2004: 9,2%) der Stimmen erneut in den Sächsischen Landtag einzieht. Die Wahlergebnisse in der Region im Einzelnen: Leipziger Land I 5,6%, Leipziger Land II 3,4%, Leipzig I 2,9%, Leipzig II 3,4%, Leipzig III 4,1%, Leipzig IV 2,9%, Leipzig V 6,0%, Leipzig VI 3,9%, Leipzig VII 4,1%, Delitzsch 6,0%, Torgau-Oschatz 8,3%, Muldentale I 7,4%, Muldentale II 6,2%.

► Am 24. Oktober 2009 überfallen mehr als 50 Personen ein Fußballspiel zwischen ROTER STERN LEIPZIG und FSV BRANDIS in Brandis. Die Täter stammen allesamt aus dem sächsischen Neonazi-Milieu, der Freefight-Szene und rechten Hooligan-Gruppen. Während sie mit Steinen, Holzknüppeln und vorab deponierten Eisenstangen angriffen, tat die Polizei ihr Bestes – nichts. (GAMMA Heft 186) Am Angriff beteiligt ist ein seit den neunziger Jahren aktiver Hooligan, der ebenfalls unter den Festgenommenen nach dem Angriff auf Connewitz am 11. Januar 2016 ist, der Colditzer Freefighter **Ricky H.**, sowie diverse Mitglieder der TERROR CREW MULDENTAL, darunter ein Mitglied der Naziband STORM OF MIND. Gegen die TERRORCREW MULDENTAL wird wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt.

► In Leipzig versuchen sich Neonazis, nach dem jahrelangen Scheitern der von **Christian Worch** organisierten Neonaziaufmärsche, 2009 erneut an einem Großaufmarsch. So wollen am 17. Oktober 2009 insgesamt 1.349 Neonazis unter dem Motto „Recht auf Zukunft“ durch den Leipziger Osten marschieren. Breiter zivilgesellschaftlicher Protest verzögert den Start. Als einige Neonazis gewalttätig werden, kontrolliert die Polizei jeden einzelnen (daher die genaue Teilnehmerzahl). Anmelder der Demonstration ist der damalige JN-Landesvorsitzende.

► Einen ähnlichen Aufmarschversuch gibt es 2010, aber auch dieser scheitert. Ursprünglich waren sogar vier Demonstrationen als Sternmarsch geplant.

Das war wohl nichts! Kaum mehr als 500 Nazis sind heute nach Leipzig gekommen, angekündigt war das Dreifache.

Der Tag begann mit einem „Spontan“-Aufmarsch von 60 Nazis in Geithain, 200 erschienen später an der genehmigten Kundgebung neben dem Hauptbahnhof. Im Stadtgebiet gab es weitere überschaubare Nazigrüppchen, die probiert haben, wiederum „spontan“ zu marschieren. Diese Versuche in Grünau, Plagwitz und Sellerhausen waren erfolglos, endeten jeweils nach wenigen hundert Metern.

Resümee vom Antifa-Bündnis „Roter Oktober“

Neonazis und NPD im Leipziger Umland

► Ende 2009 erfolgt die Gründung weiterer JN-Stützpunkte in Delitzsch, Eilenburg, Torgau, Oschatz (diese fusionieren 2011 zur JN-Nordsachsen) und Wurzen, später folgt Borna-Geithain.

► Die Mehrheit der Stützpunkte liegt in Nordsachsen. Dieses wird von Neonazis als Modellregion ausgerufen, mit dem Ziel, eine breite lokale Verankerung sowie die Etablierung einer „nationalbefreiten Zone“ voranzutreiben.

Es ist anzuzweifeln, dass der Landkreis Nordsachsen der von Scheffler ins Auge gefassten „Modellregion“ entspricht. [...] Trotzdem, Neonazis haben es in etlichen Orten Nordsachsens geschafft, eine feste Szene zu etablieren, und sie sind im vorpolitischen Raum vor allem bei Jugendlichen nach wie vor anschlussfähig.

Nordsächsische Zustände 2012: S. 11

► Besonders aktiv ist das FREIE NETZ BORNA/GEITHAIN im Landkreis Leipzig sowie der entsprechende JN-Stützpunkt. Die örtliche Struktur organisiert mehrfach Kundgebungen und Veranstaltungen.

► So referiert im September 2010 der ehemalige Anführer der 1980 verbotenen WEHRSPORTGRUPPE HOFFMANN (WSG), **Karl-Heinz Hoffmann**, über die WSG. Hoffmann besitzt lange Zeit ein ehemaliges Rittergut in Kohren-Sahlis, welches er mit staatlichen Fördermitteln saniert. Das Gebäude wird 2017 aufgrund von Schulden mehrfach zwangsversteigert.

► Im Umfeld vom FREIEN NETZ BORNA/GEITHAIN kommt es immer wieder zu Bedrohungen und Angriffen auf politische Gegner_innen. Einer der schwersten findet am 1. Mai 2010 in Geithain statt, als ein 15-jähriger Punker brutal von einem Neonazi angegriffen wird. Seit dem Angriff muss er eine Titanplatte im Kopf tragen. Nach der Verhaftung des Täters treffen sich seine Kameraden im nahegelegenen Bad Lausick und veranstalten mit 50 Personen eine Spontandemonstration. Der Angreifer wird wegen gefährlicher Körperverlet-



2010: Aufmarsch der JN in Torgau

zung zu einer Haftstrafe von einem Jahr und sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt.

► Im August 2011 veranstaltet die lokale Szene einen „Tag der Identität“ in Geithain, welcher nach zivilgesellschaftlicher Intervention nicht wie geplant im Stadthaus stattfinden kann, sondern auf eine Freifläche ausweichen muss. An besagtem Tag beteiligen sich rund 120 Neonazis. Er endet in einem körperlichen Angriff auf Antifaschist_innen in der Nähe einer Gegenkundgebung.

► Im März 2012 tritt der Kreisvorstand der NPD im Landkreis Leipzig geschlossen aus der NPD aus. Der NPD-Kreisvorsitzende des Landkreises Nordsachsen übernimmt den kommissarischen Vorsitz, bei der nächsten Wahl übernimmt der Geithainer Manuel Tripp.^[2]

Rechte Morde und neonazistische Gewalt

► Am 23. Oktober 2010 wird Kamal K. in der Leipziger Innenstadt niedergestochen. Er stirbt kurz darauf an seinen Verletzungen. Die Täter, beide Neonazis, haben sich im Gefängnis kennengelernt. Am Tag des Mordes sind sie auf Kneipentour und pöbeln am Hauptbahnhof einen Freund von Kamal an. Als sich Kamal einmischt, wird er von einem der beiden Neonazis mit einem Pfefferspray angegriffen und von dem anderen niedergestochen. Im Gerichtsprozess wird der Haupttäter wegen Mordes zu 13 Jahren Haft mit anschließender Sicherheitsverwahrung und sein Komplize wegen gefährlicher Körperverletzung zu drei Jahren Haft verurteilt.

In Gedenken an die Opfer rassistischer und neonazistischer Gewalt. Hier an diesem Ort wurde am 24.10.2010 das hoffnungsvolle Leben meines Sohnes Kamal K. und das Glück meiner Familie durch die Tat zweier Neonazis zerstört. Das Wichtigste und Teuerste in meinem Leben waren meine drei Kinder und ihre Träume. Die Freude, die ich empfand, sie Tag für Tag heranwachsen zu sehen, kann ich nicht in Worte fassen. Jeden Tag habe ich meine Kinder ermahnt, Straßen vorsichtig zu überqueren und auf Verkehrsampeln zu achten ... Doch Kamal kam nicht durch einen Verkehrsunfall ums Leben. Stattdessen traf er auf jemanden, der sein Leben auslöschte, weil er Ausländer war. Kamal fiel einer rassistischen Ideologie zum Opfer, die vor ihm bereits Millionen von Menschen das Leben gekostet hat. Mir fehlen sein Lachen und seine Träume ... Träume, die nun für immer verschwunden sind.

Kamals Mutter

Inschrift auf dem Gedenkstein im Park am Hauptbahnhof, der immer wieder zerstört wird

► Am 26. Mai 2011 wird der Obdachlose André K. in Oschatz von einer Gruppe Jugendlicher angegriffen und so schwer verletzt, dass er sechs Tage später stirbt. Sechs Täter werden festgenommen, bei einigen liegen aufgrund von Tätowierungen und Fotos klare Hinweise



2013: Demonstration in Gedenken an die Todesopfer rechter Gewalt

auf eine neonazistische Gesinnung vor. Der Haupttäter wird im Januar 2013 wegen Totschlags zu 13 Jahren Haft verurteilt, andere Mittäter bekommen geringere Strafen. Der Verurteilung wegen Mordes entgeht er, da das Gericht kein niederes Tatmotiv erkennt. Anträge der Nebenklage, die ein sozialdarwinistisches Motiv und die neonazistische Gesinnung der Täter in den Vordergrund stellen wollen, werden abgelehnt.

► In Delitzsch werden am 18. März 2012 acht Personen brutal von Neonazis angegriffen. Die Besucher_innen eines Konzertes im lokalen Jugendclub befinden sich gerade auf dem Nachhauseweg, als sie zielgerichtet von etwa zwanzig Neonazis angegriffen werden. Ein Musiker wird dabei mit einer Glasflasche und einem Schlagring so schwer verletzt, dass er mehrfach am Auge operiert werden muss. Er kann mit dem Auge nur noch Konturen erkennen.

► In Geithain kommt es in kurzer Zeit zu mehreren Angriffen auf eine Pizzeria. So zerstören am 5. Mai 2012 zehn Angreifer mit einer Bierflasche die Scheibe der Pizzeria, werfen einen Stein hinein, bedrohen den Inhaber und fordern ihn auf Geithain zu verlassen. Alternativ werde er getötet. Kurz darauf, am 12. Mai 2012, explodiert vor dem Laden ein selbstgebauter Sprengsatz, der zu mehr als 10.000 Euro Sachschaden führt. Der Betreiber schließt daraufhin sein Restaurant aus Angst vor weiteren Angriffen. Auf Twitter bejubelt das FREIE NETZ GEITHAIN den Vorfall. Die Polizei ermittelt, kann die Tat jedoch nicht aufklären. Vermutlich aufgrund der Berichterstattung der LEIPZIGER VOLKSZEITUNG (LVZ) zu den Anschlägen werden der Geithainer Redaktion Ende Mai 2012 die Scheiben eingeworfen.

Neue rassistische Mobilisierungen in Leipzig

► Nachdem die Stadt Leipzig im Mai 2012 ein Konzept zur dezentralen Unterbringung von Asylsuchenden vorstellt, kommt es zu Protesten im Leipziger Stadtteil Wahren und in Portitz. Das Konzept sieht sieben neue Unterkünfte mit einer Kapazität von 30 bis 70 Plätzen vor und die Schließung der Heime in der Liliensteinstraße und Torgauer Straße. Hier deutet sich bereits der Auftakt rassistischer

[2] Mehr zu Manuel Tripp im Artikel Vom „Nationalen Sozialisten“ zum rechten Anwalt (S. 48).

[3] Mehr zur Geschichte und aktuellen Nutzung des Gebäudes im Artikel Ehemaliges KZ-Außenlager in Leipzig-Schönefeld ist Treffpunkt von Neonazis (S.56).

Mobilisierung gegen Asylsuchendenunterkünfte an.

► Zu dieser Zeit gibt es mehrere gut besuchte Stadtbezirksversammlungen und Informationsveranstaltungen. Widerstand regt sich vor allem aufseiten eigentlich unpolitischer BürgerInnen. Daran anschließend kommt es wieder zu rassistischen Mobilisierungen.

Nach einer ersten Abstimmung über das Vorhaben der dezentralen Unterbringung in den Stadtbezirksbeiräten (SBB) lenkte die Stadt auf den Druck der Bürger_innen hinein und veränderte das Konzept: Der geplante Standort in Grünau wurde gestrichen und die Anzahl der geplanten Bewohner_innen in Portitz und Wahren halbiert. So ging die inakzeptable Strategie der Einschüchterung, Bedrohung und Beschimpfung fatalerweise auf.

Leipziger Zustände 2012: S. 13

► Im Oktober 2013 werden Pläne der Ahmadiyya-Gemeinde bekannt, eine Moschee in Leipzig-Gohlis bauen zu wollen. Bereits eine Woche nach der Veröffentlichung treffen sich am 17. Oktober 2013 MoscheebaugegnerInnen. Die Bürgerinitiative GOHLIS SAGT NEIN! wird ins Leben gerufen. Tatkräftige Unterstützung bekommt sie von Anfang an von verschiedenen rechten Kreisen, unter anderem von der NPD, Burschenschaften und konservativen Kräften.

► Als sich die Bürgerinitiative Gohlis sagt NEIN! im Februar 2014 an einer Kundgebung vom Bündnis Leipzig steht auf beteiligt, das maßgeblich von NPD-Mitgliedern geprägt ist, wird deutlich, dass Neonazis die treibende Kraft hinter der Bürgerinitiative sind. Das zeigt sich auch bei der Übergabe von Unterschriften einer Petition gegen die Moschee im April 2014. Anwesend war u.a. der Neonazi **Alexander Kurth**.

► Etwas zeitlich versetzt beginnt ebenfalls im Herbst 2013 die Auseinandersetzung um eine Notunterkunft für Asylsuchende in Schönefeld. Auch hier agitieren AnwohnerInnen zusammen mit Neonazis gegen die Einrichtung der Unterkunft. Die Veranstaltung wird von rassistischen Zwischenrufen dominiert.

Allgemein lässt sich feststellen, dass Neonazis zu dieser Zeit sehr aktiv im Stadtviertel waren. Neben klassischen Aktionsformen wie Demonstrationen, Kundgebungen und Infoständen wurde weiterhin auf Hetze im Internet sowie die Organisation einer „Elterninitiative“ gesetzt. Diese sammelte Unterschriften gegen einen im Rahmen des Ethikunterrichts durchgeführten Besuch der Unterkunft. Zur Begründung wurde eine Gefahr durch ansteckende Krankheiten herbei halluziniert.

Leipziger Zustände 2014: S. 13

Leipziger Neonazis im Kampfsport

► Im September 2012 und im März 2013 finden die Kampfsportveranstaltungen „Sachsen kämpft“ und



2013: Neonazidemo gegen eine Asylunterkunft in Schönefeld

„Sachsen kämpft 2.0“ in Schildau statt, wobei einige der aktiv Kämpfenden und Organisatoren Neonazis sind. Auch ein Trainer des IMPERIUM FIGHT TEAMS coacht, der unter anderem der neonazistischen Fangruppe SCENARIO LOK angehört.

► Von 2014 bis 2016 finden in Leipzig die „Imperium Fighting Championships“ an wechselnden Orten statt (Eventpalast Juni 2014, April 2015, März 2016, Haus Auensee Oktober 2015, Kohlraabizirkus August 2016).

► Im März 2017 eröffnet das Imperium Fight Team eine Trainingshalle in der Kamenzer Straße im Stadtteil Schönefeld in Leipzig. Zuvor fanden in dem Gebäude gelegentlich Rechtsrockkonzerte statt. Dort befand sich von Juni 1944 bis April 1945 das größte Frauenaußenlager des Konzentrationslagers Buchenwald.^[3] Von 2014 bis 2016 finden in Leipzig die „Imperium Fighting Championships“ an wechselnden Orten statt (Eventpalast Juni 2014, April 2015, März 2016, Haus Auensee Oktober 2015, Kohlraabizirkus August 2016).

Neue Rechte und NPD

► Am 23. November 2013 findet die zweite COMPACT-Konferenz in Schkeuditz statt. Gäste sind unter anderem **Eva Herman** und **Thilo Sarrazin**. Organisiert wird die Konferenz von der Zeitschrift COMPACT, deren Chefredakteur **Jürgen Elsässer** ist.

► Ab März 2014 finden in Leipzig wie auch bundesweit sogenannte Montagsmahnwachen statt. Die teilweise diffuse Ausrichtung und Zusammenarbeit mit Rechten führt zu einer Distanzierung der schon etablierten Friedensbewegung. Die Veranstaltungen zeichnen sich durch ihre Rechtsoffenheit und verschwörungstheoretischen Erklärungen aus. Nichtsdestotrotz gibt es in einigen Städten regen Zulauf, so auch in Leipzig, wo teilweise bis zu 800 Personen an den Mahnwachen teilnehmen, unter anderem Verschwörungsideologen, Neonazis und AfD-Mitglieder. Bereits hier tritt eine Person aus Wurzeln in Erscheinung, die später organisatorisch bei LEGIDA aktiv wird.

Wahlen 2014

► Bei der Stadtratswahl in Leipzig im Mai 2014 erlangt die NPD lediglich 2,4 % der Stimmen und verursacht sogar eine Teilneuwahl. Der vorbestrafte Alexander Kurth hätte aufgrund einer vorausgegangenen Haftstrafe gar nicht antreten dürfen. **Enrico Böhm** zieht als einziger NPD-Abgeordneter in den Stadtrat ein.

► In den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen erringt die NPD jeweils drei Kreistagsmandate sowie jeweils vier Stadt- bzw. Gemeinderatssitze.

► In Nordsachsen sind durch 4,6 % der Stimmen **Jens Gatter** (Liebschützberg), **Maik Scheffler** (Delitzsch) und **Paul Rzehaczek** (Eilenburg) sowohl im Kreistag als auch in ihrer jeweiligen Stadt oder Gemeinde vertreten. Dazu kommt das Mandat von **Uwe B.** aus Oschatz.

► Im Landkreis Leipzig sind durch 4,0 % der Stimmen Manuel Tripp (Geithain) und **Stefan Schubinski** (Borna) sowohl im Kreistag als auch in ihrer jeweiligen Gemeinde vertreten sowie **Kati K.** (Borna) ebenfalls im Kreistag. Dazu kommen **Peter K.** (Parthenstein) und **Andreas H.** (Trebsen) auf der Stadt- bzw. Gemeindeebene.

► Bei der Landtagswahl verpasst die NPD mit 4,9 % knapp den Einzug in den Landtag. Seitdem verliert sie sowohl in Sachsen als auch bundesweit an Bedeutung, da sie auf weniger finanzielle Ressourcen zurückgreifen kann. Kurz nach der verlorenen Wahl wird das sogenannte NATIONALE ZENTRUM in Leipzig geschlossen. In der zurückliegenden Zeit gab es dort auch deutlich weniger Aktivitäten als am Anfang.

Rassistische Mobilisierungen im Aufwind

► Im Zuge der bundesweiten Asyldebatte kommt es zu einer Vielzahl an Demonstrationen gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in der Nachbarschaft. Parallel dazu steigt die Zahl der Angriffe auf Unterkünfte massiv. Auch die rassistisch motivierte Gewalt steigt ab Ende 2014, Anfang 2015 deutlich an.^[4]

► Um Leipzig werden verschiedene rassistisch motivierte Bürgerinitiativen gegründet. Oft spielen Neonazis bei



2015: Jürgen Elsässer, Compact-Chefredakteur, bei Legida



2015: Demonstration der Legida in Leipzig

der Gründung eine wichtige Rolle (etwa UNSER EILENBURG, UNSER DELITZSCH, REGIS-BREITINGEN WEHRT SICH).

► Am 12. Januar 2015 gibt es nach dem Vorbild PEGIDA in Dresden eine erste Demonstration von LEGIDA in Leipzig. LEGIDA vertritt bereits seit Beginn deutlich radikalere Vorstellungen als das Dresdner Vorbild und spricht zum Beispiel in einem ersten Positionspapier von „Kriegsschuld kult“. Den 3.000 Demonstrierenden stehen etwa 30.000 Gegendemonstrant_innen gegenüber. An einer zweiten Demonstration beteiligen sich rund 5.000 Personen. Damit ist der Teilnehmenden-Höhepunkt, anders als in Dresden, allerdings auch schon erreicht. Seitdem finden wöchentliche Demonstrationen mit zumeist hohen dreistelligen Teilnehmendenzahlen mit abnehmender Tendenz statt. Bei den folgenden Demonstrationen treten auch Jürgen Elsässer, **Götz Kubitschek** und **Friedrich Fröbel** auf.

► Parallel zu den LEGIDA-Demonstrationen gibt es an vielen Orten im Leipziger Umland rassistische Mobilisierungen (etwa in Borna, Delitzsch, Eilenburg, Grimma, Markranstädt, Oschatz, Rackwitz, Regis-Breitungen, Rötha, Wurzen und Zwenkau).

► Diese Demonstrationen sind der Resonanzboden des sich verschärfenden gesellschaftlichen Klimas. Auch in der Leipziger Region drückt sich dies etwa in Anfeindungen gegenüber Journalist_innen und demokratischen Politiker_innen (besonders Juliane Nagel, Jürgen Kasek und Burkhardt Jung) sowie rassistischen Angriffen aus. Zudem kommt es am Rand der Demonstrationen immer wieder zu Übergriffen auf Gegendemonstrant_innen und Journalist_innen.

► Im Juni 2015 verlässt einer der Hauptorganisatoren das Team von LEGIDA und gründet die OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND, welche ebenfalls mehrfach in und um Leipzig aufmarschiert.

► Zum einjährigen Jubiläum finden sich noch einmal 3.000 Teilnehmende ein, um mit LEGIDA zu demonstrieren. Gleichzeitig findet in Connewitz ein organisierter Angriff von Neonazis statt.^[5] Unter den Festgenommenen befinden sich viele bekannte Neonazis, auch Mit-

[4] Vgl. Statistik RAA Sachsen e.V. 2016 unter www.raa-sachsen.de.

[5] Mehr zum Angriff auf Connewitz im Artikel Der Angriff auf Connewitz 1101 – ein Justizmarathon und seine juristischen Deals (S. 46).

[6] Vgl. kleine Anfrage der Abgeordneten Kerstin Köditz, Fraktion DIE LINKE, Drs.-Nr.: 06/3840.

[7] siehe dazu auch: »Oldschool Society« Gescheiterte Nazi-Terroristen mit Schwerpunkt im Landkreis Leipzig (Leipziger Zustände 2016, S. 26/27).



2014: Neonazis hetzen gegen leipziger Lokalpolitiker_innen

glieder vom IMPERIUM FIGHT TEAM, SCENARIO LOK und der FREIEN KAMERADSCHAFT DRESDEN. Die 215 festgenommenen Personen kamen mehrheitlich aus dem Raum Leipzig (126) und Dresden (45).^[6]

► Als die Demonstrationen in Leipzig nicht mehr so gut laufen, wird versucht, im Umland lokale Bündnisse einzubeziehen und eigene Demonstrationen zu organisieren, zum Beispiel in Wurzen, Eilenburg und Borna.

► Am 6. November 2015 wird in Schkeuditz und am 8. November 2015 in Beucha ein Brandanschlag auf eine zukünftige Unterkunft für Asylsuchende verübt.

► Zum zweiten Jahrestag im Januar 2017 verkündet LEGIDA das Ende der Demonstrationen. Verschiedene Nachfolgeprojekte (etwa BÜRGERBEWEGUNG LEIPZIG) können nicht an die stark gesunkenen Teilnehmendenzahlen anknüpfen und scheitern alle.

*LEGIDA hat mit ihren knapp 65 km gelaufenen Gesamtstrecke Leipzig nachhaltig verändert. Zwar ist es Legida nicht gelungen, eine Massenbasis wie in Dresden aufzubauen, dafür gerierte sie sich von Anfang an offen neonazistisch und trat umso aggressiver auf. Dies verstärkte sich im Laufe der Zeit durch die immer stärkere Anbiederung an neonazistische Gruppen, während die Zahl der Teilnehmenden kontinuierlich sank. Mit den zeitweise wöchentlichen Demos legte LEGIDA auch in Leipzig den Grundstein für ein Klima, in dem sich Rechte legitimiert und befähigt sahen, Angriffe auf Linke und Asylsuchende durchzuführen. LEGIDA war und ist Teil der neuen überregionalen sozialen Bewegung von rechts, die vor allem in Sachsen sehr erfolgreich ist und auch vor Leipzig nicht haltmacht. Hier speziell blieb LEGIDA jedoch ein isolierter rechter Aufmarsch, dem es in Leipzig nicht gelang, diesen Bewegungscharakter zu entfalten und größere Teile der Bevölkerung oder gar die Zivilgesellschaft zu erreichen. Dies unterscheidet Leipzig und LEGIDA vom restlichen Sachsen, in dem rechte Strukturen oft bis tief in Stadt- oder Dorfgemeinschaften reichen und es eine lang tolerierte Geschichte von Neonaziaufmärschen gibt. Es ist Antifaschist*innen und linken Netzwerken mit ihren Gegenprotesten, ihren Interventionen und ihrem*

öffentlichen Druck zu verdanken, dass eine solche Erosion der Zivilgesellschaft nach rechts in Leipzig ausblieb.
Leipziger Zustände 2016: S. 9

► Im Mai 2015 werden mehrere Mitglieder der OLDSCHOOL SOCIETY (OSS) verhaftet. Die Mitglieder der rechtsterroristischen Gruppe hatten geplant, Anschläge auf Asylsuchendenunterkünfte und politische Gegner_innen zu begehen. Zwei der maßgeblichen Mitglieder wohnen in Borna, jeweils ein weiterer Unterstützer kommt aus Leipzig und Wurzen. Sie werden festgenommen, als sie sich in einer Kleingartenanlage in Borna bei der Planung eines Anschlags, vermutlich auf eine Asylunterkunft, treffen. Die längste Haftstrafe beträgt fünf Jahre, die anderen Mitglieder erhalten Strafen von drei bis viereinhalb Jahren.^[7]

► Im Februar 2016 wird der Leipziger Stadtrat Enrico Böhm aus der NPD ausgeschlossen. Als Parteiloser tritt er jedoch im Parlament kaum in Erscheinung.

Schwerpunkt Wurzen

► In Wurzen gibt es eine lange gewachsene neonazistische Szene. So war dort der Sitz des Labels FRONT RECORDS. Immer wieder kommt es in Wurzen zu rassistischen Anfeindungen und Angriffen.

► Am 26. August 2016 greifen mehrere Gäste einer Pizzeria einen Geflüchteten aus Marokko an. In den Medien wird der Vorfall als ein „Überfall durch Asylbewerber“ dargestellt. Einen Tag später werden mehrere Scheiben des KULTUR- UND BÜRGER_INNENZENTRUMS D5 (Sitz des Vereins NETZWERK FÜR DEMOKRATISCHE KULTUR) eingeworfen. Am 29. August 2016 treffen sich 350 bis 400 Personen zu einer rassistischen Demonstration.

► Dass die Stimmung in Wurzen schnell eskalieren kann, zeigt sich auch rund ein Jahr später: Am Freitag, den 9. Juni 2017, versammeln sich etwa 60 aggressive und teilweise betrunkene Neonazis und Rassisten auf dem Wurzener Markt, um Stimmung gegen Geflüchtete in der Stadt zu machen. Dabei werden die Parolen „Ausländer



2017: Angriff von Neonazis auf Journalist_innen in Wurzen

raus“ und „Deutschland den Deutschen“ gerufen. Anlass ist eine vorausgegangene körperliche Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Geflüchteten wenige Tage vorher. Die Neonazis versuchen, zum Haus der Geflüchteten vorzudringen. Am 14. Dezember 2017 werfen Unbekannte drei Pflastersteine durch das Fenster einer Wohnung von Geflüchteten in Wurzen. Ein Freund des Bewohners wird am Bein verletzt.

► Am 25. November 2017 findet in Leipzig erneut die COMPACT-Konferenz statt. Hier treffen sich Rechte verschiedenster Couleur. Neben dem Herausgeber des Magazins Jürgen Elsässer sprechen der rechte Betriebsrat **Oliver Hilburger**, der AfD-Rechtsaußen **Björn Höcke** sowie der Shootingstar der IDENTITÄREN BEWEGUNG **Martin Sellner**.^[8]

Fazit

In den letzten 10 Jahren hat sich die Neonaziszene in Leipzig und Umgebung in einigen Aspekten stark verändert. Diese Veränderung betrifft maßgeblich ihre Organisationsform. Präsentierte sich die NPD früher als parlamentarischer Arm einer Neonaziszene und konnte damit auf kommunaler Ebene Einfluss nehmen, so ist sie heute für die Organisation der lokalen Neonaziszene nahezu irrelevant. Ihre Strategie, sich mit der Gründung von JN-Regionalgruppen, Mandaten in Gemeinden und Kreistagen sowie durch Immobilien wie in der Leipziger Odermannstraße langfristig zu etablieren, war nicht erfolgreich. Neben der NPD organisierte sich ein Großteil der Neonazis früher vor allem in den sogenannten Freien Kameradschaften und bei den Freien Kräften, Organisationen, um die es ruhig geworden ist. Jedoch sind wichtige AkteurInnen nach wie vor aktiv – in Kampfsportvereinen, im Stadion, oder als Anwälte.

Alte Strukturen sind zerbrochen, die AkteurInnen sind geblieben. Darin zeigt sich ein gewisser Kurswechsel. Heute ist die Szene deutlich diverser und die Abgrenzung fällt schwerer. Sie bemühen sich, das anschlussfähigere Außenbild der Bürgerbewegungen zu nutzen, um mehr Zuspruch zu ihrer autoritären Ideologie zu gewinnen. In diesen sogenannten Bürgerbewegungen fanden sie vor allem in den Jahren 2015 und 2016 einen fruchtbaren Boden für ihre rassistische Ideologie. Diese Entwicklung findet ihren Ausdruck in einem gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck: Die AfD hat sich als politischer Akteur etabliert, ihre völkischen und menschenfeindlichen Positionen werden öffentlich als legitime Argumente behandelt und bei der bevorstehenden Landtagswahl in Sachsen droht sie, die stärkste Partei zu werden.

Eine weitere Entwicklung ist die klandestine Organisation. Das ist spätestens seit dem Angriff am 11. Januar 2016 in Connewitz offensichtlich. Dorthin wurde überregional (aus Erfurt, Dresden, Leipzig, Halle, Berlin



2015: Kundgebung der AfD in Leipzig

usw.) von Neonazis aus verschiedenen Zusammenhängen mobilisiert. Diese Aktion war lange vorher geplant, sie musste organisiert werden.

Weiterhin sind rechte Gewalt gegen politische GegnerInnen Alltag in Leipzig und Umland. Hier sind Angriffe, wie der Brandanschlag auf ein linkes Sportstudio (Januar 2016), der Buttersäureanschlag auf die Privatwohnung des sächsischen Justizministers (November 2015) oder die Brandanschläge auf 13 Wohnwagen (Dezember 2015) zu nennen. Auch wenn teilweise bisher keine TäterInnen ermittelt wurden, deutet vieles auf eine politisch rechte Motivation hin. Hinzu kommt die Bildung von rechtsterroristischen Gruppierungen wie der OLDSCHOOL SOCIETY im Landkreis Leipzig.

Neue AkteurInnen mit modernisierten Erscheinungsbildern und modernen Aktionsformen versuchen, in Leipzig Fuß zu fassen. Sie bieten für einige Neonazis und andere RassistInnen ein attraktives Forum. Gemeinsam ist ihnen ihr Bestreben: Die gesellschaftlichen Verhältnisse zurückzudrehen und eine Faschisierung der Gesellschaft voranzutreiben. ■

[8] Mehr zur Compact-Konferenz im Artikel Rechtes Klassentreffen – Die Compact-Konferenz in Leipzig (S. 72).

10 Jahre chronik.LE

Grußwort der Amadeu-Antonio-Stiftung

Hakenkreuz-Schmierereien, Parolengegröle, gewalttätige Angriffe auf Andersdenkende und Minderheitenangehörige: Nicht jeder dieser Vorfälle taucht in den offiziellen Statistiken zur politisch motivierten Kriminalität (PMK Rechts) auf, mancher nur als unpolitische Jugendgewalt, mancher gar nicht. Doch ohne offene Bestandsaufnahme keine angemessene Intervention und Prävention. Die Arbeit von chronik.LE ist unverzichtbar, nicht nur, um die offiziellen Zahlen zu ergänzen, sondern auch, um die Stimmen Betroffener und der demokratischen Zivilgesellschaft in die Situationsanalysen einzubringen. Dass sie dabei mit vielen im Raum Leipzig Engagierten zusammenarbeiten, dass die Stadt Leipzig und selbst überregionale Medien sich auf ihre Dokumentation beziehen, zeigt ihren Wirkungskreis und die Bedeutung der chronik.LE. Das hat sich auch landesweit herumgesprochen: 2011 wurde chronik.LE beim Sächsischen Förderpreis für Demokratie mit einem Anerkennungspreis gewürdigt. Und sieben Jahre später? Wird ihre Arbeit weiter gebraucht. Herzlichen Glückwunsch, großen Dank und viel Kraft weiterhin!

Eure Amadeu Antonio Stiftung



Antirassistische Demonstration in Leipzig, 2018



01 KAPITEL

MIGRATION UND RASSISMUS

Obwohl Leipzig mit einem weltoffenen Image wirbt, dokumentiert chronik.LE immer wieder rassistische Ereignisse in der Messestadt. Im Leben einiger Leipziger_innen ist Rassismus in seinen vielfältigen Facetten sogar überaus präsent. Rassismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen und wird nicht nur von Neonazis propagiert. So antworten 16% der Befragten im Sachsenmonitor 2018, dass „Asylpolitik, zu viele Ausländer und Überfremdung“ das gegenwärtig wichtigste Problem in Sachsen seien. Erst danach kommen Themen wie „Armut, Billiglöhne und Altersarmut“ (14%).

Rassistische Diskriminierungen sind allgegenwärtig. Sie betreffen den Alltag einer Vielzahl Leipziger_innen, die in diesem Kapitel zu Wort kommen. Den Anfang macht eine theoretische Herleitung des Rassismusbegriffs. Daran schließen Beiträge von und Interviews mit Menschen an, die in Leipzig und im Umland Erfahrungen mit rassistischer Diskriminierung machen mussten. Das Thema ist zudem unauflösbar mit den gesellschaftlichen Reaktionen auf die Migrationsbewegungen der letzten Jahre verwoben. Auf den kurzen Sommer der Migration folgte ein langanhaltender Winter der Exklusion. Mit den beiden Beiträgen zum Umgang mit minderjährigen Asylsuchenden im Leipziger Land und zur Abschiebep Praxis am Flughafen Leipzig/Halle zeigen wir zwei lokale Perspektiven auf die staatliche und kommunale Exklusionspraxis auf. Komplettiert wird das Kapitel mit einer Übersicht rassistischer Ereignisse in und um Leipzig. ■

WAS IST EIGENTLICH RASSISMUS?

von Elisa Walter

So richtig eindeutig lässt sich die Frage gar nicht beantworten. In Deutschland wird unter Forscher*innen, Betroffenen und Aktivist*innen weiterhin darüber diskutiert, wessen alltägliche Erfahrungen von Gewalt, von Ausgrenzung und Abwertung Rassismuserfahrungen genannt werden und wessen Erfahrungen mit einer anderen Bezeichnung benannt werden sollen.

[1] Christine Riegel (2016): Bildung – Intersektionalität – Othering. Pädagogisches Handeln in widersprüchlichen Verhältnissen. Bielefeld: transcript, S. 52ff.

[2] Mark Terkessidis (1998): Psychologie des Rassismus. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 98ff.

[3] Ebd.

[4] Ebd.

Dabei ähneln sich Ausgrenzungserlebnisse, die so viele in Deutschland machen. Es sind Erlebnisse des permanenten routinemäßigen Unterschätztwerdens, die z.B. Schwarze und muslimische Kinder in der Schule machen. Es sind die wiederkehrenden Erfahrungen, dass der nicht-deutsch klingende Nachname bei der Wohnungs-, Ausbildungs- oder Jobsuche entscheidender sind als das Verhalten oder die Referenzen. Es sind die immer wieder gestellten Fragen nach der Herkunft – „wo kommst du her?“ und „gehst du mal dahin zurück?“. Es sind körperliche Übergriffe – (ungefragt) mal in die Haare fassen – und Angriffe mit Beleidigungen oder körperlicher Gewalt. Es sind auch die Kontrollen der Polizei bspw. an Bahnhöfen, bei denen gezielt vermeintliche „Nicht-Deutsche“ überprüft werden. Kurz: es sind diese vielen Situationen im Alltag, in denen scheinbar beiläufig oder ganz offensichtlich Menschen besonders behandelt und dadurch zu „Anderen“ gemacht werden.

Diese Prozesse des Differentmachens^[1] sind verbunden mit Vorstellungen über diejenigen, die zu Anderen gemacht werden, und mit Vorstellungen davon, was und wer „normal“ sei. Genau das ist ein ganz wesentlicher Bestandteil von Rassismus. Diese Form der Bildung von sich vermeintlich in ihrem Wesen natürlicherweise unterscheidenden Gruppen anhand bestimmter bedeutend gemachter Merkmale nennt der Migrationsforscher Mark Terkessidis Rassifizierung.^[2] Solche Merkmale können z.B. die Struktur der Haare, die Hautfarbe, Formen von Augen, Nase, Mund sein oder aber solche Merkmale, die Menschen auf oder am Körper tragen, zum Beispiel ein Hijab (Kopftuch). Um zu beschreiben, was Rassismus ist, nennt Terkessidis neben diesen beiden Komponenten – Rassifizierung und Ausgrenzungspraxen^[3] wie die oben genannten – noch eine dritte. Es bedarf dazu der Chance

(das heißt der Macht), ein solches System durchzusetzen. Terkessidis spricht von „differenzierender Macht“.^[4]

Die Bezeichnung Rassismus ist jetzt bald 100 Jahre alt. Sie wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts erstmals gebraucht, um die verschiedenen Theorien über sogenannte Menschenrassen als wissenschaftlich nicht haltbar zu kritisieren – und als solche zu benennen: als sehr wirkungsmächtige Phantasien. Heute wird oft gedacht, dass Rassismus genau das bedeutet: Denken, Methoden, Umgangsweisen und Gesetze der Vergangenheit. Dabei wird in Deutschland häufig an die Zeit des Nationalsozialismus gedacht oder an die Verschleppung, Versklavung und Entmenschlichung mehrerer Millionen Menschen vom afrikanischen Kontinent.

Heute unterscheiden sich rassistische Praktiken vielfach von diesen früheren Beispielen. Doch die darin liegenden Vorstellungen sind nicht gleichfalls vergangen. Wir wachsen immer noch mit ihnen auf, sie stecken in von vielen geschätzten Büchern, sie sind etwas, das viele über die Welt und andere Menschen zu wissen meinen. DEN einen Rassismus gibt es nicht. Es gab und es gibt verschiedene Formen. Rassismus wird heute anders ausgeübt und anders zum Ausdruck gebracht als vor einem Jahrhundert. Er hat sich gewandelt. Heute werden andere Wörter gebraucht (z.B. Kultur statt Rasse), Gesetze und Praktiken von Behörden oder in Schulen sorgen im deutschsprachigen Raum subtiler für Differenz als in vergangenen Jahrhunderten – und doch stehen sie in deren Tradition. Dass sich Formen alten rassistischen Denkens mit gewandelten Formen und gewandelten Praktiken verbinden, wird vielfach ignoriert. Das macht es so leicht, schockiert und abwehrend zu reagieren, wenn Handlungen oder Äußerungen als rassistisch diagnostiziert werden. Für viele Rassismusbetroffene und Unterstützer*innen bleibt es daher notwendig, dafür zu kämpfen, dass alltägliche rassistische Erlebnisse als solche benannt und anerkannt werden. ■

Elisa Walter ist Soziologin und politische Bildnerin. Sie war lange in der diskriminierungskritischen Bildungsarbeit tätig. Jetzt arbeitet sie als wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut.



Antirassistische Demonstration in Leipzig, 2018

LEIPZIGER REDE AUFWACHSEN IN LEIPZIG

**Hallo,
ich bin Alisa.**

Ich komme aus Leipzig und in meinem heutigen Redebeitrag werde ich mein Aufwachsen als Schwarze Person in dieser Stadt schildern. Diese Stadt, die sich so gerne als weltoffen und tolerant darstellt.

Es ist erstaunlich, wie man vom ach so süßen Schokobaby, das alle haben wollen, ein paar Jahre später zur Angriffsfläche für rassistische Anfeindungen wird.

Das zu verstehen und einzuordnen, war schwer für mich als Kind, gerade weil die Blicke und Anfeindungen von Erwachsenen, Jugendlichen, Kindern und irgendwie aus allen Ecken kamen. Ich dachte früher: Es gibt ja ganz schön viele Nazis, denn den Begriff Rassismus kannte ich lange Zeit nicht.

Ein Beispiel, was das gut verdeutlicht, ist folgendes: Als ich zum ersten und letzten Mal im Ferienlager war, gab es einige Kinder, die mich und meine Schwester rassistisch beleidigten und ausgrenzten. Ein Junge im Portugaltrikot ist mir gut in Erinnerung geblieben. Ich habe nicht verstanden, wie er als Fan einer ausländischen Fußballmannschaft eine vermeintliche Ausländerin belei-

digen kann.

Dass man rassistisch sozialisiert wird und trotzdem Portugal-Fan sein kann, wurde mir viel später klar.

Anfang der 2000er in Leipzig, war man noch häufiger als heute in vielen Orten die einzige Person of Color (PoC).^[1] Und wahrscheinlich für viele auch die erste, die sie je gesehen haben. Ich habe dadurch gelernt, dass mein Aussehen, meine Hautfarbe für viele etwas Ungewöhnliches oder sogar ein Problem ist.

Dadurch entwickelte sich der Wunsch, irgendwo „richtig“ dazuzugehören und die Frage: Wer soll ich eigentlich sein?

Die in der Gesellschaft verbreiteten und sehr einseitigen Bilder über Schwarze Personen wirkten stark auf meine Identitätsfindung.

Die Rassismen und Bilder, die über eine Schwarze Person existieren, sind beispielsweise: man kennt sich mit Afrika aus, kann gut tanzen und singen und spricht auf jeden Fall mindestens noch eine andere Sprache neben Deutsch. Oft befand ich mich im Zwiespalt zwischen „zu den anderen Weißen“ dazugehören zu wollen oder dem Bild einer Schwarzen Person zu entsprechen.

Einerseits empfand ich die Er-

wartungen als absurd, andererseits waren das auch die Bilder, die ich kannte. Dadurch bekam ich ein schlechtes Gewissen, da ich diese Vorstellungen einer typischen Schwarzen nicht erfüllte, aber dem Bild des weißen blonden Mädchens konnte ich erst recht nicht entsprechen, auch wenn ich früher einiges dafür gegeben hätte.

Als Zehnjährige habe ich gerne gespielt, dass ich anders aussehe.

Im Zuge meines Älterwerdens fing ich an, mich mit dem Thema Rassismus theoretisch auseinanderzusetzen. Anfangs vor allem in anderen Ländern wie Südafrika und den USA. Über das Thema fand ich wenig in Bezug auf Deutschland. Das änderte sich in den letzten Jahren.

Die theoretische Beschäftigung eröffnete mir andere Betrachtungsweisen und gibt mir die Möglichkeit, Erfahrungen rationaler zu betrachten und in bestimmte Kontexte zu setzen.

Die Erlebnisse in meiner Kindheit nun mit treffenden Begriffen benennen zu können, half mir beim Verarbeiten dieser.

Auf emotionaler Ebene verstand ich, dass ich nicht alleine dastehe, sondern mit vielen anderen Menschen ähnliche

Die Leipziger Rede ist eine Veranstaltung, die jährlich vom Initiativkreis Antirassismus Leipzig organisiert wird. Betroffene rassistischer Diskriminierung sprechen in Form von Reden über ihre Erfahrungen in der Stadt Leipzig und Umgebung. Die Vortragenden berichten unter anderem über alltägliche Anfeindungen und Angriffe im öffentlichen Raum, bei denen die darumstehenden Menschen meist nur zusehen. Ziel ist es, Rassismus sichtbar zu machen, indem Betroffene zu Wort kommen.



Photo: Aissa, 2018

Erfahrungen teile. Außerdem konnte ich mir selber eingestehen, dass die Gefühle wie Wut, Trauer und Unverständnis in Ordnung und normal sind. So lernte ich offener und weniger schambelastet über Erfahrungen mit Rassismus zu sprechen und kann hier heute diese Rede halten.

Ich versuche, Strukturen, die hinter Rassismus stecken, zu verstehen. Zu erkennen, dass Rassismus auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft verankert ist und einen bestimmten Zweck in dem kapitalistischen System erfüllt, ließ mich Beleidigungen etc. weniger persönlich nehmen.

Direkten Rassismus erfahre ich persönlich auf zwei Arten. Einerseits gibt es die offenen Anfeindungen, wie letztes Jahr, als ich eine Gruppe von Männern im Späti laut sagen hörte, „dass sie jetzt lieber den Laden verlassen, wenn hier auch ein N. einkauft“. Auf diese Art von Rassismus reagiere ich heute sehr laut und aggressiv. Denn ich habe keinen Bock, dass diese Menschen denken, sie kämen damit einfach so durch. Auf die für mich subtilere Form von Rassismus, wie Vorurteile und Zuschreibungen über meine Person aufgrund meines Aussehens – zum Beispiel „Sind

deine Haare echt?“ – habe ich oft keine Antwort. Wenn zum Beispiel meine ehemalige Lehrerin mich zum x-ten Mal fragt, woher ich komme und welcher Religion ich angehöre, und sich dann freut, dass ich einen Vortrag zum Thema Kuba halte, „weil das ja super passt“, nicke und lächle ich meist nur.

Das Schwierige für mich ist, dass ich weiß, dass bei den meisten keine böse Absicht dahintersteckt und ich die Leute dann nicht vor den Kopf stoßen will und meist keine Lust auf eine Diskussion habe. Trotz allem nervt es mich oft genug und lässt mich mit dem Gefühl des Andersseins zurück.

Letztes Jahr arbeitete ich auf dem Weihnachtsmarkt. Am direkten Nebenstand wurden Schokoküsse verkauft. Man kann sich sicherlich vorstellen, wie ein großer Teil der WeihnachtsmarktbesucherInnen diese nannte. Ob alt, ob jung, das Wort N-kuss ist immer noch sehr weit verbreitet. Anfangs fragte ich mich, ob die Leute es vielleicht einfach nicht besser wissen. Doch immer häufiger hörte ich den Beisatz: „Das darf man ja eigentlich nicht mehr sagen“, es dann trotzdem taten. Wirklich erstaunt, hat mich die Beobachtung, dass einige erst „Scho-

kokuss“ sagten, um sich im nächsten Satz zu korrigieren. Es wirkte fast wie ein Festklammern an Rassismus.

Ich glaube nicht daran, dass Sprache die Strukturen dahinter krass verändert, aber für mich persönlich ist es superanstrengend, den halben Tag das Wort „Neger“ zu hören. Genauso wünsche ich mir, dass die wenigen Schwarzen Kinder, die ich auf dem Weihnachtsmarkt gesehen habe, nicht andauernd damit konfrontiert werden.

Und in solchen Situationen wünsche ich mir mehr Reaktionen von unbeteiligten Personen. Ich finde, dass es in diesen Tagen, in denen sich ganz deutlich zeigt, dass Rassismus kein Problem des rechten Randes ist, es umso wichtiger ist, sich öffentlich zu solidarisieren.

In meinen 25 Jahren, die ich in Leipzig wohne und verschiedenste rassistische Erfahrungen in öffentlichen Räumen gemacht habe, habe ich kaum direkte Unterstützung erlebt, sei es in Grünau oder Connewitz. ■

[1] Person/People of Color ist eine kollektive und politische Selbstbezeichnung für nicht-weiße Menschen. Der Begriff soll die Gemeinsamkeiten zwischen Communities unterschiedlicher kultureller und historischer Hintergründe benennen und eine solidarische Gegenperspektive zu den rassistischen Einteilungen in unterschiedliche Ethnien und „Rassen“ ermöglichen. Vgl.: Kien Nghi Ha: „People of Color“ als solidarisches Bündnis, online bei www.migrazine.at

»DUNKLER TEINT, ABER KEIN SCHWARZAFRIKANER«

Rassismus und Öffentlichkeitsarbeit der Leipziger Polizei

von chronik.LE

Die Polizeidirektion Leipzig berichtet im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit regelmäßig über Kriminalitätsgeschehen in ihrer Zuständigkeit. In diesem Zusammenhang werden verschiedenste Straftaten der Öffentlichkeit bekannt gemacht, darunter selbstverständlich auch einige, welche von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und Menschen mit Migrationshintergrund begangen werden.

Laut Pressekodex, welcher vom Presserat herausgegeben wird und auf Verantwortung und Aufgaben von Journalist_innen abzielt, war die Nennung von religiösen und „ethnischen“ Hintergründen nur dann zulässig, wenn ein „begründeter Sachzusammenhang“ besteht. Seit der Änderung vom März 2017 gilt der entsprechende Passus in veränderter Form. Bei der Berichterstattung über Straftaten sei nunmehr darauf zu achten, „dass die Erwähnung der Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten nicht zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung individuellen Fehlverhaltens führt“. Ausschlaggebend für die Nennung der Hintergründe sind nun ein „begründetes öffentliches Interesse“, wobei bei der Veröffentlichung zu beachten ist, „dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte“. Auch die Leipziger Polizei berichtet teilweise über Straftaten unter Nennung der Nationalität. In einigen Fällen verfehlt sie allerdings eine sachliche Berichterstattung und reproduziert Rassismus, da sie Men-

schen auf ihre vermeintliche Herkunft reduziert und diese stigmatisiert. Die dargestellten Fälle mögen beispielhaft dafür sein, eine vollständige Übersicht der letzten Jahre sind sie sicher nicht.

17. Oktober 2016

In der Medieninformation der Polizeidirektion Leipzig finden sich in der Beschreibung zweier Einsätze rassistische Stereotype. Bei der Beschreibung eines sexuellen Übergriffs in der Universitätsstraße in der zurückliegenden Nacht werden „integrationswillige und schutzsuchende Flüchtlinge“ den Täter_innen, welche ebenfalls Asylsuchende sind, konträr gegenübergestellt. Damit wird suggeriert, dass es eine große Anzahl Asylsuchender gebe, welche einerseits nicht integrationswillig und schutzsuchend seien und zum anderen, dass diese Personen sich pauschal nicht an Regeln und Gesetze halten würden.

Bei der Beschreibung eines Diebstahls durch einen Asylsuchenden in der Goethestraße am Tag zuvor wird dessen „Werdegang in Deutschland“ beschrieben, welcher mehrere Straftaten umfasst. Der Veröffentlichung nach geht die Polizei davon aus, dass bis zur möglichen Abschiebung des Täters „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit noch zahlreiche, ähnlich gelagerte Delikte hinzutreten“ werden. Solche Mutmaßungen und Unterstellungen tauchen bei kriminellen Deutschen in Pressemitteilungen der Polizeidirektion Leipzig nicht auf.

27. Oktober 2016

In der Medieninformation der Polizeidirektion Leipzig wird bei der Beschreibung einer Körperverletzung, welche in einer Asylsuchendenunterkunft begangen wurde, gefragt: „Warum? Warum diese Wut? Wozu diese Aggressivität? Wieso muss sich der arabische Zorn immer gegen die gesamte Welt und letzten Endes gegen sich selbst richten?“ Was arabischer Zorn ist und wieso er sich gegen sich selbst richtet, bleibt dabei unklar. Augenscheinlich handelt es sich um eine pauschalisierende Unterstellung.

Im weiteren Verlauf der Pressemitteilung wird beschrieben, dass „die Streifenbeamten des Polizeireviers Grimma“ den Weg zum Asylbewerberheim bereits gut kennen würden. Damit wird suggeriert, dass Asylsuchende häufiger Straftaten begehen würden als Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft. Außerdem ist davon auszugehen, dass die Polizeibeamt_innen ebenfalls den Weg zu anderen Einsätzen in ihrem Revier gut kennen sollten.

#Polizeirassismus

Am 17. September 2017 prägte das Social-Media-Team der sächsischen Polizei auf Twitter unfreiwillig einen neuen Hashtag. Auf den Hinweis eines Nutzers, die Polizei sollte Angriffen auf Flüchtlingsheime mal so viel Aufmerksamkeit widmen wie der aufwendigen Rund-um-die-Uhr-Bewachung des „No Cops – No Nazis“-Graffitis am Connewitzer Kreuz, reagierte der Account @PolizeiSachsen mit folgendem Statement: „Wenn es dort keinen Polizeirassismus mehr gibt, können wir uns auch um andere Sachen kümmern.“ Gegen die Gleichsetzung einer polizeikritischen Äußerung („No Cops“) mit Rassismus wurde sogleich durch einen anderen Nutzer protestiert: „Ein Polizist ist keine Rasse, sondern ein Beruf. Wie wär’s mit Polizeifeindlichkeit, statt Polizeirassismus zu verwenden?“ Daraufhin gestand auch der Polizei-Account ein: „Sie haben recht. Die Begriffswahl war zur Verdeutlichung des Problems nicht passend und zu hoch gegriffen.“

10. Juli 2017

Die Leipziger Polizei veröffentlicht eine Pressemitteilung, die von einer Frau handelt, die Schutz vor häuslicher Gewalt sucht. Die Betroffene (eine „augenscheinlich aus dem arabischen Raum entstammende Frau“) versuchte, sich hinter einem parkenden Auto zu verstecken und bekam daraufhin Hilfe von einer Anwohnerin. Die offensichtlich häufiger auftretende Gewalt in der Beziehung der Frau nimmt die Leipziger Polizei zum Anlass, eine Abhandlung über die Verschiedenheit von Kulturen zu verfassen: „Denn abgesehen vom allgemein rückständigen Frauenbild in weiten Gesellschaftsteilen des arabischen Sprachraums wendet ein Muslim die Gewalt gegen seine Ehefrau nicht zuletzt auf religiöser Basis an, auch wenn ihm der Koran hierbei kein schrankenloses Züchtigungsrecht einräumt. Sollten sich beispielsweise die Schilderungen der Syrerin bewahrheiten, hätte ihr Ehemann selbst diesen Bogen weit überspannt. Insgesamt offenbart sich hier wohl eine der Herausforderungen nachhaltiger Integrationsarbeit, denn ein über Jahrhunderte geprägtes, gelebtes, erfahrenes und in der Religion verankertes Frauenbild geht auf der Suche nach einem sicheren und besseren Leben nicht irgendwo auf dem Balkan verloren und es wird auch nicht bei der Überfahrt ins Mittelmeer geworfen. Es reist mit, wird fortgelebt und wird sich nicht binnen Monaten westlich-europäischen Standards anpassen.“ Die Pressemitteilung ist mit dem Titel „Artikel 3 und 4 Grundgesetz vs. Sure 4:34“ versehen. Einen ungenauen Tatzeitpunkt („wohl alltäglich“) sowie eine unkonkrete Ortsangabe („andernorts in Deutschland“) verstärken den Eindruck eines vermeintlich rückschrittlichen und frauenfeindlichen Islams.

Kurz darauf meldet sich der AfD-Abgeordnete (MdB Sachsen) Uwe Wurlitzer zu Wort und schlägt in eine ähnliche Kerbe. Er konstatiert: „Noch immer brechen Massen von triebgesteuerten, nymphomanen Asylbeghern in unser Land, noch immer genügt nur ein kurzer Windstoß und ein hochgewehter Rock, um in ihnen Besitzansprüche zu wecken, noch immer behandeln sie ihre und unsere Frauen, als wären es Objekte, mit denen man machen könne, was man wolle. Da ist der Begriff ‚rückständig‘, den die Leipziger Beamten benutzt haben, fast noch zu beschönigend.“

Aufgrund der Äußerungen der AfD fühlt sich die Leipziger Polizei zu einer Stellungnahme genötigt. Es wird versucht, einen differenzierteren Blick auf den Islam zu zeichnen und sich von „nicht vorhandene[r] Islamophobie“ distanziert. Der ursprünglichen Pressemitteilung wird ein „interpretativer Spielraum“ unterstellt, welcher so nicht beabsichtigt gewesen sei. Abschließend distanzieren sich der Verfasser der Polizei-Pressemitteilung Andreas Loepki sowie der Polizeipräsident Bernd Merbitz von der Mitteilung der AfD.



10. August 2018

Eine 32-jährige Frau meldet sich gegen 19.25 Uhr bei der Polizei, weil sie eine verdächtige Person bemerkt hat, welche eine Fernbedienung und Kabel am Bauch getragen haben soll. Die Polizei sperrt daraufhin das Einkaufszentrum Reudnitz-Center, in welchem die Frau einkaufen war, sowie die umliegenden Straßen ab und führt eine umfangreiche Untersuchung durch, in dessen Verlauf sich ein möglicher Straftatbestand nicht erhärtet.

Infolgedessen veröffentlicht die Polizei eine Beschreibung des Verdächtigen: „etwa 45–50 Jahre alt, ca. 180 cm groß, kräftige Gestalt, scheinbar afrikanischer Herkunft (dunkler Teint, aber kein Schwarzafrikaner), kurze, glatte, schwarze Haare (leicht grau meliert), Vollbart (kurzes Barthaar) und dunkle Bekleidung, insbesondere ein dunkles Jackett.“ Dass die Beschreibung rassistische Stereotype bedient, versucht der Pressesprecher der Leipziger Polizei Andreas Loepki später mit der syrischen Herkunft der Frau, welche den Verdächtigen gemeldet hatte, zu entkräften.

Die Leipziger Polizei verwendet bei ihrer Fahndung eine Personenbeschreibung, in der vom äußerlichen Erscheinungsbild auf die Herkunft des Verdächtigen geschlossen wird. Dabei orientiert sie sich an rassistischen Stereotypen und Verallgemeinerungen. Ein sinnvoller Hinweis zum Auffinden der Person sind die zusätzlichen Informationen keineswegs.

Auch die Lokalzeitung LVZ unterstützt die Suche nach dem vermeintlichen Verdächtigen und titelt: „Polizei sucht Mann aus Afrika“. Weder Polizei noch LVZ können erklären, wie sie auf die Herkunft des Mannes schließen konnten.

Aufgrund der Fahndung wird schließlich ein 51-jähriger Mann gefunden, von welchem laut Polizei weder vor noch während der Evakuierung eine Gefahr ausgegangen sei. ■

»ICH WUSSTE SCHON, DASS DAS SCHWIERIG WIRD ...«

Rückblick eines minderjährigen Geflüchteten

Interview von chronik.LE

Nour flieht mit seiner Familie vor dem Bürgerkrieg in Syrien über den Libanon in die Türkei. Zu diesem Zeitpunkt ist er 15 Jahre alt. Nach drei gescheiterten Versuchen, aus der Türkei nach Griechenland überzusetzen, schafft er es im vierten Anlauf zusammen mit seinem älteren Bruder. Über die Balkanroute kommen beide im Oktober 2015 in Deutschland an. Dort werden die Geschwister getrennt. Nour kommt als unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter nach Borna. Zum Zeitpunkt des Interviews ist er 18 Jahre alt und geht auf ein Gymnasium vor Ort.

Wie lange bist du schon in Deutschland?

Ich bin am 18. Oktober 2015 in Deutschland angekommen. Ich bin in Passau gelandet und wollte nach Chemnitz. Von Chemnitz aus bin ich dann nach Böhlen und von Böhlen in die Nähe von Wurzen. Dort war ich ungefähr 28 Tage in einer Unterkunft für minderjährige Flüchtlinge und bin danach nach Borna umgezogen – das hat das Jugendamt so entschieden. Dort habe ich gesagt, dass ich auf die Schule gehen will und das hat so lange gedauert, irgendwann habe ich gesagt: „Also entweder gehe ich auf die Schule oder ich kehre einfach zurück, weil ich habe keine Zeit hier zu verlieren.“ Ich bin eigentlich hierhergekommen, um mich weiterzubilden und will keine Pause machen. Ich habe viele schlechte Erlebnisse hinter mir und will einen neuen Anfang beginnen.

Wieso musstest du mit deiner Familie Syrien verlassen?

Die Lage hat sich sehr verschlechtert gegen Ende 2015. Irgendwann hat meine Familie gesagt: „Wir halten es nicht mehr aus.“ Panzer und Soldaten standen vor unserer Wohnung in Aleppo. Einen Angriff gab es auch in unserem Ort, wobei das West-Aleppo ist, was eigentlich ziemlich sicher ist. Es gab aber am Ende keinen sicheren Ort mehr.

Daraufhin hatten meine Eltern entschieden, Syrien zu verlassen. Davor habe ich einen Deutschkurs aus Interesse gemacht, wusste aber nicht, dass ich irgendwann nach Deutschland gehe. Mein Vater hatte von Deutschland erzählt, weil er hier mehrmals war und hier studiert hat. Seine Erzählungen haben uns sehr gut gefallen.

Wie war das für dich, in Borna anzukommen? War das schwierig sich zu orientieren, auch in der Schule?

Das war wirklich schwierig. Ich wusste schon, dass das schwierig wird, aber ich habe mir nicht vorgestellt, dass das so schwierig sein wird. Logisch wird es immer einfacher, wenn man sich daran gewöhnt, aber ich muss mir immer die doppelte Mühe geben, die ein deutscher Schüler sich gibt. Ich habe einen eigenen Haushalt – nachdem ich 18 geworden bin, bin ich in eine Einraumwohnung gezogen – kochen, essen, einkaufen gehen, sich um alles selber kümmern. Dann noch lernen. Meinen Bruder in Dresden besuchen, soziale Kontakte brauche ich ja auch, um zu leben.

Waren die Schulen in irgendeiner Weise darauf vorbereitet oder war das Motto: „Hier ist der neue Schüler und du setzt dich in die Klasse?“

Genau so war das und das war für mich furchtbar. Ist immer noch furchtbar. Ich habe hier dann schnell gemerkt, die Deutschen, bei mir zumindest, kennen sich seit Jahren und die bleiben dann unter sich und wollen keinen mehr. Deswegen war das total schwierig, jemanden zu finden, mit dem ich mich anfreunden kann. Es gab ein Mädchen, das ihr Praktikum im Hotel in Böhlen gemacht hat, und sie engagiert sich auch für Flüchtlinge und hat in der Diakonie in Borna gearbeitet. Wir sind sehr enge Freunde und sie unterstützt mich auch immer. Ich habe dann ihre Freunde kennengelernt und habe dadurch dann mehr enge Kontakte bekommen.

Wie ist es, in Borna zu leben, neben dem Schulalltag?

Borna ist eine Kreisstadt. Ich falle eben nicht auf. Ich höre von anderen, dass sie mehr oder weniger diskriminiert werden. Bei mir ist das gar nicht der Fall und wenn, dann sage ich: „Ich bin hier geboren“ oder irgendwie so was. Wenn es nicht sein muss, spreche ich auf der Straße kein Arabisch, weil es nicht nötig ist. Ich wünsche mir, dass ich nach einem Jahr, also wenn ich mein Abitur gemacht habe, umziehen kann. In eine Uni-Stadt.

Hast du selber Diskriminierung erlebt?

Wir waren letztes Jahr mit der Schule auf einer Fahrt. Ein Mitschüler hat ein Bild von mir gemacht und hat dazu geschrieben: „Jetzt sind die Ausländer schon in Merseburg. Da gibt es sonst nur Studenten.“ Er hat das Bild von mir gemacht und hat es bei Snap-

chat gepostet. Ich habe ihm gesagt, dass er es bitte löschen soll. Er hat das nicht gemacht. Er macht dann auch immer rassistische Witze. Manchmal mache ich auch mit und finde das lustig, aber es gibt auch Grenzen, die man nicht überschreiten darf. Ich habe ihm gesagt: „Du bist schon weit über die Grenze weg, jetzt ist es kein Spaß mehr und lösche das Bild bitte.“ Das hat er nicht gemacht. Dann bin ich zu der Schulleitung gegangen und habe erzählt, wie das war. Die haben einen Termin mit den Eltern vereinbart, wo sie festgestellt haben, die Familie ist genauso. Es half nicht, mit ihnen zu reden.

Wie war die Reaktion der Mitschüler? Haben sie das mitbekommen?

Ja, viele haben gesagt: „Das macht man nicht.“ Sie fanden das unangemessen von ihm. Sie waren total dagegen, die anderen Schüler.

Du bist als unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter ja auf das Jugendamt angewiesen. Wie sind da deine Erfahrungen?

Mit dem Jugendamt war das furchtbar, es war einfach schlimm. Ich hatte einen Vormund und ich habe sie nur alle zwei Monate gesehen. Sie hat auch immer versucht, zu vermeiden, über meine Familie zu reden und über die Familienzusammenführung. Sie hat mir gesagt, dass wir noch Zeit haben und das schaffen werden. Ich wusste aber von Anfang an und habe meiner Familie gesagt: „Irgendwie gibt es keine Chance.“ Sie wusste das, aber sie konnten nicht all den Minderjährigen sagen: „Eure Familien kommen nicht hierher.“ Ich glaube, dann würden ganz viele

zurückkehren. Wenn dann alle Jungen gehen und nur die Alten bleiben, dann haben sie ihr Ziel auch nicht wirklich erreicht. Ein Freund ist vom Balkon gesprungen, weil die Familienzusammenführung nicht geklappt hat. Sein Vormund, der auch mich betreut hat, hat das immer verschoben und gesagt: „Wenn du deinen Bescheid bekommst, dann wird alles gut sein.“ Dann hatte er die Schnauze voll und wollte sich umbringen. Er hat sich auch mit einer Glasscheibe aufgeschnitten. Ein anderer Grund war, dass er eine Schwester hier hatte und er durfte nicht zu ihr. Es gab viele Schwierigkeiten und Hindernisse. Die erste Phase war total schwer. Ich habe gedacht, ich schaffe es nicht. Wenn sich das nicht positiv entwickelt, dann gebe ich auf.

Wenn du zurückblickst: Gibt es Dinge, von denen du dir gewünscht hättest, dass sie anders laufen?

Die Verteilung der Geflüchteten auf die Gebiete. In Borna gibt es gerade so viele junge Syrer und alte Deutsche. Die jungen Syrer gehören vielleicht eher in eine Stadt, wo es auch junge Menschen gibt und nicht nur in eine Stadt, wo es nur Rentner gibt. Wäre ich bei meinem Bruder gewesen, wäre das für mich alles leichter gewesen. Keiner durfte bei seinen Geschwistern bleiben. Jeder Minderjährige musste ins Heim. Aus einer anderen Sicht hilft das bei der Integration und Selbstständigkeit. Psychisch gesehen hilft das den Kindern nicht.

Danke für das Gespräch.

photo: jim weigner



WURZEN: DAS PROBLEM DER SCHWEIGENDEN MEHRHEIT

Statement von Heike Krause

Um über die Dimensionen von Neonazismus, Rassismus und rechter Gewalt ins Gespräch zu kommen, luden wir im September 2017 unter dem Titel „Rassistische Gewalt und die schweigende Mehrheit im Landkreis Leipzig“ zu einer Veranstaltung nach Wurzen ein. Nachfolgend ist das Eingangsstatement von Heike Krause dokumentiert. Sie unterstützt vor Ort Geflüchtete.

Ich arbeite seit zwei Jahren mit Eritreern. Es hat relativ klein angefangen mit einmal in der Woche Deutschunterricht. Inzwischen ist es so, dass sie zum größten Teil 18 sind. Sie sind nach Wurzen in eigene Wohnungen umgezogen und haben natürlich einen riesigen Hilfebedarf. Es fällt schon schwer, die Briefe von den Ämtern zu verstehen, geschweige denn, wenn man erst seit eineinhalb Jahren Deutsch kann. So ist es gekommen, dass ich ungefähr zehn Eritreer ehrenamtlich betreue.

Die sind dunkelbraun, die fallen auf, wenn wir durch die Stadt laufen. Die sind verschiedenen Angriffen ausgesetzt und zwar jeden Tag. Das ist ganz massiv in Wurzen. Das geht los mit bösem Anstarren bis hin zu verbalen Äußerungen. Also „schwarzes Schwein“ ist etwas, was die ganz schnell auf Deutsch konnten. In einer Situation im Supermarkt wurden einem von ihnen die Waren vom Band genommen und auf den Fußboden geworfen und die anderen Leute, die dort eingekauft haben, haben einfach nichts gemacht. Das geht bis hin zu gewalttätigen Übergriffen.

Gewalttätige Übergriffe finden ganz oft statt

Es ist so, wenn die [Geflüchteten] in eigene Wohnungen ziehen, wenn ich sage, dass das farbige Menschen sind, geht meistens die Jalousie runter, obwohl das vom Amt bezahlt wird und das ganz sicher ist, dass die Miete kommt. Die zweite Frage ist immer: „Sind die laut? Sind die sauber?“ oder es kommt gleich die Aussage: „Muslime wollen wir nicht im Haus“, wo ich dann immer sage: „Eritreer sind orthodoxe Christen. Bitte informieren Sie sich doch mal. Nicht jeder, der aus einem anderen Land kommt, hat einen muslimischen Hintergrund und wenn, wo ist das Problem?“

Gewalttätige Übergriffe finden ganz oft statt. Die gehen nach Grimma in den Integrationskurs und kommen alle mit einem Bus zurück. Das scheint sich herumgesprochen zu haben, wann der Bus am

Busbahnhof oder am Bahnhof ankommt. Dann ist es oft so, dass sie dort beschimpft werden oder sie werden mit leeren Bierbüchsen beworfen.

In der Nacht von Pfingstsonntag zu Pfingstmontag, das ist für die Eritreer als Christen ein hoher Feiertag, waren die unterwegs bei einem Freund. Auf dem Heimweg sind sie an Menschen vorbeigekommen, die betrunken mit Bierflaschen am Straßenrand saßen. Diese Wurzenener Bürger haben gesagt, sie sollen verschwinden, sie haben hier nichts zu suchen, bis hin zu den üblichen Beschimpfungen – die möchte ich hier nicht wiedergeben, das ist nicht so mein Vokabular – und als angemerkt wurde, die Straße sei doch für alle da, haben die Deutschen angefangen zu schlagen. Dafür gibt es auch einen deutschen Zeugen. In der Zeitung stand, dass Afrikaner Deutsche angegriffen haben und es sei auch ein Mosambikaner dabei gewesen. Wo der hergekommen ist, wissen wir bis heute nicht. Es gibt bei Facebook ein Video, auf dem man ganz deutlich sieht, dass auch Deutsche schlagen und, würde man es übersetzen lassen, man immer wieder hört, dass die Eritreer sagen: „Lasst uns nach Hause gehen, lasst uns weggehen, wir wollen das nicht.“ In der Öffentlichkeit ist es so gewesen, dass es ein Angriff der Afrikaner auf die deutsche Bevölkerung war. Am 9. Juni ist über Facebook bekannt geworden, dass es eine Gegendemonstration gegen diese „afrikanische Gewalt“ gibt. Ich bin also die ganze Nacht bei den Eritreern in der Wohnung gewesen. Ich habe das live erlebt und ich habe noch nie in meinem Leben so viel Angst gehabt. Da war ein Mob draußen, fünfzig, sechzig Leute, stark alkoholisiert. Die Polizei hatte ein Großaufgebot, also konnte das Haus nicht gestürmt und nicht in Brand gesetzt werden, aber wir saßen in dem Haus und konnten nicht raus. Das ist eine sehr bedrohliche Situation und ich hätte mir nie vorgestellt, dass mir das mitten in Deutschland passiert. Es war der blanke Hass, blanke Gewalt. Es wurde der Name desjenigen gerufen, der dort in dieser Wohnung wohnt. Es wurden Beschimpfungen ausgestoßen, es wurde versucht, über den Hof zu kommen. Es wurde versucht, Gegenstände gegen die Fenster zu werfen. Volle Bierflaschen knallen dort immer mal an das Fenster oder es wird gerufen: „Du schwarzes Schwein, komm runter, wir killen dich!“ Die Wohnung dieses Geflüchteten ist

sein Zuhause und es ist nicht sicher. Als sich dann der Mob verzogen hatte, früh um vier, habe ich gefragt, ob die Polizisten Kaffee möchten, habe mit einigen gesprochen und dann haben die zu mir gesagt, der [Geflüchtete] soll umziehen. Und da habe ich gesagt: „Das ist ein sehr eigentümlicher Rat, denn er wohnt seit zehn Tagen in dieser Wohnung.“ Ich habe ein Vierteljahr gesucht, um eine Wohnung zu finden, die das Amt auch akzeptiert und ich finde, das kann nicht die Lösung sein, dass die Geflüchteten weggehen.

Die wollen keine Anzeige aufnehmen

Wie ist das mit mir? Also ich werde auch angegriffen, ich werde auf der Straße beschimpft. „Schlampe“ ist noch gering. Mir wird ständig ein sexuelles Verhältnis zu den Geflüchteten unterstellt, also unterste Schublade. Auf mein Auto ist eingeschlagen worden und ich bekomme manchmal über WhatsApp eigenartige Nachrichten: Ich soll aufpassen, wenn ich nachts unterwegs bin. Alle Dinge habe ich mit großer Mühe bei der Polizei angezeigt. Die Wurzener Polizei sieht überhaupt kein Problem, vielmehr ist es für die Wurzener Polizei oft so, dass es immer von den Geflüchteten ausgeht. Die sagen zu mir, wenn ich komme und sage: „Hier, über WhatsApp, folgende Dinge stehen da“, dann sagen die, es sei kein Straftatbestand. Dann sage ich immer: „Das entscheiden Sie nicht, das entscheidet der Staatsanwalt.“ Die wollen also keine Anzeige aufnehmen. Zum Beispiel diese volle Bierflasche, die gegen das Fenster geknallt ist – da war ich auch zufällig in der Wohnung. Wenn der Geflüchtete das Fenster nicht geschlossen hätte, hätte er die volle Bierflasche gegen den Kopf bekommen. Ich finde, das sind Angriffe, das sind Tötlichkeiten. Kein Deutscher würde sich das gefallen lassen. Er würde sagen: „Ich möchte so nicht leben.“

Auf der anderen Seite bekomme ich Zuspruch, bekomme ich Spenden. Viele Menschen sprechen mit mir, aber wenn die Ausländer auf der Straße angegriffen werden, dann wird nicht geholfen. Beispiel Supermarkt. Der Laden war voll. Warum hat da keiner was gesagt? Der Geflüchtete hat nichts gemacht, der hat einfach nur eingekauft. Und dann fliegen die Waren vom Band und es ist alles Matsch. Ich war sehr froh, dass er einfach weggegangen ist,



Markt in Wurzen

dass er nicht zugeschlagen hat. Das sind so Dinge, die ich erlebe.

In der Schule ist es so, dass es eine schweigende Mehrheit gibt unter den Kollegen, die nicht mit mir über die Geflüchteten sprechen. Da wird nur hinter dem Rücken mal was gesagt. Aber ich kriege auch eine große Zustimmung. Ich werde immer im Kollegium gefragt: „Wie geht es deinen Jungs?“ Das ist die gängige Redewendung. Oder ich bekomme Spenden oder es wird gefragt: „Brauchst du noch was?“ Also das gibt es auch. Aber auf der Straße gibt es kaum Unterstützung. Die jungen Männer haben am Anfang versucht, freundlich zu grüßen. Das ist auch was, was ich immer gesagt habe: „Lächeln, grüßen! Macht man in Deutschland.“ Die haben keine Antwort bekommen oder eine Antwort, die sie nicht haben wollten, wie „Fuck you“ oder irgend so etwas. Die sagen jetzt gar nichts mehr. Die grüßen auch nicht mehr. Und ich finde, das ist keine gute Entwicklung. Das ist das, was mir so ein bisschen Sorge macht und es staut sich auch ein großer Frust auf und es wird auch ganz oft von den Geflüchteten gesagt: „Es sind so viele Nazis in Wurzen, wir haben gar keine Chance“, wo ich ihnen dann immer sage: „Nein, das stimmt nicht, die Nazis sind in der Minderzahl.“ Aber es gibt eine Mehrheit, die schweigt und das ist das große Problem. Es gibt zu wenig Zivilcourage. ■

Der Mitschnitt der gesamten Veranstaltung ist unter www.freieradios.org/86270 nachzuhören.

»GESETZE, MASSNAHMEN UND MONEY«

Nach #MeTwo müssen jetzt Taten folgen! Ein Debattenbeitrag.

von Ronya Othmann

#MeTwo hat eine notwendige Debatte ausgelöst, die aber langfristig nur etwas verändern wird, wenn Worten auch Taten folgen.

Könnt ihr euch noch daran erinnern? Damals, mitten im August, als plötzlich über Rassismus geredet wurde. Und das bei dieser Hitze, bei der man sein Smartphone immer wieder in den Schatten legen musste, damit es keinen Sonnenstich bekam, wenn man auf Twitter runterscrollte, um diese hunderten #MeTwo-Tweets zu lesen.

Mitten im Hochsommer, als all die Menschen aus sprachen, was seit Jahren schon ausgesprochen wird und im August 2018, wenn überhaupt, nur weiße Menschen überraschte: dass die weiße deutsche Mehrheitsgesellschaft ein Problem hat, nämlich ein Rassismusproblem.

Oh je.

Und wisst ihr noch, wie dann all die Menschen, die unter #MeTwo tweeteten, ganz schön fertig gemacht wurden? Wie sie beleidigt wurden. Wie man sie fragte, ob sie sich denn jetzt wirklich sicher seien, dass es Rassismus war. (Und ja, honey, es war Rassismus; glaub mir, wir haben jahrelange Erfahrung, den zu erkennen.) Wie ihnen dann gesagt wurde, sie wären rassistisch gegenüber Weißen.

Die ganzen Tweets, die Empörung, die Klage, das Jammern – und ich bestehe noch immer auf das Jammern, weil es ja doch sehr viel Grund zum Jammern gibt – waren wichtig und sind es noch immer. Aber trotzdem muss man jetzt endlich mal mit der Faust auf den Tisch hauen. Jetzt muss endlich was passieren. Jetzt muss endlich gehandelt werden. Sonst haben wir in einem Jahr den nächsten Rassismus-Hashtag.

Und damit meine ich nicht die Betroffenen. Denn die Betroffenen sollen immer irgendwas. Sie sollen dies, sie sollen jenes. Die Betroffenen sollen nicht zu viel Opferrolle. Die Betroffenen sollen nicht unhöflich. Die Betroffenen sollen dankbar sein.

„#MeTwo ist eben nicht das Jammern auf hohem Niveau oder die Wehwehchen von Oberprivilegierten“

Jetzt ist die Mehrheitsgesellschaft an der Reihe. Ja, endlich ihr, die ihr nichts unter #MeTwo zu tweeten hattet. Jetzt könnt ihr endlich was tun. Als erstes könntet ihr mal damit beginnen, das Kind beim Namen zu nennen. Das Problem heißt nicht Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit oder Erdbeerbecher, sondern Rassismus. Und ich verneige mich hiermit vor allen, die das schon vor mir gesagt und geschrieben haben, wie sie vieles schon vor mir gesagt und geschrieben haben, was ich hier nur wiederhole – ich küsse eure Augen!

Es gibt keine Rassen. Aber es gibt Rassismus. Habt ihr das verstanden?

Nun, wenn ja, dann könnt ihr bei euch selbst anfangen. Vanessa Vu, Amna Franzke und Hasan Gökaya haben für euch 20 Empfehlungen, um weniger rassistisch zu sein. Auch könnt ihr bei der nächsten Familienfeier Großtante Gerda unterbrechen, wenn sie mal wieder über Geflüchtete herzieht, und Onkel Jürgen zurechtweisen, wenn er einen rassistischen Witz nach dem anderen macht. Denn Großtante Gerda und Onkel Jürgen sind wahrscheinlich die #MeTwo-Erfahrung von jemandem anderen. Aber Rassismus gibt es nicht nur auf den Familienfeiern, unter den Super-Nazis und den AfD-Wählerinnen, sondern auch in eurer Antifa-Gruppe, dem feministischen Lesekreis, auf der Arbeit, im Amt oder dem Sportverein. So please!

Wir wollen die ganze Bäckerei

Und denjenigen, denen das noch nicht genug ist – ich muss sagen, mir ist das auch noch nicht genug – und sich fragen, wo bleibt bei all dem der Klassenkampf. Hach ja, der Klassenkampf, honey.

Über das Gegeneinander-Ausspielen von Kapitalismus und Rassismus haben auch schon Margarete Stokowski („Nun ist es einfach kindisch, einem Hashtag, in dem es um ein klar definiertes Thema

A geht, zur Last zu legen, dass es nicht um Thema B geht“) und Fatma Aydemir („Wenn wir heute endlich die Chance haben, dieser pseudo-weltoffenen Gesellschaft für ein paar Minuten den Spiegel vorzuhalten, dann tun wir das auch im Namen unserer seit Jahrzehnten putzenden und am Band schuftenden Großeltern und Eltern und Geschwister“) geschrieben.

Nun ist #MeTwo eben nicht das Jammern auf hohem Niveau oder die Wehwehchen von Oberprivilegierten. Race und Klasse waren – oh wie überraschend – schon immer miteinander verknüpft; damals, als die ersten Gastarbeiterinnen nach Deutschland kamen, wie heute, wo vielfach Abschlüsse von Geflüchteten nicht anerkannt werden und schlecht bezahlte Pflegekräfte aus dem Ausland angeworben werden.

Und jetzt wo geklärt ist, dass es da eine Verknüpfung von race und Klasse gibt, und dass es bei #MeTwo immer wieder auch um Verteilungsfragen geht, können wir zum nächsten Punkt übergehen: das Bildungssystem. Von der Grundschule bis an die Universität habe ich beobachtet, wie es um mich herum immer weißer und weißer wurde.

Über #MeTwo-Erfahrungen in der Schule wurde vielfach geschrieben, über ein Bildungssystem, das Ausschlüsse produziert. Und damit fängt es schon in der Grundschule an. Man muss das ändern. Antirassismus könnte beispielsweise fester Bestandteil der Lehrerinnenausbildung werden. Auch Lehrpläne kann man ändern. Dann würde man vielleicht in der Schule auch schon mal was von den deutschen Kolonien hören und im Deutschunterricht nicht nur alte weiße Männer lesen.

Ja vielleicht auch Quoten. Und zwar nicht nur in den Vorständen und Chefetagen, sondern auch beim Übertritt auf das Gymnasium. Oder vielleicht gleich mal das Gymnasium abschaffen, das Ausschlüsse produziert und ja an sich schon Ausdruck einer strukturellen Ungleichheit ist. Schließlich muss strukturelle Ungleichheit eben auch strukturell wieder ausgeglichen werden. Und das bedeutet Gesetze, Maßnahmen und money.

„Nicht rassistisch behandelt zu werden, ist das, was uns zusteht“

Rassismus betrifft nun mal unser Privatleben, die Politik, Schule, Arbeitswelt, den Kunst- und Kulturbetrieb, den Sport, etc., und das bedeutet auch eine

Menge kleinteilige Arbeit. Es fängt damit an, dass ihr euch, Onkel Jürgen, Tante Gerda, Mathias aus dem Fußballverein und Tanja aus dem feministischen Lesekreis in den Griff kriegen müsst. Und dann weiter, einen Plan, wie wir das racial profiling der Polizei, die Brandanschläge auf Geflüchtetenunterkünfte, Menschenjagden wie gerade in Chemnitz und Behördenversagen beispielsweise bei den Morden des NSU in Zukunft verhindern können. Wie wir mehr People of Color in die Zeitungen und an die Lehrstühle der Universitäten bekommen. Wie wir höhere Löhne für Jobs, die vor allem von Einwanderinnen ausgeübt werden, durchsetzen können, und und und.

Wie genau unsere antirassistische Zukunft nun aussehen soll, weiß ich noch nicht. Besser als heute geht es auf jeden Fall. Denn Rassismus ist kein Naturgesetz, sondern kann überwunden werden. Also, liebe weiße Mehrheitsdeutsche, übernehmt Verantwortung. Auch in einem halben Jahr noch, wenn das Laub längst von den Bäumen gefallen ist und unter einer dicken Schicht Schnee liegt, und längst niemand mehr über #MeTwo spricht.

Und vergesst nicht, dass ihr von uns kein Eis dafür bekommen werdet. Denn das ist kein Gefallen, den ihr uns tut, kein wohlwütiges Engagement, für das wir euch auszeichnen werden, wie ihr uns mit Integrationsbambis und Medaillen. Antirassistisch sein ist nämlich kein Engagement, sondern eure Verantwortung. Und nicht rassistisch behandelt zu werden ist das, was uns zusteht.

Aber eine weniger rassistische, solidarischere Gesellschaft kommt am Ende all ihren Mitgliedern zugute. Und auch euch. Ist doch schön, wenn ihr mit 85 auf dem Sofa sitzt, mit eurer Katze oder eurem Hund oder Enkelkind oder Hamster und ihr habt seit 60 Jahren niemand mehr, auch nicht gut gemeint, rassistisch behandelt. ■

Ronya Othmann ist Autorin und lebt in Leipzig.

Der Artikel erscheint mit freundlicher Genehmigung der Autorin und wurde online zuerst beim Admag veröffentlicht.

DIE ABSCHIEBEINDUSTRIE

Der Standort Flughafen Leipzig/Halle

von Frederic Weichselberger

Viele Menschen verbinden mit dem Flughafen Leipzig/Halle den Flug in den Urlaub und in die weite Welt. Doch nicht alle Menschen fliegen von hier aus freiwillig. Jährlich werden hunderte Menschen in die Länder abgeschoben, aus denen sie – aus guten Gründen – geflohen sind. Das bedeutet in vielen Fällen die Rückführung in Verfolgung, Elend und im schlimmsten Fall in den Tod.

Abschiebungen

Eine Abschiebung beginnt meist im Dunkeln. Un-angekündigt taucht an der Wohnungstür oder im Camp die Polizei auf. Dann heißt es, unter Bewachung die wichtigsten Sachen in ein paar Taschen stopfen und raus – raus aus der gewohnten Umgebung, der Stadt, weg von Freunden und teilweise der Familie. Wie es dann weitergeht, ist unterschiedlich. Einige Menschen werden danach eingesperrt. Ohne ein Verbrechen begangen zu haben, kommen sie in einen Abschiebeknast. Wer nicht noch in einer Zelle tage- oder wochenlang auf seine_ihre Abschiebung warten muss, kommt direkt an den Flughafen.

Die Gründe für eine solche Flucht können die verschiedensten sein und sind fast immer legitim. Ob vor Elend, Verfolgung oder Tod, ob vor Armut oder einfach dem Gefangensein in einem Leben, das man sich so nicht gewünscht hat – ein jeder Mensch sollte das gleiche Recht haben, sich frei zu bewegen.

Der Abschiebeflughafen Leipzig/Halle

Auch am Flughafen Leipzig/Halle vollzieht sich dieser letzte Schritt der Abschiebung, wenn Menschen unfreiwillig in Flieger gesetzt und außer Landes abgeschoben werden. 913 Personen waren es im Jahr 2017,^[1] im Jahr davor sogar 2157.^[2] Damit liegt der Flughafen Halle/Leipzig 2016 auf Platz fünf und 2017 auf Platz acht der deutschen Flughäfen mit den meisten Abschiebungen. Zahlen dazu finden sich lediglich in kleinen Anfragen, die entweder auf Bundes- oder Landesebene zur Thematik gestellt werden. Durch sie ist auch bekannt, dass 373 der 913 Personen durch 16 Sammelabschiebungen, organisiert von verschiedenen Bundesländern, ab-

geschoben wurden.^[3] Bei Sammelabschiebungen werden extra Flugzeuge angemietet, sogenannte Chartermaschinen. In ihnen werden dann Personen aus dem gesamten Bundesgebiet abgeschoben. Über die Abschiebungen der restlichen 540 Menschen im Jahr 2017 ist nichts konkreter bekannt, da die Landes- und Bundesregierungen nur über die von Ihnen organisierten Abschiebungen Informationen herausgeben. Bei ihnen wird es sich jedoch zumeist entweder um Einzelabschiebungen handeln – hier werden Menschen in normale Linienflüge gesetzt und in Begleitung von Polizei abgeschoben – oder um Sammelabschiebungen, die von Frontex organisiert wurden. Frontex ist eine Agentur der Europäischen Union, welche in Zusammenarbeit mit den EU-Staaten vor allem die EU-Außengrenzen bewacht und eben auch Abschiebungen mit denselben organisiert. Debattiert wird hier gerade auf europäischer Ebene, ob Frontex eine noch zentralere Rolle bekommen und gar Abschiebungen ohne die Zustimmung der Mitgliedstaaten durchführen können soll.

Was die Zahlen ersichtlich machen, ist dass Abschiebungen am Flughafen Leipzig/Halle keine Ausnahme sind. Vielmehr gehört ihre Organisation und Durchführung zur Tagesordnung.

Eine Abschiebebeobachtungsstelle für den Flughafen Leipzig/Halle

Dass über die Abschiebungen, die am Flughafen stattfinden nur wenige Informationen bekannt sind, liegt nicht zuletzt daran, dass es keine wirksame Abschiebebeobachtungsstelle gibt. Eine solche Stelle sollte dafür eingerichtet sein, dass während Abschiebungen seitens der ausführenden Behörden keine Rechtsbrüche begangen werden. 2008 wurde die Einrichtung solcher Beobachtungs- und Kontrollstellen in der europäischen Rückführungsrichtlinie niedergeschrieben. Hier heißt es im achten Artikel des zweiten Kapitels: „Die Mitgliedstaaten schaffen ein wirksames System für die Überwachung von Rückführungen.“ 2018, zehn Jahre nach der Setzung dieser Richtlinie, ist sie in vielen EU-Staaten immer noch nicht wirklich umgesetzt. In Deutschland

[1] Kleine Anfrage u.a. der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion DIE LINKE. Drs.-Nr.: 19/485.

[2] Kleine Anfrage u.a. der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion DIE LINKE. Drs.-Nr.: 18/10955.

[3] Kleine Anfrage der Abgeordneten Juliane Nagel, Fraktion DIE LINKE. Drs.-Nr.: 6/12224.



Photo: Tim Wagner

Proteste gegen die sächsische Asylpolitik am Flughafen Leipzig Halle

wurde zwar die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter beauftragt; diese ist jedoch nur sehr spärlich bei Abschiebungen zugegen. Am Flughafen Leipzig/Halle war sie vergangenes Jahr gerade einmal bei zwei Abschiebungen vor Ort. Neben dieser Stelle gibt es bisher nur an fünf Flughäfen in Deutschland noch extra dort stationierte Abschiebebeobachtungsstellen. Die erste wurde 2000 in Frankfurt am Main gegründet. Dies geschah, nachdem dort 1999 während einer Abschiebung Aamir Aageb durch vorsätzliche Gewaltanwendung der Polizei starb. In Leipzig gibt es eine solche Stelle nicht.

So bleibt es am Flughafen Leipzig/Halle dabei, dass Abschiebungen ohne eine solche Kontrolle durchgeführt werden und hier die eingesetzte Polizei einen sehr großen Handlungsspielraum genießt. So ist es auch nicht verwunderlich, dass es bei Abschiebungen immer wieder zu Erniedrigungen, Misshandlung und Gewalt kommt. Vor diesem Hintergrund hat der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V. zusammen mit dem Initiativkreis Abschiebebeobachtung eine Kampagne initiiert, an deren Ende eine unabhängige Beobachtungsstelle eingerichtet werden soll.^[4] Es ist gerade für die von Abschiebungen Bedrohten zu hoffen, dass die Grausamkeit der Abschiebung an sich nicht noch durch Gewalt verschlimmert wird.

Antiabschiebeproteste in Leipzig

Neben dieser Kampagne gibt es noch andere Ansätze, um den Flughafen als Abschiebeflughafen öffentlich zu skandalisieren. Hier gehen die Aktivitäten vor allem vom Leipziger Bündnis Protest LEJ aus. Dieses gründete sich Mitte 2017, als eine Abschiebung nach Afghanistan vom Flughafen Leipzig/

Halle angesetzt wurde. Dieses Bündnis organisierte immer wieder Proteste in Leipzig wie auch am Flughafen. Ziel war und ist es, im öffentlichen Raum Abschiebungen zu skandalisieren, um damit Menschen zu politisieren und politischen Druck auf die Entscheidungsträger_innen auszuüben.

Abschiebeverhinderung

Neben Protesten ist die tatsächliche Abschiebeverhinderung natürlich ein großes Thema. Vor einigen Jahren konnten hier noch verhältnismäßig große Erfolge erzielt werden – so etwa in Osnabrück durch einen SMS-Verteiler. Damals waren Abschiebungen jedoch noch angekündigt und so konnten immer wieder erfolgreich Sitzblockaden vor Wohnungen organisiert werden. Dies geht heute nicht mehr. Was noch bedingt möglich ist, ist dass sich bei Einzelabschiebungen die betroffene Person oder Unterstützer_innen im Flugzeug weigern, sich hinzusetzen und das Flugzeug so nicht starten kann. Da gegenwärtig jedoch viel mehr Menschen in Chartermaschinen abgeschoben werden, kann die Polizei ohne die zivilen Fluggäste als Zeug_innen die Personen mit mehr Gewalt in den Sitz zwingen.

Aufgrund dieser Probleme wird deutschlandweit gerade über das Thema Bürger_innen-Asyl diskutiert. Bürger_innen geben dabei nicht nur Schutz vor Verfolgung aus dem Herkunftsland, sondern auch vor dem deutschen Staat, der ihre Rechte als freie Menschen nicht anerkennen will. Sie nehmen von Abschiebung bedrohte Menschen in ihren Wohnungen auf und verstecken sie vor der Polizei.^[5] ■

Frederic Weichselberger arbeitet beim Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V. und organisiert Kampagnen gegen Abschiebungen und für bessere Bleiberechtsperspektiven.

[4] Initiativkreis Abschiebebeobachtung, Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt: Weil Menschen keine Dinge sind. Informationsbroschüre über Abschiebebeobachtungen am Flughafen Leipzig/Halle.

[5] www.aktionbuergerinnen-asyl.de

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL RASSISTISCHER EREIGNISSE CHRONIK

20. September 2018

Ein Mann hält mit seinem Fahrrad vor dem Leipziger Hauptbahnhof, um kurz zu telefonieren, als eine Frau auf ihn zukommt und sagt: „Du darfst hier nicht so laut sprechen, weil du schwarz bist und du darfst nicht in unserer Heimat bleiben.“ Der Mann antwortet, dass er hier bleibe und an dem Ort lebe, wo er möchte. Daraufhin bewegen sich vier etwa 30 Jahre alte Männer in dessen Richtung und werfen mit Bierflaschen nach ihm. Der Geschädigte versucht, mit seinem Fahrrad zu fliehen, wird jedoch an seiner Umhängetasche festgehalten. Die vier Männer schlagen und treten auf den Mann ein, er wird an Beinen und Armen getroffen. Er kann sich losreißen, muss aber die Tasche zurücklassen.

24. August 2018

Unter dem Titel „Hakuna Matata – Afrika hautnah erleben“ bietet der Leipziger Zoo regelmäßig Veranstaltungen an. Laut Ankündigungstext gehe es darum, die „Küche und Kultur dieses einmaligen Kontinents“ zu genießen. Dass Afrika ein ebenso einmaliger Kontinent wie alle anderen Kontinente auch ist, wird dabei negiert, ihm eine offensichtlich exotisierende Andersartigkeit unterstellt. Diese findet sich auch in der weiteren Beschreibung: „Fremde Gewürze, exotische Früchte und landestypische Köstlichkeiten entführen Sie anschließend in die faszinierende Welt der Küchen Afrikas.“ Den mehr als 1,2 Milliarden Einwohner_innen aus 55 Staaten wird somit jegliche Eigenständigkeit abgesprochen. Vielmehr werden Sie zu einem homogenen Ganzen zusammengefasst. Unterschiede etwa bezüglich politischer Systeme, Sprachen oder Religionen werden so ignoriert und die Individualität der Bewohner_innen nicht adäquat dargestellt.

8. Juli 2018

In der Nacht von Samstag zu Sonntag besucht der aus Pakistan stammende 31-jährige Jawad Muhammad die Sputnik Heimattour des MITTELDEUTSCHEN RUNDFUNKS in Bad

Düben. Als er sich gegen 3.30 Uhr mit zwei Freunden auf den Nachhauseweg macht, wird er von etwa 15 stark alkoholisierten Personen verfolgt und rassistisch beleidigt. Drei bis vier der TäterInnen greifen ihn schließlich an, wobei sie ihm beide Hände brechen. Muhammad berichtet in einem Interview mit der LVZ, dass er unter Schmerzen mit seinem Auto fliehen konnte, welches zeitweilig von den AngreiferInnen umstellt war. Erst dann war es möglich, einen Krankenwagen zu rufen.

23. Juni 2018

Im Anschluss an das WM-Spiel der deutschen Fußballnationalmannschaft gegen Schweden fährt eine etwa zwanzigköpfige Gruppe deutscher Fußballfans mit dem Zug von Leipzig in Richtung Grimma. Offensichtlich waren sie vorher gemeinsam beim Public Viewing. Sie tauschen sich über eine vermeintliche deutsche „Herrenrasse“ aus und unterstellen Menschen mit Migrationshintergrund, Vergewaltiger, Kindermörder, Drogendealer, Terroristen und „Parasiten“ zu sein.

10. April 2018

Am Dienstagabend wird ein Junge vor einem Fahrradladen im Leipziger Osten von einem vorbeifahrenden Mann rassistisch beleidigt und geschubst. Der Mann ruft dabei: „Ihr Scheißkanacken sollt euch alle aus Deutschland verpissen“ und „Sieg Heil!“ Die Angegriffenen bringen sich im Geschäft in Sicherheit. Der Angreifer versucht, in dieses einzudringen und tritt eine Türscheibe ein. Es gelingt den Anwesenden, ihn aus dem Laden zu drängen. Der Angreifer verschwindet kurz, kommt einige Minuten später zurück und bedroht erneut die Mitarbeitenden. Nach einem kurzen Wortgefecht schlägt er einer Person ins Gesicht. Die Mitarbeitenden drängen ihn wieder zurück. Durch das Eintreffen der Polizei lässt der Angreifer vom Angriff auf den Laden ab.

17. März 2018

Im Rahmen der Buchmesse findet die Vorstellung des Buchs *10 Thesen für ein weltoffenes Deutschland* im Museum in der Runden Ecke statt. AutorInnen sind die als BürgerrechtlerInnen bekannt gewordenen Gunter Weißgerber, Richard Schröder und Eva Quistorp. Das Buch und auch seine Vorstellung strotzen – entgegen seinem Titel – vor rassistischen und pauschalisierenden Aussagen. Im Buch folgen die AutorInnen der These, es gebe einen „Geburtenüberschuss in Nahost, Mittelost und Afrika“ und unterscheiden zwischen Asylsuchenden und „Wirtschaftsflüchtlingen“, die ihre Identität verschleiern würden. Familienzusammenführung ist im Sinne der AutorInnen die Rückführung von Geflüchteten in ihre Heimatländer. Menschen, die Zuwanderung als Konkurrenz wahrnehmen, würden zu Unrecht als Nazis oder RassistInnen beschimpft.

14. Februar 2018

Die AfD veranstaltet in Nentmannsdorf (Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) einen politischen Aschermittwoch. Auf dieser Veranstaltung spricht auch der AfD-Landes- und Fraktionsvorsitzende aus Sachsen-Anhalt **André Poggenburg**. In seiner Rede beleidigt er Türken als „Kümmelhändler“ und „Kameltreiber“, welche sich dahin scheren sollen, „wo sie hingehören, weit, weit, weit, hinter den Bosphorus, zu ihren Lehmhütten und Vielweibern. Hier haben sie nichts zu suchen und zu melden.“ In einem Beitrag der Tagesschau ist der Leipziger AfD-Abgeordnete **Christian Kriegel** zu sehen, welcher applaudiert und Beifallrufe äußert. Kriegel ist für seine Fraktion Vertreter im Migrantenteam, einem Vertretungsgremium für Migrant_innen in Leipzig.

2. Januar 2018

Unbekannte beschmierern das Tor einer Gemeinschaftsunterkunft in Leipzig mit einem Hakenkreuz und dem Slogan „No Asyl“. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen des

Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wird im Februar 2018 eingestellt, da keine Tatverdächtigen ermittelt werden können.

13. November 2017

Thomas Rauscher, Juraprofessor an der UNIVERSITÄT LEIPZIG, teilt auf seinem privaten Twitter-Account einen Zeitungsartikel zu einem nationalistischen Aufmarsch zum Unabhängigkeitstag in Polen mit dem Kommentar: „Polen: ‚Ein weißes Europa brüderlicher Nationen.‘ Für mich ist das ein wunderbares Ziel!“ Bei der Demonstration in Warschau marschierten zehntausende Ultranationalisten, Neofaschisten und Neonazis mit. Der zitierte Tweet war einer der Parolen. Zudem postet er: „Wir schulden den Afrikanern und Arabern nichts. Sie haben ihre Kontinente durch Korruption, Schlendrian, ungehemmte Vermehrung und Stammes- und Religionskriege zerstört und nehmen uns nun weg, was wir mit Fleiß aufgebaut haben.“

7. Oktober 2017

Ein 42-jähriger Iraker wird gegen 22.30 Uhr auf dem Weg zur Arbeit am Adler in Leipzig von sieben Jugendlichen im Alter von geschätzt 16 bis 17 Jahren angegriffen. Sie beleidigen ihn mit den Worten „Der Ausländer hat zu viel Geld“ und schlagen ihn gegen Kopf und Körper. Einer wirft eine Flasche gegen seinen Kopf, wodurch der Geschädigte eine Platzwunde erleidet.

29. Juni 2017

In der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag attackieren Unbekannte gegen 2 Uhr das Büro des Vereins BON COURAGE in Borna mit Steinen. Da die Scheiben aus Sicherheitsglas bestehen, können sie diese nicht durchschlagen. BON COURAGE E.V. setzt sich seit vielen Jahren für Geflüchtete in Borna ein, unter anderem mit Beratungsangeboten und Inklusionsprojekten. „Die Anschläge sind allerdings nur die Spitze des Eisbergs. Regelmäßig

kommt es zu Anfeindungen und Beleidigungen gegenüber den Mitarbeiter_innen und den Beratungssuchenden, fast wöchentlich werden die Räumlichkeiten Ziel von rechts motivierten Schikanen. Es wäre naiv, darin Zufälligkeiten zu sehen. Die Angriffe sind kein Zufall, sondern Resultat eines nach wie vor existenten Rassismus in Teilen der Bevölkerung, den es als Problem anzuerkennen gilt“, so Vereinsmitglied Sandra Münch.

25. Mai 2017

Am „Männertag“ kommt es in Grimma, Ortsteil Bahren vor einer Asylunterkunft zu einer Auseinandersetzung. Zwei betrunkene Männer beleidigen mehrere Bewohner_innen der Unterkunft. Dabei wirft einer Angreifer ein Fahrrad in den Innenbereich der Einrichtung. Die Heimbewohner_innen klettern daraufhin über den Zaun. Die beiden Männer, die zuvor vor der Unterkunft gestanden hatten, werden leicht verletzt.

29. April 2017

Unbekannte zerstören die Gedenktafel im CARL-WILHELM-MÜLLER-PARK, welche an den rassistischen Mord an Kamal K. erinnert. Diese war erst drei Tage zuvor ersetzt worden. Die Gedenktafel im Park vor dem Hauptbahnhof wird immer wieder Ziel von Zerstörung und Diebstahl.

2. Februar 2017

Ein Unbekannter, in einem weißen Gewand verkleidet als „islamistischer Gefährder“, wirft dutzende Papierschnipsel mit der Aufschrift „Islamisierung Tötet“ von der zweiten Etage im Einkaufszentrum Paunsdorf Center. Wenige Stunden nach der Tat bekennt sich die rechte Gruppe DER SCHILD auf Facebook zu der Aktion. ■

Melde rechte,
rassistische,
antisemitische
und sexistische
Gewalt und
Diskriminierung
in Leipzig und
Umgebung!

www.chronikLE.org



10 Jahre chronik.LE

Grußwort von Jakob, Mitbegründer

Mit chronik.LE wollten wir die Alltäglichkeit neonazistischer, rassistischer und diskriminierender Gewalt in und um Leipzig aufzeigen. Schon lange vor 2008 hatten wir den Wunsch, irgendwie der verbreiteten Behauptung widersprechen zu können, es handele sich bei den wenigen medial bekannt gewordenen Vorfällen lediglich um Einzelfälle. Die Vorfallsdokumentation erschien uns als ein geeignetes Mittel. Auf ihrer Grundlage konnten wir als politisch aktive Menschen unsere Argumentation und unsere Kritik stützen.

Ich bin überzeugt: Mit chronik.LE ist es gelungen, Licht in das Dunkelfeld rechter und rassistischer Diskriminierung und Gewalt zu bringen. Wir konnten Betroffenen Raum für ihre Stimmen geben und ihnen Gehör verschaffen. Wir konnten den Relativierungen und Leugnungen Fakten entgegenzusetzen. Und wir haben es oft geschafft, der absurden Behauptung zu widersprechen, es gebe kein „rechtes Problem“. Unsere Anliegen damals sind heute aktueller denn je. Umso erfreulicher, dass dieses Projekt nach 10 Jahren noch immer so lebendig ist.

Ich hoffe, dass die wichtige Arbeit von chronik.LE auch heute noch Menschen dazu veranlasst, Solidarisierungsprozesse mit Betroffenen anzustoßen. Und ich hoffe, dass sich viele Menschen angesichts der unfassbaren Menge der in den vergangenen 10 Jahren erfassten Vorfälle immer wieder dazu entscheiden, weiterhin aktiv im Einsatz gegen rechtes Denken, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus zu bleiben. Oder gar erstmalig aktiv zu werden.

Jakob



Antisexistische und feministische Demonstration gegen LEGIDA, Leipzig 2016



02 KAPITEL

GESCHLECHT UND SEXISMUS

Schon beim Blick auf die Sammlung der Ereignisse aus dem vergangenen Jahr wird deutlich, dass sich unter dem Schlagwort „Sexismus“ nicht nur verschiedenste Diskriminierungsformen versammeln, sondern dass diese auch auf unterschiedliche Weise mit anderen Formen von Abwertung und Ausgrenzung, vor allem mit Rassismus und Antisemitismus, verflochten sind. Die von uns dokumentierten Vorfälle reichen von abwertenden frauen*-, homo- und transsexuellenfeindlichen Sprüchen über Vorurteile zu vermeintlicher Sexualität bis hin zur „Verweiblichung“ und Abwertung von reproduktiver Arbeit. Hierbei bilden immer Vorurteile gegenüber dem zugeschriebenen biologischen und sozialen Geschlecht und daran anknüpfende Erwartungen an entsprechendes Verhalten die Grundlage.

Nachdem sich in den vergangenen Ausgaben schon einzelne Artikel mit dem Themenspektrum „Sexismus und Geschlecht“ befassten, setzen wir mit dieser Ausgabe erstmals einen eigenen Schwerpunkt. Dies ist durchaus selbstkritisch zu lesen, denn weder sehen wir einen qualitativen oder quantitativen Anstieg sexistischer Vorfälle in den letzten Jahren, noch widmen wir uns erstmals dieser Diskriminierungsform. Vielmehr sahen und sehen wir uns in unserer alltäglichen Dokumentationspraxis mit einer Reihe von Schwierigkeiten konfrontiert, die wir in dieser Ausgabe thematisieren wollen und zum Austausch darüber einladen.

Den Einstieg in das Thema und ein Definitionsangebot übernimmt zunächst ein einführender Artikel mit dem Titel Was ist Sexismus?. Weiter geht es mit einer Zustandsbeschreibung der Diskriminierung queerer Lebensformen im ländlichen Raum sowie einem Beitrag über frauen*-feindliche Gewalt und deren tödliche Konsequenzen. Hierbei wird deutlich, dass das Thema in der Bundesrepublik oft nur dann ins öffentliche Bewusstsein rückt, wenn die männlichen Täter nicht als Deutsche gelten und die Auseinandersetzung mit der Gewalt zugleich rassistisch (re-)produziert werden kann. Das Kapitel schließt mit einer Auswahl an dokumentierten Ereignissen aus unserer Chronik. ■

WAS IST SEXISMUS?

von Caroline Dalibor

Schaut man sich in der deutschen Gesellschaft um, findet man Väter in Elternzeit, Frauen als Bundestagsabgeordnete und sogar eine weibliche Bundeskanzlerin. Es scheint, als könnte jede Person, egal ob Mann oder Frau, sein, was sie will und arbeiten, wo sie möchte. Fordern Feminist_innen mehr Gleichstellung, Quoten, Gesetzesänderungen oder weisen sie auf herabwürdigende Elemente im öffentlichen Leben wie Werbung oder dumme Sprüche hin, ist die Antwort oft: „Was wollt ihr denn? Ihr dürft doch wählen, studieren und arbeiten.“ oder „Männer sind eben so.“

[1] Süddeutsche Zeitung Online vom 14.9.2018: Die Unangreifbare wird angreifbar.

[2] Rolf Pohl in der taz vom 18.9.2018: Männer haben Angst vor Frauen.

[3] Julia C. Becker bei bpb vom 7.2.2014: Subtile Erscheinungsformen von Sexismus.

Gibt es denn überhaupt noch ein Problem mit Sexismus in Deutschland? Sind Männer so und Frauen eben anders? Stehen solche Aussagen nicht im Gegensatz zu Selbstverwirklichung, Glück und Freiheit, wie sie der moderne Mensch einfordert und jede und jeder verdient?

Unter Sexismus versteht man die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. Er meint die Vorstellung, dass ein Geschlecht dem anderen von Natur aus überlegen sei. In diesem Falle wird die Frau häufiger aufgrund ihres Geschlechtes diskriminiert als der Mann. Leider hilft da auch keine Frau im Bundeskanzleramt weiter, denn solche Beispiele sind die Ausnahme. Und obwohl Angela Merkel den bekanntesten politischen Posten des Landes besetzt und bisher eine lange und skandalfreie Legislatur absolviert, wird ihre Kleidung und ihr Auftreten in der Öffentlichkeit negativ bewertet, wird sie mit Spitznamen wie „Mutti“, „Madame No“ oder „Kohls Mädchen“ betitelt.^[1] Es scheint also nicht „nur auf das Können“ anzukommen. Und warum wird die politisch mächtigste Person eines Landes so reduziert und warum ist das kein Skandal?

Sexismus zeigt sich aber nicht nur in den Medien oder in der Politik, sondern auch in verschiedenen Situationen in unserem Alltag, zum Beispiel in der Abwertung in Beleidigungen wie „Mädchen“ oder „Pussy“. Gleiches Verhalten der Geschlechter, wie ein selbstbewusstes Auftreten in einer sozialen Situation wie einem Streit, wird bei Männern als stark und durchsetzungsfähig, bei Frauen als zickig und anstrengend gewertet.

Beim Betrachten unserer „männlich dominierten

Gesellschaft mit klaren Geschlechterhierarchien“ und der Forderung nach dem guten Leben für alle sollten wir folgende Fragen stellen: „Wer dominiert in der Wirtschaft? Wer dominiert in der Politik? Und wer dominiert in den emotionalen Beziehungen? Wer bekommt Aufmerksamkeit, Geld oder Zuwendung, und welches Geschlecht wird eher diskriminiert? Besonders in den privaten Beziehungen gibt es eine sehr starke Ausprägung männlicher Vorherrschaft.“^[2]

Moderner Sexismus ist definiert, als die Leugnung von Diskriminierung und die Ablehnung von Maßnahmen, die darauf abzielen, Ungleichheit abzubauen. Beispielhafte Aussage hierfür ist „In unserem Land ist die Diskriminierung von Frauen kein Problem mehr“, also ein Relativieren, Kleinreden oder Absprechen von Missständen, oder der Widerstand gegen vermeintliche Privilegien von Frauen, zum Beispiel die Einführung von Frauenquoten in bestimmten Wirtschaftsbereichen als Zeichen von Bevorteilung von Frauen zu sehen, statt als temporäre Regelung, die „gläserne Decke“ oder andere Widerstände zu überwinden.

Diese Aussagen liefern somit ideologische Rechtfertigungen für die bestehende Ungleichheit: Der Ist-Zustand wird als fair wahrgenommen und eine Verminderung oder Abschaffung von Geschlechterungleichheit wird verhindert.^[3] Oft gehen diese Sexismusarten einher mit wertkonservativen und traditionellen Vorstellungen wie beispielsweise der traditionellen Kleinfamilie Vater-Mutter-Kind, dem Vater als Versorger und der Mutter als Care-Arbeiterin, die die Familienmitglieder versorgt, sich kümmert, als Erzieherin der gemeinsamen Kinder, die den Haushalt führt oder die Großeltern pflegt. Wenn Menschen sich in dieser Aufgabenverteilung wohlfühlen, ist daran nichts problematisch. Jedoch verhindert eine Öffnung dieses Systems durch Maßnahmen wie das Wahrnehmen und Ausfüllen der Erziehungsverpflichtungen von Vätern oder vollkommene Lohngleichheit für Frauen in allen Berufen, dass Menschen die Freiheit haben, Familie auch anders zu leben, nämlich frei und nach ihren eigenen Vorstellungen. Frauen sind immer noch in der Lohnarbeit und Erziehungsarbeit oft be-

nachteiligt, und das Vorenthalten von wirtschaftlicher Gleichstellung verhindert ein selbstbestimmtes Leben.

Manchmal äußert sich Sexismus nicht in Abwehr oder Abwertung, sondern in wohlwollenden oder auch feindlichen Aussagen. Das Feindliche drückt sich in einer negativen Sichtweise auf Frauen aus, in der Männer ihren höheren Status verdient haben und gleichzeitig die Furcht besteht, diesen höheren Status durch Frauen verlieren zu können. Im Kern geht es um hier um ein männliches Bedrohungsszenario und einen (Ressourcen-)Kampf um beispielsweise Arbeitsplätze und die damit einhergehende Abwertung der Bedrohungsquelle.

Viele Sexisten gehen auch davon aus, dass Frauen das Ziel verfolgen, Macht und Kontrolle über Männer zu erlangen, entweder durch feministische Ideologie oder durch das Ausnutzen ihrer „sexuellen Attraktivität“. Die Fantasie von einem umgedrehten geschlechtlichen Machtgefüge richtet sich daher vor allem gegen nicht-traditionelle Frauentypen wie Feministinnen und Karrierefrauen.

Wohlwollender Sexismus schreibt Frauen vermeintlich positive Eigenschaften zu, die ihre gesellschaftliche Rolle begründen sollen. Frauen seien kreativer, einfühlsamer, moralischer und deswegen die besseren und geeigneteren Erziehungspersonen. Was im besten Falle als Kompliment gemeint ist, hält die Diskriminierung aber künstlich aufrecht. Oft einhergehen hier biologistische Einstellungen wie „Frauen können nun mal nicht so schwer tragen“ als Begründung, warum Frauen nicht im Handwerk tätig sein können und sollen, um die Geschlechtshierarchie und die eigenen Vorurteile gut und plausibel zu begründen.

Sexismus in Leipzig

Dass Frauen immer noch als „das schwache Geschlecht“, als schutzbedürftig und unmündig betrachtet werden, lässt sich auch im aktuellen rechten Backlash in der deutschen Gesellschaft sehen. Proteste gegen vorgeblich sexuelle Gewalt, die angeblich ausschließlich von nicht-weißen Männern ausgeht, wie beispielsweise in Kandel,^[4] werden von organisierten Rechten und Konservativen inszeniert, die grundsätzlich nicht an Frauenrechten und Frauenautonomie interessiert sind, sondern nur das Narrativ vom ausländischen Triebtäter und der schutzlosen, schwachen (deutschen) Frau bedienen. Frauen werden als unselbstständig, als Teil des Volkskör-

pers gesehen und instrumentalisiert. Dass Sexismus als Diskriminierungsform häufig nicht alleine steht, lässt sich in diesem Diskurs gut betrachten. In einem kürzlich erschienenen Artikel heißt es dazu treffend: „Das rassistische Bild vom omnipotenten und nicht triebbeherrschten schwarzen Mann, der der Frau auf der Straße nicht nur hinterherruft, sondern sie notfalls mit Gewalt ins Bett bekommen will, ist Teil des Kolonialrassismus – auch des Antisemitismus – und wurde in seiner Aktualisierung als antimuslimischer Rassismus, flankiert vom Bild des muslimischen ‚Ehrenmörders‘, auch schon vor 2015 bei jeder ‚Nein zum Heim‘-Veranstaltung bemüht.“^[5]

Auch in Leipzig gab es 2018 eine solche Veranstaltung aus dem ehemaligen Legida-Umfeld unter dem Motto: „Wir Frauen fordern: Keine Gewalt in Deutschland“. Unterstützt wurde diese Kundgebung, die nur wenig Zuspruch fand, bezeichnenderweise von einer Gruppe, die sich „Bikers for Womens“ [sic] nennt.^[6]

2018 sorgte beim Leipziger Stadtfest ein Waffelstand mit einem sexistischem Werbemotiv für Aufregung bei aufmerksamen Leipziger_innen: Warum ist die Frau am Waffelstand halbnackt und fasst sich in den Schritt? Und warum ist sexistische Werbung problematisch?

Diese Werbung zeigt ein Bild der Frau als ewig sexuell verfügbaren und willigen Menschen und vermittelt somit ein Frauenbild, das nicht der Realität entspricht, aber durch die permanente Präsenz in der Lebenswelt normalisiert wird. Frauen sind keine Lustobjekte, wollen es auch nicht sein, sie sind auch nicht (nur) die Hausfrau am Herd, wie in der TV-Werbung häufig vermittelt wird. Diese Stereotype verhindern einen Umgang auf Augenhöhe, ein Ernstnehmen und einen verantwortungsbewussten und respektvollen Umgang zwischen allen Menschen. Darauf weist unter anderem die Kampagne „Stoppt sexistische Werbung in Leipzig“ hin. Die Stadt Leipzig hat auf diese Forderung mit einem Verbot von sexistischer Werbung im Stadtgebiet reagiert.^[7/8] ■

Caroline Dalibor ist Bibliothekarin und findet, dass radikaler Feminismus und militanter Antifaschismus Teil einer lebenslangen romantischen Zweierbeziehung sein sollten. Die Autorin hat den Text im Bewusstsein der binären Geschlechtsverhältnisse der Normgesellschaft verfasst, selbstverständlich sind Geschlechtszuschreibungen mit Sternchen zu denken und queere Kämpfe nicht zu ignorieren.

[4] Antifaschistische Aktion Südliche Weinstraße 2018: Kandel – Wallfahrtsort der Neuen Rechten.

[5] Anna Berg, Judith Goetz, Eike Sanders (2018) bei apabiz: Toxische Männlichkeit von Kandel bis Chemnitz. Feministische Interventionen in eine aktuelle Gefahrensituation.

[6] Juliane Streich im Kreuzer Online vom 30.7.2018: Deutschlandfahne for Womens.

[7] Bastian Brandau im Deutschlandfunk am 4.6.2018: Keine sexistische Werbung mehr im öffentlichen Raum.

[8] Stadt Leipzig (2018): Sexistische Werbung.

ÜBER SPANNUNGSFELDER UND WIDERSPRÜCHE

Unser Projekt chronik.LE und der alltägliche Sexismus

von chronik.LE

„Obwohl es chronik.LE über eine Ereignissammlung nicht leisten kann, strukturellen Sexismus – in seinen Formen der Frauenabwertung, Homophobie oder Heteronormativität – zu analysieren, sollen auf der Internetseite künftig mehr sexistische Diskriminierungen dokumentiert werden.“ Das schrieben wir in unserer ersten Broschüre der Leipziger Zustände im Jahr 2009. Wir wollten damit dokumentarisch näher an die Realität diskriminierender Ereignisse kommen, als wir es bis dato schafften. Hat sich seitdem etwas daran geändert?

Debatte um den Mord an Sophia L. Fälle wie diese zeigen, dass die (bundes)deutsche Debatte über Sexismus und die Debatte über die Objektivierung von Frauen* dann am lautesten wird, wenn sie ethnisch ist. Sind die Täter weiß, deutsch und Muttersprachler, dann wird geflissentlich ein Auge zugeedrückt oder sexistische Vorfälle werden erst gar nicht als solche anerkannt. Als Täter und Gefahr für die öffentliche Sicherheit erscheint nur „der Fremde“, der heutzutage zumeist als „Araber“ oder „Muslim“, in jedem Fall aber als „Nichtdeutscher“ benannt wird.^[2]

Unsere Berichterstattung

Als CHRONIK.LE versuchen wir, mit unserer Dokumentation ein breites Feld der Diskriminierungsformen abzudecken, um auf die verschiedenen Facetten menschenfeindlicher Ideologien hinzuweisen. Wir orientieren uns dabei am Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF). Dieser Ansatz geht von Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Denk- und Diskriminierungsformen aus. Personen, die zur Diskriminierung einer bestimmten Minorität neigen, tendieren statistisch gesehen häufiger dazu, auch andere Minoritätengruppen zu diskriminieren. Die GMF erfasst also Einstellungsmuster. Hier bewegen wir uns im Spannungsfeld zwischen den Einstellungen der Menschen und ihren konkreten Handlungen. Nur letztere können wir erfassen. Wir versuchen aufzuzeigen, wo diese Einstellungsmuster in Taten übersetzt werden.

Die Ereignisse, die wir festhalten, stehen als punktueller Ausdruck für die gesamtgesellschaftlichen Problemkomplexe, mit denen sich emanzipatorische Ideen konfrontiert sehen. Dabei wollen wir weiterhin einen möglichst fundierten Überblick für eine interessierte Öffentlichkeit geben – von neonazistischen Konzerten, Versammlungen und Angriffen über den Rassismus auf dem Wohnungsmarkt und in Bildungseinrichtungen hin zu alltäglichen Formen sexistischer Diskriminierung, um nur einige Beispiele

Nach über neun weiteren Jahren der Dokumentationsarbeit ist es eigentlich schon längst an der Zeit, unsere Arbeit und die Weise, welche diskriminierenden Ereignisse wir warum erfassen, zu reflektieren. Das betrifft insbesondere eine Schiefelage unserer Dokumentation: Wir erfassen viel mehr rassistische und neonazistische Vorfälle als sexistische, und das, obwohl sexistische Diskriminierung ebenso Alltag unzähliger Menschen in und um Leipzig ist. Im Jahr 2009 dokumentierten wir lediglich vier sexistische Ereignisse, was nicht im Geringsten die realen Verhältnisse darstellt oder sich diesen anzunähern vermag. Es drängen sich daher die Fragen auf, welche Ursachen diese Schiefelage unserer Dokumentation hat und wie sich daran etwas ändern lässt.

Eine der Besonderheiten an der Erfassung sexistischer Vorfälle ist, dass Sexismus de facto jede_n (be) trifft, jedoch in der alltäglichen Wahrnehmung nur selten als solcher erkannt wird. In unserer Gesellschaft zeigt sich das unter anderem an der Blindheit eines großen Bevölkerungsteils für das Verhalten ihrer Mitmenschen. War es doch „nur ein Kompliment“, wenn jemand das Aussehen einer Frau ungefragt bewertet oder „nur ein Spaß“, wenn jemand auf der Straße einer Frau wünscht, vergewaltigt zu werden.^[1] Sexismus wird häufig nur dann thematisiert, wenn die (vermeintlichen) Täter nichtdeutscher Abstammung sind. Das wohl bekannteste Beispiel dafür sind die sexuellen Übergriffe der Silvesternacht 2015/2016 in Köln oder die mediale

[1] Letzteres Beispiel ist so in Leipzig geschehen am 27. Januar 2017. Siehe „Ereignisse“ am Ende dieses Kapitels.

[2] Es ist uns ein Anliegen, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass wir mitnichten leugnen wollen, dass Sexismus auch unter Migrant_innen, Asylsuchenden oder Muslim_innen weit verbreitet ist. Darum geht es jedoch in diesem Artikel nicht. In diesem Artikel geht es uns darum, auf das Problem der ethnisierten Debatten hinzuweisen, das es oft unmöglich macht, eine nichtressentimentgeleitete Debatte zu führen und progressiv zu handeln.

zu nennen. Wir bewegen uns dabei in einem gewissen Widerspruch. Als ehrenamtliches Projekt versuchen wir in unserer Freizeit, die Beschissenheit der Verhältnisse deutlich zu machen. Wenngleich wir versuchen, eine möglichst breite Dokumentation zu gewährleisten, müssen wir uns auf bestimmte Aspekte begrenzen. Dem Sexismus, der alltäglich stattfindet, können wir in der Veröffentlichung einzelner Ereignisse nicht gerecht werden. Was wir jedoch können, ist, auf die Vorfälle, die im öffentlichen Raum stattfinden, aufmerksam zu machen und Betroffenen die Möglichkeit zu bieten, sich an uns zu wenden als eine Unterstützungsstelle im Kampf um Anerkennung.

Den zentralen Fokus setz(t)en wir dabei auf neonazistische Akteure und Ereignisse sowie auf die verschiedenen Formen des Rassismus. Dies erzeugt ein realitätsfernes Verhältnis in unserer Dokumentation. Im Jahr 2017 dokumentierten wir sieben, im Jahr 2018 zwanzig sexistische Vorfälle in und um Leipzig. Dass es „so wenige“ Ereignisse sind, erzeugt den Eindruck, wir würden den alltäglichen Sexismus nicht wahrnehmen und als sei dieser kein Teil unserer Arbeit, was wiederum bedingt, dass uns wenige sexistische Ereignisse mitgeteilt werden. Diese Außenwahrnehmung, die sich teilweise selbst reproduziert, ist nicht gewollt. Die Fälle, die an uns herangetragen werden und die, die wir selbst wahrnehmen, versuchen wir stetig zu dokumentieren.^[3] Gesellschaftlich zeigt sich für unsere Arbeit noch folgendes Problem: Wenn, wie wir oben dargestellt haben, eine öffentliche Berichterstattung über sexistische Vorfälle in Deutschland stattfindet, ist sie häufig ethnisiert. Die Informationslage, auf die wir für unsere Arbeit zurückgreifen müssen, stellt uns daher vor die Herausforderung, keine rassistischen Inhalte zu reproduzieren. Um in Zukunft auch dem Themenfeld Sexismus mehr Raum in unserer Dokumentation zu geben, benötigen wir deswegen Unterstützung.



Feministische und antisexistische Demonstration in Leipzig am 8. März 2016

Versuch einer progressiven Perspektive

Wir haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit unserer Dokumentation. So etwas ist nicht möglich. Die Alltäglichkeit von Diskriminierungen deutlich zu machen, ist uns jedoch ein Anliegen. CHRONIK.LE begreift sich schließlich nicht als „neutraler“ Akteur, sondern steht auf der Seite der von Diskriminierung Betroffenen. Wir wollen gerade diesen Menschen über unsere Art des öffentlichen Kampfes einen Moment der Selbstermächtigung ermöglichen. Geschlecht ist eines der zentralen Themen der Rechten (ihr Familienbild, ihre Haltung zu Abtreibungen, die Naturalisierung von Geschlecht etc.), welches viele Überschneidungen mit der Debatte der ethnisierenden Mehrheitsgesellschaft aufweist. Überlassen wir dieses Thema nicht ihnen. Wir wollen und müssen Sexismus mehr Raum in unserer Arbeit einräumen, aber dabei stehen wir auch nach 10 Jahren ehrenamtlicher Arbeit noch am Anfang. Um in Zukunft auch dem Themenfeld Sexismus mehr Raum in unserer Dokumentation zu geben, benötigen wir eure Unterstützung. Denn der sexistische Normalzustand ist ebenso unerträglich wie die alltägliche (Re-)Produktion von rassistischen Hegemonieansprüchen und das Teilen von (strukturell oder direkt) antisemitischen Denkmustern. Diese zu überwinden, erfordert einen langen Atem. Seid ihr interessiert an unserer Arbeit und wollt Teil davon werden? Seid ihr von einem Vorfall als Geschädigte_r betroffen oder habt einen solchen mitbekommen? Dann meldet euch bei uns. ■

[3] chronik.LE ist Teil dieser Gesellschaft und daher ist es nicht verwunderlich, dass auch innerhalb unseres Projekts strukturell patriarchale Strukturen wie Geschlechterverhältnisse zum Teil reproduziert werden. Uns ist bewusst, dass in unserer Gruppe Frauen* unterrepräsentiert sind. Daher besteht aktuell ein Aufnahmestopp für Männer.



AKZEPTANZ SEXUELLER UND GESCHLECHTLICHER VIELFALT IN SACHSEN STÄRKEN – UND VERTEIDIGEN!

von Manuela Tillmanns

Das Projekt „Que(e)r durch Sachsen. Mobile Beratung im ländlichen Raum“ bietet psychosoziale Beratung und Unterstützung im Bereich sexuelle Orientierungen, geschlechtliche Identitäten und queere Lebensweisen für lesbisch, schwul, bisexuell, trans*- und intergeschlechtlich, asexuell/aromantisch und queer lebende Menschen (kurz: LSBTIAQ*). Die Erfahrung des Arbeitsalltags zeigt, wie schwer es für diesen Personenkreis ist, abseits der größeren Städte Sachsens überhaupt offen out zu leben. Beratung in diesem Kontext bedeutet auch Antidiskriminierungsarbeit und steht in Verbindung mit einem immer stärker werdenden Rechtsruck.

Grundlage unserer mobilen Beratungsarbeit sind die Alltagserfahrungen von LSBTIAQ*-Menschen, die aufgrund ihrer individuellen Lebensweisen Diskriminierungen, Stigmatisierungen und Pathologisierungen erleben. Soziale, rechtliche und medizinische Hürden führen dabei häufig zu psychischen Krisen und belastenden Situationen in Familie, Kita oder Schule, am Arbeitsplatz und in der Freizeit, aber auch im Gesundheitswesen und bei Behörden. Der 2017 vom STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES UND VERBRAUCHERSCHUTZ herausgegebene LANDESAKTIONSPLAN (LAP) kann zwar als erster Erfolg im Hinblick auf die generelle Anerkennung von LSBTIAQ*-Menschen als Teil der Lebensrealität Sachsens angesehen werden. Er bedeutet jedoch noch längst nicht, dass queere Lebensentwürfe als selbstverständlich verankert gelten und gelebt werden (können).

Immerhin suggeriert die Landespolitik diesbezüglich ein Wissen um Vorurteile und Ausgrenzungen sowie hassmotivierte Gewalt gegenüber der LSBTIAQ*-Community. Doch obwohl der LAP die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Freistaat fördern will und Diskriminierungen zu bekämpfen vorgibt, verbleiben deutliche Leerstellen bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen.

Eine vorangegangene Strukturanalyse verdeutlicht eklatante Defizite LSBTIAQ*-bezogener Angebote und Strukturen abseits der drei größten Städte

Leipzig, Dresden und Chemnitz. Besonders deutlich äußert sich dies im Hinblick auf die Sensibilisierungskompetenzen zu queeren Themen bei Mitarbeiter_innen öffentlicher Stellen. Aussagen von Befragten in Gleichstellungspositionen dementierten sogar die Existenz von homo-, trans*- und intergeschlechtlichen Menschen. Oft wird behauptet, dass dies innerhalb ihrer langjährigen Arbeit bislang keine Rolle gespielt habe oder ihnen „so etwas“ noch nicht untergekommen sei. Solche Ignoranz schafft Atmosphäre. Stelle man sich vor, die eigene Existenz werde geleugnet, so wird schnell ersichtlich, welchen Einfluss dies auf Individuum und Alltagsleben haben kann. In einer Struktur zu leben, die nicht queer-freundlich gestaltet ist, werden sich queere Menschen auch nicht offen zu erkennen geben. Eine transweibliche Person aus Nordsachsen, die im Projekt Beratungen in Anspruch nimmt, kann nicht an den monatlichen Selbsthilfegruppentreffen in Leipzig teilnehmen, weil sie Angst vor trans*feindlichen Beleidigungen und gewalttätigen Übergriffen in öffentlichen Verkehrsmitteln hat. In einer Atmosphäre wie dieser zu leben, isoliert und macht ein selbstbestimmtes Leben nahezu unmöglich. Dies kann bisweilen sogar bedeuten, dass Menschen aufgrund mangelnder bis fehlender Offenheit ein Leben lang versteckt leben. Sie können nicht angstfrei in der Öffentlichkeit Zärtlichkeiten austauschen, Händchenhalten, zusammen eine Wohnung beziehen oder eine Familie gründen, wenn sie nicht dem heterosexistischen Duktus unterliegen.

Insbesondere die Bedingungen des ländlichen Raums mitsamt ihren fehlenden (gesellschafts)politischen Interventionen stellen queere Menschen und ihre Familien mitunter vor erhebliche Herausforderungen. Nicht zuletzt ist das Leben Heranwachsender in Dörfern und kleineren Gemeinden durch geringe oder gar fehlende Mobilität (Verkehrsverbindungen) und unzureichende Peer- und Freizeitangebote gekennzeichnet. Grundlegend fehlt es an vielfältigen alters- und lebenslagenbezogenen Angeboten mit kompetenten Ansprechpersonen vor Ort.

Christopher-Street-Day (CSD)
in Leipzig 2017

Stichwort Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

36% der in Sachsen lebenden Bevölkerung finden sexuelle Beziehungen zum gleichen Geschlecht unnatürlich. Auch auf Schulhöfen ist „schwul“ noch immer das beliebteste Schimpfwort. Während Diskriminierung und Ablehnung von Homosexualität deutschlandweit eher rückläufig ist, ist die negative Einstellung zu gleichgeschlechtlicher Liebe und Sexualität in Sachsen signifikant um 4% zum Vorjahr gestiegen.

So bekennt auch Hedwig von Beverfoerde, Gründerin der reaktionären Initiative Familienschutz und Mitorganisatorin der Demo für Alle, dass sie gleichgeschlechtliche Liebe nicht als übliche Form der Sexualität ansieht. In einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung begründet sie dies christlich-fundamentalistisch: „Wenn es so wäre, dann wäre sie auch fruchtbar.“ Weiterhin behauptet sie, sei „die sexuelle Ausübung homosexueller Akte nicht [...] gesund, wenn man die körperlichen Leiden bedenkt, die aus dem praktizierten Homo-Sex resultieren“.

Angesichts solcher besorgniserregenden Aussagen stellt sich die Frage nach dem richtigen Umgang mit diesen homofeindlichen und rechtspopulistischen Stimmungen, die durchaus auch auf Leipzig sowie die angrenzenden Landkreise übertragbar ist.

Vielfalt statt Einfalt

Auch wenn Medien und Politik immer wieder seinen schlechten Ruf bedauern, hat Sachsen wie kaum ein anderes Bundesland eine Kontinuität an rechten Strukturen vorzuweisen. Der massive, in den letzten Jahren vornehmlich durch AfD und PEGIDA vorangetriebene Rechtsruck macht sich im Kontext queer-bezogener Politiken unter anderem im Versuch der Restaurierung traditioneller Familien- und Geschlechterbilder sichtbar und reicht bis zur offenen Gewalt gegenüber Homosexuellen und Trans*personen. Deshalb verweisen LSBTIAQ*-Organisationen vehement darauf, dass sich diese rechten Bewegungen zu einer ernst zu nehmenden Gefahr für Minderheitenrechte entwickeln könnten. Dies betrifft nicht zuletzt die Bildungsebene. In Schulen wird noch lange nicht ausreichend über vielfältige Lebens-

weisen oder verschiedene sexuelle Interessen gesprochen. Die gleichgeschlechtliche Ehe wird seit Jahren kontrovers diskutiert und es scheint, als wollten Rechtspopulist_innen in Europa wieder eine konservative Weltordnung herstellen. Entstanden aus dem reaktionären Aktionsbündnis Demo für Alle rollt ein sogenannter Bus der Meinungsfreiheit auch durch Sachsens Straßen und macht mit seiner rechtskonservativen Hetzkampagne gegen Projekte und Konzepte emanzipatorischer sexueller Bildung auch hierzulande halt. Im Fokus steht dabei die Sexualpädagogik der Vielfalt. Schlagwörter wie „Genderwahn“ und „Genderseuche“ dienen der Verunglimpfung und der Herabsetzung von emanzipatorischen Projekten. Das rückwärtsgewandte Aktionsbündnis lehnt selbstredend auch die Gleichstellung der Ehe für Alle stringent ab und wertet homosexuelle Praktiken gegenüber dem Akt zwischen Mann und Frau in der Ehe ab.

Fazit

Die Schlussfolgerung geht mit einem Ruf nach Unterstützung einher. Eine Perspektiverweiterung ist dringend erforderlich. Unterstützungsstrukturen für alle nicht heterosexuellen und nicht binären Menschen müssen gestärkt und mit einem stabilen Finanzierungskonzept gestützt werden. Es ist wichtig, die Themen sexualitätsbezogener Geschlechterpolitiken als Querschnittsthemen in antifaschistische und antirassistische Auseinandersetzungen einzubeziehen. Im Sinne unseres Projektes Que(e)r durch Sachsen besteht ein großes Interesse an einer stärkeren Vernetzung und gemeinsamen Veranstaltungen vor Ort. Unser gemeinsamer Ansatz ist Empathie, Solidarität sowie eine aktive Positionierung gegen Rechts. Es ist dringend notwendig, auf homo-, bi-, trans*- und inter*feindliche Vorkommnisse im ländlichen Raum schnell und adäquat zu reagieren, um sachsenweit queere Lebenswirklichkeiten zu schützen. ■

Manuela Tillmanns ist Sexualwissenschaftler_in (M.A.), seit 2016 Koordinator_in des Projektes „Que(e)r durch Sachsen. Mobile Beratung im ländlichen Raum“ des RosaLinde Leipzig e.V. und dort für die Landkreise Leipzig, Nord- und Mittelsachsen zuständig.

EINZELFALL, TRAGISCHES SCHICKSAL ODER SELBST SCHULD?

Frauenmorde und ihre rassistische Verwertung

von Naomi Shibata und Lena Kirsch

In Lateinamerika, den USA und Teilen von Europa wird schon längere Zeit auf das Phänomen des Femizids aufmerksam gemacht. Feministische Bewegungen wie Ni una menos in Argentinien kämpfen seit Jahren dafür, dass das Thema Femizid, seine Opfer und vor allem die gesellschaftlichen Zustände, die diese Taten ermöglichen, internationale Aufmerksamkeit erfahren. Seit kurzer Zeit findet der Begriff nun auch in Deutschland Verwendung, beispielsweise bezieht sich der Hashtag #keinemehr darauf.

[1] Wir gehen davon aus, dass das binäre Geschlechtersystem ein soziales Konstrukt ist. Wir bezeichnen in diesem Text Geschlechterbezeichnungen mit Sternchen, da wir davon ausgehen, dass alle Menschen, die als Frauen gelesen werden können, Opfer von Femiziden werden können.

Das Wort „Femizid“ kommt aus dem Englischen (femicide) und ist eine Wortschöpfung im Anschluss an homicide (Mord). Bezeichnet werden jedoch nicht generell Tötungen von Frauen*,^[1] sondern die Tötungen von Frauen* (oder Mädchen*), die geschahen, weil ihre Opfer dem weiblichen* Geschlecht zugeordnet wurden. Es handelt sich demnach um eine Benennung von geschlechterspezifischer Gewalt. Dies betrifft beispielsweise eine Tötung nach einer (versuchten) sexualisierten Gewalthandlung, partnerschaftliche Gewalt in heterosexuellen Beziehungen und Ehrenmorde. Wird eine Frau* Opfer eines Tötungsverbrechens, dessen Motiv materielle Bereicherung war, ist ihr Geschlecht nicht Grund der Tat und somit zählen solche Fälle nicht zum Femizid. Wenn wir davon schreiben, dass ihr Geschlecht der Grund war, warum sie getötet wurde, meinen wir damit, dass es Misogynie war, die bei der Tat die wichtigste Rolle spielte.

Um dies genauer zu erklären, muss der Begriff der Misogynie erklärt werden. Dabei beziehen wir uns auf die Theorie von Kate Manne, die in ihrem aktuell erschienenen Buch *Down Girl – the Logic of Misogyny* den Begriff erläutert. Manne räumt mit

der sogenannten naiven Konzeption des Begriffes Misogynie auf, nachdem die wörtliche Übersetzung „Frauenhass“ den Fokus auf misogynne Täter*innen und deren psychische Verfassung, ihren „Hass auf Frauen“ legt. Die Philosophin möchte hingegen auf den ideologischen Aspekt von Misogynie aufmerksam machen. Dafür müsse man sich den Subjekten der Taten, den Opfern widmen und sich nicht mit der vermeintlich psychischen Verfassung von Täter*innen befassen, denn die Psychologisierung führe in die Irre und verschleierte die politische Struktur dieser Denkweise. Misogynie richtet sich nicht gegen Frauen* an sich. Nach Mannes Definition handelt es sich bei Misogynie um ein moralisches System, ein Instrument, das eingesetzt wird, um die patriarchale Ordnung aufrecht zu erhalten. Demnach werden Frauen*, die diese Ordnung gefährden, ebenso bestraft wie die, die sich konform verhalten, belohnt werden.

Dies macht sie deutlich in der Abgrenzung des Begriffs von dem des Sexismus. Sexismus wiederum wird als das wissenschaftliche System des Patriarchats genutzt, der die vermeintlich wissenschaftliche Grundlage liefert, um die exekutive Durchsetzung (die Misogynie) zu legitimieren. Wenn beispielsweise einer Schülerin* von ihrem Lehrer gesagt wird, dass sie sich nicht für ihre schlechte Note in Mathematik schämen solle, da sie eh ein Mädchen sei und man keine bessere Leistung von ihr erwarten könne, ist dies ein misogyner Akt, der sich auf eine sexistische Annahme stützt.

Der Femizid ist der gewaltsamste, tödliche misogynne Akt. Er bildet die Spitze des Eisbergs. In Deutschland werden leider nicht ausreichend Daten erhoben, sodass man nicht mit Sicherheit sagen



photo: Cooperativa Ochohillenses/Flakr, CC BY-NC 2.0

Ni Una Menos - Nicht eine weniger! In vielen Ländern ist der Kampf gegen Feminizide und sexistische Gewalt längst Teil emanzipatorischer Bewegungen.

kann, wie viele Femizide jährlich geschehen. So werden beispielsweise bei vielen Mordtaten weder das Geschlecht der Täter*innen noch sonstige Umstände der Tat erhoben. Das Bundeskriminalamt erfasst jedoch Zahlen zu Mord und Totschlag durch (Ex-)Partner*innen. Laut dieser Statistik wurden in Deutschland im Jahr 2016 371 Frauen* das Opfer eines (versuchten) Mordes oder Totschlags durch ihren (Ex-)Partner. 160 von ihnen starben. Das bedeutet, dass statistisch betrachtet jeden Tag ein Mann* versucht hat, seine (Ex-)Partnerin* umzubringen und es an jedem dritten Tag gelang.

Gewalt in Partnerschaften ist ein großes und weit verbreitetes Phänomen und auch Männer* fallen ihr zum Opfer. Die Statistik offenbart dennoch einen deutlichen Unterschied zwischen den Geschlechtern. Zum Vergleich: Im selben Jahr wurden 86 Männer* zum Opfer einer (versuchten) Tötung, 15 davon starben. Auf einen getöteten Mann* kommen demnach über 10 Frauen* und dies, obwohl insgesamt mehr Männer* zum Opfer tödlicher Gewaltstraftaten werden. Diese 160 Femizide sind nicht alle, die es in diesem Jahr in Deutschland gab, da sexualisierte Gewalt mit Todesfolge und andere misogynie tödliche Taten statistisch nicht gesondert erfasst werden.

Weltweit sieht es ähnlich aus: Obwohl die meisten Opfer von tödlichen Gewalttaten männlich* sind,

überwiegen weibliche* Personen in den Opferstatistiken der häuslichen oder partnerschaftlichen Gewalt. Über die Hälfte der weltweit getöteten Frauen* wurde von ihrem (Ex-)Partner getötet. Statistisch gesehen ist damit der (Ex-)Partner für Frauen* die gefährlichste Person. Dies trifft insbesondere auf die Zeit unmittelbar nach einer Trennung zu. Das Risiko, von einem (Ex-)Partner umgebracht zu werden, ist in den zwei Wochen, nachdem eine Frau* ihren Partner verlassen hat, um den Faktor 7 höher als zu jedem anderen Zeitpunkt. Die Misogynie, die hinter diesen Taten steht, lässt sich aufzeigen. Bestraft werden nicht alle Frauen*, sondern nur die, die sich „daneben benehmen“, aus ihrer für sie angedachten Rolle ausbrechen: Frauen*, die ihre Partner verlassen, gefährden die geschlechterstereotype Ordnung. Sie bringen das Patriarchat ins Wanken. In den Medien werden „Beziehungstaten“ oder „Familiendramen“ zwar erwähnt, jedoch als solche und nicht als die misogynen Taten, die sich häufig dahinter verbergen. Sie werden zum tragischen Einzelfall oder Familienschicksal stilisiert.

Anders geschah dies im Fall des Mordes in Kandel. Dort hat 2017 ein mittlerweile verurteilter junger Mann, der aus Afghanistan geflohen war, seine 15-jährige Exfreundin in einem Drogeriegeschäft erstochen. Zu diesem Mordfall existiert ein Wikipedia-



Kandel im März 2018: Die extrem rechte „Bürgerbewegung Pax Europa“ verbreitet ihre rassistische Propaganda nach dem Mord an der 15-jährigen Mia. Mia hatte sich kurz vor der Tat im Dezember 2017 von dem 17-jährige Täter Abdul D. getrennt. Er erstach sie daraufhin aus Rache und Eifersucht, so das urteilende Gericht. Abdul D. kam als Asylsuchender aus Afghanistan. In Reaktion auf den Mord versammelten sich immer wieder hunderte rechte BürgerInnen aus Kandel und Umgebung, um gegen die Asylpolitik der Bundesregierung zu demonstrieren.

Artikel und über den Prozess wurde medial berichtet. Auch die Tagesschau informierte über den Mord. Weit weniger Aufmerksamkeit bekam ein vergleichbarer Fall. Zwei Jahre zuvor hatte in Trier ein 25-jähriger seine befreundete 16-jährige Nachbarin getötet. Er wurde ebenfalls wegen Mordes verurteilt, da das Gericht davon ausging, dass er das Mädchen tötete, um eine versuchte Vergewaltigung zu vertuschen. In beiden Fällen handelt es sich um einen Femizid, in beiden Fällen waren es misogynen Taten. Beide Täter töteten, da die Mädchen etwas nicht gaben, von dem sie ausgingen, dass es ihnen zusteht. In Kandel vernahmten Rechte und Rechtsradikale die Tat für ihre Zwecke. Die Nationalität des Täters wurde in den Vordergrund gerückt. Das Mädchen musste sterben, weil dieser „fremde, andere“ Mann sie getötet hatte. Es gab Forderungen und Hilferufe an Politiker*innen, die etwas ändern sollten, damit solche Taten nicht nochmal geschehen. Der Blick fiel hier schnell auf die Flüchtlingspolitik und sogar Abgeordnete des Bundestages äußerten sich dazu. In Trier wurde getrauert. Dass es sich um eine frauenfeindliche Tat handelt, wurde in den großen Medien nicht erwähnt. Jedoch wird die Ursache scheinbar in der Psyche dieses Täters gesucht. Nicht seine Männlichkeit spielt eine Rolle, sondern seine pathologische psychische Verfassung. Es wird darauf hingewiesen, dass er sich Gewalt- und Vergewaltigungsvideos im Internet angeschaut hat. Seine kranke Fantasie sei schuld, vielleicht auch ein wenig das Internet. Männlichkeit scheint nur ein Problem, wenn es die andere, fremde Männlichkeit ist. Deutsche Männer schützen deutsche Frauen vor den muslimischen Patriarchen. Dass das fast schon nach einer Parodie klingt, geschenkt. Die eigene toxische Männlichkeit wird von der deutschen Identität abgespalten und ausschließ-

lich auf die „anderen“ Männer projiziert. Männlichkeit ist nur außerhalb der westlichen Welt ein Problem. Dennoch wird in der eigenen patriarchalen Welt weiterhin „aufmüpfigen Frauen“ sexualisierte Gewalt als Strafe angedroht, wie man es beispielsweise in sozialen Medien und Kommentarspalten jeden Tag beobachten kann. Denn die Ordnung und die Macht von Männern über Frauen muss aufrechterhalten werden und das funktioniert am einfachsten über Angst.

Zu sagen, dass Frauen* in anderen Patriarchaten aufgrund vieler verschiedener Faktoren öfter das Opfer von Femiziden werden, bedeutet nicht, dass die Grundursache, die Misogynie, an allen Orten die gleiche ist. Auch bei den rechten Aufmärschen in Chemnitz im September 2018 wurden Femizid-Opfer instrumentalisiert (sogar solche, die nicht mal stattgefunden haben). Der (bereits vor Chemnitz existierende) rechte Hashtag #Einzelfallkette versucht, ein Muster zwischen Gewalttaten herzustellen. Die Taten mit weiblichen* Opfern teilen ein Muster. Dies ist jedoch nicht die Ethnie oder Nationalität der Täter, sondern die Misogynie, die den Taten zugrunde liegt. Statt um den Schutz von Frauen* geht es den Rechten nur um rassistische Ausgrenzung.

Die LINKE hat eine Anfrage an den deutschen Bundestag bezüglich der Datenerfassung von geschlechterspezifischen Gewalttaten gestellt.^[2] Dies ist auf jeden Fall ein Schritt in die richtige Richtung, kann es dazu beitragen, das Problem empirisch nachweisbar und sichtbar zu machen. Wir brauchen genaue Statistiken, um Forderungen wie die Finanzierung von Frauen*schutzeinrichtungen umsetzbar machen zu können. Im letzten Jahr wurden allein in Deutschland 31.000 schutzsuchende Frauen* aufgrund von mangelnden Plätzen abgewiesen.

Das Problem sichtbar zu machen und die Symptome zu bekämpfen, ist wichtig. Darüber hinaus muss sich gelingende emanzipatorische Politik ebenfalls mit den Ursachen dieser Gewalt beschäftigen, um sie bekämpfen zu können. Misogynie muss genauer untersucht werden und überall, wo sie auftritt, muss ihr entgegengetreten werden.

Wird eine Frau* umgebracht, weil sie eine Frau ist, ist das kein tragischer Einzelfall, sondern ein Politikum. Die tödlichen Akte sind nur die schlimmsten ihrer Art. ■

Lena Kirsch studierte Philosophie und beschäftigt sich mit feministischer Theorie. Sie lebt in Leipzig.

Naomi Shibata hat Geschichte studiert und beschäftigt sich mit Themen um Gewalt und Geschlecht. Sie lebt in Leipzig.

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL

SEXISTISCHER EREIGNISSE CHRONIK

27. Juli 2018

Zwei Mitarbeiter vom BÜRGERDIENST LE stehen mit einem Stand im LENE-VOIGT-PARK in Leipzig-Reudnitz und codieren Fahrräder. Diese sollen vor Diebstahl geschützt werden, indem sie nach einem Diebstahl von der Polizei eindeutig zugeordnet werden können. Als ein junger Mann sich sein Fahrrad codieren lässt und mit den Mitarbeitern ins Gespräch kommt, äußern sich diese herablassend über vorbeifahrende Frauen. Diese werden dabei auf ihr Äußeres reduziert. Ebenso witzeln sie über vermeintliche „Schwuchteln“. Die Eisenbahnstraße müsse laut den Mitarbeitern eigentlich „Bin-Laden-Straße heißen“. Damit wird auf den Terroristen Osama bin Laden angespielt und den Bewohner_innen der Eisenbahnstraße pauschal unterstellt, Terrorist_innen zu sein.

15. Juli 2018

Am Sonntag gegen 17.30 Uhr kommt ein etwa 30-jähriger Mann mit sportlicher Statur und Glatze an einem libanesischen Bistro im Leipziger Stadtteil Reudnitz vorbei und tritt zwei auf dem Bürgersteig stehende Tische mit voller Wucht weg, woraufhin einer der beiden zu Bruch geht. Auf die Nachfrage einer Passantin, was das solle, antwortet er: „Halt die Fresse, du Scheißzecke.“ Auf eine erneute Nachfrage äußert er sich noch deutlicher: „Willst du auf's Maul, du dumme Schlampe? Die sollen zurück, wo sie hergekommen sind, die Scheißkanaken.“ Die Ladenbetreiber haben Anzeige wegen Sachbeschädigung und Beleidigung gestellt.

20. Mai 2018

Wie jedes Jahr findet auch beim diesjährigen WAVE GOTIK TREFFEN (WGT) in Leipzig in einem historisch ans Mittelalter angelegten heidnischen Dorf eine Jungfrauenversteigerung statt. Neben Met und Ablassbriefen lassen sich dort auch Jungfrauen erwerben. Ein „Sklavenhändler“ leitet die Auktion mit den Worten ein, dass es im Gegensatz zum

vorherigen Tag, an dem nur Schrott verkauft worden sei, heute „erstklassiges Frischfleisch“ angeboten werde. Die Objektivierung von Frauen als eine Dimension von Sexismus wird bei einer solchen Aktion besonders deutlich. Frauen werden als Ware, derer man habhaft werden kann, behandelt und nicht als handlungsfähige, selbstbestimmte Menschen.

18. Mai 2018

Zwei Frauen laufen mit zwei Kindern gegen 20.45 Uhr auf der Dieskaustraße in Leipzig-Kleinzschocher entlang. In der Nähe einer Straßenkreuzung stehen 7 bis 10 rechte Personen auf dem Gehweg. Einer davon pöbelt eine der Frauen an und stellt sich ihr in den Weg, sodass sie mit ihrem Kinderwagen nicht weiter auf dem Gehweg laufen kann. Er sagt: „Lauf doch mit deinem Kind auf der Straße, dann wirst du vielleicht endlich überfahren, du hässliche Fotze!“

28. April 2018

Am Samstag werden an der Beratungsstelle des zivilgesellschaftlichen Vereins BON COURAGE in Borna mehrere rassistische Aufkleber angebracht. Auf einem ist in deutscher und arabischer Sprache „Kehrt in die Heimat zurück! Sie braucht euch!“ zu lesen. Auf einem weiteren „Elterinnen, Kinderinnen, Mensch*innen, Vereinigt euch GEGEN die VerGENDERung der deutschen Sprache“. Mit Letzterem soll gegen eine sensible Sprache, welche alle Geschlechter einschließt, polemisiert werden.

20. Februar 2018

An einem Hausprojekt im Leipziger Stadtteil Neustadt-Neuschönefeld werden nahe des Klingelschildes mehrere Tags angebracht. Aus diesen ist „Verpisst euch ihr Fotzen (aka Yuppies)“ sowie „Yuppie Fotzen“ zu lesen. Die Tags sind offenbar gegen das Hausprojekt und seine Bewohner_innen gerichtet.

10. Februar 2018

Zwei junge Männer steigen am Freitagnachmittag kurz nach halb fünf in Borsdorf in den Regionalexpress aus Dresden Richtung Leipzig ein. Die groß gewachsenen, schwarz gekleideten Männer beleidigen auf dem Weg zu ihren Sitzplätzen andere Fahrgäste als „Fotzen“ und „eklig“. Besonders stören sie sich an einem Passagier, der durch seine Kleidung als Fan des Fußballvereins ROTER STERN LEIPZIG zu erkennen ist. Diesen werde er später „abziehen“, kündigt einer der offenbar dem Hooliganmilieu angehörenden Männer lautstark an. Beide verlassen den Zug am Leipziger Hauptbahnhof.

19. Januar 2018

Der SÄCHSISCHE FUSSBALL-VERBAND (SFV) sucht für seine Sportschule in Leipzig eine „professionelle Reinigungskraft“. Um auf die Stellenausschreibung aufmerksam zu machen, teilt der Verband bei Facebook ein Video, welches eine junge Frau zeigt, die gerade mit einem Staubsauger ein Zimmer reinigt und sich dabei sehr ungeschickt anstellt. Durch das Teilen des Videos bedient der SFV das sexistische Klischee, dass Reinigungsjobs vor allem Frauen obliegen und diese nicht mit Technik umgehen können.

13. Januar 2018

Vor dem Auswärtsspiel der BSG CHEMIE LEIPZIG in Auerbach werden zwei Frauen von einem Chemiefan als „Fotzen“ beleidigt. Anwesende Personen schreiten ein und weisen den Fan zurecht.

22. Dezember 2017

Ein Gast in einer Bar in der Enderstraße in Leipzig-Lindenau belästigt Frauen vom Nachbartisch und beleidigt sie sexistisch. Als diese die Bar verlassen wollen, macht er einen Hitlergruß in ihre Richtung. Daraufhin greifen weitere Gäste ein und verweisen ihn der Bar. >>

27. Oktober 2017

Am Freitagabend uriniert ein Mann gegen 20 Uhr auf das Gelände des öffentlichen Gedenkort Josephstraße 7. Als er von einer Augenzeugin darauf angesprochen wird, reagiert er aggressiv und ausfällig, unter anderem mit frauenfeindlichen Äußerungen. Als ihn daraufhin mehrere Personen zur Rede stellen wollen, zieht er ein Messer und bedroht diese. Zudem ruft er nun auch rassistische und antisemitische Parolen. Bevor er schließlich vertrieben werden kann, wirft er noch eine Flasche nach den Menschen, die sich mit seinem Verhalten nicht einverstanden zeigen. Es wird niemand körperlich verletzt.

21. Juli 2017

Unbekannte bringen in Rackwitz antisemitische Schmierereien auf einem Graffiti des Fußballvereins Chemie Leipzig an. Sie kommentieren das Graffiti mit „JDN CHM“ (Juden Chemie) sowie einem Davidstern. Zudem hinterlassen sie den Schriftzug „Ihr Fotzen“.

6. März 2017

Am Montag kommt es in einer Postfiliale im Leipziger Stadtteil Plaußig zu einem gewalttätigen frauenfeindlichen Übergriff. Ein bereits für seine sexistischen Äußerungen bekannter Mann betritt die Filiale und äußert sich abermals gegenüber einer Angestellten abfällig und frauenfeindlich. Daraufhin verweigert diese ihm die Herausgabe seiner Post und erteilt ihm ein Hausverbot. Als Reaktion darauf begibt sich der Mann hinter den Tresen und entreißt der Frau die Briefe. Dabei tritt er die Postangestellte, die ein Hämatom am Bein erleidet.

27. Januar 2017

Drei junge Männer drohen einer Radfahrerin an der Abzweigung Nonnenstraße zur Industriestraße mit einer Vergewaltigung. Gegen 23.15 Uhr befindet sich die Frau gerade auf dem Heimweg, als sie eine Gruppe angetrunkenen junger Männer entdeckt, die ebenfalls mit dem Fahrrad unterwegs ist. Dabei kollidieren sie fast mit der Radfahrerin, die daraufhin das Tempo beschleunigt, was einen der Männer dazu bringt, ihr nachzurufen: „Die fährt aber schnell. Jetzt ist sie vor dich gefahren [Gruppe lacht höhnisch], als könntest du ein prima Vergewaltiger sein.“ Daraufhin wehrt sich die Frau verbal, worauf eine der Personen erwidert: „Ey, das war ein Scherz, aber du bist 'ne linke Zecke und hast nichts anderes verdient als das.“ Die Frau entfernt sich von der Personengruppe, die weiterhin abwertend über sie redet. ■



Protest gegen den Neonaziaufmarsch durch die Leipziger Südvorstadt



03 KAPITEL

ORGANISIERTE NEONAZIS

Die Neonaziszene in Leipzig und Umgebung hat sich in den letzten 10 Jahren stark gewandelt. Auch wenn die Struktur der Freien Kräfte nicht mehr existiert und die NPD im Raum Leipzig in der Bedeutungslosigkeit versinkt, zeigte sich unter anderem mit dem Angriff auf Connewitz im Januar 2016, dass relevante Akteure und Strukturen weiterhin miteinander vernetzt und zu gewalttätigen Aktionen bereit sind. Drei Jahre später steht die juristische Aufarbeitung jedoch immer noch am Anfang und nur wenige der insgesamt 217 Angeklagten mussten sich bisher für den Überfall verantworten.

Kontinuierlich aktiv ist zum Beispiel der Geithainer Manuel Tripp. Seine Biographie ist exemplarisch für den Wandel der extremen Rechten. Der ehemalige Freies Netz-Aktivist, der sich selbst als „nationaler Sozialist“ bezeichnete, ist inzwischen Anwalt und solidarisiert sich mit der sogenannten Identitären Bewegung. Althergebracht ist die neonazistische Strategie, mit Aufklebern und Parolen, aber auch durch körperliche Angriffe Angsträume zu schaffen. Die Bewohner_innen des Viertels sollen eingeschüchtert werden, wie ein Bericht aus Kleinzschocher zeigt. Dagegen regt sich jedoch auch Widerstand und zivilgesellschaftliche Handlungsperspektiven werden erprobt.

Kontinuität zeigt auch das Imperium Fight Team. Unter den Kämpfern und Betreuern des Teams befinden sich etliche gut vernetzte und gewaltbereite Neonazis, die in einem ehemaligen KZ-Außenlager Kampfsport trainieren. ■



Massive Schäden an einem Schnellrestaurant nach dem Angriff von über 200 Neonazis am 11. November 2016

DER ANGRIFF AUF CONNEWITZ

Ein Justizmarathon und seine juristischen Deals

von chronik.LE

Am 11. Januar 2016 verabredeten sich parallel zum einjährigen Bestehen von Legida rund 250 Neonazis, um den Stadtteil Connewitz zu attackieren. Auf der Wolfgang-Heinze-Straße griffen sie Menschen an, zerstörten Schau-fenster und Geschäfte. In der letzten Ausgabe der Leipziger Zustände 2016 berichtete Surina Kleinermann vom Angriff und den beteiligten Neonazistrukturen. Der Überfall war der größte Neonaziangriff in Leipzig seit den neunziger Jahren. Mittlerweile – zweieinhalb Jahre später – haben die Prozesse begonnen.

Um kurz nach 19 Uhr biegt ein schwarzgekleideter Neonazimob in die Wolfgang-Heinze-Straße. Vor sich tragen sie ein auf dem Kopf stehendes Banner, das wenige Tage zuvor von einer Kirche im Stadtzentrum entwendet wurde. Bis zu einem vereinbarten Signal – einer roten Leuchtkugel – und unter „Hooligan, Hooligan“-Rufen schlagen die Angreifer mit Äxten, nägelgespickten Holzplatten, Steinen und Böllern auf die Scheiben der umliegenden Geschäfte ein. Raketen werden auf Häuser und durch Fenster geschossen. Die Angreifenden schlagen auf alles ein, was sie finden können. Mehrere Autos werden beschädigt. In einem Dönerimbiss sprengt ein Sprengkörper Teile der Deckenverkleidung ab und zerstört die Einrichtung. Nach dem Gewaltausbruch zieht sich der Neonazimob zurück und biegt in eine Seitenstraße ein. Dort treffen die ersten Einheiten der Bereitschaftspolizei ein und setzen die Gruppe fest, nachdem Verstärkung eintrifft. Über 200 Personen werden eingekesselt. Als es Widerstand gibt, setzt die Polizei Reizgas ein. Jedoch sind es nicht alle Angreifer, die festgesetzt werden. Laut Anwohner_innen entkommen 60 bis 80 Personen über Hinterhöfe und Seitenstraßen in Richtung Auwald. Insgesamt 215 Neonazis werden von der Polizei festgestellt und wegen des Verdachts des schweren Landfriedensbruchs in eine Gefangenessammelstelle gebracht.

Am Tatort selber werden Handys und Tatwaffen festgestellt. Etliche weitere Beweismittel werden jedoch nicht von Polizist_innen gesammelt, sondern in den

Tagen darauf von Anwohner_innen gefunden. In den PKWs, welche die Täter zur Anreise benutzten und am Connewitzer Friedhof parkten, sind weitere Gegenstände ersichtlich. Die Autos werden jedoch nicht von der Polizei untersucht. Die Bilanz des Abends: Mindestens drei Menschen wurden verletzt, ein Brand in einer Wohnung, es entstand ein Sachschaden von 113.000 Euro.

Dem Angriff auf Connewitz gingen eine Reihe rechter Angriffe in Leipzig voraus, zum Beispiel der Angriff auf die Wohnung des sächsischen Justizministers Sebastian Gemkow, Brandanschläge auf Wohnmobile und auf ein als links wahrgenommenes Kampfsportstudio.

Antifaschistische Reaktionen

Als direkte Reaktion sammeln sich Anwohner_innen, Betroffene und weitere Antifaschist_innen, die von den LEGIDA-Gegenprotesten aus der Stadt nach Connewitz eilen, in der Nähe der eingekesselten Neonazis. Unter massivem Polizeischutz werden die Angreifer schließlich aus dem Stadtteil gebracht. Am Tag nach dem Angriff zieht eine antifaschistische Demonstration mit mehr als 2.000 Menschen unter dem Motto „Fight back! Rechte Strukturen zerschlagen!“ von Connewitz aus durch die Stadt. In den folgenden Wochen vernetzen sich viele der betroffenen Läden. Eine Solidaritätskampagne wird gestartet, um die Betroffenen des Angriffs zu unterstützen. Außerdem findet ein Kiezfest statt. Ein Jahr nach der Attacke werden Plakate im Stil von Fahndungsaufrufen an den Häuserwänden des Stadtteils geklebt. Auf diesen abgebildet sind die mutmaßlichen Täter.

Die Prozesse

Erst zweieinhalb Jahre nach dem Angriff beginnt im August 2018 in Leipzig die juristische Aufarbeitung. Zuvor hatten am Landgericht Dresden bereits Prozesse gegen Florian N. und Robert S. stattgefunden. Sie waren unter anderem angeklagt, Mitglieder der

als kriminellen Vereinigung eingestuften FREIEN KAMERADSCHAFT DRESDEN (FKD) zu sein. Robert S. wird rechtskräftig nach Jugendstrafrecht verurteilt, da er zur Tatzeit minderjährig ist. Florian N.s Strafmaß für die Beteiligung am Angriff auf Connewitz besteht aus einem Jahr und vier Monaten. Das Urteil zur Mitgliedschaft der FKD ist bei N. zu Redaktionsschluss noch nicht rechtskräftig, die Einzelstrafe für die Beteiligung am Angriff auf Connewitz schon.

Insgesamt wurde bisher gegen 217 Personen Anklage erhoben, gegen eine weitere Person wird noch ermittelt. Bei den insgesamt 85 Verhandlungen am Leipziger Amtsgericht werden jeweils zwei Angeklagte in einem Prozess zusammen angeklagt. Seit Prozessbeginn am 16. August wurden bisher jedoch erst drei Prozesse geführt [Stand Mitte Oktober 2018]. Werden die Verfahren in dieser Geschwindigkeit von ein bis zwei Prozessen pro Monat weitergehen, so wird sich die gerichtliche Aufarbeitung noch über Jahre ziehen. Weitere Verfahren finden an den Amtsgerichten in Torgau, Eilenburg und Grimma statt. Übergreifender Anklagepunkt aller Tatverdächtigen ist der des schweren Landfriedensbruchs.

Am 16. August standen in Leipzig **Martin K.** und **Dennis W.** als erste Beschuldigte vor Gericht. Unter verschärften Sicherheitsvorkehrungen fanden an jenem Tag lediglich 30 Zuschauer_innen im Gerichtssaal Platz. Auch die Plätze für Pressevertreter_innen waren begrenzt. Unter den Zuschauer_innen fand sich im Laufe des Tages eine Gruppe von Neonaziunterstützern zusammen, die eine dem antifaschistischen Verein ROTER STERN zugeordnete Person mit den Worten „Noch lebst du!“ einzuschüchtern versuchte.^[1] Ein Unterstützer versuchte sogar, Reizgas mit ins Gericht zu nehmen.^[2] Als eine Anwohnerin als Zeugin aussagte, dass sie das erste Mal Angst in Connewitz hatte, konnten sich die anwesenden Unterstützer ein Grinsen nicht verkneifen.^[3] Beide Angeklagten schwiegen während des Prozesses. Sie wurden schließlich zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Auch in den folgenden Verfahren wurden die strengen Sicherheitsvorkehrungen beibehalten. Jedoch veränderte sich die Strategie der Angeklagten. Sie fingen an, sich zum Vorwurf zu äußern. Im Gegenzug sicherte das Gericht zu, ein gewisses

Strafmaß nicht zu überschreiten. Im zweiten Prozess wurde einer der Angeklagten, **David D.**, von **Olaf Klemke**, Anwalt von **Ralf Wohlleben** aus dem NSU-Prozess, verteidigt.^[4] Um die Verfahren zu beschleunigen, schien auch das Gericht eine neue Strategie zu haben. Im letzten Prozess wurden alle geladenen Zeug_innen wieder abbestellt und nur noch einzelne Berichte und Aussagen von Polizeibeamt_innen verlesen.

Die Geständnisse der Angeklagten lieferten bisher kaum neue Erkenntnisse über Motivation und Strukturen der Täter. Sie haben sich verbal von den Straftaten distanziert, behaupteten, an den Sachbeschädigungen nicht beteiligt gewesen zu sein. Im letzten Prozess behauptete **Danny W.** sogar, dass er mit der Gruppe gar nicht mitgelaufen sei. Das fiel selbst dem Gericht auf, sodass die Richterin darauf hinwies, dass für ihre vorherige Einigung glaubhafte Geständnisse vonnöten seien. Daraufhin gab der Angeklagte über seinen Anwalt zu, doch mitgelaufen zu sein.^[5]

Den Einzelpersonen konnte bisher zwar vom Gericht keine direkte Beteiligung an den Sachbeschädigungen nachgewiesen werden, doch durch ihr Mitlaufen in der Gruppe (das sogenannte „ostentative Mitmarschieren“) hätten sie – so die Argumentation der Staatsanwaltschaft und des Gerichtes – die Sachbeschädigungen in Kauf genommen. Außerdem wären die Straftaten ohne die Gruppe nicht möglich gewesen, da sie den Schutzraum für die Sachbeschädigungen bot. In beiden Fällen bringt den Angeklagten das Geständnis eine Bewährungsstrafe von über einem Jahr ein.

Die juristische Aufarbeitung scheint sich also noch eine ganze Weile zu ziehen. Dabei wurde bereits im letzten Prozess strafmildernd berücksichtigt, dass die Tat schon lange her sei. Es bleibt außerdem abzuwarten, ob das Gericht die bisherigen juristischen Deals einer Bewährungsstrafe auch den einschlägig vorbestraften Angeklagten anbietet. ■

[1] Sächsische Zeitung Online vom 16.8.2018: „Es sah aus wie im Kriegsgebiet“.

[2] Kreuzer Online vom 31.8.2018: Organisatorische Belastung und Angst vor Vergeltung.

[3] Twitter-Tweet von Kreuzer Leipzig, vom 16.8.2018.

[4] Kreuzer Online vom 13.9.2018: #le1101 Prozess: „Geständige Einlassungen“.

[5] Kreuzer Online vom 10.10.2018: #le1101prozess: Deal? Deal!.

DOKUMENTATION DER PROZESSE:

Unter www.prozess1101.org werden die Prozesse dokumentiert. Du willst die Prozessdokumentation unterstützen? Dann spende auf das Konto von Engagierte Wissenschaft e.V. unter dem Betreff „Spende Connewitz“. Auch im Stadtmagazin Kreuzer wird regelmäßig über die Prozesse berichtet.

VOM »NATIONALEN SOZIALISTEN« ZUM RECHTEN ANWALT

Die Karriere des langjährigen NPD-Kaders Manuel Tripp aus Geithain

von chronik.LE

[1] Vgl. den Artikel zu Scheffler in den Leipziger Zuständen 2016: S. 30–31.

[2] Von Waldstein war Anfang der achtziger Jahre Vorsitzender des Nationaldemokratischen Hochschulbundes und stellvertretender Vorsitzender der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN).

[3] Facebook-Seite „Rechtsanwalt Manuel Tripp“ vom 29.5.2018.

[4] Facebook-Seite „Rechtsanwalt Manuel Tripp“ vom 16.5.2018.

Man kann **Manuel Tripp** wahrlich als heimattreu bezeichnen. Nachdem er bereits zuvor in einer Jugendgruppe politisch aktiv war, wurde der damals 20-Jährige im Jahr 2009 erstmals in den Stadtrat seiner Heimatstadt Geithain gewählt. Parallel studierte er Jura an der UNIVERSITÄT LEIPZIG. Im Dezember 2013 wurde er zum Kreisvorsitzenden seiner Partei gekürt. Bei der Kommunalwahl 2014 zog er zum zweiten Mal in den Stadtrat ein. Seine 10% hätten sogar für zwei Sitze in dem Gremium gereicht. Seine Partei hatte aber nur eine Person nominiert, also blieb ein Platz unbesetzt. Dafür gelang dem Jungpolitiker bei dieser Wahl auch der Einzug in den Kreistag des Landkreises Leipzig.

Im März 2018 eröffnete der frisch gebackene Jura-Absolvent eine Anwaltskanzlei in Geithain. In der Kommunalpolitik engagiert der Junganwalt sich weiterhin, mittlerweile allerdings als parteiloser Abgeordneter. Erst im Februar 2018 hatte er im Geithainer Stadtrat verkündet, bereits seit zwei Jahren nicht mehr Mitglied seiner Partei zu sein.

Die Partei, für die der Student Tripp über Jahre so erfolgreich Kommunalpolitik gemacht hat und von der er nun nichts mehr wissen will, ist die NPD. Auch für das neonazistische FREIE NETZ mit dessen Ableger FREIES NETZ BORNA-GEITHAIN sowie die NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) hat sich Tripp engagiert. Den Vorsitz des NPD-Kreisverbandes übernahm Tripp Ende 2013 von **Maik Scheffler** aus Delitzsch. Der Gründer der FREIES NETZ-Struktur im Raum Leipzig hatte den Leipziger Kreisverband einige Zeit parallel zu dem in Nordsachsen geführt. Anfang 2015 ist Scheffler nach eigenen Angaben aus der Neonazipartei ausgetreten und präsentiert sich mittlerweile öffentlich als „Aussteiger“ und „Extremismusexperte“.^[1]

Neue Vorbilder, alte Gesinnung

Eine solche 180-Grad-Wendung wie Scheffler hat

sein einstiger Schützling Manuel Tripp bisher nicht vollführt. Ein führender Posten in einer verfassungsfeindlichen Partei wie der NPD ist für die Arbeit als Rechtsanwalt und für die Akquise von Kunden jedoch nicht unbedingt förderlich.

Auf seiner öffentlichen Facebook-Seite teilt der „Rechtsanwalt Manuel Tripp“ aber häufig Artikel und Videos rechter Veranstaltungen. Darunter beispielsweise einen Vortrag des Juristen und früheren NPD-Kaders **Thor von Waldstein**^[2] beim „Staatspolitischen Salon“ des neurechten INSTITUTS FÜR STAATSPOLITIK (IfS).^[3]

Tripp solidarisierte sich auf dieser Plattform im Mai 2018 auch mit der rassistischen IDENTITÄREN BEWEGUNG (IB), gegen die in Österreich zu diesem Zeitpunkt wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt wurde. Er bezeichnet das Vorgehen der österreichischen Behörden als „politische Justiz“ und relativiert die Verhältnisse in diktatorischen Systemen: „Derartige Verfahren gegen eine friedliche systemkritische Bewegung sind mit solcher tendenziöser Willkür aufgeladen, wie man es sonst nur aus den Vorzeige-Diktaturen kennt.“^[4]

Trotz des still und heimlich vollzogenen Austritts aus der NPD hat der einstige Aktivist des Freien Netzes seine politische Gesinnung also nicht grundlegend verändert. Das wäre in seinem Fall auch wenig glaubhaft.

„Demokratie – nein Danke“

Manuel Tripp war über Jahre einer der aktivsten Neonazis im Leipziger Umland. Selbst der sächsische Verfassungsschutz hat den damaligen Jura-Studenten in den Jahren 2012 bis 2015 in seinen Berichten regelmäßig als „Führungsperson“ der Neonaziszene im Landkreis Leipzig und speziell in Geithain benannt. Diese organisierten sich zunächst als NATIONALE SOZIALISTEN GEITHAIN, seit etwa 2008 gab es innerhalb des Freien Netzes einen Ableger für Borna und Geithain.

Ein erster Höhepunkt für die jungen Aktivisten



Manuel Tripp (im Vordergrund) bei einem Aufmarsch des Freien Netz Borna-Geithain in Geithain, 2012

war die Feier zum 95. Geburtstag des Altnazis **Hajo Herrmann** im August 2008 in der damaligen „Gedächtnisstätte“ in Borna.^[5] Mehrere Jungnazis aus Leipzig, Borna und Geithain, darunter auch Manuel Tripp, bildeten dabei eine Art Ehrensparier für den betagten Ritterkreuzträger.^[6] Am 3. Oktober 2008 demonstrierten zum Tag der deutschen Einheit etwa 150 Neonazis unter dem Motto „Revolution ist machbar – Nationaler Sozialismus jetzt!“ in Geithain.^[7]

Im Mai 2010 wurde ein damals 15-jähriger Punk an einer Tankstelle in Geithain von einem Neonazi lebensgefährlich verletzt. Zuvor war das Foto und die Adresse des Jugendlichen auf einer rechten Seite veröffentlicht und das Haus der Familie mit Drohungen wie „Rotfront verrecke“ und „Florian, wir kriegen dich“ besprüht worden.^[8] Während des Prozesses gegen den Täter am Amtsgericht Chemnitz soll als Unterstützer auch Manuel Tripp im Publikum gesessen haben, so der Nebenklageanwalt der Familie bei der späteren Berufungsverhandlung: „Ich habe keinen Neutralen gesehen, auch der Geithainer NPD-Stadtrat Manuel Tripp war dabei.“^[9]

Im August 2011 fungierte Tripp für den NPD-Kreisverband als Anmelder einer Kundgebung mit dem Titel „Tag der Identität“ und dem Motto „Arbeit statt Abwanderung – Heimat ist mehr als nur ein Standort!“. An dieser Veranstaltung im Geithainer HENNING-FRENZEL-STADION nahmen etwa 120 Neonazis teil. Zusätzlich zu mehreren Rechtsrockbands traten verschiedene Redner auf, darunter neben Maik Scheffler auch Tripp selbst. In seiner Rede forderte er einen „Umbruch in unserer politischen Landschaft“, um einem sonst angeblich drohenden „Volkstod“ entgegenzuwirken. Seine politische Selbstverortung und Zielstellung war damals sehr eindeutig: „Kämpfen wir für eine deutsche Volksgemeinschaft, die ihre Identität nicht zugunsten fremdvölkischer Invasoren aufgeben muss. [...] Kämpfen wir für einen Nationalen Sozialismus.“ In einem Bericht beim damaligen FREIEN NETZ BORNA-GEITHAIN hieß es darüber hinaus: „Als nationale Sozialisten stellen wir konsequenterweise die Systemfrage und ziehen unseren Gegenentwurf einer deutschen Volksgemeinschaft der universalistischen Demokratie vor.“ Am Rand

[5] Vgl. Artikel „Rechte Räume“ (S.52)

[6] Vgl. Ereignismeldung bei www.chronikLE.org vom 9.8.2008 („Nazi-Schaulaufen aus Anlass des Geburtstages von Hajo Herrmann in der Gedächtnisstätte Borna“) und Gamma 2010, Nr. 186: S. 1 („Borna ist gefallen: Die Nazi-„Gedächtnisstätte“ wird ein Altersheim“).

[7] Vgl. Ereignismeldung bei www.chronikLE.org vom 3.10.2008 („Nazis demonstrieren am ‚Tag der deutschen Einheit‘ in Geithain“).

[8] Vgl. Maximilian Popp: „Florian, wir kriegen dich.“, Der Spiegel Nr. 24, 11.6.2012.



Manuel Tripp (m.), ehemaliger NPD-Funktionär und Kader des Freien Netz, propagierte 2010 „Nationalen Sozialismus“.

[9] Inge Engelhardt, „Landgericht verhängt nach Berufung Haftstrafe für Überfall in Geithain“, LVZ-Online vom 1.4.2011.

[10] Vgl. Ereignismeldung bei www.chronikLE.org vom 13.8.2011 („Kundgebung von NPD und ‚Freies Netz‘ in Geithain“).

[11] Die „Unsterblichen“ waren eine Kampagne von Neonazis zur Verbreitung von völkischen Parolen wie „Die Demokraten bringen uns den Volkstod“. Dazu führten sie überraschende, flashmobartige Aufmärsche mit weißen Masken und Fackeln durch. Videoaufnahmen davon wurden über der Internet verbreitet, um die mediale Wirkung zu steigern. Die Aktionsform wurde zuerst von der 2012 verbotenen Gruppierung Spreelichter aus Südbrandenburg genutzt.

der Veranstaltung wurden zwei Antifaschisten von mehreren Neonazis angegriffen.^[10]

Im März 2012 führten etwa 30 Neonazis in Colditz vor dem Schloss eine Aktion mit weißen Masken im Stil der sogenannten UNSTERBLICHEN durch.^[11] Sie entrollten Transparente mit Botschaften wie „Demokratie – nein Danke“ und „Eure Repression – unsere Bestätigung“ und forderten mit Parolen mal wieder den „Nationalen Sozialismus“. An der nicht angemeldeten Versammlung war nach Erkenntnissen der Polizei auch Tripp beteiligt. Gegen ihn wurde deshalb Ende 2012 ein Strafbefehl über 75 Tagessätze wegen des Verstoßes gegen das Vermummungsverbot und Sachbeschädigung (wegen rechten Sprühereien in Geithain) erlassen, den er während einer Verhandlung am Amtsgericht Borna schließlich akzeptierte. Da das Strafmaß weniger als 90 Tagessätze betrug, gilt Tripp nicht als vorbestraft (kein Eintrag im Bundeszentralregister). Sein Anwalt, der bereits im Fall des Übergriffs auf den 15-jährigen Punk im Mai 2010 als Verteidiger des Angreifers fungiert hatte, erklärte dazu, sein Mandat habe seinen Einspruch gegen den Strafbefehl aus „prozesstaktischen und ökonomischen Gründen“ zurückgezogen.^[12]

Kampf gegen Kleinkläranlagen und das R9

Mit der Justiz sammelte der zukünftige Anwalt also in seiner Zeit als aktiver Neonazi bereits einschlägige Erfahrungen. Aber auch als Kommunalpolitiker profilierte er sich zusehends. So gab Tripp zwischen 2010 und 2014 insgesamt sieben Aus-

gaben des Infoblatts GEITHAINER SPRACHROHR heraus, um über seine Aktivitäten im Stadtrat zu informieren. Seine Leserschaft entließ er darin immer mit „heimattreuen Grüßen“. In der ersten Ausgabe vom August 2010 wird beispielsweise der „Verordnungsterror“ im Hinblick auf „vollbiologische Kleinkläranlagen“ thematisiert. Es wird auf „Ein Jahr nationale Opposition im Geithainer Stadtrat“ zurückgeblickt und gegen das örtliche JUGENDHAUS R9 gehetzt. Zu dessen Konzerten würden „größtenteils linksalternative Teilnehmer und Bands aus den verschiedensten Regionen Sachsens und darüber hinaus“ anreisen, um „nationale Aktivisten und Sympathisanten“ zu terrorisieren. Dazu passend wurde – als „Anzeige“ – ein Aufkleber des FREIEN NETZ GEITHAIN mit der Forderung „Linke Chaoten-Konzerte stoppen!“ abgedruckt. Das R9 und die Besucher_innen des Jugendhauses waren zu diesem Zeitpunkt bereits mehrfach das Ziel neonazistischer Angriffe. Ebenfalls als Anzeige des Freien Netzes kommt ein Artikel mit dem Titel „Volksgemeinschaft oder Untergang“ daher, in dem die „solidarische Volksgemeinschaft“ als Alternative „zur herrschenden Dekadenz, zum politischen Mainstream, zum liberalkapitalistischen System im Allgemeinen“ angepriesen wird.^[13]

Die Attacken auf das städtische Jugendhaus verstärkten sich, nachdem die damalige Bürgermeisterin Romy Bauer (CDU) im Dezember 2010 einen selbstverwalteten Jugendklub im Stadtteil Syhra, in dem sich vor allem rechte Jugendliche getroffen hatten, schließen ließ. Beim FREIEN NETZ BORNA-

GEITHAIN hieß es, damit werde der „heimattreuen Jugend“ ein „Freiraum“ genommen.^[14] Tripp thematisierte den Vorgang mehrfach im Stadtrat und in seinem Sprachrohr. Immer verbunden mit Forderungen, das „linke“ Jugendhaus R9 zu schließen. Dieser Wunsch ging schließlich im Sommer 2016 in Erfüllung.^[15] Verantwortlich dafür war der neue Bürgermeister Frank Rudolph (Unabhängige Wählergemeinschaft), der sich im Juni 2015 gegen seine Amtsvorgängerin Romy Bauer von der CDU durchgesetzt hatte. Kritische Stimmen meinen, dies sei mit Unterstützung der rechten Kräfte in der Stadt geschehen.^[16] Tripp kommentierte das Wahlergebnis damals jedenfalls äußerst zufrieden: „Ich gratuliere Herrn Rudolph [...]. Nach den leidvollen letzten sieben Jahren unter Romy Bauer ist viel Arbeit für die Zukunft Geithains liegengeblieben und einiges muss geradegerückt werden.“^[17]

Auch ein Neustart der offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt wurde nach einem Jahr im September 2018 wieder abgebrochen. Der Bürgermeister begründete dies in der LVZ damit, es sei in der Stadt kein entsprechender Bedarf gegeben, der eine Weiterführung rechtfertigen würde: „Wenn man sich unsere Ortsteile oder andere Gemeinden ansieht – dort verstehen es Jugendliche, sich selbst zu organisieren, etwas zu gestalten. Das funktioniert sogar völlig parteilos!“^[18]

„Absolut nachvollziehbar“

Parteilos ist mittlerweile ja auch Manuel Tripp. Die Internetseite, auf der er früher regelmäßig von seiner Stadtratsarbeit berichtet hatte, gibt es nicht mehr. Das Sprachrohr ist nach der Kommunalwahl 2014 verstummt. Statt Verfehlungen der Stadt in der Jugendarbeit zu beklagen, kommentiert er die Schließung des R9 nun auf seiner „Rechtsanwalt Manuel Tripp“-Seite bei Facebook betont nüchtern: „Diese Entscheidung ist absolut nachvollziehbar und bedeutet keine generelle Absage an eine Jugendarbeit, auch wenn einige dies wieder gern so verstanden wissen wollen. Konzeption und Angebot sollten jedoch, gerade auch im Hinblick auf die öffentliche Finanzierung, bedarfsorientiert sein und einen effektiven Mehrwert für unsere Stadt bieten.“^[19]

So spricht ein echter „Freigeist“ (Selbstbezeichnung), der nun nicht mehr offen für die „deutsche Volksgemeinschaft“ und den „Nationalen Sozialismus“ kämpfen muss. Zumal er mit dem „Tag der Identität“ 2011 schon auf dieses neomodische Schlagwort gesetzt hat, als von der IDENTITÄREN BEWEGUNG zumindest in Deutschland noch nichts zu hören war. ■

[12] Vgl. Inge Engelhardt, „Strafbefehl gegen Geithainer NPD-Stadtrat“, LVZ-Online vom 8.1.2013; LVZ Borna-Geithain vom 31.7.2013, Bild-Online vom 12.8.2013 („750 Euro Strafe für NPD-Stadtrat“).

[13] Vgl. Ereignismeldung bei www.chronikLE.org vom 31.8.2010 („Geithainer Sprachrohr: Manuel Tripp informiert über Kleinkläranlagen, Chaoten-Konzerte und Volksgemeinschaft“).

[14] Vgl. Ereignismeldung bei www.chronikLE.org vom 20.12.2010 („Geithain: Von Neonazis genutzter Jugendclub in Syhra geschlossen“).

[15] Vgl. Ekkehard Schulreich, „Jugendtreff R9 in Geithain: Tischtuch zwischen Stadt und Verein zerschnitten“, LVZ-Online vom 11.8.2016; Ekkehard Schulreich, „Jugendhaus R9 bleibt zu: Geithain setzt auf bestehenden Schulklub“, LVZ-Online vom 24.4.2018.

[16] Vgl. Ekkehard Schulreich, „Geithain: Brandrede bringt Bürgermeister in Rage“, LVZ-Online vom 18.8.2018.

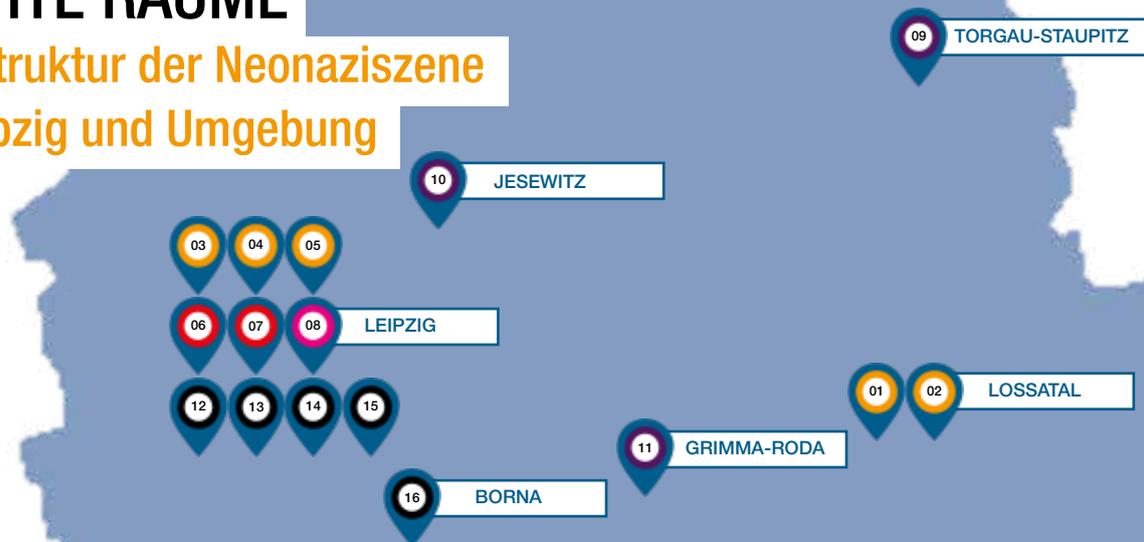
[17] Facebook-Seite „Rechtsanwalt Manuel Tripp“ vom 28.6.2015.

[18] Ekkehard Schulreich, „Aus für offene Jugendarbeit in Geithain“, LVZ-Online vom 12.9.2018.

[19] Facebook-Seite „Rechtsanwalt Manuel Tripp“ vom 17.9.2018.

RECHTE RÄUME

Infrastruktur der Neonaziszene in Leipzig und Umgebung



HANDEL & VERSAND

- 01** **FRONT RECORDS** Doktorweg 2, 04808 Lossatal
 Neonazistischer Versandhandel für Musik und Bekleidung. Im Angebot sind mehrere hundert Tonträger verschiedener neonazistischer Musikrichtungen (Rechtsrock, Hatecore, Balladen). Inhaber ist die Muldentaler Textil UG, welche auch Inhaberin von Frontmusik/Gjallarhorn Klangschmiede ist.
- 02** **FRONT MUSIK/GJALLARHORN KLANGSCHMIEDE** Doktorweg 2, 04808 Lossatal
 Neonazistischer Versandhandel hauptsächlich für Musik. Im Angebot sind mehrere hundert Tonträger verschiedener neonazistischer Musikrichtungen (Rechtsrock, Hatecore, Balladen, National Socialist Black Metal, Rap). Inhaber ist die Muldentaler Textil UG, welche auch Inhaberin von Front Records ist.
- 03** **HERMMANSLAND-VERSAND** Ziolkowskistraße 35, 04357 LE
 Neonazistischer Versandhandel hauptsächlich für Bekleidung. Neben Eigenproduktionen spielt der Vertrieb von Musik und Merchandise von Lunikoff eine wesentliche Rolle. Inhaber ist Nils L., langjähriges Mitglied der Leipziger Neonaziszene.
- 04** **LOKIS TRUHE** Brünner Straße 10, 04209 LE
 Neonazistischer Versandhandel für verschiedenste Neonazidevotionen wie Kleidung, Bücher, Schmuck, aber auch Schieferplatten und Benzinfeuerzeuge mit entsprechenden Aufdrucken. Inhaber ist Enrico Böhm, welcher seit 2014 im Leipziger Stadtrat sitzt. Zum Einzug war er noch Mitglied der NPD, wurde aber im Februar 2016 aus der Partei ausgeschlossen.
- 05** **SCHELM-VERLAG** Reichsstraße 13/216, 04109 LE
 Neonazistischer Versandhandel für Bücher. Neben Nachdrucken historischer Werke (etwa Alfred Rosenbergs „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“) Vertrieb aktueller rassistischer, verschwörungstheoretischer und neonazistischer Bücher (unter anderem „Bekenntnisse zum Völkermord: Die Globalisten, ihre Marionetten und prominente Gegenstimmen“ von Imke Barnstedt und Robert Steinert). Für jedes Jahr gibt der Verlag einen Kalender mit dem Titel „Die Schrecken des Nationalsozialismus“ heraus. Der Titel dient lediglich zur Ermöglichung der Abbildung von Bildern aus dem historischen Nationalsozialismus. Inhaber ist Adrian P.

BURSCHENSCHAFTEN IN LEIPZIG

- 06** **ARMINIA ZU LEIPZIG** Georg-Schumann-Straße 38, 04155 LE
 (Siehe Broschürenbeitrag S. 79.)
- 07** **LEIPZIGER BURSCHENSCHAFT GERMANIA** Gohliser Straße 2, 04105 LE
 (Siehe Broschürenbeitrag S. 79.)

RECHTER KAMPFSPORT IN LEIPZIG

- 08** **GYM IMPERIUM FIGHT TEAM** Kamenzer Straße 10/12, 04347 LE
 (Siehe Broschürenbeitrag S. 56.)

VERANSTALTUNGSORTE

- 09** **GASTHOF STAUPITZ** 04861 Torgau OT Staupitz
 Seit 2008 finden in einem ehemaligen Gasthof in Staupitz regelmäßig neonazistische Konzerte statt. Musikalisch bewegen sich die Bands zumeist im Bereich Rechtsrock und Hatecore und sind alle eindeutig dem Neonazismus zuzuordnen. Behördlich beauftragt dürfen maximal zehn Konzerte im Jahr stattfinden. Laut sächsischem Innenministerium besuchen zumeist zwischen 200 und 250 Personen die Konzerte, Beobachter_innen gehen regelmäßig von höheren Teilnehmendenzahlen aus.
- 10** **VERSAMMLUNGSRaum** 04838 Jesewitz
 Mehrfach fanden vor Ort Veranstaltungen der neonazistischen Initiative Wir für Leipzig statt, etwa ein Zeitzeugenvortrag oder ein Liederabend.
- 11** **PRIVATGELÄNDE** 04668 Grimma OT Roda
 Grundstück des ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden Winfried Petzold (verstorben 2011). Wurde in der Vergangenheit immer wieder für Neonaziveranstaltung wie NPD-Sommerfeste genutzt.

Sachsen ist eines der Bundesländer mit der größten Infrastruktur von und für Neonazis. Von Fachgeschäften für Militaria, NS-Devotionalien, T-Shirts mit einschlägigen Motiven und Rechtsrock über Tattoo-Studios, Konzert- und Partylocations bis hin zu Seminarräumen und Zeltplätzen ist alles verfügbar. Derartige Räumlichkeiten besitzen für die rechte Szene eine hohe Bedeutung – sowohl in finanzieller Hinsicht, als auch für die Rekrutierung und Politisierung von jüngeren Menschen. In ihrem Umfeld ist häufig ein erhöhtes Aufkommen von Propagandaaktivitäten, von Anfeindungen und Gewalt festzustellen. Das kann bis zur Etablierung von No-Go-Areas für potenziell Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt führen.

Obwohl entsprechende Örtlichkeiten seit dem Verschwinden des NPD-Zentrums in Leipzig oder der „Gedächtnisstätte“ in Borna zunehmend aus dem Blick der Öffentlichkeit verschwunden sind, gibt es in und um Leipzig weiterhin eine Vielzahl an rechten Räumen. Dabei ist ein Trend hin zu wirtschaftlichen Unternehmen (Verlage und Versandhandel) und scheinbar unpolitischen Vereinen (Kampfsport) festzustellen. Für nicht öffentliche Zusammenkünfte werden überwiegend private Grundstücke und Szenelocations genutzt. Dies erschwert eine realistische Einschätzung der von Neonazis nach wie vor ausgehenden Gefahr. Ein Beispiels dafür war der Überfall von Neonazis, rechten Hooligans und Kampfsportlern auf Leipzig-Connewitz Anfang 2016 (siehe dazu den Artikel auf S. 46).

EHEMALIGE RECHTE INFRASTRUKTUR

12

FIGHTING CATWALK

Täubchenweg 43b, 04317 Leipzig

Neonazistischer Bekleidungsladen, welcher zwischen Dezember 2011 und März 2013 bestand. Im Angebot befanden sich hauptsächlich Thor Steinar sowie weitere neonazistische Bekleidungsmarken. Gegen den Laden formierte sich vielfältiger Protest. Der Hausvermieter forderte schließlich die Einstellung des Verkaufs von Thor Steinar, welcher der Inhaber nicht nachkam. Vor Gericht wurde daraufhin eine Räumungsklage verhandelt, in deren Folge der Laden ausziehen musste. Der Laden eröffnet Mitte 2013 wieder als Crash'n'Fight in Halle.

13

NEONAZISTISCHER TREFFPUNKT

Lange Straße 15, 04103 Leipzig

Zwischen November 2011 und Februar 2012 nutzten bekannte Leipziger Neonazis eine Wohnung in der Langen Straße 15 als Treffpunkt. Vor Ort kam es mehrfach zu Beleidigungen und Bedrohungen der Nachbar_innen und zu Sachbeschädigungen.

14

„NATIONALES ZENTRUM“

Odermannstraße 8, 04177 Leipzig

Im November 2008 eröffnete in unmittelbarer Nähe zum Lindenaer Markt das „Nationale Zentrum“. Es diente offiziell als Bürgerbüro der NPD. Vor Ort trafen sich Neonazis aller Couleur, mehrfach kam es aus dem Zentrum heraus zu Übergriffen. Gegen Neonazis im Stadtteil gab es verschiedene zivilgesellschaftliche antifaschistische Aktionen. Große Öffentlichkeitswirkung entfaltete die Kampagne „Fence Off“, welche sich zum Ziel gesetzt hatte, das Nazizentrum zu schließen. Dazu kam es im Jahr 2014. (Siehe Beitrag S. 7)

15

TÖNSBERG

Richard-Wagner-Straße, 04109 Leipzig

Zwischen September 2007 und Juli 2009 existierte in zentraler Lage in der Leipziger Innenstadt der Thor Steinar-Laden Tönsberg. Nach anhaltendem antifaschistisch-zivilgesellschaftlichem Protest vor allem durch das Ladenschlussbündnis wollte die vermietende Immobilienfirma den Neonazis kündigen. Der Fall landete vor Gericht, wo sich beide Parteien auf die Schließung einigten. Die Vermietungsfirma hatte argumentiert, dass sie bei Abschluss des Mietvertrages „arglistig getäuscht“ wurde, da keine Kenntnis über den Verkauf von Thor Steinar bestand.

16

GEDÄCHTNISSTÄTTE

Röthaer Straße 22–24, 04552 Borna

Der geschichtsrevisionistische Verein „Gedächtnisstätte für die Opfer des Zweiten Weltkrieges durch Bomben, Verschleppung, Vertreibung und in Gefangenenlagern“ war von März 2007 bis September 2009 in Borna ansässig. Auf dem Anwesen in der Röthaer Straße sollte die namensgebende „Gedächtnisstätte“ etabliert werden. Vereinsgründerin war unter anderen die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel. Der Verein war eng mit dem „Collegium Humanum“ und dem „Verein zur Rehabilitation der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ verbunden, die im Mai 2008 durch den Bundesinnenminister verboten wurden. Mittlerweile hat der Verein seinen Sitz nach Guthmannshausen (Thüringen) verlagert.

Der Blick auf die mittlerweile nicht mehr existierenden Örtlichkeiten zeigt die Wichtigkeit von Kampagnen gegen neonazistische Infrastruktur. Dabei geht es darum, in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für die davon ausgehenden Gefahren zu schaffen und Druck auf die BetreiberInnen sowie die zuständigen Behörden aufzubauen. Wichtig ist dabei vor allem das Engagement von lokalen Initiativen und Anwohner_innen. Je länger entsprechende Lokalitäten ohne Widerspruch akzeptiert werden, um so schwerer wird es, dagegen vorzugehen. Das zeigt u.a. der ehemalige Gasthof in Staupitz, in dem mittlerweile seit über zehn Jahren regelmäßig und unbehelligt Neonazi-Konzerte stattfinden. ■

Demonstration in Leipzig gegen das Imperium Fighting Championship, eine rechte Kampfsport-Veranstaltung, 2016.



photo: im wagner

KLEINZSCHOCHER: EIN RECHTER KIEZ IM BUNTEN LEIPZIG?

von Judith Fallert und Max Heeke

Rechtsextreme Aufkleber hängen im Stadtteil, Hakenkreuze sind an Haltestellen eingeritzt, abends hört man Kleingruppen, die faschistische Parolen grölen. Über rechte Raumnahme in Kleinzschocher und wie Anwohner_innen dagegen aktiv werden.

[1] LVZ Online vom 12.8.2016: „Verfassungsschutz beobachtet ‚Identitäre Bewegung‘ – Aktionen auch in Leipzig“

[2] Konrad Litschko, „Rechtes Netzwerk ‚Ein Prozent‘ – Die ungestörten Netzwerker“ auf taz online vom 27.2.2018

[3] Bundeszentrale für Politische Bildung: Interview mit dem Journalisten Robert Andreasch vom 20.03.2017 über die Partei Der Dritte Weg

[4] Vgl. Ereignismeldung bei www.chronikle.org vom 7.11.2018 („Rechte greifen Familie in Kleinzschocher brutal an“)

„Unser Land – Unsere Werte“, „I Love HTLR“, „Nazi Kiez“. Sticker mit diesen Botschaften kleben überall in Kleinzschocher – am Dönerimbiss, im alten Güterbahnhof, an Straßenschildern und Regenrinnen. Kleinzschocher, das ist der Stadtteil, der im Osten vom Volkspark, im Westen durch eine Bahntrasse eingerahmt und dessen nördliche Grenze die Antonienstraße rund um den Adler ist. Die Antonienstraße scheint auch eine ideologische Grenze zu sein, zumindest was die Präsenz von Aufklebern und Graffiti angeht: Im Norden, in Plagwitz, sind linke Botschaften omnipräsent – „ANTIFA AREA“ verkündet die Brücke, die beide Stadtteile trennt. In Kleinzschocher und weiter südlich in Großzschocher sind rechte Aussagen, Graffiti und Aufkleber weit verbreitet.

Die Autor_innen dieses Beitrages leben seit etwa eineinhalb Jahren im Stadtteil und sind von Anfang an mit rechter und rechtsextremer Präsenz konfrontiert worden. Schnell konnten einige Hot Spots rund um die Getränkemarkte im Viertel ausgemacht werden, an denen besonders viele rechte Aufkleber und Schmierereien zu finden waren und noch immer sind. Phasenweise wurden ganze Straßenzüge mit dem gleichen Sticker beklebt, sodass die Autor_innen von halbwegs organisierten Aktionen ausgehen.

Botschaften vom rechten Rand

Die Botschaften variieren in der Art ihrer Aussage und der Härte. So finden sich viele schwarzgelbe Aufkleber mit Aussagen wie „Deine Heimat – deine Werte“, die von der IDENTITÄREN BEWEGUNG stammen. Dabei handelt es sich um ein Netzwerk, das für „Heimatliebe“ und „Patriotismus“ wirbt und mit medienwirksamen Aktionen vor allem junge Menschen anspricht. Hinter ihren Forderungen steckt eine eindeutig rassistische und rechtsextreme Ideologie – seit 2016 werden sie vom Verfassungsschutz beobachtet.^[1]

Zur Bundestagswahl 2017 florierten Kampagnenaufkleber des Bündnisses Ein Prozent, welches

rechtsextreme Anliegen und Personen finanziell und organisatorisch unterstützt. Das Bündnis ist ein Kooperationsprojekt der Neuen Rechten: Mitglieder aus AfD, IDENTITÄRE BEWEGUNG und wichtige AkteurInnen der Szene (wie die Herausgeber Götz Kubitschek und Jürgen Elsässer) wollen gemeinsame Sache machen. Ihre Aktionen reichen von der Unterstützung flüchtlingsfeindlicher Proteste über eigene Wahlbeobachtungen zur Bundestagswahl bis hin zu geplanten Siedlungsprojekten auf dem Land im Sinne einer „patriotische[n] Raumnahme“.^[2]

Neben diesen neueren Erscheinungen des rechten Spektrums finden sich auch Aufkleber mit eindeutig neonazistischen Botschaften: „Nazi Kiez“ mit durchgestrichenem Logo der IDENTITÄREN BEWEGUNG, die wohl als zu soft empfunden wird, Aufforderungen, für den „Nationalen Sozialismus“ einzutreten oder Sticker der Partei DER DRITTE WEG. Letztere ist eine radikale neonazistische Partei, die sich als rechte Konkurrenz zur NPD versteht und in „Inhalt und Inszenierung stark auf den historischen Nationalsozialismus bezogen“ ist.^[3] Häufig sind die Aufkleber umrankt von Lok-Fan-Stickern, sodass zu vermuten ist, dass die AkteurInnen teilweise aus der Hooligan-Fanszene rund um den Verein 1. FC LOKOMOTIVE LEIPZIG kommen.

Einzelpersonen oder organisierte Gruppen?

Einige der verantwortlichen Personen konnten schnell ausfindig gemacht werden, da sie auch am helllichten Tag ihre Botschaften verbreiten. Darunter ein junger Mann, der mit Edding von Kleinzschocher bis nach Plagwitz Straßenschilder und Haltestellen mit „ANTI ZION“-Botschaften beschmiert.

„ANTI ZION“?

Der sogenannte Antizionismus ist eine Gegenbewegung zum Zionismus und spricht, häufig antisemitisch motiviert, dem jüdischen Staat Israel das Existenzrecht ab. Der Zionismus ist eine von Theodor Herzl begründete Überzeugung, dass Juden und Jüdinnen einen eigenen Staat benötigen, in welchem sie sicher leben können. Nach der Shoah und der damit einhergehenden Vernichtung von sechs Millionen Juden und Jüdinnen im Nationalsozialismus erhielt die Bewegung viel Zulauf und war maßgeblich an der Entstehung des Staates Israel beteiligt. – chronik.LE



In Leipzig-Kleinzschocher kämpfen die Bewohner_innen gegen eine Flut an NS-verherrlichenden Naziaufkleber und Sprühereien an.

photos: Judith Fallert

Antisemitismus und -zionismus, NS-Verherrlichung, Hetze gegen Flüchtlinge und überhöhter Patriotismus gehen in Kleinzschocher Hand in Hand. Eine stringente Linie ist dabei nicht erkennbar – verschiedenste Gruppierungen und Botschaften finden sich in den Aufklebern und machen es schwierig einzuordnen, ob ein organisiertes Netz dahintersteckt.

Wie wirkt die Präsenz rechtsextremer Positionen im Stadtteil?

Einige der oben aufgezählten Sticker und Schmierereien hängen teilweise wochen- oder sogar monatelang im Viertel. Vielen Bewohner_innen Kleinzschochers scheinen sie nicht aufzufallen oder egal zu sein. Vielleicht sind manche auch eingeschüchtert und nehmen deshalb die rechte Raumnahme hin. Das Lebensgefühl der Autor_innen und einiger Anwohner_innen, mit denen sie gesprochen haben, wird definitiv durch die Präsenz rechter Positionen mitbestimmt. Es entsteht ein Gefühl der Bedrohung, wenn Botschaften wie „Nazi Kiez“ unwidersprochen an Straßenschildern und Laternen hängen oder wenn rechtsextreme Musik in der Öffentlichkeit gespielt wird.

Wenn klare Bekenntnisse zum Faschismus und Nationalsozialismus keinen Aufschrei und keine Gegenwehr verursachen, scheint auch der Weg zu Übergriffen auf Andersdenkende nicht mehr weit zu sein: Wie CHRONIK.LE dokumentiert hat, wurden in den vergangenen Monaten Einzelpersonen antisemitisch und sexistisch beleidigt und bedroht. Ende 2017 gab es sogar einen brutalen Angriff auf eine Familie im Kiez.^[4]

Die Vorfälle zeigen: Rechtsextreme fühlen sich in Kleinzschocher sicher genug, um offen ihr Gedankengut auszuleben und sie schrecken auch vor Angriffen nicht zurück.

Rechte Raumnahme ohne Widerspruch?

Doch es regt sich auch Widerstand im Stadtteil. 2016 hat sich die Bürgerinitiative Kleinzschocher

wird bunt gegründet, denen auch die Autor_innen dieses Artikels angehören. Mit regelmäßigen Aktionen versucht die Bürgerinitiative, auf die rechte Raumnahme aufmerksam zu machen und ihr Paroli zu bieten. So gab es im Sommer 2018 ein Bürgercafé, zu dem auch Beteiligte der Stadt Leipzig und Polizist_innen aus dem Revier Südwest kamen. Die rechtsextremen Aktivitäten und die damit einhergehenden Bedrohungen schienen den Polizist_innen und den städtischen Beteiligten bislang neu zu sein. Weitere geplante Aktionen sind Stadteilrundgänge und Workshops für Anwohner_innen, um mit guten Argumenten auf rechtspopulistische und rechtsextreme Aussagen reagieren zu können. Darüber hinaus haben sich einzelne Anwohner_innen über Soziale Medien organisiert, um einander regelmäßig über neue Sticker zu informieren, diese teilweise zur Anzeige zu bringen oder zu entfernen. So hat sich zumindest das öffentliche Bild in den vergangenen Monaten ein wenig gewandelt: Nur noch vereinzelt sieht man Aufkleber mit rechtsextremen Botschaften im Stadtteil. Dieser Zustand kann sich allerdings schnell ändern, gerade im Hinblick auf die Landtagswahl in Sachsen im kommenden Jahr. Blickt man noch weiter südlich nach Großzschocher, so dominieren Sticker der IDENTITÄREN BEWEGUNG und des rechtsextremen und neonazistischen Recordlabels MIDGAARD aus Schweden – ohne Paroli.

Umso wichtiger, am Ball zu bleiben, sich zu vernetzen und gemeinsam den Rechtsextremen in Zschocher zu begegnen. Die Bürgerinitiative Kleinzschocher wird bunt trifft sich jeden zweiten Dienstag um 19 Uhr im Erich-Zeigner-Haus und freut sich über noch mehr Engagierte aus dem Leipziger Südwesten. ■

Judith Fallert ist studierte Soziologin und Kulturwissenschaftlerin und arbeitet als Projektkoordinatorin bei der Freiwilligen-Agentur Leipzig.

Max Heeke arbeitet als freiberuflicher Journalist unter anderem für den Mitteldeutschen Rundfunk und den Deutschlandfunk.

EHEMALIGES KZ-AUSSENLAGER IN LEIPZIG-SCHÖNEFELD: TREFFPUNKT VON NEONAZIS

von Ladenschlussbündnis Leipzig

Bereits seit zehn Jahren nutzen Neonazis das Gelände und die teilweise noch erhaltenen Gebäude eines ehemaligen KZ-Außenlagers in Leipzig-Schönefeld als Treffpunkt und Veranstaltungsort. Eine Gedenktafel, die vor Ort an das Verbrechen und die Opfer erinnert, wird regelmäßig zerstört. Aktuell steht die Kamenzer Straße 10–12 im Mittelpunkt einer Kampagne des ins Leben zurückgerufenen Ladenschlussbündnisses Leipzig.

[1] Vgl. etwa Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg., 2006): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 3: Sachsenhausen, Buchenwald. München: C. H. Beck Verlag, S. 495ff.

[2] Vgl. chronik.LE vom 01.01.2017: Zerstörung der Gedenktafel in der Kamenzer Straße

[3] Vgl. AG Antifa vom 11.07.2009 Neonazikonzerte in einem ehemaligen KZ-Außenlager.

Die Kamenzer Straße 10–12 befindet sich im Nordosten von Leipzig im Stadtteil Schönefeld. Den wenigsten Leipziger_innen wird dieser Ort aus ihrem Alltag bekannt sein, liegt er doch abseits vom städtischen Geschehen und befindet sich in einem Gewerbe- und Industriegebiet. Und da dieser Ort mit seiner Geschichte in der städtischen Erinnerungskultur bisher keine Rolle spielt, ist auch nur wenigen bekannt, dass sich dort bis April 1945 ein Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald befand. 2009 geriet die Kamenzer Straße erstmals verstärkt in die Öffentlichkeit, als bekannt wurde, dass dort neonazistische Konzerte stattfanden.

Der historische Ort: Das KZ-Außenlager HASAG Leipzig

Von Juni 1944 bis April 1945 befand sich in der Kamenzer Straße und auf dem angrenzenden Areal das größte Frauenaußenlager des KZ Buchenwald, das Außenlager HASAG Leipzig. In diesem Lager waren über 5.000 Frauen und Mädchen inhaftiert. Der Großteil von ihnen waren Polinnen, darunter knapp 1.300 Frauen und Mädchen, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft von den Nazis verfolgt wurden, aber auch mehrere hundert politische Gefangene.

Betrieben wurde das Lager von dem Leipziger Rüstungsbetrieb HUGO SCHNEIDER AKTIENGESELLSCHAFT (HASAG), dessen Firmensitz südlich an das KZ grenzte. Die SS trieb die Häftlinge jeden Tag auf das Firmengelände, wo sie in zwölfstündigen Tag- und Nachtschichten Granaten, Munition und Panzerfäuste herstellen mussten. Erschöpfung, Hunger und Gewalt prägten den Lageralltag. Schwache, kranke, alte und schwangere Frauen wurden als „nicht arbeitsfähig“ registriert

und in Vernichtungslager deportiert, wo sie ermordet wurden. Am 13. April 1945, wenige Tage vor dem Einmarsch US-amerikanischer Truppen nach Leipzig, räumte die SS das Lager und trieb die Frauen auf einen der sogenannten Todesmärsche Richtung Osten.^[1]

Erinnerung...?!

Nur wenig erinnert heute in der Kamenzer Straße an diese Geschichte. Der Initiative einer Gruppe engagierter Bürger_innen des VEREINS DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES, BUND DER ANTIFASCHISTINEN UND ANTIFASCHISTEN (VVN BdA e.V.), ist es zu verdanken, dass sich seit 2010 in der Kamenzer Straße 10, vor einem weißen Plattenbau aus DDR-Zeiten, eine kleine fest installierte Gedenktafel befindet. Das von der Gruppe Gedenkmarsch errichtete Erinnerungszeichen wurde seit ihrer Installation sechs Mal zerstört – zuletzt zum Jahreswechsel 2016/2017.

^[2] Am 27. Januar 2017, am Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, wurde sie – unter den Blicken einiger ebenfalls anwesender Neonazis – letztmals neu errichtet.

Doch in der Kamenzer Straße wird nicht nur das Gedenken an die Geschichte und vor allem an das Leid und Schicksal der dort Inhaftierten regelmäßig mutwillig und politisch motiviert zerstört. Seit nunmehr zehn Jahren dient der Gebäudekomplex Kamenzer Straße 10–12 als feste Anlaufstelle und regelmäßiger Treffpunkt für Neonazis. Um zu verstehen, weshalb sie gerade diesen Ort nutzen, ist auch der Blick auf die Eigentumsverhältnisse vor Ort aufschlussreich.

Der Eigentümer: Ein Neonazi

Am 4. April 2009 gab der damalige Polizeipräsident Leipzigs, Horst Wawrzynski, gegenüber der LVZ bekannt, dass ein „Rechtsextremer“ das Gebäude gekauft habe.^[3] Und ja, bereits seit 2007 befinden sich der Gebäudekomplex in der Kamenzer Straße 10–12 und die angrenzenden Freiflächen und Nebengebäude im Besitz von Ludwig K. Dieser unterhält seit Jahrzehnten Verbindungen in die Neonaziszene. In diesem Zusammenhang erstaunt es nicht wirklich, dass sich dieser Ort in den vergangenen zehn



Gebäude des ehemaligen KZ-Außenlagers in Leipzig-Schönefeld während einer antifaschistischen Demonstration am 8. Mai 2018

Jahren zu einer Anlaufstelle für verschiedene neonazistische Gruppierungen und AkteurInnen entwickelt hat.

Neonazistische Veranstaltungen und NutzerInnen

2009 wurde erstmals öffentlich bekannt, dass in der Kamenzer Straße 10–12 in den Jahren 2008 und 2009 wiederholt neonazistische Konzerte stattgefunden hatten. Unter anderem traten dort am 8. November 2008 sechs Bands, darunter die Leipziger Naziband Thematik 25, vor etwa 350 ZuschauerInnen auf.^[4] Die Konzerte wurden damals von der Stadt Leipzig und der Polizei mit bauordnungsrechtlichen Auflagen eingeschränkt. Es ist aber sehr wahrscheinlich, dass in den Folgejahren weitere Konzerte stattfanden. Ein letzter, öffentlich bekannt gewordener Versuch, der schließlich von der Polizei unterbunden wurde, erfolgte erst am 13. Januar 2018.^[5]

Seit 2016 wird die Kamenzer Straße 12 zudem offenkundig von dem Motorradclub ROWDYS EASTSIDE als Treffpunkt genutzt. Der seit 2015 bestehende Club firmiert auch als Bruderschaft 18 – ein Kürzel für die Initialen Adolf Hitlers. Die ungefähr zehn Mitglieder des Clubs sind neonazistische Fußballfans des 1. FC LOKOMOTIVE LEIPZIG. Sieben Personen, die an dem Angriff auf den Stadtteil Connewitz am 11. Januar 2016 mutmaßlich beteiligt waren, werden den Rowdys Eastside zugeordnet.

Ein Jahr später kamen neue Nachbarn hinzu: Seit 2017 ist der Gebäudekomplex Kamenzer Straße 10–12 nun auch Trainingsort des IMPERIUM FIGHT TEAMS (IFT). Das IFT wird von dem gewaltbereiten Neonazi Benjamin B. geführt und trainiert. Er ist als Kampfsportler aktiv und Mitorganisator der Veranstaltungsreihe „Imperium Fighting Championship“. Wie viele andere Mitglieder des IFT stammt auch er aus den Hooliganstrukturen des 1. FC LOKOMOTIVE

LEIPZIG. Mindestens drei Kämpfer des IFT waren mutmaßlich am bereits erwähnten Angriff auf den Stadtteil Connewitz im Januar 2016 beteiligt.

Der historische Ort als Lager und Partylocation

Während Neonazis das ehemalige KZ-Außenlager – wohlwissend, welche Geschichte sich hinter dem Ort verbirgt – relativ ungestört nutzen können, fungiert die Kamenzer Straße gleichzeitig als Postadresse und Lagerort für diverse Gewerbe. Zudem ist bekannt, dass dort regelmäßig auch nicht explizit neonazistische Konzerte und Partys stattfinden. Noch im Sommer 2018 wurde im Treppenhaus der HOCHSCHULE FÜR GRAFIK UND BUCHKUNST LEIPZIG (HBG) für eine „underground exhibition“ in der Kamenzer Straße 12 geworben. Ob diesen Nutzer_innen bekannt ist, dass es sich hierbei um ein Gebäude handelt, in dem hunderte KZ-Häftlinge auf engstem Raum eingesperrt waren, ist offen.

Im Fokus des Ladenschlussbündnisses

Anfang 2018 wurde das 2007 gegründete LADENSCHLUSSBÜNDNIS LEIPZIG reaktiviert. Im Fokus der aktuellen Kampagne steht die Kamenzer Straße 10–12. Zu den zentralen Forderungen des Bündnisses gehören die Schließung des Nazitreffs und die Errichtung eines würdigen Gedenkortes. Im Verlauf des Jahres 2018 hat das Bündnis bereits mit verschiedenen Veranstaltungen die öffentliche Aufmerksamkeit verstärkt auf den Ort, seine Geschichte und insbesondere die Nutzung durch Neonazis lenken können. Zum Beispiel fand am 8. Mai 2018, dem Jahrestag der Befreiung, eine öffentliche Kundgebung vor Ort statt. ■

Weitere Informationen zum Bündnis und seinen Aktionen unter www.ladenschluss.blogspot.de

[4] Vgl. chronik.LE vom 08.11.2008: Nazi-Konzert mit sechs Bands und 350 Besuchern in Leipzig

[5] Vgl. chronik.LE vom 13. Januar 2018: Polizei verhindert neonazistisches Konzert.

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL NEONAZISTISCHER EREIGNISSE **CHRONIK**

27. September 2018

In der Leipziger Innenstadt bauen Handwerker an einem neuen Optiker. Vor diesem stellen sie ihr Auto ab, das mit neonazistischer Propaganda bestückt ist. So findet sich auf der Heckklappe eine kleine schwarz-weiß-rote Fahne sowie ein Reichsadler. Auf der Motorhaube ist ein großes Logo der Band Die LUNIKOFF-VERSCHWÖRUNG zu finden. Normalerweise ist das Logo – eine zur Faust geballte Hand mit ausgestrecktem Mittelfinger – weiß auf schwarzem Grund. Da das Auto weiß ist, ist es sich in diesem Fall entgegengesetzt. Neben dem Logo befindet sich der Spruch „ungeheuerlich, ein schwarzer Finger“ sowie eine Unterschrift von LUNIKOFF. LUNIKOFF ist der Spitzname des neonazistischen Musikers Michael Regener. Er war unter anderem Gitarrist und Sänger der im Jahr 2003 als kriminelle Vereinigung verboten und aufgelösten Band LANDSER.

24. August 2018

In Staupitz, einem Ortsteil von Torgau, findet ein Rechtsrockkonzert mit rund 300 Neonazis statt. Es spielen die BANDS FORTRESS (Australien), HEILIGER KRIEG (Baden-Württemberg) und SQUADRON (UK). Die Band HEILIGER KRIEG wurde von zwei Mitgliedern der Band RACE WAR gegründet, die als zweite Band nach LANDSER als kriminelle Vereinigung verboten wurde. Laut dem sächsischen Innenministerium nahmen am Konzert lediglich 210 Personen teil.

23. Juni 2018

Mindestens 200 Neonazis feiern auf einem Grundstück in Roda (Ortsteil von Grimma) ein Lunikoff Sommerfest. Lunikoff ist das Pseudonym des ehemaligen Sängers Michael Regener der Neonaziband LANDSER, welche als erste Band 2003 als kriminelle Vereinigung verboten wurde. Nach seiner Haft tritt Regener als LUNIKOFF VERSCHWÖRUNG solo auf. Das Gelände, auf welchem das Konzert stattfindet, wur-

de in der Vergangenheit bereits mehrfach für ähnliche Veranstaltung genutzt.

5. Mai 2018

Am Samstag findet in Regis-Breitingen (Landkreis Leipzig) ein Zeitzugenvortrag mit dem Bielefelder Klaus Grotjahn (Jahrgang 1928) statt. Grotjahn gehörte der 11. SS-FREIWILLIGEN PANZERGRENADIERDIVISION NORDLAND an. Seine biografischen Erlebnisse gibt es seit Ende 2014 auch in Taschenbuchform sowie als Hörbuchversion. An der Veranstaltung mit dem Titel „Zeugen der Zeit – Zeitzugenvortrag Division Nordland“ nehmen 120 Personen teil. Im Vorfeld war die Veranstaltung nur für den „Großraum Leipzig“ angekündigt gewesen – ohne nähere Ortsangabe. Dass trotzdem so viele TeilnehmerInnen den Weg nach Regis-Breitingen finden, zeugt von einem gewissen Organisationsgrad der Neonazis in der Region.

6. März 2018

Unbekannte beschmieren den Aufzug am Bahnhof in Borsdorf mit einem Hakenkreuz, SS-Runen sowie dem Schriftzug „Heil Hitler“. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wird im Juni 2018 eingestellt, da keine Tatverdächtigen ermittelt werden können.

2. Februar 2018

Unbekannte beschmieren in der Nacht von Freitag zu Samstag das Vereinsheim des SC POLENZ sowie eine auf dem Gelände stehende Garage. Angebracht werden Beschimpfungen gegenüber dem Verein und seinen Mitgliedern sowie Hakenkreuze.

13. Januar 2018

Neonazis versuchen am Samstagabend im Leipziger Stadtteil Schönefeld ein neonazistisches Konzert durchzuführen. Im genutzten Gebäude trainiert seit einiger Zeit das rechte IMPERIUM FIGHT TEAM. Die

Polizei verhindert das Konzert. Geplant waren Auftritte der Bands FRONTFEUER (Brandenburg), LEGION OF THOR (Berlin), HEILIGER KRIEG (Sachsen) und DST (Berlin). Als die Polizei am Veranstaltungsort eintrifft, hat das Konzert noch nicht begonnen und etwa 70 Personen warten auf Einlass. „Die Polizei sprach den Besuchern des Festivals Platzverweise aus, ebenso den Musikern. Alle Hallenzugänge seien anschließend mit einem Siegel verschlossen worden“ (LVZ vom 15. 1. 2018).

In der Kamenzer Straße 10 befand sich bis zum Mai 1945 ein Außenlager des KZ Buchenwald. In diesem waren von Sommer 1944 bis April 1945 über 5.000 weibliche KZ-Gefangene untergebracht, die für den Rüstungsbetrieb HASAG Granaten, Munition und Panzerfäuste herstellen mussten. Im April 1945 wurden sie von dort aus, zusammen mit Gefangenen anderer Lager, auf die sogenannten Todesmärsche geschickt.

29. Dezember 2017

Unbekannte schmieren in Oschatz „Sieg Heil“ und ein Hakenkreuz an die Tür eines LKW sowie „Adolf Hitler“ und ein Hakenkreuz an einen Briefkasten. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wird im April 2018 eingestellt, da keine Tatverdächtigen ermittelt werden können.

7. November 2017

Am Dienstag gegen 17 Uhr steigt ein Pärchen mit seinen zwei Kindern an der Haltestelle Kleinzschocher aus der Straßebahn. Während des Aussteigens bemerken die beiden, wie ein Auto mit quietschenden Reifen losfährt, hupt und kurz vor den vier Personen mit einer Vollbremsung zum Stehen kommt. Der Mann tritt daraufhin wütend in Richtung des Autos.

Ein dem rechten Spektrum zuzuordnender Mann springt aus dem Auto und fängt an, den Mann zu schlagen und an ihm herum-

zuziehen. Der Mann wehrt sich aufgrund der Anwesenheit seiner beiden Kinder nicht. Er versucht den Angreifer lediglich zurückzudrängen, was allerdings nicht funktioniert.

Die Frau verlässt mit den Kindern den Ort des Geschehens, um diese in Sicherheit zu bringen. Bevor die Frau jedoch in die nächste Straße einbiegen kann, rennt ihr die Autofahrerin aufgebracht hinterher und schreit sie immer wieder lautstark an. Auf die Bitte, mit dem Geschrei aufzuhören, tritt sie gegen den Kinderwagen und schreit eines der Kinder an.

Der Mann wird mittlerweile von weiteren Männern attackiert, welche dem Angreifer zu Hilfe gekommen sind. Er versucht, zu entkommen. Während des Angriffs hat sich der vormalige Beifahrer hinters Steuer gesetzt und versucht, den Angegriffenen zu überfahren, was nur dank eines Bordsteins misslingt. Schlussendlich kann der Angegriffene entkommen und bei einer Freundin in der Nähe Unterschlupf finden.

25. Oktober 2017

In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch gegen 0.30 Uhr ziehen zwei Neonazis grölend und randalierend durch die Leipziger Südvorstadt. An einer Baustelle am Steinplatz werfen sie Absperrungen einer Baustelle um. Dabei rufen sie laut neonazistische Parolen wie „Sieg Heil“, „Arbeit macht frei“, „Wir sind zu zweit allzeit bereit“, „Kommt runter, Scheißantifa“, „Warum kommt hier keiner von den Scheißzecken raus?“, „Wo bleiben die Bullen?“ und immer wieder „Ahu“.

19. September 2017

Im Anschluss an eine Wahlkampfveranstaltung des Stadtverbandes der Partei DIE LINKE, werden vier Teilnehmende von einer größeren Gruppe Neonazis bedroht und verfolgt. In der Nähe eines Supermarktes stellt sich den vier Personen, die mit einem Lastenrad der LINKEN unterwegs

sind, eine Gruppe von 10 bis 15 Neonazis entgegen und brüllt „Sieg Heil“ und „Haut ab, Antifa-Pack!“. Die Bedrohten flüchten daraufhin in das umliegende Wohngebiet und verständigen die Polizei. Bis zu deren Eintreffen zerstreut sich die Gruppe der Angreifer und lauert den Bedrohten in Grüppchen auf. Mit Glück schaffen diese es, unbehelligt aus dem Wohngebiet zu entkommen.

21. Juni 2017

In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch werden Blumenkästen und ein Briefkasten vom Jugendzentrum Alte Spitzenfabrik in Grimma mit Beton gefüllt. Ein vor dem Haus angebrachtes Schild mit der Aufschrift „Auf dem Areal ist kein Platz für Rassismus ... Nazi free youth“ wird ebenfalls mit Beton überdeckt.

21. April 2017

An der Arno-Nietzsche-Straße im Leipziger Stadtteil Connewitz werden in der Nähe eines besetzten Hauses Hakenkreuze gemalt. Weiterhin ist der Spruch „Wir töten euch“ zu lesen. Dieser kann als direkte Drohung gegen die Bewohner_innen des besetzten Hauses verstanden werden.

18. Februar 2017

Unbekannte beschmieren Toilettentüren auf dem Messegelände mit einem Hakenkreuz, der Parole „Heil Hitler“ und dem Schriftzug „Ein guter N**** ist ein toter N**** bzw. Ausländer“. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wird im August 2017 eingestellt, da keine Tatverdächtigen ermittelt werden können. 2015 und 2016 diente eine Halle des Messegeländes als Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete. ■

**Sieh hin!
Schweig nicht!
Melde rechte,
rassistische,
antisemitische
und sexistische
Gewalt und
Diskriminierung!**

www.chronikLE.org



10 Jahre chronik.LE

Grußwort von Jule Nagel, MdL und Stadträtin, Die Linke

Wenn ich mir das Projekt chronik.LE heute anschau, bin ich ein bisschen stolz. Gemeinsam haben wir die Idee im Jahr 2008 im Rahmen des Ladenschlussbündnisses entwickelt und eine Gruppe Engagierter hat sie umgesetzt. Seinerzeit aktivierte sich die lokale Neonaziszene und chronik.LE füllte eine wichtige Leerstelle bei der Dokumentation von Angriffen, Bedrohungen und sonstigen faschistischen, rassistischen etc. Ereignissen. Nach 10 Jahren ist das Problem menschenfeindlicher Einstellungen nicht verschwunden, im Gegenteil. chronik.LE liefert weiter den nötigen Überblick und Analysen zur Situation. Eine essentielle Grundlage für antifaschistisches Engagement. Danke!

Juliane Nagel



Demonstration in Schnellroda gegen den neurechten Verlag Antaios von Götz Kubischek und das Institut für Staatspolitik



04 KAPITEL AFD AND FRIENDS

Die Landtagswahl in Sachsen im September 2019 wirft ihre Schatten voraus. Was sich bei der Bundestagswahl 2017 andeutete, wird nun durch aktuelle Umfragen bekräftigt: Die AfD wird mit der CDU um die Position als stärkste Fraktion im Landtag konkurrieren. Eine Regierungsbildung mit der AfD wird von Teilen der CDU nicht mehr ausgeschlossen. Im Leipziger Stadtrat hält die AfD bereits seit 2014 vier Mandate und ist seit 2017 auch mit mehreren Abgeordneten aus der Region im Bundestag vertreten.

In diesem Kapitel wird der Frage nachgegangen, welche problematischen Folgen das Erstarken der AfD für die demokratische Kultur hat. Es wird analysiert, wie die AfD in der Stadt Leipzig Politik macht, welche Themenfelder sie besetzen will und für welche WählerInnenschaft ihre Agenda attraktiv ist.

Weiterhin wird anhand der Compact-Konferenz, den Verbindungen von Burschenschaften in die extreme Rechte, den Anfeindungen zivilgesellschaftlicher Initiativen und der Hetze im Netz deutlich, dass das Erstarken der AfD Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Rechtsrucks ist, der weit über die Partei hinausgeht. Die AkteurInnen dringen mit ihren menschenfeindlichen Positionen deutlicher und offensiver als zuvor in die Öffentlichkeit, mit dem Ziel, völkische und rassistische Einstellungen in praktische Politik umzusetzen. Wie eine linke und anti-faschistische Reaktion auf diese Entwicklung aussehen kann, wird abschließend am Umgang mit der Präsenz rechter Verlage auf der Buchmesse diskutiert. ■

DIE AFD ZWISCHEN VÖLKISCHER FUNDAMENTALOPPOSITION UND »POLITISCHER BETTNÄSSEREI«

von chronik.LE

Während Sarah Ulrich in der Ausgabe 2016 der Leipziger Zustände noch zu Recht feststellte, dass die Partei „aufgrund ihrer uneinheitlichen Struktur kaum eindeutig klassifiziert werden kann“, vertritt die Partei 2018 eindeutig ein völkisch-nationalistisches Weltbild und arbeitet zum Teil offen mit VertreterInnen völkischer und verfassungsfeindlicher Gruppierungen zusammen.^[1] Laut dem Faschismuskritiker Volker Weiß findet diese „Radikalisierung“ der AfD vor dem Hintergrund einer „autoritären Revolte“ in der Bundesrepublik statt.^[2]

[1] So legt eine Recherche der taz 101 Verbindung zu VertreterInnen und Gruppen der „Extremen und Neuen Rechten“ offen. taz, Das Netzwerk AfD (Website, abgerufen am 07.12.2018)

[2] Volker Weiß, 2017, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart; Volker Weiß, Die Radikalisierung der AfD. Die Signale aus Köln deuten auf eine weitere Radikalisierung, Tagesspiegel vom 24.04.2017.

[3] Am 26. Mai 2019 findet in Sachsen die Europa- und Kommunalwahl statt, die Wahl zum 7. Sächsischen Landtag soll am 1. September 2019 stattfinden.

[4] Alexander Häusler, Rainer Roeser & Horst Teubert, 2013, Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei?, Düsseldorf, S. 9.

[5] AfD-Thüringen, 2014, Aufbruch für Thüringen. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014. Erfurt.

Trotz der Radikalisierung hat sich der Erfolgskurs der ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND in den letzten beiden Jahren nahezu ungebremst fortgesetzt. Nach dem Einzug in den Bundestag 2017 als drittstärkste Fraktion mit 12,6 % der Stimmen und nach der Wahl in Bayern und Hessen im Oktober 2018 ist die Partei nach nur einer halben Dekade nunmehr in allen Landesparlamenten vertreten. Vieles deutet damit auf einen sogenannten Erdrutschsieg bei den kommenden Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen im (ostdeutschen) Superwahljahr 2019 hin.^[3] Die Gründungsgeschichte der AfD war aber nicht nur „die erfolgreichste einer Parteineuformierung in der Bundesrepublik“ (Alexander Häusler), sondern zugleich die einer fortschreitenden Radikalisierung hin zu einer maßgeblich völkisch-nationalistischen Partei. Ein Blick auf ihre Geschichte zeigt, dass diese beiden Aspekte unauflösbar miteinander verknüpft sind.

Die Strategie der Fundamentalopposition

Als die AfD im Frühjahr 2013 unter dem damaligen Vorsitzenden Bernd Lucke gegründet wurde, galt sie noch als „Professoren-Partei“ und Partei der „Euro-Kritiker“. Obwohl die Medien vor allem ihr wirtschaftspolitisches Profil hervorhoben, war schnell klar, dass die Partei sich rechts der Unionsparteien profilieren wird. Formulierungen wie „die Familie als Keimzelle der Gesellschaft“ aus dem ersten Bundestagswahlprogramm deuteten frühzeitig darauf hin, dass das Programm nicht nur Wirtschaftsliberale ansprechen sollte, sondern auch konservative WählerInnen der CDU und rechts von ihr. Damit gingen zugleich eine ganze Reihe innerparteilicher Auseinandersetzungen einher, die die Entwicklung

der Partei bis heute prägen. Auffällig dabei: Gegenstand sämtlicher Flügelkämpfe und Spaltungen war die Frage nach einer unzureichenden Abgrenzung der Partei von radikal rechten Organisationen und Ideologien. Und diese Auseinandersetzung nahm schon auf dem Gründungsparteitag am 13. April 2013 ihren Ausgangspunkt. Konrad Adam – ehemaliger Publizist der FAZ und der Welt – entgegnete dem Vorwurf einer mangelnden Abgrenzung zu rechten antidemokratischen Kräften damals mit der Aussage: „Wenn unsere Volksvertreter ihre Aufgabe darin sehen, das Volk zu entmündigen, sollten wir selbstbewusst genug sein, den Vorwurf des Populismus als Auszeichnung zu betrachten“.^[4]

Adams Strategie, den Vorwurf mit dem Verweis auf einen angeblich „Volkswillen“ zu kontern, diente dabei nicht nur der Immunisierung gegen jegliche Kritik. Zugleich zeigt er, was in den Augen der AfD bis heute als demokratisch gilt: eine möglichst radikale Position außerhalb des Bereiches zu vertreten, der in der Öffentlichkeit als sagbar gilt. Welche „Sachfrage“ zur Diskussion steht, ist dabei unerheblich. Die eigene Position als Verteidigung der unausgesprochenen Wahrheit, des „unterdrückten Volkswillens“ oder gesunden Menschenverstandes auszugeben, zeichnet die grundlegende politische Strategie der Partei aus. Verbale Grenzübertreite, seien es Schießbefehle an deutschen Grenzen, rassistische und sexistische Beleidigungen, die Agitation gegen Grundrechte oder die Relativierung der Shoah und der Verantwortung der Deutschen für die Verbrechen des Nationalsozialismus sind nicht das skandalöse Beiwerk der Politik der AfD, sondern ist der Grund ihres fortwährenden Erfolges. Eine solche Strategie der Fundamentalopposition endet notwendigerweise in einem politischen Selbstübertreibungswettbewerb.

In den folgenden Jahren setzten sich erst die nationalkonservativen und später die völkisch-nationalistischen Kräfte innerhalb der Partei durch, die insbesondere die ostdeutschen Landesverbände dominieren. Deutlich bessere Ergebnisse bei den jeweiligen Landtagswahlen und zuletzt bei der Bundestagswahl beförderten diese Entwicklung. Dies hatte auch programmatische Folgen. So war die AfD unter Bernd Lucke noch von einem stramm konservativen Programm gekennzeichnet, das unter dem Schlagwort „Subsidiarität“ für eine Rückverlage-

rung von Entscheidungsprozessen auf die nationale Ebene eintrat. In Thüringen setzte sich jedoch schon 2014 eine Fraktion innerhalb der Partei durch, die der Meinung war, es habe sich eine „Politikerklasse herausgebildet, die sich den ‚Staat zur Beute‘ machen will“ und damit das „Prinzip der Volkssouveränität“ unterlaufe.^[5] Diese verschwörungsideologische Deutung findet sich auch im Programm aus dem Jahr 2017 wieder. Der „heimliche Souveräne“, „eine kleine, machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden politischen Parteien ausgebildet hat“, habe den „Trend zur Selbstabschaffung“ und die „Selbsterstörung unseres Staates und Volkes“ zu verantworten.^[6]

Der völkische Schulterschluss

Der Umbau der Partei zur fundamentaloppositionellen Bewegungspartei ist mit dem Austritt von Frauke Petry und der Gründung der zweiten Abspaltung der Partei unter dem Namen Die Blauen unmittelbar nach der Bundestagswahl 2017 abgeschlossen. Der völkisch-nationalistische Flügel hat sich programmatisch durchgesetzt. Der „Erhalt des deutschen Staatsvolkes“, wie es im Wahlprogramm 2017 heißt, müsse das vorrangige Ziel aller Politik sein, dem sich alle anderen Maßnahmen und Interessen unterzuordnen haben.^[6] Inhaltsgleich, aber deutlich eloquenter hatte Björn Höcke schon im Jahre 2014 für eine bevölkerungspolitische „Homöostase“ geworben, „ausgleichenden Selbstregulierungen einer Gesellschaft“, für die die Frage nach der Identität der Schlüssel sei.^[7] Die völkische Schicksalsgemeinschaft, die Behauptung einer widerspruchsfreien Einheit von Staat, Volk und Heimat, bildet also auch jenseits der skandalträchtigen Äußerungen einzelner AfD-PolitikerInnen die Geschäftsgrundlage der Partei. Ebenso sind es die Inszenierung äußerer Bedrohungen gegenüber dieser Gemeinschaft, sei es durch Migration, den demographischen Wandel, Genderpolitiken oder die sogenannte Euro-Rettung: „Das ist konsequent, denn die AfD ist aus eigener Kraft kaum lebensfähig. Ihr Lebenselixier sind äußere Krisen, die sie auszuheilen versteht. Diese Abhängigkeit von externen Faktoren macht sie gefährlich, da sie genuin kein Interesse an einer Beruhigung der Gemüter hat. Sie lebt von der Rhetorik des permanenten Ausnahmezustands“, so wiederum Volker Weiß im Resümee.^[2] Gegenwärtig kommt es der Partei vor allem darauf an, zu verhindern, Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzämter zu werden. Die Brücken ins nationalkonservative Spektrum, insbesondere zum

rechten Flügel der CDU und dessen WählerInnen, sind davon abhängig. Davon hängt nicht zuletzt eine mögliche Regierungsbeteiligung nach den Landtagswahlen in Sachsen, aber auch in Thüringen und Brandenburg im Herbst 2019 ab. Alle drei Landesverbände werden derweil von VertreterInnen des völkisch-nationalistischen Flügels dominiert. Die PATRIOTISCHE PLATTFORM, die schon seit 2013 parteiintern für einen völkischen Kurs warb und die Zusammenarbeit mit Gruppen wie der IDENTITÄREN BEWEGUNG befürwortete, löste sich im September 2018 auf, was als direkte Reaktion auf die potentielle Beobachtung durch den Verfassungsschutz verstanden werden muss. Nach eigenem Bekunden wurden alle Ziele durchgesetzt, die man innerhalb der Partei durchsetzen wollte, nun wollen die ehemaligen Mitglieder „Einigkeit demonstrieren“.^[8] In die gleiche Kerbe schlägt eine Reihe von Ausschlussverfahren, die auf Betreiben einer vom Bundesvorstand eingesetzten Kommission angestrengt werden.

Und die „politische Bettnässerei“

Ob ein derartiger Aktionismus den Lauf der Dinge noch beeinflussen kann, bleibt abzuwarten. Denn schon Anfang des Jahres hatten die Landesämter eine „Stoffsammlung“ vereinbart, um mögliche Anhaltspunkte für „extremistische Bestrebungen“ zusammenzutragen. Zum Jahresende 2018 soll ein abschließendes Urteil fallen.^[9] Bezeichnenderweise hatte sich ausgerechnet das sächsische Landesamt bis zuletzt nicht an dieser Sammlung beteiligen wollen. Und dass, obwohl sich beim AfD-Aufmarsch am 1. September in Chemnitz, aber auch anderorts der offene Schulterschluss von bundesweit führenden VertreterInnen der Partei und militanten Neonazis gezeigt hatte.^[10] Doch die drohende Beobachtung allein reicht, um die fortwährenden Spaltungspotentiale der Partei zu erkennen. Unter einem „Stuttgarter Aufruf“ hatten sich innerhalb weniger Tage mehr als tausend Unterzeichnende gegen Abgrenzungs- und Ausschlussbestrebungen ausgesprochen, während in sozialen Medien gegen die parteiinterne „Gedankenpolizei“ und „Stasi“ gepöbeln wurde. Höcke selbst bezeichnete das Vorgehen als „politische Bettnässerei“.^[9] Eine Beruhigung der Gemüter ist parteiintern also nicht zu erwarten, von einer parlamentarischen Zählung ganz abgesehen. Insofern kommt es also darauf an, den Bauernopfern und Weißwaschungsversuchen der AfD nicht auf den Leim zu gehen und stattdessen an ihre ideologischen Kernbestände zu erinnern. ■

[6] AfD, 2017, Programm. Für die Wahl zum deutschen Bundestag am 24. September 2017. Berlin.

[7] Zitiert nach: Andreas Kemper, 2016: „... die Neureotische Phase überwinden, in der wir uns seit 17 Jahren befinden“. Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der „historischen Mission“ Björn Höckes (AfD). Berlin, S. 38.

[8] Hans-Thomas Tillschneider, Die Kerne Frage. (Webseite, abgerufen am 07.12.2018)

[9] Christian Fuchs, Mariam Lau, Yassin Musharbash, Holger Strak: „Was zu verbergen?“, Zeit-Online vom 8. November 2018.

[10] Rechter Schulterschluss: Der Grenzgang der AfD, NDR-Panorama 3; 11.09.2018. Unter Mitarbeiten sächsischer Sicherheitsbehörden, konkret dem LKA und Verfassungsschutz, fand unterdessen sowohl verdecktes als auch offenes Engagement für die AfD und andere neurechte Organisationen statt. Sachsen: AfD-Funktionär arbeitet beim Verfassungsschutz, ARD-Panorama, 20.09.2018; Dresdner Polizei entschuldigt sich beim ZDF, Tagesspiegel vom 24.08.2018.

BUNDESTAGSWAHL 2017: ERGEBNISSE VON AFD UND NPD IN LEIPZIG UND UMGEBUNG



von chronik.LE

Sachsen steht 2019 ein Superwahljahr bevor: Am 26. Mai finden die Kommunalwahlen (Stadt- und Gemeinderäte, Kreistage) und die zum Europäischen Parlament statt, am 1. September die Landtagswahl. Es ist zu befürchten, dass Parteien mit menschenverachtenden Positionen und Zielen dabei auf sehr hohe Stimmenanteile kommen werden. Zur Vorbereitung und Einordnung werfen wir in diesem Artikel einen Blick zurück auf die Ergebnisse von AfD und NPD bei der Bundestagswahl 2017, mit Schwerpunkt auf Leipzig und Umgebung.

Bei der Bundestagswahl im September 2017 konnte die AfD in Sachsen ihr bisher bestes Ergebnis in einem Bundesland erzielen: Mit 27 Prozent der Zweitstimmen wurde die Partei knapp vor der CDU stärkste Kraft und erlangte zudem drei Direktmandate in den Landkreisen Bautzen, Görlitz und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. In diesen drei Wahlkreisen sowie in Meißen und Mittelsachsen kam die Partei bei den Zweitstimmen deutlich über 30 %. In Nordsachsen und im Landkreis Leipzig fiel das Ergebnis mit jeweils 26,9 % etwas niedriger aus, in der Stadt Leipzig kam die AfD „nur“ auf 20,8 % (Leipzig I) bzw. 16,0 % (Leipzig II) – allerdings mit teilweise deutlich höheren Anteilen in einigen Stadtteilen (genauere Aufschlüsselung siehe rechts).

Die neonazistische NPD, die 2014 mit 4,9 % der Zweitstimmen bereits knapp den Wiedereinzug in den Landtag verpasst hatte, kam bei der Bundestagswahl nur noch auf 1,1 % der Stimmen (2013: 3,3 %). Andere Rechtsaußenparteien wie Der Dritte Weg, Die Rechte oder die Republikaner standen in Sachsen nicht auf dem Wahlzettel.

In den beiden Leipziger Wahlkreisen kam die AfD im Durchschnitt auf 18,3 %. Damit hat sich fast jede_r fünfte Wähler_in in Leipzig für die AfD entschieden. Über die Landesliste der Partei zogen der stellvertretende Landesvorsitzende Siegbert Droese (Platz 3) und Christoph Neumann (Platz 11) in den Bundestag ein. Beide waren auch Direktkandidaten – Droese im südlichen Wahlkreis Leipzig II, Neumann im nördlichen Wahlkreis Leipzig I.

Auf besonders hohe Ergebnisse kam die AfD vor allem in den weiter außen liegenden Teilen der Stadt. In 19 von 63 Ortsteilen erreichte sie 25 % oder mehr der Zweitstimmen, in 16 Ortsteilen wurde sie auch stärkste Partei (im Folgenden mit * markiert):

Im Westen:

Lausen-Grünau: 29,5 %*
Grünau-Nord: 29,4 %*
Schönau: 26,6 %*
Grünau-Mitte: 26,4 %*
Burghausen-Rückmarsdorf: 25,7 %
Grünau-Ost: 25,0 %*
Neulindenu: 23,8 %*

Im Norden:

Mockau-Nord: 27,8 %*
Thekla: 27,0 %*
Lützschena-Stahmeln: 26,8 %
Seehausen: 26,7 %
Lindenthal: 26,5 %
Mockau-Süd: 26,0 %*
Plaußig-Portitz: 25,9 %
Wiederitzsch: 25,2 %
Möckern: 24,1 %*

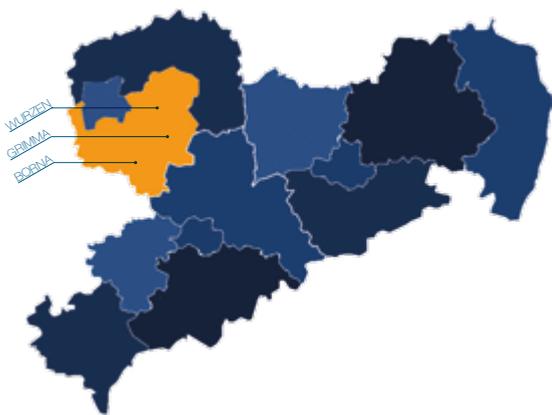
Im Osten:

Althen-Kleinpösna: 27,8 %
Paunsdorf: 27,5 %*
Sellerhausen-Stünz: 23,7 %*

Im Süden:

Liebertwolkwitz: 29,1 %*
Meusdorf: 27,2 %*
Holzhausen: 25,6 %

Die NPD spielte mit einem Zweitstimmenwert von 0,6 % in Leipzig keine Rolle. Auf DirektkandidatInnen hatte die Partei verzichtet. ■



Landkreis Leipzig

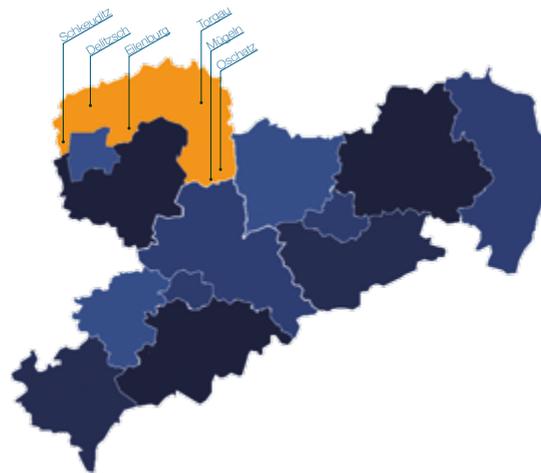
Im Landkreis Leipzig kam die AfD auf 26,9 % der Zweitstimmen. Damit lag die Partei nur knapp unter ihrem Wert für Gesamt-Sachsen.

In 6 von insgesamt 31 Gemeinden des Landkreises erreichte die AfD sogar Werte von über 30 % der Zweitstimmen, in 7 lag sie vor der CDU. Unter den Gemeinden, in denen die AfD besonders stark abgeschnitten hat, waren auch größere Orte wie die Kreisstadt Borna (29,7 %), Grimma (31,1 %) und Wurzen (31,9 %), außerdem kleinere Orte wie Frohburg (29,6 %), Kitzscher (28,9 %), Lossatal (31,3 %), Parthenstein (30,6 %), Thallwitz (31,9 %) und Trebsen (30,9 %).

Die NPD errang bei der Wahl im Landkreis Leipzig nur noch 1,1 % der Zweitstimmen. Dies entspricht genau dem Landeswert der Partei. Auf eine Direktkandidatur hatte die neonazistische Partei diesmal verzichtet. 2013 war die NPD noch auf 3,0 % gekommen.

Am meisten profitiert die AfD neben dem Zuspruch von bisherigen NichtwählerInnen – die Wahlbeteiligung im Landkreis ist von 68,8 auf 74,8 % gestiegen –, von den starken Verlusten der CDU (von 45,8 auf 30,1 %) und – in geringerem Maß – der LINKEN (von 19,9 auf 14,7 %) sowie der SPD (von 15,2 auf 11,4 %) und der NPD.

Aufgrund ihres hohen Gesamtergebnisses konnte auch der eigentlich aussichtslos auf Rang 10 der Landesliste platzierte Lars Herrmann aus Parthenstein, Kreistagsabgeordneter und bis Ende 2017 auch Vorsitzender des Kreisverbandes, in den Bundestag einziehen. Als Direktkandidat erhielt er sogar 28,7 % der Erststimmen, musste sich gleichwohl der CDU-Kandidatin Katharina Landgraf geschlagen geben, die den Landkreis seit mehreren Legislaturperioden im Bundestag vertritt. ■



Landkreis Nordsachsen

Wie im Landkreis Leipzig lag die AfD im Landkreis Nordsachsen mit 26,9 % der Zweitstimmen ganz knapp unter dem Landesdurchschnitt. In insgesamt 9 von 30 Gemeinden wurde die AfD stärkste Kraft, darunter vor allem kleinere Gemeinden wie Wermisdorf (31,3 %), Mockrehna (33,5 %), Laußig (31,3 %), Doberschütz (30,5 %), Cavertitz (32,4 %), Arzberg (31,3 %), Belgern-Schildau (31,8 %). Anders als im Landkreis Leipzig erzielte die Partei in den größeren Städten in Nordsachsen nur in Oschatz (29,3 %) und Eilenburg (26,9 %) ein Ergebnis über bzw. genau entsprechend dem Landes- und Kreisdurchschnitt.

Die NPD erreichte im Landkreis nur noch 1,5 % der Zweitstimmen. Auch hier gab es keinen Direktkandidaten. 2013 war die NPD noch auf 3,9 % gekommen. Ihr bestes Ergebnis erzielte sie diesmal in Liebschützberg (4,5 %), über 2 % gab es ansonsten nur in Mügeln (2,3 %), Laußig (2,2 %), Dreiheide (2,5 %), Cavertitz (2,6 %) und Arzberg (2,1 %). In der Gemeinde Cavertitz kamen AfD und NPD zusammen also auf 35 Prozent der Zweitstimmen.

Auch in Nordsachsen ist die Wahlbeteiligung leicht angestiegen (von 66,4 auf 72,1 %). Zum Ergebnis der AfD haben aber vermutlich vor allem die starken Verluste der CDU (von 44,9 auf 29,4 %) und – in geringerem Maß – der LINKEN (20,6 % auf 14,7 %) sowie der SPD (von 15,4 % auf 12,5 %) und der NPD beigetragen.

Für Nordsachsen zog über die AfD-Landesliste (Platz 4) der bisherige Landtagsabgeordnete Detlev Spangenberg in den Bundestag ein. Dieser wohnt zwar in Radebeul (Landkreis Meißen), war aber in Nordsachsen als Direktkandidat angetreten. ■

EIN RECHTER PLACEBO

Vor Ort hat der autoritäre Populismus wenig zu bieten, Zustimmung findet er trotzdem.

von Peter Bescherer

Als „Rache der Dörfer“ hat der Berliner Ethnologe Wolfgang Kaschuba die Erfolge des Rechtspopulismus in den demographisch und ökonomisch abgehängten ländlichen Regionen bezeichnet. Städte dürfen jedoch nicht als immun gelten; gerade in peripheren Quartieren erreichte die Zustimmung zur AfD bei der Bundestagswahl 2017 teils höhere Werte als im Landesdurchschnitt.^[1]

[1] Im Leipziger Stadtteil Lausen-Grünau wählten etwa 29,5 % die AfD und in Althen-Kleinpösna 27,8 %, während es in Sachsen durchschnittlich „nur“ 27 % waren. Dass es keinen einfachen Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Wahlverhalten gibt, zeigt der Vergleich der durchschnittlichen Haushaltseinkommen: In Lausen-Grünau beträgt es 1.454 Euro, in Althen-Kleinpösna 2.518 Euro (Angaben von 2015).

[2] So im Fall des Antrags auf Nutzung nicht länger benötigter Flüchtlingsunterkünfte für die Unterbringung von Wohnungslosen. Die Stellungnahme des zuständigen Dezernats Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule läuft darauf hinaus, dass der Antrag abgelehnt wird, „da bereits Verwaltungshandeln“.

Die Partei wird dabei von jenen gewählt, die nach sozialwissenschaftlichen Kriterien ein „geschlossenes rechtsextrems Weltbild“ haben. Sie erhält aber auch Unterstützung derer, die sie als passende Antwort auf tatsächlich vorhandene Demokratie-defizite wahrnehmen. Die Krise der liberalen Demokratie schlägt sich nicht zuletzt in der „postpolitischen Stadt“ nieder. Mit diesem Ausdruck beschreibt der belgische Geograph Erik Swyngedouw, dass grundlegende Fragen, die das städtische Zusammenleben betreffen, nicht kontrovers und ergebnisoffen diskutiert, sondern mit Verweis auf ökonomische Zwänge und Expertenwissen entschieden werden. Tatsächlich stellen krisenhafte Situationen wie die mangelnde Verfügbarkeit bezahlbarer Wohnungen Schwierigkeiten bei der Unterbringung und Integration Geflüchteter dar oder sind Beteiligungsdefizite bei städtebaulichen Projekten vor diesem Hintergrund eine begünstigende Situation für das Erstarken populistischer Haltungen und ihre Politisierung.

Hier kann die AfD mit ihrer Kritik an den „Etablierten“ und ihrem programmatischen Ruf nach direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung anknüpfen. Ihre Vorstellungen sind aber derart, dass sie an der Postpolitik nichts ändern, sondern sie rechts überholen. Denn die Verlautbarungen des Parteipersonals laufen gerade nicht auf die Öffnung des politischen Raums und die Ausweitung von Demokratie hinaus. Das „Volk“, das als Subjekt der Demokratie mehr Gewicht erhalten soll, sieht die AfD in traditionellen Lebensformen (weiß, heterosexuell, arbeitsam etc.) verkörpert, die die Prinzipien der gesellschaftlichen Ordnung immer schon in sich tragen. Man kann von einer identitären Demokratie sprechen, insofern alle Mechanismen der Repräsentation umgangen und alle Instanzen, die den Volkswillen verwässern könnten (und die Minderheitenrechte garantieren), beseitigt werden sollen. Mit diesem Ansatz ist es der Partei im Grunde nicht

möglich, sich in konkrete Konflikte zu begeben, das heißt Argumente und Haltungen diskursiv zu vertreten und weiterzuentwickeln, Kompromisse zu schließen, eigene Zielvorstellungen zu hinterfragen, von Maximalforderungen Abstand zu nehmen, eben: Politik zu machen. Das Agieren der AfD auf der politischen Bühne ist dementsprechend stereotyp und kontextunspezifisch. Auf jedes Problem, das an die Partei herangetragen wird oder das sie in lokalpolitischen Auseinandersetzungen aufgreift, wird mit demselben relativ beschränkten Repertoire an Aussagen und Vorschlägen reagiert.

Das gilt auch für Leipzig, wie die Durchsicht der Anfragen, Anträge und Änderungsvorlagen zeigt, die von der AfD, seitdem sie 2014 mit 6,4 % der Stimmen gewählt wurde und vier Sitze erhielt, in den Stadtrat eingebracht wurden. Zum Stichtag 31. August 2018 sind 112 Vorgänge dokumentiert. Schon daran, dass es sich zumeist um Anfragen und Änderungsanträge, kaum um eigene Initiativen handelt, ist die begrenzte Problem- und Lösungsorientierung erkennbar. Jede Aktion im Stadtrat wird von Pressemitteilungen und Beiträgen in sozialen Netzwerken flankiert, sodass der Eindruck entsteht, es gehe in erster Linie um Sichtbarkeit von Protest. Dazu trägt auch bei, dass vereinzelt Forderungen formuliert werden, die – in Unkenntnis oder wider besseres Wissen – dem Verwaltungshandeln entsprechen.^[2] Die AfD-Stadträte stellen darüber hinaus Anträge und Anfragen, die so oder ähnlich von anderen Fraktionen hätten kommen können. Mit dem Unterschied, dass sie an sich plausible Anliegen immer wieder mit den Themen Flucht und Migration verknüpfen. So ist es ja etwa nicht verkehrt, den Rückbau sozialer und kultureller Infrastrukturen in Grünau zu beklagen – die AfD kann es aber nicht, ohne den drohenden Abstieg des Viertels in Zusammenhang mit dem Zuzug von Migrant_innen zu bringen. Die diskursiven Strategien, die in den Stadtratsdokumenten erkennbar werden, sind von Personalisierung („Kann der Oberbürgermeister dem Stadtrat verbindlich zusichern, dass ...“; „Was gedenkt der Oberbürgermeister zu tun, wenn ...“), Dramatisierung und Alarmismus („noch nie dagewesene Eskalation politisch motivierter Gewalt“; „gesetzlose Linksextremisten in Guerilla-Manier“) und einer verallgemeinernden Sprecherposition („Aufgrund anhaltender Bürgerkritik ist erforderlich, dass ...“; „Wie Gespräche mit besorgten Bürgern der Stadt Leipzig ergaben ...“) geprägt.



photo: christoph heilke

Proteste anlässlich der Compact-Konferenz im Leipziger Eventpalast

Mithilfe dieser Strategien und dem Grundsatz folgend, traditionelle Lebensformen gegen „die da oben“ und „die Fremden“ verteidigen zu müssen, bestreitet die Partei die kommunalpolitische Debatte. Im Fall des Kernthemas Flucht und Migration drehen sich die Einlassungen um die Kosten der Unterbringung, die angeblich bedrohte Sicherheit im Umkreis von Gemeinschaftsunterkünften und die Verteilung von Geldern, die fortwährend zwischen Schulen, Kitas und Wohnungen (für Deutsche) und den „Kosten für Asyl“ aufgewogen werden. In wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen setzt die Leipziger AfD auf Standortwettbewerb: Die Existenz von Unternehmen soll gesichert und weitere sollen angesiedelt, Existenzgründung gefördert und die öffentliche Sicherheit zugunsten des Investitionsklimas verbessert werden. In Beiträgen zur Stadtentwicklung dominiert Klientelpolitik für Autofahrer_innen: Mehr Parkflächen (aber nicht für Wagenplätze ...), weniger Baustellen, kein Dieserverbot. Ein Antrag spricht vom Attraktivitätsverlust der Leipziger Innenstadt „infolge seelenloser, europaweit austauschbarer Neubebauung“.

In diesem Sinn bezwecken die verhältnismäßig zahlreichen kulturpolitischen Forderungen, etwa nach der Umbenennung von Plätzen und Schulen oder nach einer freien Sicht auf das Paulinum, die Stärkung der lokalen Identität. So wie Silvio Berlusconi den AC MILAN kaufte, um sich volkstümlich zu geben, bekennt sich die hiesige AfD zum Erhalt und Ausbau von allerlei Sportanlagen (aber nicht jener des ROTEN STERN).

Ein großer Teil der Stadtratsarbeit der AfD beschäftigt sich mit politisch motivierter Gewalt und der finanziellen Förderung vermeintlich linksextremer Initiativen (wie die LEIPZIGER ZUSTÄNDE) aus dem städtischen Haushalt. Abhilfe sollen ein Runder Tisch und die Beauftragung von Linksextremismusforschung schaffen. Die „politische Neutralität“ der Verwaltung wird auch im Zusammenhang mit der eigenen Partei angemahnt, etwa mit einem Antrag zu den Wahlkreisgrenzen, der eine Benachtei-

ligung der AfD suggeriert. Mehr als einmal stellen sich ihre Stadträte als Opfer der Ausgrenzung durch die „Altparteien“ dar, während sie doch als einzige sachlich Politik machen würden. Kritik an der Kommunalverwaltung wird auch auf der Folie populistischer und neoliberaler Tiraden gegen überbordende Bürokratie, Ineffizienz und Kostentreiberei geübt. „Einsparpotenziale“ ließen sich viele finden, etwa die Veräußerung städtischer Grundstücke.

Neben der Berufstätigkeit sind Nachbarschaft und Wohnumfeld zentrale Identitätsanker und Grundlagen für Lebenszufriedenheit und politische Orientierungen. Je weniger die Arbeit soziale Sicherheiten und Status gewähren kann, desto wichtiger werden die anderen Aspekte der sozialen Integration. Gerade in Städten verdichten sich jedoch Probleme der liberalen Demokratie, sodass sich der autoritäre Populismus als „Retter in der Not“ inszenieren kann. Den Mangel an bezahlbaren Wohnungen etwa hat auch die AfD registriert. Mehr als den Neubau von Sozialwohnungen zu fordern, fällt ihr aber nicht ein. Zur Finanzierung oder zu den sonstigen Instrumenten der Wohnungspolitik weiß sie nichts zu sagen. Nur, dass „der Wohnbedarf für untere Einkommenschichten der Leipziger Stadtgesellschaft“ gegenüber der Unterbringung Geflüchteter und Asylsuchender „höchste Priorität“ hat. Die Dramatisierung konkreter Probleme und Konkurrenz statt Solidarität bestimmen auch die sonstigen kommunalpolitischen Einlassungen. Ergänzt um Klientelpolitik und Folklore. Für lokale Missstände hat die Partei keine Lösungsvorschläge. Wer sie wählt, blendet die komplexen Verhältnisse vor der Haustür aus, die eine einfache Zuschreibung von Verantwortung und Lösungen von der Stange nicht erlauben. Wenig überraschend schließlich, dass die AfD „Hol dir dein Land zurück“ fordert, während linke soziale Bewegungen eine „Stadt für alle“ wollen. ■

Peter Bescherer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Soziologie der Universität Jena und interessiert sich unter anderem für den Zusammenhang von städtischer Umstrukturierung und Demokratie.

IM SCHATTEN DER STADT

Ist Leipzig-Grünau ein Modellwahlbezirk der AfD?

von Paul Zschocke

Leipzig-Grünau, Großwohnsiedlung gelegen am westlichen Rand der Stadt, gilt als Inbegriff der DDR-Wohnungspolitik. Von der Stadtgesellschaft als „Plattenviertel“ und sozialer Brennpunkt verschrien, verkörpert es für die Menschen, die dort leben, einen Ort zwischen nostalgischem Rückbezug, pessimistischer Zukunftsangst und zaghaftem Aufbruch.^[1] Der Charakter des Stadtteils drückte sich nicht zuletzt im Rückgang der Bevölkerung um mehr als 50 % seit 1990 auf nur noch 40.700 Bewohner_innen im Jahr 2010 aus. Seit der Bundestagswahl 2017 und dem Erfolg der AfD in den ostdeutschen Bundesländern steht Grünau nicht mehr nur im Fokus der Debatte um fehlgelaufene Stadtentwicklung. So fragten Vertreter_innen der Partei DIE LINKE erst kürzlich: „Wie holen wir uns die Platte zurück?“

Mit 29,5 % im Ortsteil Lausen-Grünau, 29,4 % Grünau-Nord sowie 26,9 % im gesamten Bezirk Leipzig-West gehört der Stadtteil zu den erfolgreichsten städtischen Stimmbezirken der AfD bundesweit. Bereits seit längerem ist eine Präsenz der AfD im Stadtteil auszumachen. In Lausen, in unmittelbarer Nähe zum Naherholungsgebiet Kulkwitzer See, hatte der ehemalige CDU-Politiker und Immobilienmakler Uwe Wurlitzer nach der sächsischen Landtagswahl 2014 eines der ersten Wahlkreisbüros der AfD eröffnet.^[2] In Grünau-Mitte fanden zudem in einem städtischen Gebäude mehrere Veranstaltungen der AfD statt. Angesichts des Wahlerfolges der Partei im Stadtteil versucht sie, sich auch politisch dahingehend zu profilieren. Erst im Mai 2018 hat die AfD-Fraktion des Stadtrates in einem Statement unter dem Titel „Grünau: Schatten und Licht“ beklagt, dass das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Grünau 2030 dem Stadtteil nur „scheinbar eine rosige Zukunft verspricht“. Dabei beunruhigt sie insbesondere „die Tendenz zur Verschlechterung der Sozialstruktur bis 2030“, konkret der „fortschreitende Zuzug von einkommensschwachen Einwohnern und der weitere Zuzug von Migrant*innen. Und dies ohne verwaltungsseitige Überlegungen zum Gegensteuern!“ Darüber hinaus bemängelt sie die Zentralisierung und den Wegfall von Infrastruktureinrichtungen und sorgt sich insbesondere um „ältere Grünauer“.^[3] Auf den ersten Blick, so könnte man meinen, betreibt die AfD in Grünau eine erfolgreiche Stadtteilpolitik.

Rechte Raumnahme, Unterwanderung der lokalen Zivilgesellschaft und Präsenz im Stadtteil mit eigenen Themen sind klassische Mittel, die einem sogenannten Geländegewinn für radikal rechte Parteien und Organisationen vorausgehen. Dem folgend scheint es naheliegend, den Erfolg der AfD anhand ihres Angebots im Stadtteil zu erklären und entsprechende Gegenstrategien zu entwickeln.^[4] Interviews mit lokalen Vertreter_innen aus Kirche, Zivilgesellschaft, Politik und sozialer Arbeit und daran anschließende Recherchen zeigen jedoch ein anderes Bild: Im Alltag des Stadtteils spielen VertreterInnen der AfD keine Rolle, Wahlkampfveranstaltungen waren schlecht besucht und lockten deutlich mehr Gegenprotestierende als Interessierte an. Und abseits der oben zitierten Einlassung zum Stadtentwicklungskonzept sind weder Auseinandersetzungen mit dem Stadtteil, seiner spezifischen Geschichte und den Problemen, noch konkrete Lösungsvorschläge von der Partei zu vernehmen.^[5] Notwendig ist, die Entwicklung des Stadtteils und seiner Bewohner_innenschaft in den Blick zu nehmen, um den Aufstieg der AfD-Leipzig in Grünau zu verstehen.

Aufbau und Verfall des Stadtteils Grünau

Untersuchungen zur Bundestagswahl haben gezeigt, dass die Wahlkreise, in denen die AfD besonders erfolgreich war, eine spezifische Struktur aufweisen. Sie sind wirtschaftlich und sozialpolitisch benachteiligt, hinsichtlich ihrer Bevölkerungsstruktur überaltert und in der Vergangenheit durch Erfolge der NPD und REP geprägt. Die wesentlichen Indikatoren dieser „demokratiefernen Räume“ treffen ebenfalls auf den Stadtteil Leipzig-Grünau zu.^[6] Die Entwicklung Grünaus ist auf längere Sicht durch einen tiefgreifenden Wandel geprägt. Der Stadtteil entstand in unterschiedlichen Bauabschnitten zwischen 1976 und 1988 im Zuge der DDR-Wohnbauprogramme und hat als sozialistische Großwohnsiedlung den Charakter einer Satellitenstadt mit nahezu komplett eigenständiger Infrastruktur. Die Wohnlage galt im Vergleich zu den verfallenden Innenstädten als äußerst begehrt und war vor allem den privilegierten Teilen der Arbeiter_innenmilieus sowie der technischen und akademischen Intelligenz vorbehalten. Jedoch änderte sich das weitestgehend posi-

[1] Wenn in diesem Artikel von Leipzig-Grünau die Rede ist, dann ist die Großwohnsiedlung mit ihren Wohnkomplexen 1 bis 8 gemeint. Die Eigenheimsiedlung Grünau-Siedlung ist zwar für die Entwicklung des Stadtteils nicht unwichtig, spielt hier jedoch eine untergeordnete Rolle.

[2] Uwe Wurlitzer und Frauke Petry sind am 25. 9. 2018 aus der AfD ausgetreten; heute bei Die Blaue Partei.

[3] AfD Leipzig (06.06.2018): Grünau: Schatten und Licht.

[4] Zur Auseinandersetzung mit Angebot, Nachfrage, räumlicher Hegemonie und Geländegewinn des organisierten Rechtsextremismus siehe: Matthias Quent und Peter Schulz (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Springer VS.

[5] Die Interviews und Recherchen wurden im Rahmen des Forschungsprojektes „Die Rückkehr des Politischen und der Aufstieg der autoritären Rechten“ im Frühjahr und Sommer 2018 geführt. Zur kommunalen Politik der AfD in Leipzig siehe: Peter Bescherer, Ein rechter Placebo, S. 66.

[6] Richter und Bösch (2017), „Demokratieferne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017. Institut



photo: christoph heidke

Der AfD den Platz bestellt? Die „Offensive für Deutschland“ (OfD) in Leipzig-Grünau 2015

tive Bild Grünaus und ähnlicher Siedlungen nach dem Ende der DDR rapide. Dies ging nicht nur mit einem starken Rückgang der Bevölkerungszahlen und einer sozialen Entmischung einher, sondern auch mit dem staatlich geförderten Abriss von ganzen Wohnblöcken und dem Rückbau von Infrastruktur.

Bewohner_innen des Stadtteils, die schon seit den achtziger oder gar den siebziger Jahren in Grünau leben, verstehen sich heute vielfach als Alteingesessene. Dieses spezifische Milieu ist sowohl durch sein hohes Durchschnittsalter als auch durch ein relativ hohes Haushaltseinkommen gekennzeichnet. Trotz prekärer Arbeitsbiographien der letzten Jahrzehnte bestimmt der gehobene Status innerhalb der DDR-Gesellschaft heute ihre Lebensrealität. Der stiefmütterliche Umgang mit dem Stadtteil seitens der Stadtentwicklungspolitik in der Post-Wende-Zeit hat sich dabei auch auf das Selbstbild der Menschen ausgewirkt. So prognostizierte die Stadtverwaltung noch im Jahr 2007 einen Rückgang der Bevölkerung auf bis zu 32.000 Bewohner_innen im Jahr 2020. Geplant war ein noch viel weitergehender Abriss, insbesondere in den Ortsteilen Lausen-Grünau und Grünau-Nord.^[7] Hinzu kamen die vielfältigen strukturellen Probleme der Post-DDR-Gesellschaft wie die starke Bevölkerungsabwanderung und der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Zusammen bewirkten diese Prozesse eine anhaltende krisenhafte, verunsichernde und frustrierende Situation im Stadtteil. Durch den Einsatz umfangreicher Förderprogramme und der Einrichtung eines Quartiersmanagements versuchte die

Stadt, diesem Prozess in den letzten Jahren entgegenzuwirken.

Prekarisierung und Migration in Grünau

Für das zunehmende städtische Interesse am Stadtteil war jedoch nicht die Unzufriedenheit vor Ort ausschlaggebend. Vielmehr hat sich Grünau seit den Boomjahren Leipzigs zum Ende der zweitausender Jahre zur wohnungspolitischen Reserve der wachsenden Stadt entwickelt. Die rasche Sanierung und Aufwertung der innenstadtnahen Wohnviertel hatte und hat starke Verdrängungstendenzen zur Folge, die über einen längeren Zeitraum nicht wahrgenommen wurden. So ist entgegen dem städtischen Trend seit 2010 eine deutliche Zunahme von Sozialhilfeempfänger_innen, sozialhilfeabhängigen Haushalten und besonders von Kinderarmut in Leipzig-Grünau feststellbar. Die Vermutung liegt zumindest nahe, dass die Entwicklung Folge von Exklusion prekärer Bewohner_innen aus den innerstädtischen Stadtbezirken ist. Sowohl in den aktuellen Interviews wie auch in älteren Untersuchungen zum Stadtteil findet diese Sicht auf die Entwicklung Widerhall. Es wird thematisiert, dass eine Konzentration prekarisierter Menschen in Grünau-Mitte stattfindet und die Angst geäußert, dass diese weiter zunimmt – ein negativer Einfluss auf das Zusammenleben im Stadtteil wird unmittelbar erwartet.^[8] Auch wenn sich diese Tendenz bis heute ungebrochen fortsetzt, hat die Wahrnehmung im Stadtteil spätestens mit dem Jahr 2015 einen deutlichen Bruch erfahren.

für Zivilgesellschaft und Demokratie. Jena;

Zur Soziodemographie: Ralf Julke: Was AfD-Wähler mit fehlenden Kindern zu tun haben, LIZ vom 27. 12. 2017.

Zur Kontinuität neonazistischer Bestrebungen in Grünau: Akzeptierende Sozialarbeit? AIB, 44/3, 1998.

[7] Stadt Leipzig (2007): Stadtentwicklungskonzept Grünau 2020.

[8] Maria Budnik et al. (2017): DIVERCITIES: Living with Urban Diversity – The Case of Leipzig, Utrecht University.

[9] Außerhalb von Grünau oder Paunsdorf bekommen Geflüchtet kaum eine Wohnung, Hummel, S. (2017): Rassistische Diskriminierung auf dem sächsischen Wohnungsmarkt. Antidiskriminierungsbüro Sachsen e. V. (Hg.), Leipzig.

[10] Segregation ist die „gesellschaftliche Absonderung einer Bevölkerungsgruppe nach bestimmten sozialen Merkmalen wie z. B. soziale Schicht, Religion, ethnische Zugehörigkeit, Alter, Geschlecht. [...] [Sie] ist somit auch Ausdruck sozialer Ungleichheit.“ J. Wegmann 1992: Segregation. In: B. Schäfers (Hrsg.): Grundbegriffe der Soziologie. Uni-Taschenbücher. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

[11] Kraft, K.; Freiheit, M. (2011): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vor Ort. In: Frey, O.; Koch, F. (Hrsg.): Positionen zur Urbanistik II, Münster, S. 147–166.

[12] Der Anteil der Menschen mit Migrationsgeschichte hat sich zwischen 2012 und 2017 in der Großwohnsiedlung von 7,7 % auf 15,3 % verdoppelt, der Anteil der Ausländer_innen von 3,4 % auf 11,1 % fast vervierfacht. Insbesondere in Grünau-Mitte, wo der Anteil der Ausländer_innen 18,7 % und der Anteil der Migrant_innen 26,3 % (2017) sowie Anteil der Migrant_innen in der Altersgruppe der 0- bis 27-Jährigen 48,8 % (2016) beträgt, werden die Segregationstendenzen deutlich. Im städtischen Durchschnitt liegt der Anteil der Migrant_innen bei 14,1 % (2017), bei den 0- bis 27-Jährigen bei 22,3 %. Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen.



Zaun um Platte: Rückzug ins Private und Abgrenzung, statt Inklusion und politische Öffentlichkeit

Geflüchtete, die aus Gemeinschaftsunterkünften in reguläre Wohnungen ziehen dürfen, sind in Leipzig mit ungleich höheren Hürden des Wohnungsmarktes konfrontiert.^[9] Viele konnten nur in Großwohnsiedlungen wie Grünau eine Wohnung beziehen, wo die Angebotsmieten aufgrund des hohen Leerstandes noch verhältnismäßig günstig waren und Großunternehmen weniger Hürden aufbauen. Während die Exklusion aus den innerstädtischen Lagen ab 2010 also vor allem als Segregation von Armut – unabhängig von der Herkunft – wahrgenommen wird, überlagerte sich dieser Prozess spätestens ab 2015 zunehmend mit ethnischen Segregationstendenzen.^[10] Die Migrationsgeschichte der Menschen dominiert dabei die Wahrnehmung gegenüber ihrem sozialen Status. Während weiße Armut noch akzeptiert wurde, scheint die nichtweiße Armut die eigene Identität und das alltägliche Zusammenleben zunehmend infrage zu stellen.

Stadtentwicklungsprozesse in Grünau als Nährboden für den Wahlerfolg der AfD

Studien zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben gezeigt, dass insbesondere Stadtviertel, in denen sich ein schneller Wechsel der Bewohner_innenschaft vollzieht, anfällig für die Ausbreitung von Vorurteilen und Ressentiments sind.^[11] In solchen Prozessen, in denen Alteingesessene und Zugezogene im Stadtviertel aufeinandertreffen, verändern sich nicht nur die Wahrnehmung der Anderen. Auch die eigene Identität und

Verortung oder Gruppenzugehörigkeit kann Ressentiments hervorbringen, die zuvor im Verborgenen lagen. Auch in Grünau ist die Wahrnehmung stark von ethnischen Gruppenkonstruktionen und Zuschreibungen geprägt. Klischeebilder und Ängste vor einer Verwandlung des Stadtteils in ein Ghetto und Banlieue gehören dabei zur Alltagserzählung. Was früher als Stigmatisierung des Stadtteils von außen herangetragen wurde, richtet sich heute gegen die schwächsten im Stadtteil leben präsenten Menschen, so meine Interpretation. Rumhängen an zentralen Orten, lautes Musikhören, kleinkriminelle Tendenzen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen – also alle Formen von abweichendem Verhalten im öffentlichen Raum – sowie die Wohnsituation der Menschen werden mit sozialdarwinistischen und rassistischen Zuschreibungen verbunden. Der zuletzt stark gestiegene Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte hat die Wahrnehmung der Bewohner_innen in Grünau deutlich beeinflusst.^[12] In der Deutung der AfD sowie im Alltagsdiskurs im Stadtteil scheinen vor allem Migrant_innen (und als solche Wahrgenommene), aber auch andere „schwache Gruppen“ eine Ventilfunktion für die vielfältigen Unzufriedenheiten und realen Bedrohungen der eigenen Lebensweise zu erfüllen. Mit wenigen Worten inszeniert die AfD einen Verteilungskampf um knappe Ressourcen zwischen Alteingesessenen und Menschen, die neu im Stadtteil sind. Die Gründe für problematische Stadtentwicklungsprozesse, wie der Abriss von Wohnblöcken, Verdrängung von bestimmten Bevölke-



MENSCHENWÜRDE IST ALTERNATIVLOS

chronik.LE gehört neben zahlreichen Initiativen und Einzelpersonen aus Sachsen zu den Erstunterzeichner_innen der Kampagne „Gusche auf gegen Rechts!“ (#guscheaufgegenrechts) anlässlich der Landtagswahl in Sachsen 2019. Nachfolgend findet sich der Aufruf.

Seit 2014 sitzt eine vermeintliche „Alternative“ für Deutschland (AfD) im sächsischen Landtag und in vielen kommunalen Parlamenten. Immer deutlicher und stärker wird die Ausrichtung von Partei und MandatsträgerInnen nach rechts außen. Bei der Bundestagswahl 2017 wurde die AfD in Sachsen von 670.000 Menschen gewählt und landete damit knapp vor der CDU. Es ist zu befürchten, dass die Partei auch bei den bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen 2019 auf Ergebnisse von mehr als 20 % kommt und damit zweitstärkste oder gar stärkste Kraft im Land wird.

Die AfD ist für uns keine tolerierbare Alternative, denn zur Menschenwürde gibt es keine Alternative!

Unsere Meinung ist: Die AfD ist keine Partei wie jede andere – sie bedroht das friedliche Zusammenleben aller Menschen in unserer Gesellschaft:

- ▶ Ihre Hetze gegen Muslime und Geflüchtete gefährdet massiv das friedliche Zusammenleben.
- ▶ Die von der Verfassung geschützten Rechte von Minderheiten werden durch die AfD infrage gestellt, wenn sie zum Beispiel die Ausweitung von Volksentscheiden fordert, bei denen die Mehrheitsgesellschaft über Minderheitenrechte abstimmen soll.
- ▶ Sozial Schwächere sollen durch ihre unsolidarische, neoliberale Programmatik noch stärker an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.
- ▶ Viele Mitglieder und FunktionsträgerInnen der AfD positionieren sich klar rassistisch und sozialdarwinistisch, sie verfolgen teilweise antidemokratische und antiegalitäre, in Einzelfällen gar faschistische Ideen.
- ▶ Zudem bestehen in einzelnen Regionen nachweisliche Kontakte zwischen Funktionsträger_innen der AfD, der Identitären Bewegung und organisierten Neonazis.

Es ist daher die Aufgabe all jener, denen die Unantastbarkeit der Menschenwürde und die Unverletzlichkeit der Menschenrechte wichtig sind, gegen die AfD und ihre Politik deutlich Position zu beziehen.

Meinungsfreiheit ist kein Recht auf Widerspruchsfreiheit!

Dieses Positionieren wird nicht widerstandslos ablaufen. Die AfD stellt sich gern als unfair behandeltes und unschuldiges Opfer dar. Doch: „Um tolerant zu sein, muss man die Grenzen dessen, was nicht tolerierbar ist, festlegen.“ (Umberto Eco) Die Grenze unserer Toleranz ist erreicht! Wir widersprechen: öffentlich, scharf, klar und deutlich! Von Bürger_innen und insbesondere politischen Entscheidungsträger_innen in Sachsen fordern wir eine klare Positionierung zur Demokratie und für Menschenrechte! Die AfD ist keine Partei, mit der Demokrat_innen gemeinsam Politik machen dürfen!

Web: www.guscheauf.jetzt // Twitter: @AufGegen // Facebook: [guscheauf](https://www.facebook.com/guscheauf)

rungsschichten und Mängel an Infrastruktur, werden nicht durchschaut. Das vielfach beklagte schlechte Image des Stadtteils, dem lange Zeit ein trotziger Stolz auf die Platte entgegengehalten wurde, wird nun durch die Ethnisierung von sozialen Problemen und rassistische Abwertungen kanalisiert. Die AfD bietet mit ihren polarisierenden und menschenfeindlichen Inhalten ein Angebot, diese Einstellungen auch in Wahloptionen umzusetzen. Im Stadtteil selbst muss sie dazu wenig Präsenz zeigen. Ihre Inhalte werden in den traditionellen Medien und Filterblasen des Internets bereitwillig weitergetragen. Und die derzeitigen Stadtentwicklungsprozesse sind durch Verdrängung und Exklusion bestimmt. Solange sich daran nichts ändert, erntet die AfD in Stadtteilen wie Leipzig-Grünau Früchte, die sie selbst nicht gesät hat.

All das zeigt, dass Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtsautoritärer Einstellungen nicht nur mit der Agitation von Menschen „in der politischen Arena“ (Wilhelm Heitmeyer) erklärt werden können. Es müssen auch die Veränderungen in der Arbeitswelt, im Wohnumfeld und im täglichen Leben der Menschen im Stadtteil untersucht werden. Es sind zu einem großen Teil Alltagserfahrungen, durch die Menschen politische Deutungen und Selbstverständnis entwickeln. Gilt es zu verstehen, wie latente Einstellungspotentiale in konkrete abwertende Handlungen und Wahlentscheidungen umschlagen, gilt es, genau diese Erfahrungen zu fokussieren. In Leipzig Grünau muss insbesondere das Milieu der sogenannten Alteingesessenen in den Blick genommen werden. Trotz der hohen Mobilisierungsfähigkeit der AfD gegenüber bisherigen Nichtwähler_innen sind das vor allem Menschen, die traditionell ihr Kreuz bei der Partei DIE LINKE und der SPD gemacht haben. Dabei gilt es, sowohl die spezifischen Prekaritätserfahrungen aller Bewohner_innen von Grünau anzuerkennen, unabhängig davon, wie lange diese schon im Stadtteil leben und welchen Pass sie bei sich tragen, als auch die Unterschiedlichkeit und kleinräumige Differenzierung der sozialen Lagen im Stadtteilgebiet. Der Einsatz nur für die eigenen Privilegien und Lebensweisen läuft stets Gefahr, zu Abwertung und zum Rassismus beizutragen – demgegenüber gilt es, sich gemeinsam für einen lebenswerten Stadtteil einzusetzen. ■

Paul Zschocke ist Sozialwissenschaftler und forscht zu Rechtspopulismus und neuem Autoritarismus vor dem Hintergrund der Veränderung des Wohlfahrtsstaats und der Stadtentwicklung in Leipzig.

RECHTES KLASSENTREFFEN

Die Compact-Konferenz in Leipzig

von Steven Hummel

Bei der Compact-Konferenz am 25. November 2017 trafen sich in Leipzig Rechte verschiedenster Couleur. Ein Schulterschluss, welcher das selbsternannte „Widerstandsmilieu“ und deren reaktionäre Vorstellung von Gesellschaft weiter voranbringen soll. Eine Analyse der Konferenz und des veranstaltenden Compact-Magazins.

[1] Zeit Online vom 9. 6. 2016: Hauspost für die Wütenden.

[2] Migration und Flucht werden nicht als Folge von Kriegen, Armut, Naturkatastrophen usw. verstanden, sondern als gesteuerter Austausch durch die Regierung. Zur Begrifflichkeit der Umvolkung siehe den Beitrag von Helmut Kellershohn im Sammelband „Handwörterbuch rechts-extremer Kampfbegriffe“, S.282-297.

[3] Vgl. Faktenfinder der ARD vom 18. 10. 2017: Wer ist George Soros?

[4] Antifaschistisches Infoblatt 2018, Nr. 119 S. 46/47. 5 Aufruf NoCompact.

COMPACT ist ein seit 2010 monatlich erscheinendes Magazin. Nach Recherchen der Wochenzeitung Die Zeit aus dem Jahr 2016 erscheint es mit einer Auflage von 80.000 Exemplaren.^[1] Damit ist COMPACT allein aufgrund seiner Auflage eines der erfolgreichsten rechten Blätter.

Gründungsmitglieder von COMPACT sind der heutige Chefredakteur **Jürgen Elsässer**, der Verleger **Kai Homilius** sowie **Andreas Abu Bakr Rieger**. Letzterer verließ das Blatt 2014 aufgrund inhaltlicher Differenzen, bereits vorher bestimmte Jürgen Elsässer die inhaltliche Linie.

Seit 2013 trägt COMPACT den Zusatz „Magazin für Souveränität“. Dahinter verbirgt sich die These, dass Deutschland gar kein souveränes freies Land sei, sondern von fremden Mächten unrechtmäßig kontrolliert werde, gleichgeschaltete Medien und Systemparteien würden diese Kontrolle lediglich verwalten. Neben dem monatlich erscheinenden Heft gibt es diverse Sonderausgaben etwa im Bereich Geschichte („1.000 Jahre deutsches Reich“, „Deutsche Helden“) und bisher eine Ausgabe der COMPACT-Pirinçci („Schnauze! Jetzt rede ich. Magazin für echte Männer und wahre Frauen“). Zum Angebot gehören weiterhin COMPACT-TV mit wöchentlichen Beiträgen und ein angegliederter Merch-Shop. Über letzteren lassen sich neben den herausgegebenen Zeitschriften eine Vielzahl von Büchern aus dem **KAI HOMILIUS VERLAG** und diverse Fanartikel beziehen. Ein Jahresabo der COMPACT wird zeitweise mit einem handsignierten Buch von **Björn Höcke** belohnt.

Themen und Inhalte der Compact

Inhaltlich ist das COMPACT-Magazin für viele Menschen anschlussfähig: AfD-WählerInnen, VerschwörungstheoretikerInnen, USA-HasserInnen, AntisemitInnen, QuerfrontlerInnen, Euro-SkeptikerInnen, fundamentale ChristInnen, Russland-FreundInnen, IslamhasserInnen sowie allgemein Unzufriedene. Seit dem „Sommer der Migration“ 2015 sind die Themen Migration, Flucht und Asyl ein immer wiederkehrendes Thema in der COMPACT – keine Aus-

gabe vergeht ohne entsprechende Beiträge. Die Konnotation ist dabei nur leicht variierend: die Geflüchteten werden zumeist als kriminell und besonders für deutsche Frauen gefährlich dargestellt. Weiterhin führe Migration zu einer „Umvolkung“^[2] welche nur durch eine radikale Wende in der Politik verhindert werden könne. Rassismus, Sexismus und Antisemitismus verschmelzen in diesen Topos oft miteinander. In der Juni-Ausgabe 2018 befindet sich ein Dossier zu „Drahtzieher Soros“, welchem unterstellt wird, die Fäden hinter den Kulissen zu ziehen und Geflüchtete gezielt nach Europa zu holen, um Europa zu destabilisieren. Soros ist ein jüdischer US-amerikanischer Milliardär, welchem oft vorgeworfen wird, mithilfe von NGOs und Stiftungen unlauteren Einfluss auf die Entwicklung in der Welt zu nehmen.^[3] Um den Vorwurf der Verschwörungstheorie zu entkräften, werden in der COMPACT zum Beispiel der ungarische Regierungspräsident **Victor Orbán** (Fidesz) und der österreichische Vizekanzler **Hans-Christian Strache** (FPÖ) herangezogen.

Die vermeintliche Steuerung der Migration findet sich auch an anderen Stellen: In der September-Ausgabe von 2017 bezeichnet ein Autor dies als „Austausch nach Plan“. Inhaltlich wird dabei auf den französischen Autor der Neuen Rechten **Renaud Camus** (Der große Austausch) Bezug genommen, welcher auch als Referenz für die IDENTITÄREN gilt. Daraus folgend wird der vermeintlich gesteuerte Austausch als „stiller Völkermord“ bezeichnet.

Compact und AfD

Schon früh war das Verhältnis von COMPACT zur AfD ein freundschaftliches. COMPACT begleitete die Parteigründung und ihre Entwicklung wohlwollend. Mehrfach illustrierten AfD-Parteivorsitzende das Titelblatt (03/2016 **Frauke Petry** „Die bessere Kanzlerin. AfD vor dem Durchbruch“ und 10/2017 **Alice Weidel** „Das Blaue Wunder. Wahlsieger AfD. Macht was draus!“). Prominente Parteivertreter wie **Alexander Gauland** sind mit eigenen Beiträgen vertreten (etwa Ausgabe 11/2017). Festzustellen ist, dass stets der rechtere Kurs der Partei und das mit ihr verbundene Personal unterstützt wird. In seiner Rede auf der Konferenz schreibt Elsässer COMPACT in Bezug auf die AfD eine Art „Wächterfunktion“ zu. Es ginge darum, der AfD immer kritisch auf die Finger zu schauen – ob dies tatsächlich der Fall ist, darf bezweifelt werden.

Bisherige „Souveränitätskonferenzen“

Um die Reichweite des Magazins zu erhöhen, eine rechte Bewegung zu stärken und die eigene LeserInnenschaft an sich zu binden, veranstaltete COMPACT seit 2010 diverse Konferenzen (mit). Seit 2012 findet jährlich eine sogenannte Souveränitätskonferenz statt. Diese haben jeweils einen inhaltlichen Schwerpunkt. Bei allen Konferenzen waren mehrere hundert Menschen anwesend. Neben der Vernetzung und dem Austausch der BesucherInnen wird so eine nicht unerhebliche Summe in die Kassen von COMPACT gespült und das Magazin fester in der Szene verankert.

Konferenz 2017 in Leipzig

Am 25. November 2017 fand im EVENTPALAST auf der Alten Messe die sechste „Souveränitätskonferenz“ von COMPACT mit dem Titel „Opposition heißt Widerstand“ statt. Nach Angaben von COMPACT nahmen an der Konferenz 500 Personen teil. Der Veranstaltungsort wurde lange geheim gehalten, da die OrganisatorInnen, aufgrund der Erfahrung von 2013, Gegenprotest fürchteten.

Inhaltlich wurde die Veranstaltung mit Blick auf die Bundestagswahl im September 2017 beworben. Konkret sollte es um die Diskussion zwischen Vertretern der „parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition“ gehen. Die Redner waren entsprechend ausgewählt.

Die inhaltliche Einführung übernahm Jürgen El-

sässer, Chefredakteur von COMPACT: „Mein Name ist Jürgen Elsässer. Ich bin Deutscher. Und ich werde nicht zulassen, dass unser schönes Deutschland vor die Hunde geht.“ Hier wie auch an anderen Stellen folgt zustimmender Applaus. Elsässer begründet die Wahl Leipzigs als Veranstaltungsort mit den Worten: „Wir werden Leipzig nicht dem roten Gesindel überlassen.“ Gegendemonstrant_innen werden als „rotlackierte SA“ diffamiert.

Als erster kurzer Beitrag wird der Preis „Held des Widerstandes“ verliehen. Dieser wird vom Sprecher der DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFT und Mitarbeiter des neurechten Netzwerks EINPROZENT **Philip Stein** verliehen. In seiner Rede begrüßt er, dass „dem linksliberalen Establishment die Fratze heruntergerissen“ worden sei. Preisträger ist **Robert Timm**, Architekturstudent und Aktivist der IDENTITÄREN BEWEGUNG, wo er Regionalleiter in Berlin-Brandenburg ist und an mehreren Aktionen wie der Behinderung der Seenotrettung durch NGOs im Mittelmeer beteiligt war.

Erster Redner ist **Oliver Hilburger**, welcher lange Jahre in der Neonaziband NOIE WERTE spielte. Hilburger wird als „Betriebsrat“ angekündigt. Er hat die rechte Scheingewerkschaft ZENTRUM AUTOMOBIL mitgegründet und sitzt für diese seit 2010 im Betriebsrat von DAIMLER im Stammwerk Stuttgart-Untertürkheim (siehe Infobox). Betriebe sind laut Hilburger ein wichtiger Kristallisationspunkt im Leben vieler Menschen. Demzufolge müsse es auch in Betrieben darum gehen, die wirklichen Interessen der

Übersicht über die Compact-„Souveränitätskonferenzen“

Jahr	Ort	Thema/ Titel	angekündigte RednerInnen
2012	Berlin	Souveränität für Deutschland (Souveränitätskonferenz)	Karl-Albrecht Schachtschneider, Peter Scholl-Latour, Willy Wimmer (unvollständig)
2013	Leipzig	Für die Zukunft der Familie (Familienkonferenz)	Andre Sikojev, Beatrice Bourges, Bernhard Lassahn, Elea Misulina, Elga Batalina, Eva Herman, Frauke Petry, John Laughland, Jürgen Elsässer, Monika Ebeling, Natalia Narotchnitskaya, Norbert Geis, Peter Scholl-Latour, Thilo Sarrazin, Ulrich Schacht
2014	Berlin	Frieden mit Russland (Friedenskonferenz)	Alexander Gauland, Andreas von Bülow, Claude Goasguen, John Laughland, Jürgen Elsässer, Karl-Albrecht Schachtschneider, Natalia Narotchnitskaya, Oskar Freysinger, Viktor Timtschenko, Willy Wimmer, Wladimir Iwanowitsch Jakunin
2015	Berlin	Freiheit für Deutschland (Freiheitskonferenz)	Algis Klimaitis, André Poggenburg, Andreas von Bülow, Annie Machon, Götz Kubitschek, John Laughland, Jürgen Elsässer, Karl-Albrecht Schachtschneider, Martin Sellner, Natalia Narotchnitskaya, Peter Feist, Richard Sulik, Rolf Hochhuth, Ron Paul, Susanne Winter, Thierry Meyssan, Wolfgang Effenberg
2016	Berlin*	Für Meinungsfreiheit (Meinungsfreiheitskonferenz)	André Poggenburg, Jürgen Elsässer, Karl-Albrecht Schachtschneider, Lutz Bachmann, Martin Sellner, Oskar Freysinger
2017	Leipzig	Opposition heißt Widerstand (Oppositionskonferenz)	Björn Höcke, Jürgen Elsässer, Lutz Bachmann, Martin Sellner, Martin Reichardt, Oliver Hilburger

* Die Konferenz 2016 sollte eigentlich in Köln stattfinden. Nach einem Hinweis kündigte das Hotel den Vertrag und die Konferenz musste nach Berlin ausweichen.



Die Compact-Konferenz im Eventpalast

ZENTRUM AUTOMOBIL und „WERDE BETRIEBSRAT“

ZENTRUM AUTOMOBIL wurde 2009 in Stuttgart gegründet. Hilburger war vorher in der CHRISTLICHEN GEWERKSCHAFT METALL (CGM) aktiv, musste diese jedoch aufgrund seiner Neonazivergangenheit verlassen. Das Antifaschistische Infoblatt ordnet Hilburger und weitere Vorstandsmitglieder von Zentrum Automobil einem „breiten Querschnitt durch die extreme Rechte seit den 1990er Jahren“ zu.^[4] Seit 2010 sitzt ZENTRUM AUTOMOBIL im Betriebsrat vom Daimler-Stammwerk in Stuttgart-Untertürkheim und konnte seine Sitze dort kontinuierlich ausbauen. Auf der COMPACT-Konferenz wurde die gemeinsame Kampagne von EINPROZENT und ZENTRUM AUTOMOBIL „Werde Betriebsrat“ vorgestellt. Laut dieser würden täglich mehrere KollegInnen ihren Job verlieren, weil sie nicht die richtige Gesinnung hätten. Im Rahmen der Kampagne wurden mehrere Videos gedreht und eine professionelle Zeitung aufgelegt. Ziel der Kampagne war, im Zuge der Betriebsratswahl von März bis Mai 2018 einige der wichtigsten Betriebsratsposten zu besetzen. Von den rund 180.000 zu verteilenden Mandaten konnte ZENTRUM AUTOMOBIL lediglich die verschwindend geringe Anzahl von 19 erringen. Darunter sind allerdings mehrere Sitze in der Leipziger Region: 4 von 35 Sitzen bei BMW sowie 2 der 31 Sitze bei Porsche. Inwieweit diese in der nächsten Legislaturperiode relevante rechte Politik im Betrieb oder darüber hinaus machen, bleibt abzuwarten.

Menschen zu vertreten. Die IG METALL versteht er dabei nicht als Teil der Lösung, sie ist für ihn vielmehr „Teil des Problems“. Die IG METALL und der DGB würden die Interessen der Arbeiter_innen vertreten, da „sie ideologisch Weltbürger sind, den Weltstaat wollen“, welcher wiederum den Menschen vor Ort schade. Elsässer begreift in seinem Kommentar nach der Rede die Arbeit in Betrieben als „neue Front für unseren Kampf“ und plädiert dafür, den Protest nicht „den Arbeiterverrättern [zu] überlassen“. Er formuliert weiterhin: „Alle Räder stehen still, wenn der blaue Arm es will.“ Die farbliche Anspielung auf die AfD ist kein Zufall. Hilburger schließt den Block mit den Worten: „Dann rocken wir Deutschland in den Betrieben.“

Die zweite Rede wird vom thüringischen Landesvorsitzenden der AfD Björn Höcke gehalten. Allein seine Ankündigung durch die Moderatorin führt zu „Höcke, Höcke“-Rufen aus dem Publikum. Höcke ordnet die AfD mit Blick auf die vergangene Bundestagswahl als erste „patriotisch gestimmte Oppositionspartei im deutschen Bundestag“ ein, welche „dem Block der etablierten Parteien einen Teil seiner Macht entrissen“ habe. In Anlehnung an den italienischen Kommunisten Antonio Gramsci und dessen Adaption durch die neue Rechte spricht er von der „Überwindung der links-grünen Kulturhegemonie durch eine konservative Gegenkultur“. Ziel der Politik der AfD solle sein, „den Niedergang dieses Landes konsequent zu verhindern“. Kritik an der AfD und legitime politische Auseinandersetzungen begreift Höcke als Zensur: „Dabei ist die Zensur heute nur die Spitze eines Eisberges aus Diskriminierung, Ausgrenzung, Berufsverboten, Rufmorden, Justizwillkür, systematischer Verleumdung bis hin zu [...] Gewalt gegen politisch Anders denkende.“ Am Horizont schimmere schon das „repressive System“. Mit Blick in die Zukunft sieht er die AfD weiterhin nicht als Teil des „Kartellparteiensystems“. Vielmehr gelte es (im Sinne der Hegemonietheorie), das eigene Lager auszubauen und im vorpolitischen Raum Kämpfe auszufechten. Der von Höcke skizzierte Resonanzraum für eine eben solche Politik scheint ihm selbst enorm groß zu sein: „Wer den Sozialstaat erhalten will, statt ihn durch Masseneinwanderung bis zum Platzen aufzublähen, muss oppositionell werden. Wer den Globalismus als imperialistische Ideologie durchschaut, muss oppositionell werden. Wer gegen Zensur und staatliche Bevormundung ist, muss oppositionell werden – in diesem Land, in dieser Zeit. Und dasselbe gilt erst recht für jeden, der die Grundlage der europäischen Völker und Kultur erhalten will.“ Die AfD soll allerdings nicht „Selbstzweck“, sondern vielmehr „Mittel zum Zweck“ sein. Dabei gelte es, das Volk „widerständig“ zu machen, wobei die AfD lediglich Teil einer „großen Bewegung“ sein soll. Der Linken komme in diesem Zusammen-

hang lediglich die „erbärmliche Rolle als sozialistischer Wurmfortsatz des globalen Finanzkapitals“ zu. Nach den zwei längeren Reden folgen drei kürzere von **Martin Reichardt** (AfD), **Martin Sellner** (IDENTITÄRE BEWEGUNG) und **Lutz Bachmann** (PEGIDA).

Ähnlich euphorisch wie zuvor Björn Höcke wird Martin Sellner empfangen. Dieser ist Mitbegründer und Gesicht der österreichischen IDENTITÄREN BEWEGUNG, welche immer wieder unterstützend für den deutschen Ableger tätig ist. Sellner bringt nach eigenen Angaben „den Wind der Veränderung“ aus Österreich mit. Damit bezieht er sich auf die sich schon abzeichnende Regierungskoalition zwischen konservativer ÖVP und rechtspopulistischer FPÖ. Seine Freude darüber versucht er gar nicht erst zu verhehlen. Maßgeblich verantwortlich für den Erfolg der FPÖ und die Diskursverschiebung in Österreich sieht er das anwesende „patriotisches Widerstandsmilieu“, welches den „Wind der Wende“ bringe. Eine besondere Rolle komme in diesem Milieu natürlich der IDENTITÄREN BEWEGUNG zu, welche er als „Schrittmacher“ und „Pulsschlag der Wende“ bezeichnet. Die durch die Wahl aus dem österreichischen Parlament ausgeschiedenen Grünen bezeichnet er als „Ferment des multikulturellen Wahnsinns“. Durch ihr Ausscheiden hätten „Antifa“ und „Linksextreme“ keinen parlamentarischen Arm mehr. Weiterhin hetzt er in gewohnter Manier gegen den vermeintlichen Austausch der autochthonen Bevölkerung, SPD und CDU ginge es lediglich darum, „neue Wähler [zu] importieren“. Dies stelle natürlich ein „Verrat an der Demokratie“ dar.

Lutz Bachmann, Mitbegründer und Kopf von PEGIDA, spricht ebenso wie Sellner über die „Aufgaben der außerparlamentarischen Opposition“. Anhand seiner eigenen Verurteilung wegen Volksverhetzung sieht er eine wesentliche Aufgabe im „Schutz der Meinungsfreiheit“. Zivilgesellschaftliche Initiativen, welche sich gegen Hass im Netz engagieren, werden von Bachmann als „staatlich finanzierte Klatschpappenvereine“ diffamiert, in denen Personen tätig sind, welche „den ganzen Tag nichts zu tun haben und gescheiterte Schulabbrecher“ seien. Er ermuntert die Anwesenden sowie deren Bekannte und Familienangehörigen auf die Straße zu gehen. Mit Blick auf die Landtagswahl in Sachsen formuliert er optimistisch, dass es 2019 hoffentlich den ersten blauen Ministerpräsidenten geben wird. Darauf folgt großer Applaus. Abschließend beschwört er den Zusammenhalt zwischen parlamentarischer (AfD) und außerparlamentarischer Opposition (PEGIDA, IDENTITÄRE BEWEGUNG etc.).

Im Abschlussstatement gibt sich Jürgen Elsässer zufrieden mit der Konferenz, Leipzig sei „zurückerobert“ worden. Die Zukunft halte aber noch viel bereit: „Wir werden weiter einen Sargnagel nach dem anderen in den Sarg der Leipziger Linken schlagen“. Als wesentlich betont er die „neue Front im Wider-

standskampf für Deutschland“ die Betriebe. Es ginge schließlich um die „nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes“. Auch er betont das wichtige Zusammenspiel zwischen Partei und Bewegung, wobei die Partei nur zweitrangig sei, denn die „Volkseinheit“ realisiere sich außerhalb des Parlaments.

Auseinandersetzungen um die Konferenz

In Leipzig hatte sich mit Blick auf die Konferenz das Bündnis NOCOMPACT reaktiviert und neu aufgestellt. Offensiv wurde damit geworben, die COMPACT-Konferenz zu „stören, erschweren, verhindern“.^[5] So gab es im Vorfeld der Konferenz mehrere gutbesuchte inhaltliche Veranstaltungen sowie diverse Gespräche mit Verkäufer_innen in Zeitungsläden und Kiosken über die problematische Ausrichtung des Magazins. Am Tag der Konferenz demonstrierten dann lediglich 250 bis 300 Personen vom Hauptbahnhof bis zum Veranstaltungsgelände. Die Veranstaltung konnte fast ungestört stattfinden.

Der Veranstaltungsort war tags zuvor der Öffentlichkeit genannt worden. Auf Nachfrage beim Vermieter des Eventpalastes gab dieser an, bei der Einmietung getäuscht worden zu sein. Eine ursprüngliche Anfrage von COMPACT zur Einmietung sei abgelehnt und lediglich ein Mietvertrag für ein „Motivations-training für Auktionatoren“ abgeschlossen worden. Über den Hintergrund der Veranstaltung seien die Vermieter_innen erst am Tag zuvor durch die Polizei informiert worden. Auf der COMPACT-Konferenz werden die Teilnehmenden dann tatsächlich zu einem „Motivationskongress“ zum Thema „rechtssichere Übergabe von Auktionsgut und Pfändern an Ersteigerungskunden“ begrüßt – dabei muss allerdings die auf der Bühne vertretene rechte Prominenz lachen.

Inwieweit die Darstellung des Eventpalastes der Wahrheit entspricht, kann nicht überprüft werden. Von der Ankündigung, mit den Gegendemonstrant_innen zu kooperieren, war jedenfalls am Tag selbst nicht viel zu merken. Das Bündnis NOCOMPACT schlug vor, die Tageseinnahmen an die NGO MISSION LIFELINE zu spenden, welche Geflüchtete im Mittelmeer rettet. Durch eine solche Spende hätten sich die Vermieter_innen glaubhaft distanzieren können, geschehen ist dies nach Kenntnisstand des Autors nicht. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass die Vermieter_innen aufgrund des Gegenprotestes lediglich Angst um die Immobilie hatten. Andere rechte Veranstaltungen wie zwei Auflagen der Imperium Fighting Championship konnten bereits im EVENTPALAST stattfinden. ■

Steven Hummel ist Sozialwissenschaftler und interessiert sich besonders für Neonazismus und (neue) rechte Organisationsformen. Zum Zeitpunkt der Compact-Konferenz war er Teil vom Bündnis NoCompact.

WER AM LAUTESTEN SCHREIT – DEM GLAUBEN DIE LEUTE!?

Rechte Angriffe auf demokratische Initiativen nehmen zu

von Martina Glass

Die Angriffe auf Akteur_innen der demokratischen Arbeit nehmen zu. Im ländlichen Raum sind sie oft allein und wehren sich nicht nur gegen Angriffe der sogenannten Neuen Rechten, der AfD oder ähnlicher Gruppen, sondern auch gegen das Schweigen der Mehrheit der Einwohner_innen.

Es wird die Abschaffung demokratischer Initiativen gefordert, weil sie kritisch sind, Probleme benennen und andere Menschen demokratisch bilden. Als unliebsame Streiter_innen für eine starke Demokratie sollen sie in die Enge getrieben und mundtot gemacht werden, durch den Entzug der finanziellen Grundlage ihrer Arbeit. Auch wenn solche Angriffe anfangs oft lähmend wirken, so setzen sie doch auch ein enormes Potential frei.

Wie aus falschen Informationen, Verleumdungen und Lügen plötzlich Wahrheiten werden

Schon 2015/16 bekommt der Verein NETZWERK FÜR DEMOKRATISCHE KULTUR E. V. (NDK), welcher sich seit fast zwanzig Jahren in Wurzen und darüber hinaus für mehr Bürgerbeteiligung und die Stärkung der demokratischen Kultur engagiert, erste Mails von einem Herrn D. (ein bisher eher weniger öffentlich in Erscheinung getretener Mann), in welchen sich dieser über das Verständnis des NDK von Demokratie und demokratischer Kultur sowie die Antidiskriminierungsregel am Haus beschwert. Da das NDK immer wieder solche Mails bekommt, wird dem zunächst nicht allzu viel Beachtung geschenkt. Ein Versuch zum persönlichen Gespräch bei Herrn D. zu Hause scheitert an dessen Abwesenheit. Danach hört das NDK lange Zeit nichts mehr. Im September 2017 jedoch, im Vorfeld einer Antifa-Demonstration in Wurzen, organisiert von „Irgendwo in Deutschland“, nehmen die Mails von Herrn D. an das NDK wieder zu. Der Ton wird deutlich aggressiver und steigert sich mit jedem weiteren Vorfall in der Stadt und der öffentlichen Positionierung des NDK hierzu. Der vorläufige Höhepunkt wird im Januar 2018 erreicht, als es zu einem gewaltsamen Konflikt zwischen jungen Männern unterschiedlicher Herkunft in der Nähe des Bahnhofs in Wurzen und dem anschließenden Überfall auf ein Haus in der Dresdner

Straße, in dem Geflüchtete wohnen, kommt.

Ab diesem Zeitpunkt beginnt Herr D., Kritik, Beschimpfungen, Verleumdungen und Falschbehauptungen gegen das NDK mehr und mehr in die Öffentlichkeit zu tragen. Er nutzt hierfür vor allem Facebook und Veranstaltungen, die medial von der lokalen Presse begleitet werden. Erschreckend ist, dass diese Berichterstattung die Behauptungen des Herrn D. unreflektiert und unkommentiert wiedergibt, was diese zusätzlich verstärkt. Jedoch bleibt das NDK als Feindbild und Angriffspunkt nicht allein. Die „herrschende politische Elite“, wozu nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die Stadtverwaltung Wurzen und der OBM zählt, aber auch der Islam sowie Geflüchtete allgemein und Menschen, die widersprechen, sind ebenfalls Ziel seiner öffentlichen Äußerungen und Beschimpfungen.

Kurz darauf, am 12. Februar 2018, gründet Herr D. mit anderen Personen das NEUE FORUM FÜR WURZEN, wobei außer bei den drei Vorständen unklar ist, wer tatsächlich Teil dieses Forums ist. Der Name ist eine Anlehnung an eine Bürgerbewegung in der DDR, wobei dies die einzige Gemeinsamkeit bleibt. Das Forum erweist sich nur als Schafspelz, denn die Grundlage ihres Handelns sind die zehn „weltoffenen“ Thesen der ehemaligen Bürgerrechtler_innen Richard Schröder, Eva Quistorp und Gunter Weißgerber, die Migration auf einen „Geburtenüberschuss in Nahost, Mittelost und Afrika“ zurückführen und fordern, die Bewegungsfreiheit für Asylsuchende einzuschränken.^[1] Immer wieder fließen Auszüge daraus in die Argumentation des Herrn D. ein. In den Grundsätzen des Neuen Forums für Wurzen ist ebenfalls klar beschrieben:

„Das NDK in die Schranken zu weisen, seine Finanzierung mit Steuergeld zu unterbinden, ist ein Auftrag, den sich die Gründer des Neuen Forums für Wurzen gegeben haben. Ein wichtiges Anliegen, weil das NDK gehindert werden muß, weiterhin Rufmord an unserer Stadt zu begehen. Wurzen gilt als Braunes Herz des Muldentals, weil die Besetzung des NDK von diesem schlechten Ruf lebt.“

**Auszug von der Homepage
des Neuen Forums für Wurzen**

[1] Vgl. Die Welt vom 14. 10. 2017: 10 Thesen für ein weltoffenes Deutschland.

[2] Vgl. Webseite Neues Forum für Wurzen: „TANZ IN DEN MAI, DAS NDK GENASFÜHRToder ERSTER ETAPPENSIEG, DAS NDK KLAGT GEGEN DIETEL“

[3] Vgl. Journalistenwatch vom 21. 3. 2018: Der Widerstand wächst – jetzt auch in Wurzen.



Drohung gegen das NDK am Schaukasten des Vereins in Wurzen: „Verpisst euch“ (Mai 2018)

Trotz der Gründung des NEUEN FORUMS FÜR WURZEN spricht weiterhin nur Herr D. in der Öffentlichkeit und präsentiert sich immer wieder als Sprecher einer vorgeblichen Mehrheit der Bürger_innen von Wurzen, die selbst nicht den Mut hierzu habe. Schnell schließen sich auch bekannte Neonazis aus der Region den Kundgebungen und Veranstaltungen an. Immer wieder tauchen sie auf und übernehmen sichtbar auch organisatorische Aufgaben.

Auf den Kundgebungen und im Netz verbreitet Herr D. im Namen des NEUEN FORUMS FÜR WURZEN verschiedene Informationen über das NDK, die Finanzierung und die angeblich nicht vorhandene Tätigkeit des Vereins. Dabei bezeichnet er die Mitarbeiter_innen des NDK als „Faulunken“ und „Misser“ und unterstellt, dass das Geld zur Selbstbereicherung verwendet werde, ohne Beweise für seine Behauptungen zu liefern.^[2] Menschen, die sich im Unterstützer_innennetzwerk für Geflüchtete engagieren, werden in der Öffentlichkeit bloßgestellt, indem sie namentlich benannt und die Inhalte der gemeinsamen Treffen aus dem Zusammenhang gerissen und falsch dargestellt werden. Ähnlich verfährt Herr D. auch mit der Arbeit des NDK.

Vor allem der vom NDK angeblich ausgehende pauschalisierende Vorwurf des Rassismus in Wurzen und die Aussagen über Geflüchtete sowie die in seinen Augen mangelhafte Integration vor Ort verschaffen ihm Aufmerksamkeit. Dies verfängt bei einigen Bürger_innen und entfacht Empörung. Wahre Tatsachen werden durch die Versetzung in

einen anderen Zusammenhang, das Weglassen wesentlicher Informationen und die Beimischung von verschiedenen Verschwörungsideologien und -theorien zu haarsträubenden Unwahrheiten.^[3]

Die Stimmung wendet sich

Die Stimmung und das Verhalten dem NDK gegenüber ändert sich innerhalb der Stadt daraufhin zum Teil grundlegend. Menschen aus der Stadtgesellschaft, die das NDK lange schon unterstützen, aber auch aktuell ehrenamtlich Engagierte werden plötzlich beschimpft und beleidigt. Das NDK und dessen Positionen werden zum Problem gemacht. Eine tatsächliche Auseinandersetzung mit den Ursachen für die Gewalt und auch tagtäglichen verbalen Angriffe auf Geflüchtete, Beleidigungen und Beschimpfungen findet nicht statt.

Dem NDK wird vorgeworfen, zu schnell Urteile zu fällen und immer nur die negativen Seiten in Wurzen hervorzuheben. Auch der Vorwurf der Polarisierung und der Verdacht des Linksextremismus in Bezug auf das NDK werden immer wieder geäußert. Nicht wenige übernehmen direkt oder indirekt die Beschuldigungen und Falschbehauptungen des Herrn D. und des Neuen Forums für Wurzen.

Zunächst scheint es so, als würde ein überwiegender Teil der Wurzner_innen der Hetze des Herr D. und dem NEUEN FORUM FÜR WURZEN zustimmen und viele fordern vom NDK, sich weniger politisch und weniger provokativ zu verhalten. Wie in den neunziger Jahren wird in Wurzen wieder das Bild des

„linksextremen Haufens“ von den Aktiven im NDK gezeichnet. Eine kritische Haltung zu Menschenfeindlichkeit oder Rassismus führt, wie auch andernorts beobachtbar, zum Verdacht des Linksextremismus.

Diesen sieht Herr D. und das NEUE FORUM FÜR WURZEN darin bestätigt, dass Anfang April die Scheiben von zwei gastronomischen Einrichtungen in Wurzen zerstört werden, deren Inhaber Vorstände des Neuen Forums für Wurzen sind. Ein angebliches Bekenntschreiben veranlasst Herrn D. zu einer öffentlichen Beschuldigung gegen das NDK, diese Straftat in Auftrag gegeben oder durch dessen Verhalten dazu animiert zu haben. Dies ermuntert verschiedene Menschen, in den sozialen Medien Aufrufe zum Angriff auf das NDK zu starten, Drohungen auf der Straße gegenüber Mitarbeiter_innen auszusprechen und das Vereinshaus mit Schriftzügen wie „verpissst euch“ zu beschmierem. Die Stimmung wird für die Mitarbeiter_innen, aber auch die ehrenamtlich Engagierten immer bedrohlicher.

Reaktion

Anfangs hat das NDK diese Mails mit Vorwürfen, Beleidigungen und Aufrufen zum öffentlichen Schlagabtausch ignoriert. Dies hat Herr D. genutzt, um daraus das Bild eines arroganten, auf den die Bürger_in herabschauenden Netzwerkes in Wurzen zu festigen.

Nach der Zunahme der verbalen Angriffe und Falschdarstellungen in Mails und dann auch öffentlich in den sozialen Medien, auf Flyern und Veranstaltungen wird das NDK aktiv. Zunächst gelingt jedoch nur eine beständige Reaktion auf weitere Verleumdungen, Falschdarstellungen und Beleidigungen. Diese werden in einer sehr hohen Frequenz (fast täglich) in der Öffentlichkeit geteilt, sodass der Eindruck entstehen muss, dass das Handeln des NDK nur eine Reaktion auf die Anschuldigungen des Herrn D. sei.

Gleichzeitig schwindet bei den Mitarbeiter_innen ein Stück weit die selbstbewusste Haltung in der Öffentlichkeit zu Themen wie Rassismus, Flüchtlinge und Menschenrechte, um die Diskussion nicht noch weiter zu befeuern.

In persönlichen Gesprächen mit unterschiedlichen Menschen in der Stadt kann das NDK zwar die eigene Position wieder stärken, es zeigt sich aber auch, wie tief verwurzelt das Vorurteil in Bezug auf einen angeblichen linksextremen Hintergrund des NDK und seiner Mitarbeiter_innen und ehrenamtlich En-

gagierten ist. Ein Gefühl, zwischen den Stühlen zu sitzen, ist oft in solchen Gesprächen und Diskussionen vorhanden. Einerseits eine klare Haltung nicht nur zu haben, sondern diese auch zu zeigen und andererseits vorgeworfen zu bekommen, dass die notwendige Offenheit für andere Meinungen und Sichtweisen fehle. Die Suche nach adäquaten Handlungsoptionen gestaltet sich dadurch schwierig.

Viel Arbeit bleibt in dieser Zeit liegen, die Belastung der Mitarbeiter_innen ist deutlich zu spüren. Trotzdem setzt sich das NDK auf verschiedenen Ebenen (Team, Vorstand, Ehrenamtliche) sehr intensiv mit der Situation auseinander, hinterfragt und reflektiert die eigene Arbeit.

Gestärkt hat das NDK in dieser Zeit der interne Zusammenhalt und der Zuspruch vieler ehrenamtlich Engagierter. Konkrete Unterstützung bekam das NDK auch von der Standortinitiative Wurzen, die sich bemühte, eine Gesprächsebene mit dem NEUEN FORUM FÜR WURZEN herzustellen, was an der Ablehnung des Herrn D. scheiterte. Auch Menschen, die dem NDK aus unterschiedlichen Gründen nahestehen, haben die Mitarbeiter_innen oft bestärkt, weiterzumachen. Darüber hinaus kamen viele Unterstützungsangebote und Solidaritätsbekundungen aus verschiedenen Städten Sachsens und Deutschlands. Das ENTWICKLUNGSPOLITISCHE NETZWERK SACHSEN startete eine Solidaritätserklärung, die von vielen Organisationen und Einzelpersonen unterschrieben wurde. Das Gefühl, nicht alleine zu sein, trägt dabei elementar zu Stärkung der Haltung und Handlungsfähigkeit des NDK bei.

Damit das Eis nicht wieder dünner wird, bleibt das NDK in einer aktiven Vernetzung innerhalb der Stadt und stärkt längst eingeschlafene Kooperationen mit anderen Kulturschaffenden (gemeinsame Veranstaltungen und Projekte), dem Jugendhaus, der Stadtverwaltung (Teilnahme an Veranstaltung, Unterstützung für Projekte, gemeinsame Aktionen), Unternehmer_innen (Unterstützung bei Projekten) und Kirchen. Darüber hinaus geht das NDK verstärkt in die Öffentlichkeit mit der eigenen Arbeit, setzt Themen und sucht das Gespräch mit Bürger_innen.

Manche Meinung gegenüber dem NDK wird sich dadurch nicht verändern, aber das muss es auch nicht. Als kritische Stimme macht man sich nicht überall Freunde, aber das ist eine Tatsache, die das NDK in Kauf nimmt, um gesellschaftliche Veränderung anzustoßen. ■

Martina Glass arbeitet beim NDK Wurzen.

LEIPZIGER BURSCHENSCHAFTEN

und ihre Verbindungen in die rechte Szene

von chronik.LE

Obwohl öffentlich wenig präsent, sind Leipziger Burschenschaften seit Jahren Bindeglied rechter Akteure und pflegen gute Kontakte in die extrem rechte Szene.

Insgesamt gibt es in Deutschland, Österreich und der Schweiz etwa 1.100 einzelne Verbindungen (auch Korporationen genannt), die zum großen Teil in Dachverbänden organisiert sind. Dabei reicht die Vielfalt der Korporationen von weiblichen Verbindungen, gemischten Sportverbindungen, musischen, christlichen bis hin zu (pflicht-)schlagenden Burschenschaften. Alle Korporationen bewegen sich in einem konservativen akademischen Milieu. Manche von ihnen sind rechtskonservativ und manche pflegen auch direkte Kontakte in die völkisch-nationalistische Szene. Besonders die schlagenden Burschenschaften und vereinzelt andere schlagende Verbindungen fielen hier in den vergangenen Jahren mit Kontakten in die und Mitgliedern aus der rechten Szene sowie mit rassistischen Äußerungen auf. Die Netzwerke der rechten Korporationen reichen zu PEGIDA, in die AfD und auch die NPD hinein. In der AfD ist vor kurzem ein Versuch der Initiative Korporierte in der AfD gescheitert, einen AfD-nahen Akademikerverband zu gründen.

Der rechte Rand

Die DEUTSCHE BURSCHENSCHAFT (DB) ist der völkisch-nationale Rand des korporativen Milieus. Burschenschaften sind traditionell politisch. Sie haben Ende des 20. Jahrhunderts Juden die Mitgliedschaft verboten. Auch heute findet sich noch auf der Homepage der DB in ihren Grundsätzen ein völkisches Nationalverständnis, bei dem sie „das deutsche Vaterland unabhängig von staatlichen Grenzen“ sehen und sich auf ein durch Historie, Kultur, Brauchtum und Sprache verbundenes Volk berufen. Deutschsein ist damit für die DB

keine Frage des Passes, sondern einer als homogen verstandenen Kultur. Innerhalb der DB herrschen immer wieder Flügelkämpfe, so besonders medienwirksam 2013 nach Forderungen nach einem – in der Presse als „Ariernachweises“ bezeichneten – Antrag des internen Rechtsaußenflügels, der BURSCHENSCHAFTLICHEN GEMEINSCHAFT (BG).

Verbindungen in Leipzig

Studierendenverbindungen und ihre Mitglieder sind an der Universität Leipzig und im öffentlichen Raum wenig präsent. Gleichwohl stellt Leipzig einen attraktiven Standort für den rechtesten Rand an Burschenschaften dar. So sind in den letzten Jahren einschlägige Verbindungen aus Leipzig organisatorisch gewachsen. 2018 sind in Leipzig etwa 15 Verbindungen aktiv. Viele davon befinden sich in der Nähe zum Zentrum und der Universität. Das Zentrum-Süd, Zentrum-West sowie der Leipziger Norden sind dabei bevorzugte Stadtteile. Ein Großteil der Leipziger Verbindungen bewohnt eine oder mehrere Etagen eines Hauses. Einige verfügen über kleinere Häuser. Zu erkennen sind die Behausungen zumeist an heraushängenden Fahnen, die die Farben ihrer jeweiligen Verbindung tragen. Bezogen auf ihre Kontakte in die rechte Szene sind die in Leipzig-Gohlis ansässigen Burschenschaften ARMINIA (DB), GERMANIA (DB) sowie die 2015 reaktivierte DRESDENSIA LEIPZIG als rechte Organisationen besonders auffällig. Zudem unterhält die Arminia seit 2016 einen Ableger in Dresden. Seit 2018 befindet sich zudem (zufälligerweise) das Bundesbüro der BLAUEN PARTEI im selben Haus, in dem die ARMINIA ihre Räume hat.

>>





Netzwerkort sächsische Burschenschaft

Die Verbindungshäuser sind keine Orte harmloser männlicher Brauchtumpflege, bei dem ab und zu Kneipen- und Vortragsabende stattfinden, sondern Vernetzungs- und Fortbildungsräume des rechten Randes deutscher Verbindungen.

Auffällig bei der Wiedergründung der DRESDENIA 2015 in Leipzig und der Neueröffnung eines Ablegers der ARMINIA 2016 in Dresden ist deren Ortswahl. Die Außenstelle der ARMINIA bezeichnet Dresden als „Hauptstadt des Widerstandes“ und spricht von der „Achse Leipzig-Dresden“.

In der Region existiert zudem der WAFFENRING HALLE-LEIPZIG. Waffenringe dienen dazu, gemeinsame Mensuren – Fechtkämpfe mit scharfen Klingen – zu organisieren und auszutragen.

Der Ort Leipzig erscheint dabei besonders durch seine geographische Nähe zu anderen rechten Akteuren attraktiv. So liegt Leipzig in geographischer Nähe zu Halle, wo sich die äußerst rechte BURSCHENSCHAFT HALLE-LEOBENER GERMANIA und das „Hausprojekt“ der gewaltbereiten IDENTITÄREN BEWEGUNG (IB) inklusive Abgeordnetenbüro des AfD-Abgeordneten **Hans-Thomas Tillschneider** befinden.

Eine Vielzahl aktiver Burschenschafter sowie „Alter Herren“ – also nicht mehr studierender Mitglieder – Leipziger Verbindungen befinden sich in einem Lohnarbeitsverhältnis mit der AfD-Fraktion oder Abgeordneten in Sachsen-Anhalt oder haben Kontakte zum selbsternannten Institut für Staatspolitik oder dem VERLAG ANTAIOS in Schnellroda.

Ein Blick auf die Veranstaltungen und Akteure der Gohliser Burschenschaften verdeutlicht, wie diese seit Jahren aktiv an einem gesellschaftlichen Rechtsruck arbeiten und reaktionäre Positionen wieder sagbar machen wollen. ■



Arminia Leipzig

Die Burschenschaft ARMINIA LEIPZIG, die mit den Worten „Oder willst du ohne Narben sterben?“ für sich wirbt, ist im äußerst rechten Dachverband DB organisiert. Ihr derzeit bekanntester Bundesbruder dürfte **Martin Kohlmann** sein. Der Anwalt ist Mitbegründer der rechtspopulistischen WÄHLERVEREINIGUNG PRO CHEMNITZ. Auf der Facebook-Seite von PRO CHEMNITZ wurde im Vorfeld der Hetzjagden eines neonazistischen Mobs im August 2018 der Haftbefehl gegen einen Tatverdächtigen Geflüchteten veröffentlicht. Im Prozess gegen die GRUPPE FREITAL erregte Kohlmann mit einem als Drohung interpretierbaren Plädoyer gegenüber der Judikative Aufsehen. Er äußerte, dass es sich um einen Schauprozess handeln würde und er seinen Schlussvortrag deshalb in der Hoffnung äußere, dass sein Plädoyer in einem dereinst zu führenden Verfahren gegen die Richter des Senats wegen Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung strafverschärfend berücksichtigt werde. Unter dem Titel „Politische Justiz: Der Prozess gegen die GRUPPE FREITAL“ veranstaltete die Leipziger Burschenschaft ARMINIA Ende April 2018 auch einen Vortragsabend mit ihrem Alten Herren Kohlmann in Dresden.

Bei den „Demonstrationen“ in Chemnitz waren laut Facebook-Seite des Dresdner Ablegers der ARMINIA wiederholt deren Mitglieder und standen nach eigenen Angaben mit den „tapferen Sachsen“.

Ein weiterer Akteur der ARMINIA LEIPZIG ist **Felix Koschkar**. Dieser kandidierte bereits 2014 als AfD-Kandidat für die sächsischen Landtagswahlen. Bilder zeigen in als Teilnehmer auf Demonstrationen der IDENTITÄREN BEWEGUNG. In den Räumlichkeiten der ARMINIA posiert er mit dem AfD-Landtagsabgeordneten und Gründungsmitglied des mittlerweile aufgelösten AfD-Rechtsaußenflügels PATRIOTISCHE PLATTFORM Hans-Thomas Tillschneider.

Zu den Veranstaltungen der ARMINIA zählt außerdem das sogenannte FREIDENKERFORUM, bei denen häufig neurechte Akteure von AfD bis JUNGER FREIHEIT Referenten sind. ■



Germania Leipzig

Auch die LEIPZIGER BURSCHEMCHAFT GERMANIA ist im äußerst rechten Dachverband DB organisiert. Dem dort vorherrschenden völkischen Nationalverständnis entspricht wohl auch eine Nationalstaatenkarte mit Gebieten vor dem Versailler Vertrag unter den Worten „Verlorenes – doch nicht vergessenes Land“ auf der Facebook-Präsenz der GERMANIA. Dem alljährlichen Hissen der Regenbogenfahne vor dem Leipziger Rathaus anlässlich des Christopher-Street-Days wird mit dem NS-Vokabular von „Vernunft statt Entartung“ begegnet.

Jeden Januar richtet die Germania eine sogenannte Reichsgründungskneipe aus. Auch sie macht regelmäßig Veranstaltungen mit Vortragenden und Themen der Neuen Rechten, zum Beispiel „Genderwahn“ im Bildungswesen, Ernst Jünger, Referenten von AfD und Sezession oder anderen rechten Zeitschriften. ■



Dresdensia Leipzig

Die Schwesternverbindung der **Dresdensia Leipzig**, die **Dresdensia Rugia** in Gießen, war jahrelang Anlaufpunkt und Schulungsort für NPD-Politiker. Bekannte Mitglieder der **Dresdensia Rugia** zu Gießen sind die NPD-Funktionäre und ehemaligen Mitglieder des Sächsischen Landtages **Jürgen Gansel** und **Arne Schirmer**. Auch **Matthias F.**, ehemaliger Referent der AfD-Fraktion Sachsen-Anhalt und aktuell bei der AfD-Bundestagsfraktion beschäftigt, ist der DRESDENSIA LEIPZIG zuzurechnen. Er machte zuletzt durch die Anwendung körperlicher Gewalt im Bundestag von sich reden.

Die verharmlosende Außenwahrnehmung einer studentischen Gemeinschaft mit historischem Bezug ermöglicht den einschlägigen Leipziger Burschenschaften ein Kokettieren mit rechtsradikalen Positionen. Darüber wird verschleiert was einige der Leipziger Burschenschaften tatsächlich sind: rechtskonservative Kaderschmieden. ■

LESEEMPFEHLUNGEN:

chronik.LE empfiehlt die Recherche der taz zum „Netzwerk-AfD“ unter [taz.de/netzwerkafd](https://www.taz.de/netzwerkafd), die Broschüre des Stura der Uni Leipzig „Getrennt in den Farben – vereint in der Sache?“ unter [stura.uni-leipzig.de](https://www.stura.uni-leipzig.de), sowie den „Reader zur Verbindungskritik: Autoritär. Elitär. Reaktionär.“ des Asta’s aus Frankfurt Main unter [asta-frankfurt.de](https://www.asta-frankfurt.de).



photo: christoph heidke

BUCHMESSE 2018:

VON RECHTEN DISKURSFALLEN UND LINKEN INTERVENTIONEN

von Prisma – Interventionistische Linke Leipzig

Die radikale Linke scheitert gegenwärtig daran, Strategien gegen die selbstbewusst auftretende Neue Rechte zu finden und tappt dabei immer wieder in dieselbe diskursive Falle. Warum eigentlich?

Noch vor wenigen Jahren fand Antifa-Politik unter anderen Vorzeichen statt: Gegen NPD und Co. waren auch offensive Aktionsformen leicht zu rechtfertigen. Dass ihnen der öffentliche Raum zu nehmen ist, war weit über die radikale Linke hinaus Konsens. Die heutige Situation ist aber eine andere: Die Neue Rechte hat sich ihren Stamplatz in deutschen Talkshows und Feuilletonspalten gesichert. Sie ist Teil der öffentlichen Debatte geworden, wenn auch ein umstrittener. Antifaschistische Bewegungen stoßen hier bei der Frage nach alternativen Formen der Auseinandersetzung beziehungsweise des Widerstands offensichtlich an ihre Grenzen.

Die Ereignisse auf der Frankfurter Buchmesse 2017 haben gezeigt, dass Störaktionen nicht mehr das Mittel der Wahl sind, um (Neue) Rechte zu diskreditieren und zu delegitimieren. Dieses Protestformat wurde vielmehr zur Plattform ihrer eigenen, vor allem medialen Selbstinszenierung. Die durch den vorhersehbaren Protest hergestellte Aufmerksamkeit wurde von den Rechten vereinnahmt und sicherte ihnen – durch ihre Inszenierung als Hüter der Meinungsfreiheit – Unterstützung bis hinein in bürgerliche Kreise. Dieses Jahr haben wir als Teil des Bündnisses Buchmesse gegen Rechts auf der Leipziger Buchmesse mit einer kreativen Intervention versucht, dem ANTAIOS-VERLAG stellvertretend für die Neue Rechte zu begegnen.

Die Selbstinszenierung der Neuen Rechten – Ein One-Trick-Pony

Die rechte Selbstinszenierung basiert auf der Abgrenzung zu angeblich feigen, aber gewalttätigen Linken, die die „mannhafte“ Auseinandersetzung scheuen würden und als Anführer_innen des Multikulti-Mainstreams gelten. Die Mehrheitsgesell-

schaft, die auf die vermeintlich rationalen rechten Argumente nur moralische „Das darfst du nicht“-Antworten habe, sei mit den Linken in einem Boot. Neue Rechte sehen sich im Gegensatz dazu als intellektuelle Avantgarde und stets der Wahrheit verpflichtet, männlich genug für jeden Kampf.

Die rechte Inszenierung funktioniert nur dann, wenn ihre Gegner_innen nach ihren Erwartungen handeln. Linke, die bei rechten Aktionen erschrocken reagieren oder sich hinter Transparenten verstecken, geben dem rechten Theater erst jene Bühne, die im medialen Spektakel Bekanntheit erlangt.

Meinungsfreiheit als Kampfbegriff

Der Begriff der Meinungsfreiheit ist zurzeit ihr diskursiver Joker. Die Neue Rechte bedient sich seiner, um sich in die öffentlichen Debatten zu drängen und ihren inhaltlichen Kurs zu bestimmen. Jegliche Form von Widerspruch wird von neurechten AkteurInnen in eine Opferinszenierung verdreht. Es wird immer wieder deutlich, dass es ihnen dabei nicht um eine wirkliche Debatte geht, sondern lediglich darum, Grenzen zu überschreiten, zu provozieren und damit den Bereich des Sagbaren immer weiter nach rechts zu rücken. Sie prägen auf diese Weise den gesamtgesellschaftlichen Diskurs – und gewinnen dadurch an Sprechfähigkeit.

Handlungen und Äußerungen neurechter AkteurInnen wie von Götz Kubitschek, Gründer des ANTAIOS-VERLAGS, zeigen deutlich, dass es der Neuen Rechten nicht um die Rettung der öffentlichen Debatte geht, sondern um ihre Abschaffung als Ort der freien Meinungsäußerung: „Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform. [...] von der Ernsthaftigkeit unseres Tuns wird euch kein Wort überzeugen, sondern bloß ein Schlag ins Gesicht.“^[1]

Warum Linke immer wieder in die gleiche Falle tappen

Auf der Suche nach geeigneten Protestformen gegen die Neue Rechte stößt die radikale Linke immer

Überbleibsel einer Protestaktion gegen rechte Verlage und Neonazis auf der Leipziger Buchmesse 2018

[1] Götz Kubitschek (2007): Provokation.

wieder an ihre Grenzen. Das ist verständlich, stellt uns doch der Umgang mit AfD und PEGIDA vor das Problem, dass eingeübte und erfolgreiche Aktionsformen Bestandteil rechter Inszenierung geworden sind.

Es herrscht die allgemeine Annahme, Nazis müsse jeder Raum genommen werden. Das ist zum einen die Lehre aus dem Nationalsozialismus und folgt zum anderen aus der richtigen Analyse, dass Rechte demokratische Freiheiten für sich beanspruchen, bis sie stark genug sind, diese abzuschaffen. Um dies durchzusetzen, propagierte man Kampfbereitschaft und Stärke. Das machte es der politischen Rechten zwar leicht, die Antifa anhand der Militanz- oder Legalitätsfrage als Antidemokrat_innen zu brandmarken, trotzdem war dieses Konzept durchaus erfolgreich. Mit dem Drohszenario antifaschistischer Militanz im Hinterkopf konnten neonazistische Veranstaltungen häufig nicht ohne Polizeischutz stattfinden, durch direkte Konfrontationen wurden Neonazis von der Straße gedrängt. Doch lassen sich solche Konzepte nicht ohne weiteres auf jede Auseinandersetzung mit Rechten übertragen. Die Buchmesse ist enger, dichter, überall sind Kameras und Polizei. Vor allem aber folgt eine Auseinandersetzung im intellektuellen Milieu der Buchmesse anderen Regeln als eine auf der Straße. Wenn aufgrund dieser besonderen Bedingungen die üblichen Konzepte scheitern, strahlt die Linke statt Stärke nur noch Hilflosigkeit und Sprachlosigkeit aus. Folge davon ist: Weder kann den Rechten der Raum genommen werden, noch können eigene Inhalte gesetzt werden.

Der Versuch, das Unerwartete zu tun

Wir haben mit unserer Intervention auf der Buchmesse versucht, das Unerwartete zu tun. Sie zu überraschen und in eine Situation zu bringen, an der ihr One-Trick-Pony scheitert. Zentral war für uns, ein Aktionsformat zu entwickeln, das uns erlaubt, sowohl inhaltliche Kritik an Strategien und Zielen der Neuen Rechte zu üben, als auch eigene Inhalte an die Öffentlichkeit zu vermitteln.

Durch ihre immergleiche Inszenierung haben wir vier zentrale Punkte ausgemacht, an denen sich diese brechen lässt. Dies wäre zum einen ihre fragile Männlichkeit, die sie hinter der Fassade eines politischen Soldatentums verstecken und welche sich durch das selbstbewusste Auftreten starker Frauen* schnell untergraben lassen würde (1). Ihre apokalyptische Sehnsucht, ihre Vorstellung, mit einer finalen Schlacht die gegenwärtige Ordnung endgültig

abzuschaffen und mit Gewalt eine neue aufzubauen, ist ebenfalls ein Punkt, an dem man sie für ihren unterkomplexen und realitätsfernen Gesellschaftsentwurf angreifen kann (2). Und zum anderen ihre instrumentelle Bezugnahme auf Themen wie Feminismus (3) und die Meinungsfreiheit (4) als strategisches Werkzeug, welches im absoluten Widerspruch zu ihren eigentlichen Inhalten steht. Dies gilt es aufzudecken und unsere eigenen Inhalte dem entgegenzustellen. Dafür schien es uns notwendig, ihnen ihren Wunsch nach einem Gegner, der zwar lauthals tönt, dann aber im Gegenüberstehen weder durch Stärke noch durch Wortgewandtheit überzeugen kann, nicht zu erfüllen.

Während der Aktion hat sich gezeigt, dass unsere strategischen Überlegungen zunächst erfolgreich waren: Die anwesenden Rechten wussten mit der gegebenen Situation nicht umzugehen. Somit haben wir erreicht, dass die Rechten unsere Intervention nicht als Grundlage ihrer eigenen Choreographie zur Selbstinszenierung instrumentalisieren konnten. Weder ihre vorbereiteten Hochglanzschilder (etwa „Wer schreit, kann nicht Recht haben“), noch ihre Kameras kamen zum Einsatz. Ihre Überforderung drückte sich kurzzeitig in unkoordiniertem Stören unserer Aktion aus, im Großen und Ganzen standen sie aber passiv und ohne mediale Aufmerksamkeit am Rand des Geschehens. Der allgemeine Fokus war auf unsere Veranstaltung, unsere Redebeiträge gerichtet. Dies änderte sich nach Ende unserer Intervention, als eine Störaktion ihrer Veranstaltung den Rechten (dann doch) ihre erwartete Kulisse bot, in der sie sich als Opfer linker Zensur und RetterInnen der Meinungsfreiheit inszenieren konnten. Mit dieser Perspektive auf die nachfolgende Aktion wollen wir uns keineswegs distanzieren, sondern ihren Effekt analysieren und solidarisch kritisieren. Uns ist bewusst, dass Grundlage hierfür eine bestimmte Positionierung ist und wir wollen damit keine Allgemeingültigkeit unserer Argumentation in Anspruch nehmen, sondern sie zur Diskussion stellen. Wir verstehen uns als Teil einer radikalen Linken, in der auch über unterschiedliche Analysen und Interventionsformen gestritten werden kann, ohne dass dies gleich eine Entsolidarisierung bedeutet. Wir sind solidarisch mit allen Genoss_innen, die sich ins Handgemenge begeben haben. Trotzdem sind wir der Meinung, dass die radikale Linke sich eben nicht immer auf den gleichen Methodenpool zu Aktionsformen berufen sollte. Stattdessen muss rechtem Stumpfsinn auch anders, kreativer, entgegnet werden. Eine Störung rechter Veranstaltungen ist für uns kein Erfolg, wenn da-

durch ein Vortrag vor wenigen ZuhörerInnen ausfällt, die Rechten dafür aber im Gegenzug in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit und Sympathie erfahren. Vielmehr müssen die Mittel dem jeweiligen Setting angepasst werden.

Der zentrale Punkt unserer strategischen Analyse war die Wirkung, vor allem auf der Ebene der Bilder. Auch wenn dies vorher ausgiebig kommuniziert wurde, gibt es Kritik an der Art und Weise, wie hier agiert wurde. Nicht nur weil unverpixeltes Bildmaterial zur Verfügung gestellt wurde, sondern auch, weil die Aktion mit ihrem Fokus auf (Selbst-)Inszenierung nun mal nicht unbedingt dem Methodenkoffer der radikalen Linken entspricht. Trotzdem verfolgen wir einen offensiveren Umgang mit der Wirksamkeit von Bildmaterial und wollen die mediale Darstellung unserer Aktionen stärker selbst in die Hand nehmen, um so die Deutungsmacht über die Bilder zu gewinnen.

Und was bleibt?

Abschließend lässt sich zwar konstatieren, dass wir einen ausbaufähigen Versuch einer neuen Aktionsform gegen die Neue Rechte initiiert haben. Dennoch konnten sie das Wochenende als Erfolg „im Geiste der Bewegung“ verbuchen, da es uns nicht gelungen ist, ihren Resonanzraum zu verkleinern und sie im Gegensatz zu Frankfurt noch vorbereiteter ihre Choreographie zur Schau stellen konnten. Durch die undifferenzierte Berichterstattung mit Fokus auf die Störaktionen blieben nicht nur unsere Inhalte auf der Strecke, sondern die Neue Rechte schaffte es, abermals die Deutungshoheit über die Situation für sich zu beanspruchen.

Was bleibt also? In den Medien überwiegt das Bild des typischen (entpolitisierten) Kampfes zwischen Rechts und Links, zwischen den Rändern der Gesellschaft. Tatsächlichen Einfluss auf die öffentliche Debatte über den gesellschaftlichen Umgang mit der Neuen Rechten zu nehmen, ist uns nur bedingt gelungen. Schade!

Trotzdem glauben wir, dass wir mit unserer „Show für die Meinungsfreiheit“ einen Schritt in die richtige Richtung gegangen sind und es nun, anknüpfend an diese Erfahrung, weiterzudenken gilt. Denn wir haben unsere Stärken genutzt.

Wir haben unsere Empathiefähigkeit, unsere Offenheit und unsere Kreativität gegen ihre Hetze, ihr politisches Soldatentum und ihre Menschenfeindlichkeit gestellt. ■

Rechte Verlage und Veranstaltungen auf der Leipziger Buchmesse von chronik.LE

Auf der Leipziger Buchmesse 2018 haben auch, wie bereits in den vergangenen Jahren, rechte Aussteller ihre ausgrenzende Ideologie verbreitet. Wir hatten bereits im Vorfeld eine Sammlung eben dieser Verlage zusammengestellt. Hier erfolgt nun eine gekürzte Übersicht.

Ahriman-Verlag

Der AHRIMAN-VERLAG wurde 1982 gegründet und hat seinen Sitz in Freiburg. Unter dem Motto „Unser Programm ist die Wiederkehr des Verdrängten“ liegt der Schwerpunkt des Verlages bei „klassischer Psychoanalyse und orthodoxem Marxismus“. Obwohl sich der Verlag selbst links verortet, fallen seine Publikationen durch Antiamerikanismus und Antisemitismus auf. Der Verlag solidarisierte sich in einer Erklärung mit den auf der Frankfurter Buchmesse rechten Verlagen. So heißt es in der Erklärung in klassischer Täter-Opfer-Umkehr: „Zum ersten Mal seit 1933 sind auf der letzten Frankfurter Buchmesse Verleger physisch bedroht, Verlage überfallen und Bücher vernichtet worden. Vielleicht waren auch Sie Zeugen solcher Szenen, die plastisch veranschaulichten, wie es im unmittelbaren zeitlichen Vorfeld der ‚Macht ergreifung‘ der Nazis zugegangen sein mußte. Auch diesmal waren die Täter dazu ermutigte staatsalimentierte Schläger, jetzt der ‚Anti‘FA, und staatsnahe bis -eigene ‚NGOs‘ an der langen Leine des US-Milliardärs Soros (AMADEU ANTONIO STIFTUNG etc.).“

Cato Verlag

Im September 2017 erschien CATO, das „Magazin für Sachlichkeit“ zum ersten Mal. Es wird in der Berliner BIBLIOTHEK DES KONSERVATISMUS vorgestellt und startet mit einer Auflage von 50.000 Exemplaren. Es erscheint alle zwei Monate. In der Süddeutschen Zeitung wird das Konzept von CATO wie folgt beschrieben: „Das Heft ist wertig gestaltet und angeblich geschichtsbewusst. Es hat äußerlich eine gepflegte Kundschaft im Blick und kommt vordergründig nicht als lautes Kampfblatt daher, sondern als kultivierte, sinnliche Sammlung von Essays, Features und Feuilletons. Hinter der gediegenen Hülle stecken allerdings führende Köpfe der neuen Rechten.“ Noch deutlicher fällt die Einordnung durch das ANTIFASCHISTISCHE INFOBLATT aus. „Mit ‚CATO‘ will sich die rechtsintellektuelle Gruppe um



Der Verlag Antaios von Götz Kubitschek (m.) verlegt die Vordenker der Neuen Rechten

Karlheinz Weißmann, Dieter Stein und den Verleger Andreas Lombard („LANDT-VERLAG“) ein eigenes publizistisches Sprachrohr für neurechte Theorie und Lebenswelten schaffen.“

Compact-Magazin

COMPACT ist ein seit 2010 monatlich erscheinendes Magazin mit einer Druckauflage von 80.000 Exemplaren (Angabe: DIE ZEIT). Inhaltlich geht es im „Magazin für Souveränität“ darum, angeblich unterdrückte Wahrheiten auszusprechen und so den „gleichgeschalteten“ Medien etwas entgegenzusetzen. Autoren sind neben dem Chefredakteur Jürgen Elsässer, Thilo Sarrazin, Akif Pirinçci, Martin Sellner, Helmut Röwer und viele andere rechte AkteurInnen.

Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft

Die DEUTSCHE STIMME mit Sitz in Riesa wurde 1976 gegründet. Sie ist an die NPD angegliedert und gibt unter anderem die monatlich erscheinende gleichnamige Zeitschrift DEUTSCHE STIMME heraus. Die Auflage der Zeitung beträgt nach eigenen Angaben 25.000 Exemplare.

Europa Terra Nostra

EUROPA TERRA NOSTRA E. V. (ETN, lateinisch für „Europa unser Land“) ist eine als Verein eingetragene Stiftung der pan-europäischen Fraktion APF – ALLIANCE FOR PEACE AND FREEDOM, welche im Juli 2015 gegründet wurde. In der APF sind diverse neonazistische und rechte Parteien zusammengeschlossen, etwa die NPD aus Deutschland, KOTLEBA – LUDOVÁ STRANA NAŠE SLOVENSKO aus der Slowakei sowie FORZA NUOVA aus Italien. Ver-

legt werden entsprechende Bücher wie „Einer für Deutschland. Als Europaabgeordneter in Straßburg und Brüssel“ von Udo Voigt sowie „Die Rückkehr der echten Rechten. Das Handbuch für die wahre Opposition!“ von Daniel Friberg.

Junge Freiheit

Die JUNGE FREIHEIT ist eine Wochenzeitung, welche 1986 von Dieter Stein gegründet wurde. Mittlerweile beträgt die Auflage knapp 36.000 Exemplare. Sie selbst verortet die Zeitschrift im Bereich des Konservatismus und zählt „Nation“, „Freiheitlichkeit“, „Konservatismus“ und „Christentum“ zu ihren Grundwerten. Dabei wirkt die Junge Freiheit als Schnittstelle zwischen Konservatismus und Neonazismus. Inhaltlich beschäftigt sich die Zeitung mit aktuell politischen Themen wie Asyl und Migration, Geschlechterpolitik und Erinnerungspolitik – alles natürlich aus einer dezidiert rechten Perspektive.

Verlag Antaios

ANTAIOS wurde 2000 gegründet und verlegte bisher nach eigenen Angaben mehr als 150 Bücher. Darunter finden sich „Kontrakultur“ von Mario Müller, „Identitär“ von Martin Sellner sowie „Das Schlachten hat begonnen“ von Akif Pirinçci. „Beim Blick auf die Autorenliste wird deutlich: Zum einen bietet man einen Kanon wichtiger Werke der Vordenker der Neuen Rechten an, wie etwa von Armin Mohler, dem Erfinder der „Konservativen Revolution“. Zum anderen schafft der Verlag für aktuelle neurechte Akteure die Möglichkeit, ihre Bücher zu veröffentlichen.“ (BELLTOWER) ■

Das vollständige Dossier findet sich unter www.chronikle.org/dossier/rechte-verlage-veranstaltungen-leipziger-buchmesse

ARGUMENTED IRREALITY

Hass und Hetze im Netz

von chronik.LE

Das Internet strukturiert das gesellschaftliche Leben ungemein – als Netzwerk der Freiheit gedacht, entwickelte es sich auch zu einem Ort des Hasses und der Verachtung. Schon früh diente es einer radikalen Rechten als zentraler Vernetzungs- und Agitationsraum. Dabei sind das Internet und die Kommunikation im Netz nicht nur Spiegelbild der rassistischen und diskriminierenden Einstellungen und Haltungen in der Gesellschaft – vielmehr lässt sich eine starke Wechselwirkung zwischen „virtuellen“ Diskursen und „realen“ Handlungen beobachten.

[1] Chronik.LE vom 14. 7. 2018: Razzia bei 68-Jährigem in Bad Dübener wegen Hasskommentaren im Internet

[2] PRIF-Report 10/2018: Die Rolle des Internets und Sozialer Medien für Radikalisierung und Deradikalisierung.

[3] New York Times vom 7. 10. 2018: As German Seeks News, Youtube Delivers Far-Right Tirades.

[4] Antifaschistisches Infoblatt 102 1/2014: Strategie: Extrem rechte Bürgerinitiativen.

Im Juni 2018 kommt es in Bad Dübener (Landkreis Leipzig) im Rahmen einer bundesweiten Razzia gegen „Hasspostings im Internet“ zu einer Hausdurchsuchung.^[1] Bei einem 68-jährigen Mann werden zwei Computer und andere Speichermedien beschlagnahmt. Laut Landeskriminalamt Sachsen wird er beschuldigt, „auf einer Internetseite mit rechtsextremistischen Inhalten verbotene Kennzeichen unter einem Pseudonym veröffentlicht“ und sich damit wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB) strafbar gemacht zu haben. Rechte benutzen das Internet schon lange Zeit für ihre Aktivitäten. Bereits 1985 – fünf Jahre, bevor der Begriff „World Wide Web“ überhaupt erfunden wurde – etablierten Neonazis in den USA die White Aryan Resistance Platform, eine digitale Pinnwand, um Neuigkeiten zu teilen, Rekrutierung zu vereinfachen und Lehrmaterialien zu verbreiten.^[2] Die Kommunikation im Netz ist jedoch nicht nur Spiegelbild der rassistischen und diskriminierenden Einstellungen in der Gesellschaft. Sie bietet sich auch als Verstärkerraum an und immunisiert gegen Kritik von außen.

Im Internet nichts Neues?

Mit dem Aufkommen und der massiven Verbreitung der sozialen Medien – Facebook, Twitter, Instagram, YouTube – hat auch die Rechte diese als wesentliches Kampffeld für sich entdeckt und erschlossen. Fanden sich rassistische Inhalte, Bezüge zum Nationalsozialismus, antisemitische Anfeindungen und Mordaufrufe Anfang der zweitausender Jahre meist nur in (geheimen) szenetypischen Foren wieder, posiert im Jahr 2018 der

Neonazi von nebenan mit einer Schwarzen Sonne im Profilbild auf Facebook, bedroht unter dem Hashtag #metoo andere Menschen auf Twitter und lädt auf YouTube ein Video mit antisemitischen Verschwörungstheorien hoch. Während das Netz früher eher Rückzugsraum und gesellschaftlicher Hardliner war, finden rechte Hetzer heute in den sozialen Medien einen idealen Resonanzraum für ihre menschenverachtenden Inhalte.

Gerade im Zuge der massiven Zunahme rassistischer Demonstrationen und Gewalt gegen die Unterbringung von Geflüchteten ab dem Jahr 2013 spielten die sozialen Medien eine zentrale Rolle. Von der NPD-Kampagne „Nein zum Heim“ inspiriert,^[4] gründeten neonazistische Akteure zahlreiche Facebook-Seiten, sobald es auch nur das kleinste Gerücht über eine geplante Unterbringung von Geflüchteten im Ort gab. Die oft sprunghafte Zunahme der Zustimmung um mehrere tausend Likes lässt zudem auf den Einsatz von Bot-Netzwerken schließen. Geteilt wurden hier meist Zeitungsartikel oder Gerüchte, die zum Beispiel Gewalt durch Geflüchtete zum Thema haben. Neben der Vermittlung rassistischer Inhalte und Gerüchte dienen solche Facebook-Seiten auch der unmittelbaren Vernetzung und Mobilisierung vor Ort. Wenn der Fußballtrainer des ortsansässigen Vereins schon Mitglied ist, Bekannte und MitarbeiterInnen bereits zustimmende Kommentare unter einem menschenverachtenden Beitrag gesetzt haben oder die FreundInnen signalisieren, an der nächsten Versammlung gegen die Unterkunft teilzunehmen, dann fallen zivilisierende Standards schnell. Aufseiten rechter Akteure wird den NutzerInnen ständig suggeriert, sie sind mit ihrer Meinung nicht allein und viele unterstützen ihre Anliegen – sie werden zu Echokammern des Hasses. Für die Verbreitung von menschenverachtenden Einstellungen, Verschwörungstheorien und rechter Ideologie nimmt das Internet eine zentrale Rolle ein. Beinahe jede rechte Organisation und ihre Kader besitzen mittlerweile mindestens einen Facebook-, Twitter-, Instagram- oder YouTube-Account. Die Bandbreite reicht dabei von Low-Budget-Handyvideos bis zu professionellen Websites, wie des neurechten Netzwerks EINPROZENT.

Von Handyvideos, Vlogs und Medienkampagnen

Dabei ist die Reichweite einiger Seiten beachtlich. Die PEGIDA-Facebook-Seite hat aktuell 56.638 Likes (Stand September 2018), einzelne Kader der sogenannten IDENTITÄREN BEWEGUNG haben knapp 60.000 AbonnentInnen auf YouTube. Auf Parteebene hat die AfD mit 312.000 mit Abstand die meisten Likes. Hinzu kommen unzählige Einzelpersonen mit einzelnen oder mehreren Accounts, die in den sozialen Netzwerken und in Kommentarspalten von Onlinezeitschriften (so auch der LVZ) ihren Hass abladen. Gab es früher Leser_innenbriefe, die von Zeitungsredaktionen vor der Veröffentlichung begutachtet wurden, bringt die Onlinemedienlandschaft Hass, Fake News und Verschwörungsideologien der rechten Trolle ungefiltert unter die Menschen. Sie dominieren damit teilweise die Debattenkultur und tragen weiter zu einer Entzivilisierung des Diskurses bei. Einige Redaktionen haben daher die Kommentarfunktionen (temporär) abgeschaltet oder versuchen, in den sozialen Medien zu moderieren.

Die unzivilisierte Like-Industrie

Nicht zuletzt hilft auch die Aufmerksamkeitsökonomie der sozialen Medienkanäle bei der Verbreitung von Hassbotschaften. Für die Algorithmen der Anbieter steht im Vordergrund, die NutzerInnen möglichst lange und beständig zu unterhalten. Daher werden ihnen Videos, Posts oder Gruppen empfohlen, die viel Aufmerksamkeit erhalten – ob hierbei radikale rechte Inhalte verbreitet werden, wird meist nicht beachtet. Beispielsweise konnte für den Anbieter Youtube belegt werden, dass dessen Algorithmen nach den rassistischen Hetzjagden in Chemnitz im August 2018 häufiger Videos mit verschwörungstheoretischen und rassistischen Inhalten empfahlen als seriöse Quellen.^[3]

Die Entzivilisierung des Diskurses ist auch unmittelbar mit der Gewalt auf der Straße verknüpft. Eine Studie konnte zeigen, dass in Gemeinden, wo sehr viele NutzerInnen auf der AfD-Facebook-Seite aktiv sind, viermal so viele Angriffe auf Geflüchtete passieren wie in Gemeinden ohne intensive Nutzung der AfD-Facebook-Seite. In Wochen, in denen be-

sonders viele rassistische Kommentare auf der lokalen AfD-Facebook-Seite gepostet wurden, stieg auch die Zahl der Angriffe (Brandstiftungen, Übergriffe, Sachbeschädigung) auf Geflüchtete und ihre Unterbringung.^[5] Für das Verbreiten rassistischer Vorstellungen und damit auch Gewalthandlungen spielen rechte Resonanzräume eine nicht zu unterschätzende Rolle. Für die Verfestigung einer rassistischen Hegemonie auf der Straße sind darüber hinaus aber auch andere Faktoren entscheidend – wie das Agieren einer etablierten Neonaziszene, eine ausbleibende oder inkonsequente Positionierung der politischen Verantwortlichen und eine geringe Ausbreitung einer demokratischen Zivilgesellschaft.

Das Richtige tun?

Jedoch ist auch die Gegenwehr einer demokratischen Zivilgesellschaft nicht vor strategischen Fehlern gewappnet. So besteht eine wesentliche Strategie der aktivistischen und parlamentarischen Neuen Rechten darin, die ihnen entgegengebrachte Kritik in einstudierten und medial aufbereiteten Bildern online auszuschlachten. „Reale“ Kraftverhältnisse und Ereignisse wie auf der Leipziger Buchmesse oder die Stichhaltigkeit von Argumenten in parlamentarischen Auseinandersetzungen spielen dafür nahezu keine Rolle.^[6] Der Manipulation sind im Resonanzraum Internet keine Grenzen gesetzt.

Was tun? Das Sperren rassistischer Social-Media-Kanäle – wie jüngst geschehen bei der Identitären Bewegung und ihrer Kader – kann zwar punktuell zu einer Schwächung der Aktivitäten führen, lassen sie aber nicht verschwinden.

Der Kampf gegen rechte Raumgewinne sollte nicht auf der falschen Unterscheidung zwischen virtuellem und realem Raum beruhen. Vielmehr müssen die Verschränkung der Online- und Offlineaktivitäten der radikalen Rechten und ihre gegenseitigen Verstärkereffekte verstanden werden. Dabei ist das Zurückdrängen ihrer Aktivitäten als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen. Beobachten und Dokumentieren, genauso wie eine Intervention auf allen Ebenen online als auch offline ist notwendig. ■

[5] Belltower News vom 14. 12. 2017: Studie: Mehr Hasskommentare führen zu mehr Gewalt.

[6] Siehe in dieser Ausgabe PRISMA Buchmesse 2017: Von rechten Diskursfallen und linken Interventionen, S. 82 und Peter Bescherer Ein rechtes Placebo, S. 66.

10 Jahre chronik.LE

Grußwort von **Monika Lazar, MdB, Die Grünen**

Wie die Zeit vergeht! Toll, dass es chronik.LE gibt, ein kompaktes informatives Medium mit konkreten Beispielen aus der Region. Besten Dank für die kontinuierliche, so wichtige Arbeit!

Ich wünsche mir, dass es chronik.LE in 10 Jahren nicht mehr geben muss, weil es die geschilderten Vorfälle nicht mehr gibt. Aber höchstwahrscheinlich wird das ein frommer Wunsch bleiben, denn die Verhältnisse, die sind nicht so. Deshalb auch weiter viel Durchhaltevermögen, Engagement und vor allem die nötige Unterstützung!

Monika Lazar



Protest in der Leipziger Eisenbahnstraße gegen die Einrichtung polizeilicher Sonderkontrollzonen



05 KAPITEL

VERDRÄNGUNG UND AUSGRENZUNG

Der Zugang zu gesellschaftlichen Gütern wie Wohnraum, Bildung oder Kultur ist in unserer Gesellschaft sehr unterschiedlich verteilt. Prozesse der ökonomischen, sozialen und kulturellen Ein- und Ausgrenzung führen zu einer Marginalisierung Einzelner und auch ganzer gesellschaftlicher Gruppen. In diesem Kapitel werfen wir einen Blick auf aktuelle Verdrängungs- und Ausgrenzungstendenzen in Leipzig, die eine zwar wenig beachtete, aber dennoch weit verbreitete Form der Diskriminierung darstellen.

Zu Beginn des Kapitels widmen wir uns der Situation Wohnungsloser im Umfeld des Leipziger Hauptbahnhofes, deren Lebensumstände durch den Ab- und Umbau von Sitzgelegenheiten und Überdachungen, die Beschallung durch klassische Musik und die Privatisierung öffentlichen Raumes zunehmend erschwert werden. Doch nicht nur hier kommt es zu einer Verdrängung durch „sicherheitspolitische“ Maßnahmen. Auch der Leipziger Osten, ein von einem großen Anteil an ökonomisch Benachteiligten und Migrant_innen geprägter Stadtteil, ist seit langem Schwerpunkt polizeilicher Kontrollpraxis. Auf der als „gefährlichste Straße Deutschlands“ stigmatisierten Eisenbahnstraße und in den angrenzenden Gebieten ist seit Jahren eine Praxis des Racial Profiling zu beobachten. Es kommt hier zunehmend zu einer Überlagerung sozioökonomischer und rassistischer Ausgrenzung.

Diese Überlagerung zeigt sich auch in der prekären Situation von Geflüchteten auf dem Wohnungsmarkt. Zwar wurde durch zivilgesellschaftlichen Druck die sogenannte Wohnfähigkeitsprüfung durch die Stadt Leipzig abgeschafft. Dennoch sehen sich viele Menschen, die einen Schutzstatus erhalten und denen das Recht auf eine eigene Wohnung garantiert ist, durch den Mangel an bezahlbarem Wohnraum, praktische Probleme bei der Wohnraumsuche und rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt weiterhin gezwungen, in Sammelunterkünften zu leben und bleiben so von einem selbstbestimmten Wohnen ausgeschlossen. Dass rassistische Diskriminierung zudem zu einer ökonomischen Ausgrenzung und Benachteiligung führen kann, zeigt sich am Thema Antiziganismus, einem kulturalistischen und rassistischen Einstellungsmuster und Vorurteilskomplex. Die Ausgrenzung aufgrund antiziganistischer Stereotype lässt sich in Leipzig beispielsweise an der systematischen Benachteiligung junger Roma im Bildungssystem beobachten. ■

ÜBER DEN TELLERRAND: FÜR EIN RECHT AUF WOHNEN FÜR ALLE

Von Initiativkreis Menschen.Würdig

Leipzig als progressive Insel im ultrakonservativen bis rechten Sachsen? Nicht zuletzt die häufig prekäre Situation in der Stadt lebender Geflüchteter spricht eine andere Sprache. Seit 2012 engagiert sich der Initiativkreis: Menschen.Würdig (IKMW) für ein Recht auf selbstbestimmtes Wohnen asylsuchender Personen und anderer marginalisierter Gruppen vor Ort.

Das Recht auf Wohnen von Geflüchteten

Und das Engagement des IKMW trägt Früchte. Die „Wohnfähigkeitsprüfung“, ein repressives Instrument der Ordnungspolitik, mit dessen Hilfe Geflüchteten bescheinigt werden sollte, dass sie im Stande sind, in einer eigenen Wohnung zu leben, ist Geschichte! Ein vom IKMW in Zusammenarbeit mit dem ANTIDISKRIMINIERUNGSBÜRO SACHSEN E. V. (ADB) in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten vom BÜRO FÜR RECHT UND WISSENSCHAFT GbR^[1] zeigte, dass die Praxis gegen das Grundgesetz und die Sächsische Verfassung verstößt.^[2] In Reaktion auf das Gutachten entschied die Stadt Leipzig, die „Wohnfähigkeit“ Geflüchteter, zumindest offiziell, nicht mehr zu prüfen.

Daran, dass Geflüchtete im Asylverfahren erst einen Antrag stellen müssen, bevor sie wirklich selbstbestimmt wohnen dürfen, hat sich jedoch nichts geändert. Und mehr noch: Auch Menschen, die einen Schutzstatus erhalten und fortan durch das SGB II das Recht auf eine eigene Wohnung sowie finanzielle Unterstützung beim Begleichen der Unterkunftskosten haben, sehen sich durch den Mangel an bezahlbarem Wohnraum und praktische Probleme bei der Wohnraumsuche dazu gezwungen, weiter in Sammelunterkünften zu leben. Dies betrifft seit 2017 regelmäßig etwa 1.000 Personen.^[3]

Auch rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ist in Leipzig ein Problem. Dies zeigen die Ergebnisse eines vom ADB im Herbst 2016 durchgeführten Testings. In 60 % der Versuche, eine Wohnung anzumieten, konnte das ADB ein eindeutig diskriminierendes Verhalten nachweisen.^[4] Auch bei Leipziger Wohnungsgenossenschaften und der kommunalen WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFT LWB fehlt weiter die Sensibilität für die besonderen Bedarfe von Menschen mit Migrationsgeschichte. Seit Anfang 2017 führt die LWB für Geflüchtete eine spezielle Liste. Dieses Listenverfahren steht bei zahlreichen Unterstützungsinitiativen in der Kritik, weil es nicht

nur an Transparenz mangelt, sondern auch nur wenige Personen bekannt sind, die über dieses Vergabeverfahren tatsächlich eine Wohnung gefunden haben.

^[5] Aus „datenschutzrechtlichen Gründen“ werden die Daten der Wohnungsinteressierten bereits nach sechs Monaten wieder gelöscht.

Marginalisierte Menschen sind Verlierer_innen der steigenden Mieten

Der Leipziger Wohnungsmarkt wird enger. Vor allem Geringverdienende und Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, leiden unter dem Mangel an bezahlbaren Wohnungen in der Stadt. Seit 2017 gibt es vom Freistaat zwar endlich wieder Mittel für sozialen Wohnungsbau, bisher ist jedoch erst eine Handvoll belegungsgebundener Wohnungen entstanden. Das jährliche Finanzvolumen in Höhe von 20 Millionen Euro wird den Bedarf in der Stadt keineswegs decken. Zudem liegen die Mieten in vom Freistaat subventionierten Sozialwohnungen durchschnittlich fast 2 Euro über der vom Jobcenter festgelegten Mietgrenze von 4,79 bis 4,94 Euro pro Quadratmeter. Hinzu kommt, dass die mietpreisgebundenen Sozialwohnungen nach 15 Jahren zu marktüblichen Preisen vermietet werden können. Die momentane Förderpraxis für sozialen Wohnungsbau ist daher ungeeignet, notwendigen Wohnraum für die avisierten Zielgruppen zur Verfügung zu stellen.

Darum braucht es andere Wege. Mittlerweile stehen viele Leipziger Sammelunterkünfte für asylsuchende Personen leer. Die Kapazitäten wurden im Laufe der Jahre 2015 und 2016 enorm aufgestockt, aber ohne nachhaltiges Konzept. Im Juli 2018 verkündete der Leipziger Sozialbürgermeister Thomas Fabian, dass in den Leipziger Asylunterkünften etwa 1.400 Plätze unbelegt sind.^[6] Während einige dieser Kapazitäten als Reserve vorgehalten werden, müssen zahlreiche aus Seenot gerettete Geflüchtete an den Außengrenzen Europas ihrer Weiterreise harren. Einige Städte im europäischen SOLIDARITY CITIES-Netzwerk erklärten sich bereit, diese Menschen aufzunehmen. Leipzig ist Teil dieses Städtebundes, allerdings ist von der erklärten Solidarität außer auf dem Papier noch nichts zu sehen.

Schon im August 2018 forderte der IKMW daher, dass sich Leipzig einerseits zum „sicheren Hafen“ erklären und aus Seenot gerettete Menschen aufnehmen muss, und andererseits, dass die nur zum Teil genutzten oder leerstehenden Leipziger Sammelunterkünfte als Wohnhäuser umgenutzt werden. Doch dem versperrt sich die Stadt bislang.

[1] Das Büro für Recht und Wissenschaft GbR ist ein auf Antidiskriminierungsrecht spezialisiertes Team von Jurist_innen.

[2] Büro für Recht und Wissenschaft GbR (2017): Gutachten zur Rechtmäßigkeit der Sozialprognose für Bewohner*innen von Gemeinschaftsunterkünften der Stadt Leipzig, online abrufbar unter anderem beim Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V. unter www.adb-sachsen.de

[3] Stadt Leipzig (2018): Sachstand und weitere Planungen zur Unterbringung von Geflüchteten in der Zuständigkeit der Stadt Leipzig

[4] Antidiskriminierungsbüro Sachsen (2017): Rassistische Diskriminierung auf dem sächsischen Wohnungsmarkt.

[5] Antwort des Dezernats Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig auf eine Anfrage der Linksfraktion, 20. 3. 2018

Den Fokus erweitern

Statt Geflüchteten Teilhabe am städtischen Leben zu ermöglichen, sehen sich diese auch in Leipzig einer besonderen staatlichen Kontrolle und exkludierenden Praktiken ausgesetzt. Diese Erfahrungen teilen Geflüchtete mit anderen marginalisierten Gruppen. So erleben wohnungslose Personen, Personen in und nach psychischen Ausnahmesituationen, Jugendliche, die nicht mehr bei ihren Familien leben (können und/oder wollen), sondern temporär in kommunalen Einrichtungen, Personen nach Gefängnisaufenthalt und Menschen mit zugeschriebenen Behinderungen, ebenfalls die Kontrolle weiter Bereiche ihres Lebens. Ein gesellschaftlich konstruiertes „Wohlverhalten“ muss durch „Maßnahmen“ antrainiert werden, bevor von der zuständigen Sozialbürokratie die eigene Wohnung als ein zentraler Pfeiler eines selbstbestimmten Lebens zugestanden wird. Zusätzlich haben sie auf dem Wohnungsmarkt kaum Chancen und werden mit anderen marginalisierten Gruppen in Konkurrenz um raren, sozial angemessenen Wohnraum gesetzt.

Ein Umdenken ist also notwendig! Für jede der genannten Gruppen gibt es Hilfsstrukturen. In ihrer Unterstützungsarbeit aufgerufen, arbeiten diese jedoch häufig aneinander vorbei und übersehen dabei die sich überschneidenden Bedürfnisse wie Diskriminierungen ihrer Zielgruppen. Personen, die wohnungslos sind, können sich auch in psychischen Ausnahmesituationen befinden. Geflüchtete können wohnungslos sein. Jugendliche können nach einem Gefängnisaufenthalt wohnungslos geworden sein und dadurch in eine psychische Ausnahmesituation geraten. Wichtig bei dieser (intersektionalen) Betrachtungsweise ist, dass sich „Eigenschaften“ von Personen nicht einfach nur addieren, sondern für jede Person eine besondere Situation darstellen, die Beachtung finden muss.

Für alle gilt aber eigentlich uneingeschränkt die Allgemeine Menschenrechtserklärung. In deren Artikeln 22 bis 27 sind die sozialen Menschenrechte beschrieben. Diese beinhalten auch das Recht auf Wohnen, inhaltlich konkretisiert durch die Allgemeinen Kommentare des UN-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und die Berichte der UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Wohnen. Das Menschenrecht auf Wohnen fordert die hinreichende Verfügbarkeit und den Schutz angemessenen Wohnraums, einen offenen, diskriminierungsfreien und bezahlbaren Zugang zu Wohnraum sowie eine menschenwürdige Wohnqualität und Wohnlage.

Vor diesem Hintergrund ist auch ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) aus dem Jahr 2017 zu lesen.

Der BGH argumentiert, dass wenn eine „heimtypische Organisationsstruktur an die Stelle der Eigen-gestaltung der Haushaltsführung und des häuslichen Wirkungskreises tritt“, auch nicht von „Wohnen“ die Rede sein könne.^[7] Damit korrespondiert die Regelung zur „unfreiwilligen Obdachlosigkeit“. Wohnungslose werden „untergebracht“, nicht etwa um ihr Menschenrecht auf Wohnen verwirklichen zu können, sondern um eine Störung der öffentlichen Sicherheit abzuwenden. Dies fällt, egal ob für Asylsuchende oder nicht, in Deutschland nämlich ins Gefahrenabwehrrecht.

Das Recht auf (selbstbestimmtes) Wohnen ist ein unumstößliches soziales Menschenrecht

Der Verweis auf das – verbrieft! – Menschenrecht auf Wohnen darf kein Lippenbekenntnis sein. Hilfreich wäre einerseits, dieses Recht im Grundgesetz zu verankern und es damit direkt einklagbar zu machen. Auf der praktischen Ebene wird auch hierzulande immer stärker das Modell des „Housing first“ diskutiert, mit dem die institutionalisierte Spirale der Belohnung des „Wohlverhaltens“ umgedreht wird. Die Betroffenen bekommen eine Wohnung, ohne Voraussetzungen erfüllen zu müssen (etwa Abstinenz oder Erwerbsarbeit) sowie die notwendige individuelle Unterstützung, beispielsweise durch aufsuchende soziale Betreuung, an die Hand, um ihr Leben selbstbestimmt führen zu können.

Dieses Paradigma hat längst Eingang in die Fachdiskussionen in Leipzig gefunden und harrt der politischen Umsetzung. „Housing first“ stand wie das Menschenrecht auf Wohnen auch im Mittelpunkt eines Fachgesprächs des IKMW im Mai 2018. Ziel dessen war es, die vielfältigen Kämpfe für ein Recht auf Wohnen miteinander zu verbinden. Neben der Vernetzung von Akteur_innen aus der Geflüchtetenhilfe, der Unterstützung für JVA-Entlassene, der Drogenhilfe, der aufsuchenden Sozialarbeit, der Antidiskriminierungsarbeit und der Wohnungslosenhilfe wurden im Gespräch Schritte erarbeitet, wie gemeinsam weitergekämpft werden kann. Und dieser Kampf wird akuter denn je und muss sich nicht nur gegen die privatwirtschaftliche Verwaltung des Gemeinguts des Wohnens, sondern auch gegen das behördliche Paradigma von Kontrolle und Wohlverhalten richten. ■

Der Initiativkreis: Menschen.Würdig hat sich 2012 im Zuge der Debatte um das Unterbringungskonzept der Stadt Leipzig gegründet. Seine Vorläufer gehen ins Jahr 2009 zurück. Der IKMW kämpft für gleiche Rechte von Geflüchteten und engagiert sich besonders für selbstbestimmtes Wohnen.
www.menschen-wuerdig.org

[6] Mathias Orbeck (2018): Asylbewerberheime – Leipzig hat 1400 freie Plätze als Reserve, LVZ Online vom 23. 7. 2018

[7] Der Bundesgerichtshof (2017): Nutzung einer Teileigentumseinheit als Flüchtlingsunterkunft. Mitteilung der Pressestelle Nr. 167/2017. Urteil vom 27. Oktober 2017 – V ZR 193/16.

ZUR SITUATION VON OBDACHLOSEN AM LEIPZIGER HAUPTBAHNHOF

von Willie Wildgrube

[1] Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG-W) zählt mehr als 500 Tötungsdelikte gegen Obdachlose seit 1989, davon 237 durch TäterInnen, die selbst nicht wohnungs- oder obdachlos waren.

[2] In der DDR gab es trotz größter Schwierigkeiten bei der Wohnraumversorgung keine Obdachlosigkeit. Einerseits gab es ein verfassungsmäßiges Recht auf Wohnraum (Art. 34), andererseits wurde die „Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten“ im § 249 StGB der DDR unter Strafe gestellt.

[3] In diesem Text wird vereinfachend von Obdachlosen gesprochen. Zur Vertiefung wird auf die divergierenden Definitionen „Wohnungsnotfälle“ von BAG-W und die ETHOS-Typologie des Europäischen Dachverbandes der Wohnungslosenhilfe (FEANTSA) verwiesen.

[4] Vgl. Leipziger Kamera (Hrsg.): Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung, Unrast Verlag 2009.

[5] Kleine Anfrage im Sächsischen Landtag Drs.-Nr.: 6/13749; Visualisierung bei Google Maps: <http://bit.ly/gefahrlicheorte>.

Diskriminierung gegen obdachlose Menschen ist ein kaum wahrgenommenes Problem, häufig wird sie nur für die Betroffenen sichtbar. Allein Fälle, in denen sie angegriffen oder ermordet werden, finden öffentliche Beachtung.^[1] Da sie dennoch allgegenwärtig ist, wurde die Abwertung von Obdachlosen als Indikator in den Studien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit herangezogen. Dieser Text betrachtet die Situation Obdachloser im Umfeld des Leipziger Hauptbahnhofes.

Raum

Der Hauptbahnhof Leipzig und der Willy-Brandt-Platz sind seit der Wiedervereinigung sichtbar von Obdachlosen geprägt.^[2] Es gibt viele Motivationen, den Ort regelmäßig aufzusuchen. Reisende wechseln sich ab mit denen, die das Einkaufszentrum im Hauptbahnhof oder die nahe Innenstadt besuchen. Andere steigen im öffentlichen Nah- oder Regionalverkehr täglich um. Hier ist urbane Infrastruktur konzentriert: von Konsumeinrichtungen und (kostenpflichtigen) Toiletten über den Knotenpunkt der Leipziger Verkehrsbetriebe bis hin zu sozialen Hilfeangeboten und der eigenen (Bundes-)Polizeidienststelle.

Die Vielzahl an möglichen Kontakten erhöht die Chance, in prekären Lebenslagen Unterstützung zu finden, sei es innerhalb der eigenen Szene oder durch Flaschensammeln, Betteln und Kleinkunst. Auch Bagatelldelikte wie Laden- und Fahrraddiebstahl spielen eine Rolle beim Zugang zu ökonomischen Ressourcen.

Die Protagonist_innen erleben anders als beispielsweise an einem Park oder Supermarkt in den Stadtteilen physisch wahrgenommen zu werden – eher störend, wenn sie in Eingangsbereichen durch ihre pure Anwesenheit schnelle Zuwege behindern, aber durchaus auch positiv, wenn das Betteln mit witzigen Aktionen ausgestaltet wird.

Gruppen

Der beständigste Teil sind „echte“ Obdachlose,^[3] die im Freien oder im Abriss schlafen, häufig im Alter deutlich über 30 Jahre. Ein Teil dieser Menschen hat den Hauptbahnhof zum Lebensmittelpunkt gemacht. Sie leben im direkten Umfeld und schlafen zumeist in auffälligen Baracken auf dem Bahngelände unter menschenunwürdigen Bedingungen.

Sie halten sich täglich am Hauptbahnhof auf, um ihren Lebensunterhalt irgendwie zu bestreiten. Die Verbindlichkeiten des Behördenschlingens verwehren ihnen den Zugang zu Sozialleistungen (Arbeitslosen-, Sozialgeld, Rente).

Daneben existiert eine fluktuierende Gruppe eher junger Menschen, die sich der Punkszene zurechnen. Erst mit dem verschärften Wohnungsmarkt hat sich hier Wohnungslosigkeit als häufig bestehende Notlage eingestellt. Es wird zum Teil auf engstem Raum in Wohngemeinschaften gewohnt, zum Teil mit (rechtswidrigen) Pachtverträgen in Kleingartenanlagen, vereinzelt auch auf Wagenplätzen.

Die am wenigsten sichtbare Gruppe sind EU-Bürger_innen ohne jeglichen Leistungsanspruch. Sie waren für eine Arbeitsgelegenheit nach Leipzig gekommen und sind danach hiergeblieben. Mit dem sogenannten EU-Bürger-Ausschlussgesetz werden seit Ende 2016 Transferleistungen komplett unterbunden. Die Würde des Menschen im Grundgesetz wurde auf ein Überbrückungsgeld (180 Euro) sowie eine Fahrkarte (Darlehen) in den Heimatort eingedampft.

Überwachung

Die Videoüberwachung hat ein Höchstmaß angenommen. Der Leipziger Hauptbahnhof war 1996 bundesweit der erste Ort mit öffentlicher Überwachung. In den Eingangsbereichen hängen mehrere hochauflösende Domkameras. Der gesamte Willy-Brandt-Platz wird durch weitere abgefilmt. Eine Initiative zählte schon im Jahr 2003 186 Kameras am Hauptbahnhof.^[4]

Anders als häufig wahrgenommen hat der ständige Eingriff in die Privatsphäre keine direkte Auswirkung auf die Betroffenen. Die Menschen, die sich hier häufig aufhalten, haben sich damit abgefunden. Von Einzelnen wird gar eine gewisse Schutzwirkung gegen Übergriffe formuliert.

Derzeit gehören mit vier weiteren Gebieten in Leipzig der Hauptbahnhof, Willy-Brandt-Platz sowie der nahe Schwanenteich zu „gefährlichen Orten“ nach dem Sächsischen Polizeigesetz.^[5] Hier können verdachtsunabhängige Personenkontrollen durchgeführt werden. Das polizeiliche Instrument wird ausgiebig genutzt.

Verdrängung

Bei einem großflächigen Umbau des Willy-Brandt-Platzes verschwanden 2013 neben einigen Sitzgelegenheiten vor allem die Überdachung an der (alten) Unterführung zum Hauptbahnhof, wo sich bis dahin vor allem Jüngere aufgehalten hatten. Im Endeffekt vermischten sich die bis dahin eher konträr stehenden Szenen stärker. Das „Problem“ wurde am Eingang zur Westhalle sozusagen komprimiert. Die Betroffenen am Hauptbahnhof verhalten sich nicht rechtswidrig, wenn sie sich dort aufhalten. Gemäß § 4 der Leipziger Polizeiverordnung ist ausschließlich „aggressives“ Betteln verboten. Das Lagern im öffentlichen Raum ist gemäß § 2 ebenfalls nicht zulässig. Die Stadt Leipzig könnte Obdachlose auch gegen deren Willen in Notunterkünften unterbringen. Erfreulicherweise entspricht das nicht den Vorstellungen der Stadtverwaltung.

Da damit Ermächtigungen für Platzverweise gegen die unliebsame Szene fehlen oder nicht genutzt werden, wurde im März 2018 eine Vereinbarung getroffen, die den bislang öffentlichen Raum unter den Dächern der Eingangsbereiche in die private Hand der Deutschen Bahn überträgt.^[6] Damit gilt nun das Hausrecht der Bahn unter den Vordächern, nach dem zum Beispiel jedes Betteln, Sitzen auf dem Boden oder übermäßiger Alkoholkonsum untersagt sind. Das hat erste Auswirkungen: Nach verstärkten Einsätzen der Security sind die Eingangsbereiche häufiger leer anzutreffen. Betroffene berichten von Hausverboten für ein volles Jahr, weil sie auf dem Boden gesessen hatten.

Zusätzlich wird bezahlbarer Wohnraum in der im bundesweiten Vergleich prozentual am stärksten wachsenden Stadt knapp. Entsprechend wird die zuerst beschriebene Gruppe größer. Immer häufiger schlafen Obdachlose ungeschützt im öffentlichen Raum. Damit sind sie Übergriffen, aber auch dem Wetter ausgesetzt.

Die Verdrängung Obdachloser findet auch subtil statt, indem etwa Sitzbänke mit Mittellehnen ausgerüstet werden. Seit Juni 2017 werden die Eingänge mit lauter klassischer Musik beschallt. Müllimer werden überdacht, um ein Durchsuchen zu verhindern. Gebüsch wird zurückgeschnitten, um keinen Sichtschutz zu bieten. Viele Banken haben die Zugänglichkeit ihrer Räume mit Geldautomaten nachts eingeschränkt, um Obdachlose fernzuhalten.

Wohnen

Der großflächige Rückbau der Bahnanlagen nordwestlich hinter dem Hauptbahnhof hat zwei große Flächen für Wohnungsbau geschaffen. Allerdings ist der südliche Teil bereits bewohnt. Seit mindestens 2015 wohnen hier etwa 50 Menschen, die anderswo



Schlafen geht hier nur im Sitzen

keinerlei Bleibe finden.^[7] Zusätzlich wird ein verfallenes Bahngelände direkt neben der Westseite seit 2016 immer wieder als geschützter Wohnraum genutzt.

Ab Beginn der Bauvorbereitungen wird hier ein akutes Problem für die Menschen entstehen, die dort in gewissem Maße selbstbestimmt leben. Eine öffentliche Wahrnehmung dafür besteht kaum. Die Leidensgemeinschaft dieser Menschen, die sich seit Jahren in der Obdachlosigkeit eingerichtet haben, erscheint vielen fremdartig und kontrovers zu eigenen Ansprüchen. Für nicht wenige der Betroffenen ist eine eigene Wohnung irgendwo im Mietshaus mit ihren Verbindlichkeiten keine realistische Option (mehr).

Ausblick

Die Anzahl der Beschäftigten in aufsuchenden Hilfeangeboten (Streetwork) wurde seit 2014 merklich erhöht, unter anderem mit einer EU-Förderung „für die am stärksten benachteiligten Personen in Deutschland“. Seitens der Verwaltung gibt es konstruktive Bestrebungen, die Situation am Hauptbahnhof zu verändern. Zuletzt fand im Mai eine Strategiekonferenz zur Wohnungsnotfallhilfe in Leipzig statt. Hier war neben Politik, Verwaltung und Hilfeinrichtungen auch eine Vielzahl Betroffener vertreten. Der Bebauungsplan für das Gelände der genannten Brachen am ehemaligen Thüringer Bahnhof sieht zum ersten Mal eine Ausweisung als urbanes Gebiet vor, das ausdrücklich auch soziale, kulturelle und andere Einrichtungen einbezieht.^[8] Gemeinsame Anstrengungen einer aktiven Stadtgesellschaft und von Betroffenen könnten hier im Zusammenwirken mit der Verwaltung neue Wohnformen entwickeln. ■

Willie Wildgrube ist Vorstand im Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e. V.

[6] Beschluss des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig VI-DS-05273.

[7] Kreuzer Online vom 8. 7. 2018: „Das ist ein bescheuertes System“.

[8] Vorlage im Stadtrat (Beschlussfassung) VI-DS-05656.



ANTIZIGA... WAS?

von Alexandra Sobotta

In der „Mitte“-Studie der Uni Leipzig werden alle zwei Jahre verschiedene Fragen zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Abwertung sozialer Gruppen gestellt. Aussagen wie „Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.“ haben hier in den letzten Jahren immer mehr an Zustimmung gewonnen, sodass mit Anspannung und Angst die neuen Ergebnisse abgewartet werden.^[1]

Als dahinterliegendes Phänomen wird Antiziganismus benannt – ein allerdings weitestgehend unbekannter und mit diffusen Vorstellungen verknüpfter Begriff.^[2] Da verwundert es kaum, dass „Was genau ist das denn?“ eine der ersten Fragen ist, die aufkommt, will man über das Thema sprechen. Zeit also aufzuräumen ... zumindest ein bisschen!

Ein Wort ...

Eine der Vorstellungen, die oft auftauchen, bezieht sich auf ein Verständnis von Antiziganismus als Anti-Ziganismus im Sinne einer Diskriminierung von „Zigeunern“ (Z-Wort, <Zi.>).^[3] Unter Bezugnahmen auf romantisierende Klischees, Disneyfilme und andere mediale Darstellungen wird die rassistische Fremdbezeichnung <Zi.> verklärt. Die mit dem Begriff verknüpften Inhalte werden dabei allerdings verkannt bzw. unbewusst mitgedacht und als legitim wahrgenommen. So hält eben jenes Wort seit dem Mittelalter als Bezeichnung für Menschen her, die sprachlich aus der Mehrheitsbevölkerung ausgeschlossen werden sollten und wurden: „Mit der Konstruktion ‚Zigeuner‘ konnte jetzt alles, was als ‚unbotmäßig‘ und ‚frevelhaft‘ angesehen wurde, exemplarisch stigmatisiert und verfolgt werden.“^[4] Der Bezeichnung wohnen also Bilder und Stereotype des „Nomadentums“, „Betteln“ und anderes inne, die sich über die Jahrhunderte entwickelten und Legitimation von Diskriminierungen dar-

stellten.^[5] Dies trifft auch dann zu, wenn der Begriff in vermeintlich positiver Manier verwendet wird.^[6] Auch hier finden Zuschreibungen von (Gruppen-) Merkmalen statt, die als unveränderlich und identitätsstiftend festgeschrieben werden. Hinzu kommt, dass Menschen unter diesem Wort von den NationalsozialistInnen verfolgt und ermordet wurden. So beschreibt das Z-Wort keine real existierenden Personen in neutraler Weise, sondern ist vielmehr eine soziale Kategorie der Ausgrenzung und Verfolgung.

Ein Dilemma ...

Nun ergibt sich aber ein Dilemma: Wenn <Zi.> ein Ausdruck rassistischer Einstellungen und eine soziale Kategorie ist, der keine realen Personen beschreibt, wer ist denn dann betroffen und sollte man überhaupt von Antiziganismus sprechen? Hier streitet sich auch die Wissenschaft – (re-)produziert der Wortbaustein „zigan“ die rassistische Fremdbezeichnung und ist dann nicht auch der Begriff Antiziganismus beleidigend und verletzend? Ist die Verwendung alternativer Begriffe längst überfällig und angebracht?

Und nun?

Natürlich muss vor diesem Hintergrund Antiziganismus als Begriff stets reflektiert und unter dem Vorzeichen einer kritischen Betrachtung verwendet werden – denn Fakt ist, dass sich Menschen durch den Baustein „zigan“ beleidigt fühlen können. Problematisch ist allerdings, dass es bisherige Alternativvorschläge, die versuchen, ohne den Baustein auszukommen, eben nicht leisten, den Fokus auf den projektiven Charakter des Antiziganismus zu legen: So sind meist Sinti_ze und Rom_nja, aber auch andere durch die Mehrheitsgesellschaft Stigmatisierte^[7] betroffen. Allen gemein ist, dass sie der Fremdbezeichnung und sprachlichen Diskriminierung <Zi.> zum Opfer fallen. Die Eigenbezeich-

Spruchbänder der RB-Fangruppierung Red Aces gegen Antiziganistische Schmähesänge am #RomaDay

[1] Vgl. Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Hrsg., 2016): Die enthemmte Mitte – Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Gießen, 2. Auflage, S. 50.

[2] Vgl. Markus End (2011): Bilder und Sinnstrukturen des Antiziganismus. in: Bundeszentrale für politische Bildung, Sinti und Roma; Zeitschrift: Aus Politik und Zeitgeschichte 22–23/2011. 30. 5. 2011, S. 15–21.

[3] Das Z-Wort ist eine essentialistisch-rassistisch motivierte Fremdbezeichnung. Deshalb wird hier auf „Z-Wort“ oder <Zi.> zurückgegriffen.

[4] Änneke Winkel (2002): Antiziganismus. Rassismus gegen Sinti und Roma im vereinigten Deutschland. Münster, S. 18.



photo: Raerballisten e.V.

nungen der Betroffenen ist dabei ebenso irrelevant wie ihre Unterschiedlichkeit und Individualität – Menschen werden homogenisiert und auf das „Zigeunerische“, auf <Zi.>-Bilder und Stereotype reduziert. So ist erst eine konstruierte, homogenisierte und als „fremd“ definierte Gruppe betroffen. Antiziganismus ist also kein Gegenpart zu einem wie auch immer gemeinten „Ziganismus“. Vielmehr ist der Wortbaustein „zigan“ ein Zitat der rassistischen Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft.^[8] Die Idee dahinter ist es, ein Umlenken auf die zuschreibende Mehrheitsgesellschaft zu erreichen, sodass Antiziganismus als Problemzusammenhang nicht nur einen Teil der Gesellschaft betrifft, sondern in seiner spezifischen Erscheinung und seinem gesellschaftlich grundlegenden Charakter „alle angeht“. Somit ist unter Antiziganismus eine rassistische Form der Einstellung bzw. ein kulturalistisch-rassistischer Vorurteilskomplex zu verstehen. Rassistisch begründete Bilder, Vorurteile sowie gewaltförmige Praxen und diskriminierende Strukturen sind dabei Bestandteile des Antiziganismus und richten sich gegen als <Zi.> stigmatisierte Menschen. Nichtsdestotrotz bleibt nur eine Verwendung des Wortes Antiziganismus in kritischer Absicht, die Reflexion eigener Privilegien und gesellschaftlicher Positioniertheit. ■

Alexandra Sobotta ist Politikwissenschaftlerin, Pädagogin und viel im Rahmen politischer Bildungsarbeit mit unterschiedlichsten Zielgruppen aktiv.

[5] Alexandra Bartels (2013): Antiziganismus benennen. Zur sprachlichen Diskriminierung durch das ‚Zigeuner-Wort‘. in: Markus End, Katrin Herold, Yvonne Robel (Hrsg. 2013): Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse. Münster, 2. Auflage.

[6] So ist es nicht erst die Art, sondern bereits die Praxis der Zuschreibung selbst, die diskriminierend ist und Eigenbezeichnungen ignoriert.

[7] Meist werden Sinti_ze und Rom_nja, aber auch Irish travellers, Lavra oder andere Romanes sprechende Gruppen als <Zi.> stigmatisiert, die als natürlich behaupteten bürgerlich-gesellschaftlichen Normalitätsvorstellungen scheinbar oder tatsächlich widersprechen, wobei der Verstoß essentialistisch und rassistisch begründet wird.

[8] Markus End (2014): Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit. Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation. Heidelberg: Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma.

RASSISTISCHE DISKRIMINIERUNG IM LEIPZIGER OSTEN

Kriminalisierung nicht-weißer Menschen durch die Polizei und Stadt

von Sophie Perthus

Die Eisenbahnstraße im Leipziger Osten gilt seit Jahren als kriminellste Straße Deutschlands und ist ein Schwerpunkt polizeilicher Aktivitäten. Die polizeiliche Kontrollpraxis dort wird immer wieder – im Sinne eines racial profiling – als rassistisch kritisiert. Diese diskriminierenden Praktiken entspringen jedoch nicht aus dem Fehlverhalten von einzelnen Polizist_innen, sondern sind strukturell in den sozialen Verhältnisse angelegt. In dem nun auch Verantwortliche der Stadt Leipzig mehr und mehr den Einsatz der Polizei im Umgang mit sozialen Konflikten im Leipziger Osten präferieren, tragen diese zur Zuspitzung rassistischer Ausgrenzung bei.

Der Leipziger Osten wird zum kriminellen Raum

Der Leipziger Osten ist seit jeher ein sozioökonomisch benachteiligtes Stadtgebiet. Als einfaches Arbeiterwohnviertel Ende des 19. Jahrhundert errichtet, sorgt seine bauliche Vernachlässigung während der DDR und die anschließende sozioökonomischen Veränderungen durch die Angliederung der DDR an die BRD für seinen langsamen Leerzug. Als unattraktives Stadtgebiet wurden schon im Verlauf der 1990er Jahre Migrant_innen durch die Wohnungszuweisungspolitik der Stadt gezielt im Leipziger Osten angesiedelt^[1]. Der Leipziger Osten entwickelte sich so, vor allem aufgrund der geringen Mieten, zu einem innenstadtnahen Stadtteil mit großem Anteil an ökonomisch benachteiligter und zugleich nicht-weißer Bevölkerung. Parallel dazu verstärkte sich die Bedeutung der Innenstadt für die städtische Wirtschaft und den Konsum. Die offene Drogenszene, die sich in den 1990er Jahre dort gebildet hatte, wurde zum Ziel von Ordnungspolitik. Seit dem Jahr 1997 wird der Bahnhofsvorplatz polizeilich videoüberwacht. Ende der 1999er Jahre wird durch die Verschärfung des sächsischen Polizeigesetzes auch eine schärfere Praxis gegen diese unliebsame Szene möglich. Durch Kameras, Platzverweise und Aufenthaltsverbote wird die Drogenszene vom Bahnhof in die östlich an-

grenzende Eisenbahnstraße mit ihren leerstehenden Gebäuden und vielfältigen sozialen Probleme verdrängt. Der Leipziger Osten wird so durch die Polizeipraxis in der Innenstadt tatsächlich kriminalisiert und damit zum Ziel von Kriminalpolitik.

Die Praxis der Polizei im Leipziger Osten

Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit sind die Schlagworte des Stadterneuerungsprozess im Leipziger Osten. Die Polizei wird erst mit dem Aktionsbündnis „Sicherheit im Leipziger Osten“, das im Jahr 2007 gegründet wird, in politische Entscheidungen einbezogen. Schon im darauffolgenden Jahr ist ein verstärkt präventiver Einsatz der Polizei entlang der Eisenbahnstraße zu beobachten^[2].

Seit 2008 werden immer wieder Kontrollbereiche im Leipziger Osten mit unterschiedlicher räumlicher Ausdehnung beschlossen, die der Polizei nach §19, Abs. 1, Nr. 6 SächsPolG (bzw. §15, Abs. 1, Nr. 6 des Entwurfs des neuen SächsPVDG vom 18.09.2018) verdachtsunabhängige Kontrollen ermöglichen. Seit dem Jahr 2009 ist eine Videoüberwachungskamera an der Kreuzung Hermann-Liebmann/Eisenbahnstraße angebracht. Ab 2012 finden immer wieder Komplexkontrollen statt, bei denen die durch die kurzzeitige Einrichtung eines räumlich ausgedehnten Kontrollbereiches und den Einsatz einer großen Anzahl an Polizist_innen meistens nur aufenthaltsrechtliche Verstöße und kleinere Drogenfunde als Erfolg verkauft werden. Im Jahr 2014 wird ein Polizeiposten in der Eisenbahnstraße eröffnet, der mit seinen drei dort anwesenden Bürgerpolizist_innen den Schutz der Bürger besser gewährleisten soll.

Orte, an denen die Polizei verdachtsunabhängig kontrollieren kann, werden nicht fortlaufend bekannt gemacht, da dies dem Kontrollzweck entgegenlaufen würde. Es ist dennoch bekannt, dass Eisenbahnstraße und Mariannenstraße immer wieder als „Straßen von erheblicher Bedeutung für die grenzüberschreitende Kriminalität“ (§19, Abs. 1, Nr.

[1] vgl. dazu Kühl, Alicia (2010): Die Eisenbahnstraße Leipzig - vom Arbeiterquartier zum Migrantenviertel. Eine Analyse des soziostrukturellen Wandels von der Gründerzeit bis heute unter besonderer Berücksichtigung der DDR. Saarbrücken – VDM Verlag Dr. Müller.

[2] Auf dem Blog <http://unbedingt.blogspot.eu/> finden sich vielfältige Informationen zur Entwicklungen der Polizeipraxis im Leipziger Osten.

[3] mehr Informationen zu räumlichen Strategien in der Kriminalpolitik: Belina, Bernd (2011): Raum. Überwachung. Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung. Münster – Dampfboot.

5 SächsPolG, bzw. §15, Abs. 1, Nr. 5 des Entwurfs des SächsPVDG) geführt werden. Im Jahr 2017 wird außerdem bekannt, dass der westliche Bereich der Eisenbahnstraße bis Hermann-Liebmann-Straße als sog. gefährlicher Ort (§19 Abs. 1, Nr. 2 SächsPolG, bzw. §15, Abs. 1, Nr. 2 des Entwurfs des SächsPVDG) eingestuft wird. Im Jahr 2018 werden die Gebiete im Leipziger Osten auf den Stadtteilpark Rabet und den westlichen Bereich der Zweinaundorfer Straße bis Martinstraße und die angrenzenden Quer- und Parallelstraßen ausgedehnt. Es wird offensichtlich, dass die Polizei mind. seit 2008 eine Reihe von Instrumenten einsetzt, um Personen ohne Vorliegen einer konkreten Gefahr oder Straftat im Leipziger Osten zu kontrollieren.

Straßen oder Gebiete im Leipziger Osten sind dabei nicht selbst Gegenstand polizeilicher Praxis. Die gefährlichen Orte im Leipziger Osten werden als Mittel eingesetzt, um Individuen und Gruppen, die sich in den Räumen aufhalten, zu kontrollieren^[3]. Während man beim Begriff Prävention davon ausgehen könnte, dass diese darauf ausgerichtet ist, den Grund und die Motivation für kriminelles und abweichendes Verhalten in den Blick zu nehmen, zeigt sich in der Praxis, dass das Gegenteil der Fall ist (vgl. Infokasten). Denn vielmehr unterstellt die Polizei bestimmten Menschen ein kriminelles Wesen, dass sie an einem bestimmten Ort unterbinden will. Diesem Generalverdacht durch Lokalisierung sind zwar theoretisch alle Personen im Stadtteil ausgesetzt, praktisch findet jedoch eine Auswahl durch die Erfahrung der Polizist_innen statt. Angehörige der Mehrheitsgesellschaft, denen kein abweichendes Verhalten unterstellt wird, werden faktisch weniger Kontrollen unterzogen.

Dimensionen rassistischer Kontrollen

Die sichtbaren Minderheiten jedoch werden aufgrund ihrer äußeren Erscheinung zu Kontrollobjekten von Polizist_innen. Polizist_innen sind allein aufgrund ihrer Erfahrung berechtigt, darüber zu urteilen, wen sie anlass- und verdachtsunabhängig kontrollieren. Ziel der polizeilichen Kontrollen ist dabei immer auch die Migrationskontrolle im Inland. Kontrollen aufgrund der Hautfarbe ist der Polizei zwar nach Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz verboten. Aufgrund der Sondergesetzgebung für Nichtdeutsche ist es der Polizei jedoch gestattet, beim Verdacht auf das Vorliegen des Merkmals nichtdeutsch eine Personenkontrolle durchzuführen.^[4] Rassistische Polizeikontrollen sind Kontrollen, in denen



Die immer wieder geleugnete Polizeipraxis des Racial Profiling findet besonders häufig in der Eisenbahnstraße und am Leipziger Hauptbahnhof statt.

Menschen aufgrund ihres vermeintlich fremden Aussehens oder ihrer Herkunft zu einem Objekt polizeilicher Maßnahmen werden. Dazu heißt es von offizieller Stelle meist, dass es racial profiling nicht geben würde, weil es eine verfassungswidrige Diskriminierung ist.^[5] Rassistische Polizeikontrollen sind jedoch die Norm, da sie aus der Sondergesetzgebung für Nichtdeutsche folgt - vollkommen unabhängig davon ob irgendein_e Polizist_in sich (auch) von rassistischen Einstellungen leiten lässt.

Autoritäres Land vs. soziale Stadt

Im Verhältnis zur CDU-dominierten Landespolitik steht die Stadt Leipzig schon seit der Gründung des Freistaates in Opposition. Die Landespolitik hat immer wieder versucht, mit Hilfe des Apparates der Polizei in soziale und politische Konflikte in der Stadt Leipzig einzugreifen und dabei autoritäre Lösungen stark zu machen. Die Stadt Leipzig wirkte währenddessen mit den Instrumenten der Sozialpolitik auf Konflikte in der Stadt ein. Am Konflikt um die Drogenpolitik der Stadt zeigt sich dies anschaulich. Seit 1998 unterstützt die Stadt Leipzig den Verein der DrugScouts, der seine Hilfeleistung nicht an die Abstinenz von Konsument_innen knüpft. Die Landespolitik versuchte im Jahr 2011/2012 jedoch den akzeptierenden Ansatz der Stadt zu torpedieren.^[6] Dieser Angriff gipfelte darin, dass der damalige sächsische Polizeipräsident Bernd Merbitz verlautete, dass die Stadt Leipzig aufgrund ihrer „Wohlfühlstrategie für Junkis“ für das Anschwellen der Einbrüche selbst verantwortlich sei. Auch wenn die Polizei im Zuge der Auseinandersetzungen einen stimmberechtigten Platz im Drogenbeirat erkämpfen konnte, hielt die Stadt Leipzig dem Angriff weitgehend stand und an ihrer sozialpolitischen Linie fest.

[4] vgl. dazu akj-berlin (2013): Diskriminierende Kontrollen und Aufenthaltsgesetzgebung. In Bürgerrechte & Polizei/CILIP 104: 12-19.

[5] vgl. dazu Busch, Heiner (2013): Institutionalisierte Rassismus- Racial Profiling nicht nur bei Kontrollen. In Bürgerrechte & Polizei/CILIP 104: 3-11. Weitere Artikel zum Thema im Heft.

[6] Auf der Seite der DrugScouts ist der Konflikt im Jahr 2011 dokumentiert: <https://drugscouts.de/en/node/18092>

[7] vgl. Kriminell ist das System – Nicht wir, Cop Watch Leipzig <https://copwatchleipzig.home.blog/>

>>



Protest in der Leipziger Eisenbahnstraße gegen die Einrichtung polizeilicher Sonderkontrollzonen

Die autoritäre Wende der Stadt Leipzig

[8] Gegenwärtig sollen neue Polizeigesetze, das Polizeivollzugsdienstgesetz (PVGd) und das Polizeibehördegesetz (PBG) durch den Landtag verabschiedet werden. Dagegen formierte sich das landesweite Bündnis Polizeigesetz stoppen! vgl. <http://www.polizeigesetz-stoppen.de/>

[*] vgl. dazu Perthus, Sophie (2016): Von der Gefahrenabwehr zur sozialräumlichen Risikokalkulation. Kommunale Kriminalprävention in Leipzig-Connewitz im Dienste der Inwertsetzung des Stadtteils, 1990-2014. Münster – LIT Verlag, und Wacquant, Loïc (2009): Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit. Opladen – Barbara Budrich.

Gegenwärtig scheint in Stadtverwaltung jedoch ein autoritärer Wind zu wehen. Nachdem die Polizei den Leipziger Osten zum Testgebiet für Bodycams gemacht hat, kündigt die Stadt Leipzig die Einrichtung einer Waffenverbotszone und gemeinsame Streifen von Ordnungsamt und Polizei an. Der Forderung nach mehr Bereitschaftspolizei für den Standort Leipzig wird erfolgreich durch den OBM erhoben. Komplexkontrollen und polizeiliche Streifen in Straßenbahnen befürwortet. Der Stadtordnungsdienstes wird um 50% verstärkt und durch das Umlackieren von Fahrzeugen nun auch in der Außenwahrnehmung als Polizeibehörde geführt.

Die Anwesenheit von uniformierten Sicherheitskräften im öffentlichen Raum macht hingegen nichts gegen organisierte Kriminalität. Die bei einer Schießerei im Juni 2016 anwesenden Polizist_innen konnten den tödlichen Schuss auf einen Beteiligten auch nicht verhindern. Und die Waffenverbotszone soll auch nach Angaben von Pressesprechern der Polizei nicht die Waffen im Leipziger Osten reduzieren, sondern dauerhaft Kontrollen legitimieren. Verschärfung sozialer Ungleichheit statt solidarischer Stadt

Mehr Polizeipräsenz im Leipziger Osten wird das Problem Kriminalität, das damit bekämpft werden soll, nicht lösen. Denn die Kriminalität ist lediglich Ausdruck verschiedenster sozialer Probleme und Konfliktlagen, die es zu bearbeiten gilt. Während sich der Sozialstaat in der Vergangenheit zurückgezogen hat, ist der autoritäre Staat da mehr und mehr eingesprungen, wo vielfältige Konflikte auf-

gebrochen sind. Ein Ort dieser Konfliktlagen ist der Leipziger Osten mit seinem hohen Anteil marginalisierter Gruppen, wie z. B. nicht-weiße Menschen. Die Verstärkung des autoritären Staates und seiner Polizeipräsenz heißt nun mal aber auch mehr rassistische Kontrollen im Leipziger Osten. Denn institutioneller Rassismus ist eine Norm und entsteht nicht durch rassistische Einstellungen der Polizist_innen, auch wenn dokumentierte rassistische Vorfälle in der sächsischen Polizei zur Verstärkung der Diskriminierung im Umgang mit nicht-weißen Personen führen. Initiativen wie Cop Watch LE, die jene Vorfälle dokumentieren, sind daher unerlässlich.^[7]

Polizeiliche Prävention löst keine Probleme, sondern reproduziert und festigt bestehende Ungleichheiten. Doch statt ihre Eingriffsbefugnisse klar einzugrenzen, werden auch in Sachsen die Eingriffsgrundlagen der Polizei immer weiter ins Vorfeld der Straftaten verlagert.^[8] Statt diesen Prozess und die in ihm eingeschriebene Kriminalisierung von nicht-weißen Menschen zu unterstützen, sollten städtische Akteur_innen ihrer Verantwortung für eine soziale Stadt gerecht werden und durch sozialpolitische Lösungen Konflikte bearbeiten. ■

Sophie Perthus promoviert an der Goethe-Universität Frankfurt am Main zur Entwicklung des Apparats der Polizei in Sachsen und der polizeilichen Praxis im Leipziger Osten und in Bautzen. Sie ist u.a. aktiv im „Bündnis Polizeigesetz stoppen!“



Sozialräumliche Prävention läßt die Leipziger Polizei auch ab und zu Pinsel und Farbe greifen, wie hier regelmäßig am Connewitzer Kreuz.

Aufgaben der Polizei: Von der Gefahrenabwehr zur sozial- räumlichen Prävention

Die Aufgaben der Polizei unterlaufen einem stetigen Wandel. Hauptaufgabe ist zuvorderst die Strafverfolgung und die Gefahrenabwehr. Für beide Fälle braucht die Polizei eine vorliegende Straftat oder konkrete Gefahr, um in das öffentliche Leben einzugreifen. In den letzten Jahrzehnten wurde die Polizei jedoch mit Eingriffsbefugnissen ausgestattet, die es ihr erlaubt, auch präventiv tätig zu werden. Polizeiliche Prävention ist also nichts, was es schon immer gegeben hat.

Polizeiliche Kontrollen an Orten, an denen „erfahrungsgemäß Straftäter sich verbergen, Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben, sich ohne erforderliche Aufenthaltserlaubnis treffen oder der Prostitution nachgehen“ (Formulierung aus dem SächsPolG, § 19 Abs. 1, Nr. 2.), sind in der BRD erst seit den achtziger Jahren möglich. Im sächsischen Polizeirecht ermöglicht dies seit 1991 verdachts- und anlasslose Kontrollen. Umgangssprachlich werden diese Orte auch gefährliche Orte genannt, obwohl sie in der Regel überhaupt nicht gefährlich für Leib und Leben sind.

Erst im Jahr 1994 wird im SächsPolG geregelt, dass auch „Straftaten zu verhindern und vorbeugend zu bekämpfen und Vorbereitungen zu treffen, um künftige Gefahren abwehren zu können“ zu den Aufgaben der Polizei gehören. In diesem Zuge erhalten sie auch eine Reihe von weiteren, abseits von konkreten Gefahren praktikierbare Befugnisse.

Zum Beispiel dürfen sie nun zum „Zwecke der vorbeugenden Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität“ „auf Bundesfernstraßen und anderen Straßen von erheblicher Bedeutung für die grenzüberschreitende Kriminalität“ verdachtsunabhängig kontrollieren (SächsPolG, § 19, Abs. 1, Nr. 5).

Im Jahr 2004 wurden die Befugnisse zur präventiven Kontrolle noch einmal aufgerüstet. Das Staatsministerium des Innern kann nun zeitlich befristete Kontrollbereiche einrichten, um schwere Straftaten zu verhindern (SächsPolG § 19, Abs. 1, Nr. 6). Diese umfassen, anders als die vorangegangenen Instrumente, nicht nur einzelne Straßen oder Plätze, sondern gesamte Stadtgebiete. Damit kann die Polizei großflächig Personen kontrollieren, obwohl keine konkreten Gefahren oder Straftaten vorliegen. Sie versucht, durch den Einsatz des Gewaltmonopols Gefahren und Straftaten vorzubeugen. Das ändert jedoch rein gar nichts an den gesellschaftlichen Ursachen, die zum Phänomen der Kriminalität führen. Das gesellschaftspolitische Mantra „Prävention ist besser als Repression“ muss sich also die Frage gefallen lassen, ob das auch für den Apparat der Polizei gilt. Denn der Apparat der Polizei ist der repressive Apparat des Staates. Die Verlagerung polizeilicher Praxis in das Vorfeld von Straftaten dient so in der Regel gerade nicht der Bearbeitung von Ursachen der Kriminalität, sondern der Zuspitzung ihrer selbst. Diese sozialräumliche Prävention dient häufig der Aufwertung einzelner Stadtbezirke oder dem Bestrafen der Armen.^[*] ■

SYSTEMATISCHE UNTERDRÜCKUNG

Junge Roma im Bildungssystem

von Petra Čagalj Sejd

Junge Roma haben es in unserer Schul- und Bildungslandschaft schwer. Sie haben wenige Chancen, ihre Karriere- und Berufswünsche umzusetzen und werden immer wieder durch Gesetze und Regelungen in die alten Vorurteile gedrängt. Der Text ist ein Fazit des aktuellen Projekts „Wissen Macht Stark – Empowermentprojekt für junge Roma in Leipzig“ von Romano Sumnal e. V.

Romano Sumnal wurde im September 2013 in Leipzig gegründet. Wir machen es uns seitdem zur Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen Roma und Gadže (Nicht-Roma) zu fördern und als Botschafter_innen zwischen beiden zu fungieren. Die Mitglieder unseres Vereins sind Roma und (einige) Gadže aus Leipzig und Sachsen. In Leipzig leben Roma aus verschiedenen Ländern, die meisten Mitglieder von Romano Sumnal stammen jedoch aus dem ehemaligen Jugoslawien und sind in den vergangenen Jahren als Geflüchtete nach Leipzig gekommen.

Das Interesse an unserer Arbeit ist seit Beginn des Vereins groß, doch leider mussten wir in den letzten Jahren auch beobachten, dass Rassismus und Diskriminierung uns und unseren Mitgliedern gegenüber gewachsen sind.

Seit 2017 arbeiten wir mit Unterstützung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ am Projekt „Wissen Macht Stark“. Das Projekt soll Jugendlichen aus unserem Verein helfen, ihre schulischen und beruflichen Chancen zu verbessern. Idee war es, die Jugendlichen im Schuljahr zu begleiten, Gespräche mit Eltern und Lehrer_innen zu führen und auch das Thema Roma an den Schulen bekannter zu machen. Leider haben wir aber schon zu Beginn gespürt, dass wir mit diesem niedrigschwelligen Anliegen im Bildungssystem – besonders bei den Schulen – schnell auf Grenzen stoßen.

Hürden und Hindernisse in der Schule

Die meisten aktiven Jugendlichen in unserem Verein sind zwischen 16 und 21. Sie sind im Alter von 10 bis 13 Jahren nach Deutschland gekommen und wurden hier zuerst in eine DaZ-Klasse (Deutsch als Zweitsprache) eingeschult. In der Regel sollte der Aufenthalt in einer DaZ-Klasse nicht länger als ein Jahr andauern, fast alle unsere Jugendlichen berichten aber davon, dass sie eineinhalb bis zwei Jahre in den Klassen bleiben mussten, ohne genau zu wissen, warum. Es wurde dabei wenig Rücksicht auf die Fähigkeiten genommen, die diese bereits mitbrachten. Vielmehr wurde in den Vordergrund gerückt, was sie nach Maßstab der sächsischen Schulen nicht konnten.

Die meisten von ihnen sprechen zu Hause mehrere Sprachen. Sie können eine neue Sprache schnell sprechen und verstehen. Diese Fähigkeit wurde in den Schulen meist nicht bemerkt, ausgebaut oder positiv genutzt. Vielmehr wurde es von einigen Lehrer_innen als Nachteil angesehen, der ihnen das Deutschlernen angeblich erschweren würde. Ebenso wurde wenig Rücksicht darauf genommen, dass einige in ihrem Herkunftsland die Schule nicht regelmäßig besuchen konnten und daher vor allem im schulischen Grundwissen Lücken hatten. Anstatt an diesen Stellen anzusetzen, wurden die Jugendlichen mit ihrem Nichtwissen konfrontiert und somit frustrierter. Lücken im Wissen wurden übergangen, anstatt mit den entsprechenden Informationen gefüllt zu werden. Die Frustration der Schüler_innen darüber führte meist entweder zu extremer Zurückhaltung oder zu Unruhe. In beiden Fällen war das Resultat das gleiche, eine schulische Karriere wurde ihnen nicht zugetraut.

Viele Projektteilnehmer_innen, die ein Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) besuchen oder besucht haben, berichten, dass ihre Frustration und die Enttäuschung über die nicht vorhandenen Chancen dort noch weiter wuchsen. Das BVJ soll Schüler_innen für niedrigschwellige Handwerks- und Dienstleistungsberufe qualifizieren, gibt aber kaum Möglichkeit zur Entfaltung der eigenen Fähigkeiten. Auch das Anliegen unseres Projekts, die Schulen für die Thematik Roma zu sensibilisieren und den Schülern damit Selbstbewusstsein zu geben, war in den BVJ-Schulen nicht möglich. Zum einen gab es der Lehrplan scheinbar nicht her, über Minderheiten zu sprechen. Zum anderen gab es hierzu auch keinerlei Interesse vonseiten der Schulen, die beim Wort „Roma“ eher eine Bestätigung darin sahen, dass die betreffenden Schüler_innen nicht „lernfähig“ seien.

Auch an den Oberschulen sah es nicht anders aus, der größere Teil unserer Projektteilnehmer_innen kam in die Hauptschulklassen – das Erreichen eines Realschulabschlusses wurde ihnen von Beginn an als Besonderheit vermittelt. Wer es dennoch in die Realschulklasse schaffte oder sich gegen Empfehlung der DaZ-Lehrer_innen für einen Übergang in die Realschulklasse entschied, musste mit vielen Hürden rechnen. Wenig Bereitschaft zu Elterngesprächen, noch weniger Bereitschaft zu Gesprächen mit einer Roma-Selbstorganisation. Lediglich wurden die Übersetzungsangebote in Anspruch genommen (wenn denn Übersetzungen benötigt wurden). Es bestand eigentlich gar kein Interesse am Thema Roma oder daran, die Schüler_innen mit ihren Kenntnissen dazu in den Unterricht einzubinden.

Problem Ausbildungsplatzsuche

Mit dem Schulabschluss nimmt das Problem jedoch kein Ende. Die meisten unserer Projektteilnehmer_innen haben die Schule beendet und waren oder sind auf Ausbildungsplatzsuche. Hierbei hat sich für alle schnell bemerkbar gemacht, dass es sich als kontraproduktiv erweist, in der Bewerbung anzugeben, dass man Roma ist. Alle Bewerbungen, die diese Information beinhalteten, waren erfolglos. Aber auch die Tatsache, aus einem sicheren Herkunftsland wie Serbien oder Mazedonien zu kommen, erwies sich als Hindernis. Potenzielle Arbeitgeber_innen gaben an, zwar interessiert zu sein, fühlten sich aber verunsichert, ob der_die Auszubildende einen Aufenthalt über die Dauer der Ausbildung erhalten könne und lehnten die Bewerber_innen unter Vorgabe dieses Grundes ab.

Bisher konnten nur vier unsere Projektteilnehmer_innen einen Ausbildungsplatz finden. Zwei davon lernen einen Beruf, bei dem es schwer ist, Nachwuchs zu finden und dessen Hauptverwaltung in einem westdeutschen Bundesland liegt. Einer bekam seinen Ausbildungsplatz bei einem öffentlichen Träger, der damit seine Unterstützung und Hilfsbereitschaft gezeigt hat. Der vierte bekam den Ausbildungsplatz erst nach langer Zusprache durch unseren Verein, das Referat für Migration der Stadt Leipzig und durch die Versicherung der Ausländerbehörde Leipzig, dass der Azubi einen entsprechend langen Aufenthalt bekommen würde. Alle anderen sind zum Teil bereits im zweiten Jahr erfolglos auf der Suche.

Besonders schwierig und unverständlich ist die Situation derjenigen, die erst seit vier Jahren in Deutschland leben. Einige von ihnen hatten das Pech, trotz früherer Einreise, Registrierung und Unterbringung in Leipzig ihren Termin für das Interview beim Bundesamt für Migration und Flucht (BAMF) und die damit verbundene Antragstellung auf Asyl erst ein Jahr nach ihrer Einreise und nach dem Stichtag 1. September 2015 zu bekommen. Somit haben sie – nach der Ablehnung ihres Asylantrages, die meist recht schnell geschah – laut AufenthaltG § 60a Abs. 6 kein Recht auf eine Arbeitserlaubnis und dürfen keine duale Ausbildung machen. Dies trifft vor allem diejenigen ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss hart, da es so gut wie keine schulische Ausbildung gibt, die ohne einen Realschulabschluss möglich ist. Einzige Ausnahme ist die Ausbildung zu Pflegehelfer_innen. Somit bleibt nur der Besuch einer Pflegehelfer_innenschule, aber auch nur für diejenigen mit Hauptschulabschluss. Einen Schulabschluss an



der Abendoberschule für Erwachsene zu erreichen, ist schwer, da diese meist sehr überfüllt sind. Jedoch halten sich die Ambitionen zu lernen in Grenzen, wenn man weiß, dass man auch nach der zweijährigen Ausbildung aufgrund des Beschäftigungsverbots nicht weitermachen darf.

Haben wir beim Zugang zu Bildung ein Problem mit Antirromismus?

Diese Probleme zeigen, wie junge Roma in Leipzig aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Gruppe der Roma und aufgrund ihrer Staatsangehörigkeiten und der Asylgesetzgebung systematisch ins Aus gedrängt werden. Somit rutschen sie in die Bilder, die ihnen bereits vorher durch bekannte Vorurteile – Roma würden nicht arbeiten oder nicht lernen – zugeteilt wurden. Dies erinnert im Vergleich oftmals an die dreißiger Jahre in Deutschland, als den Sinti und Roma Rechte genommen wurden und sie zum Beispiel ihre Unternehmen aufgeben mussten, keine Wohnungen mehr mieten durften und auch in vielen anderen Lebensbereichen eingeschränkt und ausgegrenzt wurden. Wenn die heutigen Gesetze auch nicht auf Roma direkt ausgerichtet sind und man dadurch nicht immer von einem expliziten Antirromismus sprechen kann, so sind Roma doch eine der größten Betroffenengruppen, die unter den Folgen der Gesetzgebung leiden und systematisch ausgegrenzt und diskriminiert werden. Bund, Land und auch Kommune scheinen davor zu oft die Augen zu verschließen und die historische Verantwortung für die Vernichtung der Roma im Nationalsozialismus zu vergessen. ■

Petra Čagalj Sejdi ist Projektleiterin bei Romano Sumnal e. V.

10 Jahre chronik.LE

Grußwort von Rasputin, Mitbegründer

Chronik.LE wurde als Idee im Winter Anfang 2008 geboren. Ich bilde mir ein, mich noch an den genauen Moment zu erinnern, in dem die Idee ausgesprochen wurde, ein Pressedossier zu den Übergriffen von Nazis aus der Freies Netz Leipzig-Kameradschaft auf ein von Studenten bewohntes Haus in der Holsteinstraße in Reudnitz zu erstellen und der Presse, vor allem der LVZ, zukommen zu lassen. Ausgangspunkt der Überlegung war damals, dass die geringe Qualität der LVZ-Berichterstattung vor allem auf fehlende Informationen und das generelle Misstrauen der LVZ gegenüber Quellen aus der linken Zivilgesellschaft zurückging.

Um aus der Äquidistanzfalle herauszukommen, sollten deswegen öffentlich verfügbare und verifizierbare Informationen zu einem Dossier gesammelt und für die Journalisten aufbereitet werden. Die Idee hat sich dann schnell dahin entwickelt, eine breitere Berichterstattung auf einer Plattform anzubieten und die Redaktions-tätigkeit um eine Moderationsgruppe herum zu crowd-sourcen. Für mich persönlich hat die Arbeit an diesem Projekt auf der Grundlage des Konzepts der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ganz massiv zur Ausformung meiner politischen Weltsicht beigetragen.

Die Chronik war nicht zuletzt am Ende auch das, was sie ursprünglich sein sollte: eine Vernetzung von verschiedenen Akteur_innen innerhalb der Linken und der Zivilgesellschaft und ein Werkzeug, das tendenziell vielen für ihre Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stand. Ich bin jetzt schon praktisch fünf, sechs Jahre raus, aber ich würde mich für eine Diskussion darüber aussprechen, inwieweit die Chronik im Kontext des „Nationalen Erwachens“ in der Region und überall weiterhin dazu beitragen kann, eine Öffentlichkeit der Solidarität und Opposition zu organisieren, Menschen zu politisieren und Betroffene zu unterstützen. Dabei müsste auch kritisch hinterfragt werden, inwieweit der Ansatz der Skandalisierung, der sich immer auf eine gesellschaftliche Stigmatisierung bestimmter Ideologien und Handlungen verlassen konnte, weitergeführt werden kann.

Rasputin



Leipziger SuperHeroes auf einer Kundgebung gegen LEGIDA, 2015



06 KAPITEL SERVICE

Bis hier hin hat sich die Broschüre mit verschiedenen Phänomenen von Diskriminierung, Ausgrenzung und Neonazismus in der Region Leipzig beschäftigt. Mit dem folgenden Service-Kapitel wollen wir nun den Blick erweitern. Neben Literaturempfehlungen finden sich nachfolgend verschiedene Anlaufstellen sowie Möglichkeiten zum Engagement. Denn wir dürfen nicht vergessen: in und um Leipzig gibt es auch viele Menschen, die sich mit viel Kraft, Mut und Ausdauer für eine offene und solidarische Gesellschaft einsetzen. Die unvollständige Zusammenstellung der Initiativen soll dazu anregen, sich zusammenzuschließen. Nur gemeinsam können wir uns dem Rechtsruck wirksam entgegenzustellen. ■



Rassistische Diskriminierung auf dem sächsischen Wohnungsmarkt. Situationsbeschreibung & Handlungsempfehlungen

Rezension

Rassismus drückt sich in vielfältigen Formen in unserer Gesellschaft aus und ist für viele Betroffene allgegenwärtig. Einen sehr alltäglichen Bereich hat sich das Antidiskriminierungsbüro Sachsen e. V. herausgegriffen: den Wohnungsmarkt. Erschreckend sind die Ergebnisse des Testings, welches das Herzstück der Broschüre darstellt: In 24 von 40 Fällen ist bei einem Telefonat zur Vereinbarung eines Besichtigungstermins eine Diskriminierung nachweisbar. Die nicht abgedeckten möglichen Diskriminierungen bei nachfolgenden Wohnungsbesichtigungen und Vertragsabschluss lassen erahnen, wie drastisch die Folgen für Betroffene sind.

Lesenswert sind die Handlungsmöglichkeiten für Betroffene, Multiplikator_innen und Unterstützer_innen.

Antidiskriminierungsbüro Sachsen e. V. (2017): Rassistische Diskriminierung auf dem sächsischen Wohnungsmarkt. Situationsbeschreibung & Handlungsempfehlungen.

Die Broschüre kann unter www.adb-sachsen.de/diskriminierung-auf-dem-wohnungsmarkt.html heruntergeladen werden. Zusendung der gedruckten Broschüre gegen Porto und eine Schutzgebühr.



Nur Mut! Rückblick und Reflexion – 10 Jahre Bon Courage e. V.

Aus der Einleitung

Einerseits kann die Broschüre als Nachschlagewerk angesehen werden, in dem alle Projekte vorgestellt werden, die Bon Courage e. V. initiiert und umgesetzt hat. Akteur_innen, die gleiche oder ähnliche Themenfelder wie die von Bon Courage e. V. in den Fokus ihrer Arbeit gerückt haben, können die Broschüre als Ideengeber nutzen, um Inspirationen für die Planung und Durchführung eigener Projekte einzuholen. Andererseits soll die Broschüre auch als Handbuch fungieren, in dem Erfolge, Probleme wie auch Fehler bei der Planung, Umsetzung und Reflexion der Vereinsprojekte beleuchtet werden. Folglich dient die Broschüre als Ratgeber, um Erfahrungen positiver, aber auch negativer Natur weiterzugeben, die Erfolgchancen zukünftiger Projekte der genannten Akteur_innen zu maximieren und zugleich das Risiko zu minimieren, von Bon Courage e. V. gemachte Negativerfahrungen oder Fehler zu wiederholen.

Bon Courage (2018): Nur Mut! Rückblick und Reflexion – 10 Jahre Bon Courage e. V. Antirassismus- und Flüchtlingsarbeit im ländlichen Raum.

Die Broschüre steht unter www.boncourage.de zum Download zur Verfügung. Zusendung der gedruckten Broschüre gegen Porto.

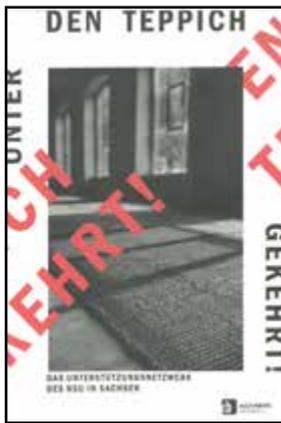


Sachsen rechts unten 2018

Rezension

Die Publikationsreihe Sachsen rechts unten befasst sich mit Entwicklungen der extremen Rechten in Sachsen und erscheint 2018 zum vierten Mal. Jede Ausgabe widmet sich einem anderen Schwerpunkt. In der aktuellen Ausgabe geht es um langfristige Entwicklungen und Kontinuitäten neonazistischer Strukturen, welche konkret am Beispiel Bautzen aufgezeigt werden. Ein weiterer Artikel widmet sich der Aufarbeitung eines rassistischen Angriffs bei einem Dorffest in Polenz und dem konsequenten Wegsehen der Dorfbewohner. Im Fokus des dritten Artikels steht die Landeshauptstadt Dresden, die nicht erst seit Pegida als Ort rechter Bewegungen bekannt ist, sondern deren Entwicklung bis zum Anfang der neunziger Jahre zurückreicht und zuletzt mit dem Prozess wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen die Freie Kameradschaft Dresden seinen vorläufigen Höhepunkt fand. Abschließend wird am Beispiel der Stadt Geithain im Landkreis Leipzig aufgezeigt, wie gezielt rassistische Narrative im Diskurs der Stadt verbreitet werden. Die Lektüre zeigt an konkreten Beispielen die Wirkweise neonazistischer Strukturen sowohl in direkt ausgeübter Gewalt als auch auf die Bevölkerung in deren Umfeld.

Kulturbüro Sachsen e. V. (2018): Sachsen rechts unten 2018.



Unter den Teppich gekehrt – Das Unterstützungsnetzwerk des NSU in Sachsen

Rezension

Sachsen war jahrelang Rückzugsort für das Kerntrio des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU). Hier wohnten sie, planten ihre Anschläge und Morde und wurden unterstützt. Eben dieser Unterstützung durch Personen und Strukturen widmet sich die 2017 erschienene Broschüre *Unter den Teppich gekehrt* des Kulturbüros Sachsen e. V.

Die 50-seitige Publikation rückt das bisher zu wenig beleuchtete Unterstützungsnetzwerk des NSU in den Fokus, welches „grundlegend zur Ermöglichung der begangenen Straftaten beitrug“. Aufgrund der Stoßrichtung der Broschüre ist sie an einigen Stellen stark recherchiert und detaillastig. Eben diese Details ermöglichen allerdings eine Überprüfung der Personen und Verstrickungen. Durch die Lektüre wird erneut deutlich, dass der NSU über ein breites Unterstützer_innenumfeld in Sachsen verfügt, das bis heute kaum juristisch belangt wurde.

Kulturbüro Sachsen e. V. (2017):
Unter den Teppich gekehrt. Das Unterstützernetzwerk des NSU in Sachsen.

Bestellung gegen Porto, ab einer Bestellung von drei Broschüren Schutzgebühr von 2 Euro. Bürgers. Ventil-Verlag.



Querfeld. Das Jahresmagazin des Sächsischen Flüchtlingsrates

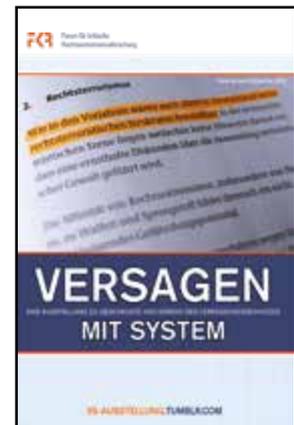
Rezension

Die 2018 erschienene Broschüre *Querfeld* des Sächsischen Flüchtlingsrates bietet einen weit gefassten Überblick zu den Themen Migration, Flucht und Asyl sowie den damit verbundenen Kämpfen.

Eine Fülle an Berichten und Beiträgen zur Situation in Sachsen, Deutschland und darüber hinaus befasst sich mit Grenzen, Hürden und Diskriminierungen, denen migrantisierte und illegalisierte Menschen ausgesetzt sind. Sogenannte „Pushbacks“ und verschiedene Aspekte von Abschiebungen werden ebenso thematisiert wie Neuanfänge als Migrant_in in der sächsischen Provinz und die Integration in den Arbeitsmarkt. Aufgeteilt ist die mehr als 150 Seiten umfassende Broschüre in vier Kapitel, die sich den verschiedenen Facetten des Themas Flucht und Migration widmen: „Abschotten“, „Ankommen“, „Abschieben“ und „Ankämpfen“. Vor allem die Breite und auch Tiefe der versammelten Beiträge machen *Querfeld* zu einem lesenswerten Dokument antirassistischer Zeitgeschichte. Besonderes Augenmerk hat auch das ästhetisch ansprechende Layout verdient – die Broschüre gibt’s sogar mit eigener 3D-Brille für Special-Effects.

Sächsischer Flüchtlingsrat (2018):
Querfeld #2

Kostenlose Bestellung über querfeld@sprev.de. Versandkosten sind selbst zu tragen.



Versagen mit System – Geschichte und Wirken des Verfassungsschutzes

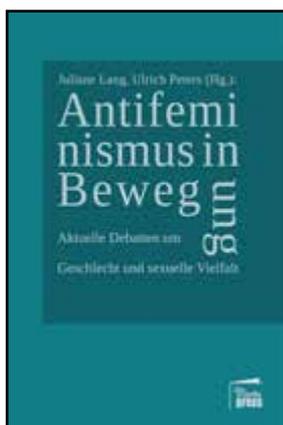
Ausstellung

Die 24 Tafeln der Ausstellung *Versagen mit System* zeigen, dass die Pannen und Versäumnisse der Verfassungsschutzämter in der Geschichte der Bundesrepublik keineswegs unglückliche Einzelfälle sind. Vielmehr wird ein systematisches Versagen des „Verfassungsschutzes“ sichtbar, das seiner ideologischen Ausrichtung und undemokratischen Arbeitsweise geschuldet ist.

Die vom Leipziger Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (FKR) im Verein Engagierte Wissenschaft e.V. erarbeitete Ausstellung dient als Informations- und Diskussionsangebot für alle politisch Interessierten. Besonders möchten wir Multiplikator_innen der politischen Bildungsarbeit, Lehrer_innen, Sozialpädagog_innen und Politiker_innen ansprechen und sie für problematische Aspekte einer „geheimdienstlichen Bildungsarbeit“ sensibilisieren.

Die Ausstellung wurde 2014 erstellt und 2018 überarbeitet. Sie besteht aus Textilbahnen plus Stellsystem und kann kostenlos über Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen ausgeliehen werden (info@weiterdenken.de, Tel.: 0351 – 75085100).

vs-ausstellung.tumblr.com
www.engagiertewissenschaft.de
www.weiterdenken.de



Antifeminismus in Bewegung

Rezension

Der organisierte Antifeminismus ist ein fester Bestandteil im politischen Spektrum der Neuen Rechten. Der Sammelband Antifeminismus in Bewegung klärt umfangreich über die ideologischen und personellen Ursprünge auf. Er zeigt, in welchen Debatten der Antifeminismus heute Fuß fasst und was für Auswirkungen dies auf die pädagogische Praxis hat. Eine Stärke des Bandes ist der selbstkritische Umgang mit der Geschichte feministischer Bewegungen. Die Herausgeber_innen zeigen, dass moderne antifeministische Argumentationsmuster sich bestehende Konflikte im Feminismus zu eigen machen und der „Anti-Genderismus“ nicht nur als Reaktion auf Errungenschaften, sondern auch auf Streitpunkte zu verstehen ist. Die Akademisierung des Feldes unter dem Schlagwort „Gender“ habe nicht nur positive Auswirkungen auf den Feminismus gehabt, so der Beitrags „Kampfbegriff ‚Gender-Ideologie‘“. Weil der Begriff gesellschaftspolitisch nicht ausreichend wirkungsvoll und diskursmächtig sei, wurde „Gender“ zum Schlüsselbegriff antifeministischer Agitation. Mit dem Kampfbegriff der „Gender-Ideologie“ haben Antifeministen zudem ein Diskurswerkzeug geschaffen, mit dem sie sich selbst als VerteidigerInnen von Frauenrechten darstellen und feministische Politik zunehmend spalten. In weiteren Beiträgen widmet sich der Band u.a. der Frage nach dem antisemitischen Gehalt des Antifeminismus und Männerrechtsdiskursen.

Juliane Lang, Ulrich Peters (Hrsg., 2018): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Marta Press.

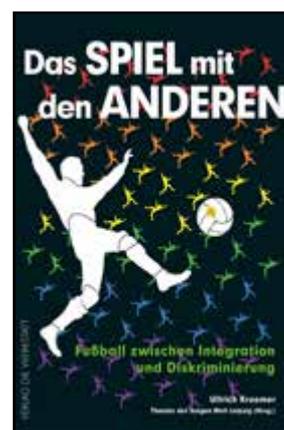


Muslime in Sachsen

Rezension

Das Buch, das aus Beiträgen mehrerer Autor_innen besteht, nähert sich muslimischem Leben in Sachsen zunächst über Geschichte und Fakten. Im Folgenden werden verschiedene Aspekte wie Arbeit, Engagement im Verein und das Leben in der Gemeinde beleuchtet. Das Kapitel „Diskriminierung und Ausgrenzung“ widmet sich alltäglichen Anfeindungen, die Muslime und Muslimas erleben, sowie den Erfahrungen von Geflüchteten. In Muslime in Sachsen werden verschiedene Facetten muslimischen Lebens in Sachsen dargestellt und es liest sich als angenehmer Gegenpol zum öffentlichen Diskurs, der häufig einseitig und pauschalisierend geführt wird. Orte des öffentlichen muslimischen Lebens, wie die Leipziger Eisenbahnstraße, aber auch verschiedene Moscheegemeinden, werden differenziert betrachtet. Anstelle zu Vereinfachen und zu Stigmatisieren, werden sowohl positive, wie auch negative Aspekte des alltäglichen Lebens von Muslimen und Muslimas diskutiert. Der Sammelband ist eine gute Lektüre für Menschen, die sich selbst einen Überblick zu muslimischem Leben in Sachsen verschaffen wollen.

Marie Hakenberg/Verena Klemm (Hrsg., 2016): Muslime in Sachsen: Geschichte, Fakten, Lebenswelten. Edition Leipzig.



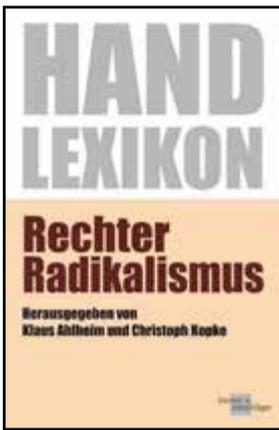
Das Spiel mit den anderen. Fußball zwischen Integration und Diskriminierung

Rezension

Der Sportjournalist Ullrich Kroemer setzt sich in seinem Buch mit Integration und Diskriminierung im Fußball auseinander. Fußball und Fankultur betrachtet er als Spiegel der Gesellschaft. Was häufig als platte Floskel verwendet wird, wird in seinem Buch mit Fakten und Berichten hinterlegt. Das Buch steigt mit einem Interview mit dem Enkel des jüdischen Fußballers Julius Hirsch ein, der 1943 in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert und dort ermordet wurde. Die Verbindung zur Gegenwart schafft Kroemer, indem er Wissenschaftler zu Wort kommen lässt, die zu diskriminierenden Einstellungen in Vereinen forschen.

Das Buch bietet einen spannenden Einblick in eine Welt des Fußballs, in der Menschen aktiv gegen diskriminierende Einstellungen vorgehen. Mit einem Bericht über Anfeindungen bei Auswärtsspielen des antirassistischen Fußballvereins Roter Stern Leipzig, einem Interview mit dem Präsidenten des jüdischen Fußballclubs TuS Makkabi Frankfurt und mit der Vorstellung einer Initiative gegen Homofeindlichkeit im Fußball zeichnet Kroemer in Das Spiel mit den anderen ein interessantes Bild des Fußballs in seiner Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit einer toleranten Gesellschaft abseits von Imagekampagnen.

Ullrich Kroemer (2017): Das Spiel mit den anderen. Fußball zwischen Integration und Diskriminierung. Verlag Die Werkstatt.



Handlexikon Rechter Radikalismus

Rezension

Von A wie Antifaschismus bis Z wie Zivilgesellschaft: Dass das Handlexikon Rechter Radikalismus ausgerechnet mit diesen Stichworten beginnt und endet, ist sicher kein Zufall. Die rund 70 Einträge bieten auf jeweils zwei bis drei Seiten einen schnellen Zugang zu den „verschiedenen Spielarten des rechten Radikalismus“, ihren zentralen Themen und dem Umgang damit. Die Herausgeber wollen damit nicht nur eine „Arbeitshilfe für die Wissenschaft“ bieten, sondern auch eine Hilfestellung für die „praktische, politische und pädagogische Auseinandersetzung mit rechter Agitation und Propaganda“. Dementsprechend stammen die Autor_innen sowohl aus der Wissenschaft als auch aus der Zivilgesellschaft. Sehr hilfreich sind die Verweise auf weiterführende Literatur zu jedem Stichwort. Hervorzuheben ist zudem die kritische Auseinandersetzung mit oft leichtfertig verwendeten Begriffen wie „Rechtsextremismus“ und „Rechtsradikalismus“, „Neue Rechte“ und „Rechtspopulismus“ oder auch „Querfront“.

Klaus Ahlheim, Christoph Kopke, (Hrsg., 2017): Handlexikon Rechter Radikalismus. Verlag Klemm + Oelschläger.



Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe

Rezension

Von „68er“ und „Abendland“ bis „Vorbürgerkrieg“ und „Zigeuner“ – insgesamt 25 Beiträge umfasst das Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe. Die Beiträge umfassen damit die zentralen, aber nicht alle wesentlichen Begrifflichkeiten. Alle Beiträge sind gleich aufgebaut: Nach einer knappen Zusammenfassung folgt eine Vertiefung sowie eine Verortung im Kontext. Abschließend findet sich jeweils Fazit und Kritik sowie weiterführende Literatur. Geschrieben sind sie von unterschiedlichen renommierten Autor_innen (etwa Fabian Virchow, Helmut Kellershohn und Regina Wamper), die mit Kenntnis der Materie glänzen. Zur Untermauerung der Analyse wird in den Beiträgen direkt auf Quellen der (Neuen) Rechten zurückgegriffen und diese kritisch behandelt. Ein Stichwortverzeichnis am Ende des Buches ermöglicht die Suche nach weiteren Begriffen.

Wer eine kompakte Übersicht über aktuelle rechte Kampfbegriffe sucht, ist mit dem Buch gut beraten. Empfehlenswert ist es besonders als Nachschlagewerk.

Bente Gießelmann, Robin Heun, Benjamin Kerst, Lenard Suermann, Fabian Virchow (Hrsg., 2016): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe. Wochenschauverlag.



Wörterbuch des besorgten Bürgers

Rezension

Informativ, unterhaltsam und gruselig – so lässt sich das 2016 erstmals erschienene Wörterbuch des besorgten Bürgers charakterisieren. In mehr als 150 zumeist rund eine Seite umfassenden Beiträgen wird die Sprache der Rechten untersucht und aufs Korn genommen. Weniger mit wissenschaftlichem Tiefgang und Analyse, dafür mit einer unbeschwernten und humorvollen Art werden zentrale Begriffe und Argumentationsmuster der Rechten nachvollzogen. Der unterschiedliche Schreibstil der Autor_innen führt zu einem abwechslungsreichen Leseerlebnis. Eines scheint bei der Auseinandersetzung mit Rechten, ihren Themen und ihrer Sprache in diesen Tagen zu kurz zu kommen: der Humor. Daher als kurzweiliges Leseerlebnis absolut empfehlenswert.

2018 ist eine um einige Begriffe erweiterte Auflage erschienen.

Robert Feustel, Nancy Grochol, Tobias Prüwer, Franziska Reif (Hrsg., 2018): Wörterbuch des besorgten Bürgers. Ventil-Verlag.



Das Blinde Auge – ein Todesfall in Thüringen 2001

Filmbeschreibung

Axel U. wurde in der thüringischen Kleinstadt Bad Blankenburg am 24. Mai 2001 von einem stadtbekanntem Neonazi brutal getötet. Doch Polizei, lokale Medien und Stadtpolitik tun sich schwer damit, dies als Tat eines gewalttätigen Neonazis einzuordnen. Weil Axel U. auch für sie am Rande der Gesellschaft stand? Durch monatelange Recherchen wurde der Fall erneut aufgerollt, Akten der Sicherheitsbehörden durchforstet und mit Angehörigen und Zeitzeug_innen gesprochen. Dabei kam heraus, wie unfassbar viel die Geheimdienste und Polizeien eigentlich schon damals wussten. Besonders brisant: Der Täter kommt aus einem Umfeld, aus denen auch die späteren NSU-Terroristen stammen. Trotzdem wird der Fall nicht als neonazistische Gewalttat eingestuft.

Jan Smendek, Regisseur des Films, gehörte 2004 zu den Gründern des Erfurter Videokollektivs „Filmpiratinnen und Filmpiraten“. Das Projekt hatte gemeinsam mit Ezra, der mobilen Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, den Film erstellt.

www.filmpiraten.org



Die Reise ins Reich – Unter Reichsbürgern

Rezension

„Bislang sei man noch viel zu breit aufgestellt: Lügenpresse, Chemtrails, Frühsexualisierung und 9/11. Man brauche ein klares Thema, eine konkrete Forderung. Man könne die Flüchtlingsepidemie thematisieren, schlägt man aus Leipzig vor. Aber obwohl hier jeder gegen Überfremdung ist, werde man damit sofort in die rechte Ecke gestellt. In diese Ecke will man nicht“ (S. 159). Berichte wie diese von einem Treffen verschiedener Gruppen aus dem Spektrum der Reichsbürger und Verschwörungsideologen vermitteln einen ziemlich genauen Eindruck, wie es um die Szene bestellt ist. Der undercover-recherchierende Journalist Tobias Ginsburg hat mit dem Buch Reise ins Reich. Unter Reichsbürgern einen sehr lesenswerten bissig-journalistischen Beitrag zur Porträtierung der Szene vorgelegt. An vielen Stellen weiß man nicht, ob man lachen oder weinen soll – mit Spott, aber auch dem nötigen Ernst werden die Protagonisten und ihre Sichtweisen dargestellt und als das beschrieben, was sie sind: eine breite Palette verschiedenster Menschen, welche durch Verschwörungsideologien, Antisemitismus und Esoterik zusammengehalten werden. Nach der Lektüre des Buches ist auch klar, dass dieser Szene und ihren Verbindungen bisher zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Wenn Teile der Szene ihre Gedanken in Taten umsetzen, steht uns noch einiges bevor.

Tobias Ginsburg (2018): Die Reise ins Reich. Unter Reichsbürgern. Verlag Das Neue Berlin.



Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß

Klappentext

Landleben zwischen Lethargie und Lebenslust. Mimi und Oliver sind Nachbarkinder und Angelfreunde in einer kleinen Stadt an der Havel. Sie spielen Fußball miteinander, leisten den Pionierschwur und berauschen sich auf Familienfesten heimlich mit den Schnapskirschen der Eltern. Mit dem Mauerfall zerbricht auch ihre Freundschaft. Mimi sieht sich als der letzte Pionier – Timur ohne Trupp. Oliver wird unter dem Kampfnamen Hitler zu einem der Anführer marodierender Jugendbanden. In Windeseile bringen seine Leute Straßen und Plätze unter ihre Kontrolle. Dann eskaliert die Situation vollends ...

Manja Präkels erzählt in ihrem Debütroman vom Verschwinden der DDR in einem brandenburgischen Kleinstadtidyll, dem Auftauchen verloren geglaubter Gespenster, von Freundschaft und Wut.

Manja Präkels (2018): Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß. Verbrecher-Verlag.

BERATUNG – BILDUNG – ENGAGEMENT FÜR LEIPZIG UND UMGEBUNG

Support - Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Die Opferberatung Support des RAA Sachsen e. V. und die Opferberatung der RAA Leipzig e. V. unterstützen Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt, deren Angehörige, Freund_innen sowie Zeug_innen eines Angriffs. Wir informieren über rechtliche Möglichkeiten, finanzielle Hilfen und unterstützen bei der emotionalen Verarbeitung des Erlebten. Unsere Beratung ist parteilich. Wir sind auf der Seite der Betroffenen und unterstützen deren Perspektive und Interessen. Wir arbeiten mobil, vertraulich, mehrsprachig und kostenlos.

Kontakt:

Opferberatung RAA Leipzig & RAA Sachsen
Kochstraße 14
04275 Leipzig

Web: www.raa-sachsen.de

und www.raa-leipzig.de

E-Mail: opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de

Telefon: 0341 - 225 49 57 & 0341 - 261 86 47

SUPPORT
FÜR BETROFFENE RECHTER GEWALT



Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.

Das ADB ist eine zentrale unabhängige Anlaufstelle für alle Betroffenen von Diskriminierung. Unser Beratungsangebot bezieht sich auf Diskriminierungsformen unterhalb der Schwelle des Straftatbestandes, ist vertraulich und kostenlos. Betroffene erhalten bei uns emotionale Unterstützung sowie eine professionelle Beratung mit gemeinsamer Entwicklung von Interventionsstrategien. Darüber hinaus ist das ADB Weiterbildungsträger für alle Fragen zum Themenbereich Diskriminierung und Teilhabe.

Kontakt:

Antidiskriminierungsbüro Sachsen e. V.
Seeburgstr. 20
04103 Leipzig

Web: www.adb-sachsen.de

E-Mail: info@adb-sachsen.de

Telefon: 0341- 30 39 492

ADB Antidiskriminierungsbüro
Sachsen e.V.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und für Demokratie

Das Mobile Beratungsteam des Kulturbüro Sachsen e. V. berät seit 2001 Verwaltungen von Kommunen und Landkreisen, Vereine, Initiativen, Schulen, Jugendeinrichtungen, Kirchen und Parteien im Umgang mit demokratiefeindlichen Positionen wie Rassismus oder den Ausprägungen einer organisierten Neonaziszene in Sachsen. Unsere Beratung orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort und trägt den regionalen Besonderheiten Rechnung. Wir entwickeln im Dialog mit den Beratungsnehmer_innen eine Praxis, die auf der Basis vorhandener Ressourcen neue Wege geht.

Kontakt:

Mobile Beratung - Regionalbüro Nordwest-Mitte
(für die Landkreise Leipzig, Nord- und Mittelsachsen sowie die Stadt Leipzig)
Hedwigstraße 20
04315 Leipzig

Web: www.kulturbuero-sachsen.de

E-Mail: mbt.nordwest@kulturbuero-sachsen.de

Telefon: 0341- 25 66 8000



Verband binationaler Familien und Partnerschaften e. V.

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften e. V. arbeitet bundesweit als Interessenvertretung binationaler und zunehmend auch multinationaler Familien und Partnerschaften. Der Verband berät, informiert und engagiert sich für eine Gesellschaft in Vielfalt.

Kontakt:

Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V.
Arndtstraße 63
04275 Leipzig

Web: www.leipzig.verband-binationaler.de

E-Mail: karadeniz@verband-binationaler.de

Telefon: 0341 230 83 996



Medinetz Leipzig

Das Medinetz Leipzig e. V. steht für das Recht aller auf gesundheitliche Versorgung. Für viel zu viele Menschen in Deutschland bleibt der Zugang zu medizinischer Versorgung versperrt. Die Angst vor Schulden oder einer Abschiebung hindert Menschen in prekären Situationen oft daran, medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen. In unserer Sprechstunde, dienstags von 16 bis 18 Uhr, vermitteln wir ärztliche Behandlung für Menschen ohne Krankenversicherung, anonym und unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Kontakt:

Medinetz Leipzig e.V.
Peterssteinweg 3
04107 Leipzig

Web: www.medinetz-leipzig.de

E-Mail: kontakt@medinetz-leipzig.de

Telefon: 0341 - 12 59 841

Mobil: 0176 - 61 72 75 01



RosaLinde Leipzig e. V.

Wir sind ein Verein für queere Begegnung, Bildung und Beratung. Unsere Angebote richten sich vor allem an lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* sowie asexuelle und queere Personen (kurz: LSBTIAQ*). Wir bieten Beratung vor Ort sowie mobil in den Landkreisen um Leipzig an. Das Queer Refugees Network unterstützt queere Geflüchtete, das Antidiskriminierungsprojekt „liebe bekennt farbe!“ leistet Bildungsarbeit vor allem an Schulen. Außerdem organisieren wir Veranstaltungen und beherbergen zahlreiche Freizeit- und Selbsthilfegruppen.

Kontakt:

RosaLinde Leipzig e. V.
Lange Str. 11
04103 Leipzig

Web: www.rosalinde-leipzig.de
E-Mail: kontakt@rosalinde-leipzig.de
Telefon: 0341 - 87 90 173



Netzwerk für Demokratische Kultur e. V. (NDK)

Das Netzwerk für demokratische Kultur e. V. (NDK) fördert die Bürgerbeteiligung aller Altersgruppen mit unterschiedlichen Methoden und Formaten der politischen Bildungsarbeit in Wurzen, aber auch darüber hinaus in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen. Das NDK stärkt Menschen, die sich im Sinne einer demokratischen Kultur engagieren möchten, bietet Infrastruktur (Kopierer, diverse Technik, Räume etc.) und ein offenes Haus für Treffen, Projekte und Veranstaltungen.

Kontakt:

Netzwerk für Demokratische Kultur e.V.
Domplatz 5
04808 Wurzen

Web: www.ndk-wurzen.de
E-Mail: team@ndk-wurzen.de
Telefon: 03425 - 85 27 10



Bon Courage e. V.

Bon Courage e. V. ist eine gemeinnützige, nicht-staatliche Organisation. Der Verein organisiert Projekte für Asylsuchende und hat seit 2013 eine Beratungsstelle. Die Beratung ist ein kostenloses Unterstützungsangebot für Geflüchtete bei Fragen zum Ablauf des Dublin-/Asylverfahrens, Rechte/Pflichten, Perspektiven nach Asyl-Entscheidung und Familiennachzug. Er unterstützt im Umgang mit Behörden, vermittelt an Ärzt_innen, Anwäl_t_innen und Beratungsstellen und bereitet auf Anhörungen beim BAMF vor.

Kontakt:

Bon Courage e.V.
Kirchstraße 20-24
04552 Borna

Website: www.boncourage.de
Email: info@boncourage.de
Telefon: 0157 - 75 176 855



Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC)

Das Netzwerk für Demokratie und Courage in Sachsen bietet Projektstage und Workshops für Jugendliche ab 14 Jahren und junge Erwachsene an. Für Multiplikator_innen bieten wir Fortbildungen an. Wir arbeiten zu den Themen Diskriminierung, menschenverachtende Einstellungen und couragiertes Handeln dagegen. Die Bildungsveranstaltungen können an Schulen, Jugendclubs oder in anderen Zusammenhängen bei uns gebucht werden und sind kostenfrei.

Kontakt:

Courage-Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.
Rosa-Luxemburg-Straße 19/21
04103 Leipzig

Web: www.netzwerk-courage.de
E-Mail: leipzig@netzwerk-courage.de
Telefon: 0341 - 33 73 497 98



Erich-Zeigner-Haus e. V.

Das Erich-Zeigner-Haus in Leipzig ist Zentrum und Begegnungsstätte für gelebte Zivilcourage und Demokratie in Geschichte und Gegenwart. In den historischen Wohn- und Arbeitsräumen des ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten (1923) und Leipziger Oberbürgermeisters (1945–1949) finden mit diesem Anliegen vielfältige Veranstaltungen von Lesungen, Vortragsreihen, Podiumsdiskussionen bis hin zu Ausstellungen und anderen Angeboten der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung statt. Durch gedenkkulturelle Projekte und historisch-politische Bildungsarbeit versuchen wir, vor allem Jugendliche zu befähigen, mit gelebter Zivilcourage für Demokratie und Toleranz öffentlich einzutreten. Der Erich-Zeigner-Haus e. V. unterstützt so ebenfalls verschiedene Bürgerinitiativen in seinen Räumlichkeiten, die sich gegen Rechtsextremismus und für Weltoffenheit engagieren.

Kontakt:

Erich-Zeigner-Haus e. V.
Zschochersche Straße 21
04229 Leipzig

Website: erich-zeigner-haus-ev.de
Email: kontakt@erich-zeigner-haus-ev.de
Telefon: 0341- 8709507



Bildungsverein Parcours e. V.

Der Bildungsverein Parcours e. V. entstand 2016 vor dem Hintergrund des internationalen politischen Rechtsrucks und dem daraus folgenden Bedürfnis, aktiv für den Erhalt gesellschaftspolitischer Errungenschaften einzutreten. Mit unseren Bildungsangeboten möchten wir insbesondere schulische Träger in ihrem Bemühen um Demokratieerziehung vor allem auf dem Themengebiet der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit unterstützen. Die Arbeit mit jungen Menschen empfinden wir als sehr befriedigend und darüber hinaus erfüllt sie uns mit Hoffnung und Zuversicht, einen Beitrag zu einer emanzipierten Gesellschaft leisten zu können. Wir sind überzeugt, in der politischen Bildungsarbeit den richtigen Zugang für eine nachhaltige und aufklärerische Intervention gefunden zu haben.

Café Connect

Das Café Connect ist ein offenes Treffen in Leipzig für alle an Antifaschismus und linker Politik und Gesellschaftskritik Interessierte. Es finden Vorträge zu verschiedenen gesellschaftlichen Themen statt und es gibt Raum für Austausch, Vernetzung und Planung gemeinsamer Aktionen. Kommt vorbei und werdet aktiv!

Dorf der Jugend

Das Dorf der Jugend ist ein Projekt auf dem Land mit dem groben Ziel, die Provinz wieder attraktiv für junge Menschen zu gestalten. 2014 wurde dazu ein altes Fabrikgelände, die Alte Spitzenfabrik am Muldeufer in Grimma, gepachtet und zum Zentrum des Projektes gemacht. Mit der Hilfe eines engagierten Sozialarbeiters sind knapp 30 Jugendliche involviert, die sich tatkräftig bemühen, – trotz behördlicher Hindernisse – Konzerte, Workshops und Festivals zu organisieren. Neben einem bewirtschafteten Garten steht eine Selbsthilfefahrradwerkstatt, ein Skate- und BMX-Park, eine Graffitiwand, ein Seminarraum und in Zukunft eine Veranstaltungshalle auch zur öffentlichen Nutzung zur Verfügung.

Initiativkreis Antirassismus

Der Initiativkreis hat sich 2010 in Reaktion auf den Mord an Kamal K. gegründet. Bereits vorher entstand die Idee, ausführlicher zum Thema rechtsmotivierter Morde in Leipzig zu arbeiten. Der Initiativkreis hat den Prozess um die Aufarbeitung des rassistischen Mordes an Kamal aktiv begleitet und im Anschluss die Aufarbeitung des Mordes an dem wohnungslosen André K. im Mai 2011 in Oschatz vorangetrieben. Der Initiativkreis hat es sich zur Aufgabe gemacht, aktiv an die Opfer rechter Gewalt zu erinnern. So auch in Form von Gedenkdemonstrationen.

Initiativkreis: Menschen.Würdig IKMW

Der Initiativkreis: Menschen.Würdig (IKMW) hat sich 2012 im Zuge der Debatte um das Unterbringungskonzept für Geflüchtete der Stadt Leipzig gegründet. Seine Vorläufer gehen ins Jahr 2009 zurück, als die Verwaltung plante, am Stadtrand ein neues Container-„Wohnheim“ zu errichten. Der IKMW kämpft für gleiche Rechte von Geflüchteten und engagiert sich besonders für selbstbestimmtes Wohnen. Seit kurzem hat sich der Fokus auf das Menschenrecht auf Wohnen erweitert. Mit dem IKMW verbunden ist auch der Infobus, der ehrenamtlich Asylverfahrensberatung in Grimma und auf der Eisenbahnstraße anbietet.



Kontakt:

Bildungsverein Parcours e. V.
Ludwigstraße 79
04315 Leipzig

Web: www.parcours-bildung.org

E-Mail: info@parcours-bildung.org



Kontakt:

Café Connect / Die ganze Bäckerei
Josephstraße 12
04177 Leipzig

Web: www.cafeconnect.blogspot.eu

E-Mail: cafeconnect@riseup.net

Kontakt:

Dorf der Jugend
Alte Spitzenfabrik
Dornaer Weg 2–4
04668 Grimma

Web: facebook.com/dorfderjugend

E-Mail: info@dorfderjugend.de



Kontakt:

Initiativkreis Antirassismus
Web: www.initiativkreis.blogspot.de
E-Mail: initiativkreis@riseup.net



Kontakt:

Initiativkreis: Menschen.Würdig, IKMW
Offenes Plenum am ersten Montag im Monat
Haus Steinstraße
Steinstraße 18
04275 Leipzig

Web: www.menschen-wuerdig.org

E-Mail: menschen.wuerdig@googlemail.com

Aktuelle Beratungszeiten Infobus:

www.menschen-wuerdig.org/beratungsbus.

Kleinzschocher wird bunt

Die Bürgerinitiative Kleinzschocher wird bunt wurde im Jahr 2016 gegründet, um sich für einen vielfältigen und offenen Stadtteil einzusetzen, in dem es keinen Platz für Rechtsextremismus, Rassismus und Ausgrenzung gibt. Wir sind Bürger_innen aus Kleinzschocher und dem gesamten Leipziger Westen und freuen uns über Zuwachs. Jeden zweiten Dienstag im Monat treffen wir uns im Erich-Zeigner-Haus e. V.

Kontakt:

Initiative Buntes Kleinzschocher
Web: facebook.com/buntesKleinzschocher
E-Mail: buntes-kleinzschocher@gmx.de
Twitter: @zschocherbunt



Leipzig nimmt Platz

Das Aktionsnetzwerk Leipzig nimmt Platz versteht sich als Plattform für vielfältige zivilgesellschaftliche Ansätze, die Probleme der Stadtgesellschaft solidarisch zu lösen und dadurch menschenfeindlichen und autoritären Lösungen entgegenzutreten. Das breite zivilgesellschaftliche Netzwerk wird von der Notwendigkeit getragen, antidemokratische Aufmärsche mit gewaltfreien und entschiedenen Aktionen zu verhindern.

Kontakt:

Aktionsnetzwerk Leipzig nimmt Platz

Web: www.platznehmen.de
E-Mail: platznehmen@systemli.org
(PGP vorhanden)



Naturfreundejugend Leipzig

Die Naturfreundejugend Leipzig ist eine Gruppe im Aufbau. Wir sind ein parteiunabhängiger, linker Jugendverband, in dem Jugendliche selbstorganisiert herrschaftskritische Politik machen, Veranstaltungen und Aktionen organisieren oder zusammen verreisen. Wir sind Teil des bundesweiten Verbandes der Naturfreundejugend Deutschlands. Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat laden wir alle Mitglieder und Interessierte zu unserem offenen Treffen ein!

Kontakt:

Naturfreundejugend Leipzig

Web: facebook.com/NFJLeipzig
E-Mail: leipzig@naturfreundejugend.de



Prisma – iL Leipzig

Prisma – Interventionistische Linke ist eine politische Gruppe, die in Leipzig seit 2012 aktiv ist. Mit unserer Arbeit versuchen wir, zu einer Entwicklung im Sinne einer partizipativen und solidarischen Gesellschaft beizutragen. In den Arbeitsbereichen Antifaschismus, Antirassismus, Queerfeminismus, der Recht-auf-Stadt-Bewegung und im Kampf um Klimagerechtigkeit arbeiten wir dafür mit einer Vielzahl gesellschaftlicher Akteur_innen zusammen.

Kontakt:

Prisma – iL Leipzig

Web: prisma.blogsport.de
Web: facebook.com/PrismaLeipzig
E-Mail: prisma@inventati.org



„Rassismus tötet“ – Leipzig

„Rassismus tötet!“ – Leipzig entstand 2012 als Teil der gleichnamigen bundesweiten Kampagne. Neben dem aktiven Gedenken an die Pogrome und Brandanschläge Anfang der neunziger Jahre beschäftigen wir uns mit den aktuellen rassistischen Mobilisierungen. Dabei machen wir staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus zum Thema. „Erinnern heißt Kämpfen!“ ist für uns Handlungsmaxime. Wir unterstützen bestehende antirassistische Kämpfe und verbinden sie mit der voranschreitenden Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl.

Kontakt:

„Rassismus tötet“ – Leipzig

Web: www.rassismus-toetet-leipzig.org
E-Mail: rt-leipzig@riseup.net



The future is unwritten

The future is unwritten ist eine politische Gruppe, die für eine Gesellschaftsform kämpft, in der die Menschen Produktion, Reproduktion und Verwaltung von unten nach oben selbst bestimmen. Darum beteiligt sie sich an Kämpfen um Verhältnisse, die dem entgegenstehen: die Unterdrückung von Frauen im Patriarchat, kapitalistische Ausbeutung und den gegenwärtigen Rechtsruck. Die Gruppe ist Teil des kommunistischen ... um's Ganze!-Bündnisses und der europaweiten antiautoritären Plattform beyond europe.

Kontakt:

The future is unwritten

Web: www.unwritten-future.org
E-Mail: the_future_is_unwritten@riseup.net



Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig

Die Gedenkstätte erinnert an den Arbeitseinsatz tausender ziviler Zwangsarbeiter_innen, Kriegsgefangener und KZ-Häftlinge während des Zweiten Weltkriegs im städtischen Raum Leipzigs. Sie steht als Anlaufstelle für ehemalige Zwangsarbeiter_innen und deren Angehörige zur Verfügung, erforscht noch unbeleuchtete Aspekte des Themas und sammelt historische Zeugnisse. Die Dauerausstellung wird ergänzt durch öffentliche Veranstaltungen, Führungen, Stadtteilrundgänge und Bildungsangebote.

Kontakt:

Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig
Permoserstraße 15
04318 Leipzig

Web: zwangsarbeit-in-leipzig.de

E-Mail: gedenkstaette@zwangsarbeit-in-leipzig.de

Telefon: 0341 - 2352075



Leipzig postkolonial (AG Poko) bei EnWi e. V.

Die AG „Leipzig postkolonial“ ist ein Projekt von Engagierte Wissenschaft e.V. Ihre Mitglieder interessieren sich für (post)koloniale Geschichte und Verhältnisse sowie damit verbundene Theorien. Auf ihrer Website gibt es einen virtuellen Stadtrundgang, mit dem koloniale Spuren in Leipzig sichtbar gemacht werden. Die AG bietet regelmäßig echte Stadtrundgänge an und organisiert Vorträge und Veranstaltungen zur Thematik (Post-)Kolonialismus in Leipzig.

Kontakt:

AG Postkolonial
c/o Engagierte Wissenschaft e.V.
Ecksteinstraße 29
04277 Leipzig

Web: www.leipzig-postkolonial.de

E-Mail: poko@engagiertewissenschaft.de



Netzwerk Tolerantes Sachsen

Das Netzwerk Tolerantes Sachsen ist eine Plattform von etwa 100 sächsischen Initiativen, Vereinen und Organisationen, die sich seit vielen Jahren für die Förderung demokratischer Kultur und gegen Einstellungen der Ungleichwertigkeit, Antisemitismus und Rassismus einsetzen. Das Netzwerk vernetzt, informiert, unterstützt die Mitglieder durch Fortbildung, Beratung und regelmäßige Konferenzen – regional und sachsenweit. Ihre Belange vertritt es gegenüber Politik und Verwaltung.

Kontakt:

Förderverein Tolerantes Sachsen e.V.
Domplatz 5
04808 Wurzen

Web: www.tolerantes-sachsen.de

E-Mail: koordination@tolerantes-sachsen.de

Telefon: 0178 - 54 45 807

E-Mail: bueror@tolerantes-sachsen.de

Telefon: 03425 - 82 999 59



Reto – Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Beratung gegen Rechts

Das Projekt „Reto“ ist für die Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit des Sächsischen Flüchtlingsrat e.V. verantwortlich. Es versteht sich als Wissensvermittler für haupt- und ehrenamtliche Akteure, die im Kontext Flucht und Migration tätig sind. Durch Workshop- und Schulungsangebote dient die Projektstelle als Multiplikator und bietet darüber hinaus wöchentlich erscheinenden Pressespiegel und Newsletter an. Des Weiteren dient das Projekt als Kontakt für Presseanfragen und Sprachrohr des Vereins.

Kontakt:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden

Web: www.saechsischer-fluechtlingsrat.de

E-Mail: pr@sfrev.de

Telefon: 0351 – 33 23 55 94



Engagierte Wissenschaft e. V.

Entstanden aus einer Initiative von StudentInnen und NachwuchswissenschaftlerInnen unterschiedlicher Disziplinen an der Universität Leipzig, möchte der Verein Plattform für „neue Ziele“, „neue Inhalte“ und „neue Aktionen“ für Menschen unterschiedlicher Lebenswirklichkeiten sein. EnWi versteht sich als offenes Projekt. Wir schaffen Räume und Anlässe für alternative, undogmatische und möglichst hierarchiefreie Diskussionsprozesse. Der Verein ist für uns ein Träger von Einmischung. Er ist die Werkzeugkiste für unsere Projekte und Ideen. Wir freuen uns immer über Unterstützung – im Verein und/oder einer der Projektgruppen. An Zusammenarbeit mit anderen Projekten, die den Zielen einer „Engagierten Wissenschaft“ offen gegenüber stehen, sind wir immer interessiert.

Kontakt:

Engagierte Wissenschaft e.V.
Ecksteinstraße 29
04277 Leipzig

Web: engagiertewissenschaft.de

E-Mail: enwi@engagiertewissenschaft.de



Support – Opferfonds für Betroffene rechter Gewalt

Als Opferberatung „Support“ für Betroffene rechter Gewalt des RAA Sachsen e.V. unterstützen, begleiten und beraten wir Betroffene. Viele leiden oft lange an den physischen, psychischen, materiellen oder sozialen Folgen. Manchmal ist schnelle Hilfe notwendig um unkompliziert diese Folgen zu mindern. Aus unserem Opferfonds können wir auf dem Weg Sicherheit wiederherstellen und das Erlebte zu verarbeiten auch finanziell unterstützen: Sei es, um einen ausgebrannten Imbiss zu reparieren, Fensterschreiben ersetzen zulassen, kurzfristige Schutzräume, einen Umzug oder einen Fahrdienst zu organisieren oder anderweitig vor weiterer Gefährdung zu schützen.

NSU-Watch – Aufklären und Einmischen

Die rassistische Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) markiert eine Zäsur in der bundesrepublikanischen Geschichte. Die Taten des NSU, sein Netzwerk und die Rolle der Behörden sind noch lange nicht aufgeklärt.

Die unabhängige Beobachtungsstelle NSU-Watch:

- ▶ begleitet, dokumentiert und bewertet das NSU-Strafverfahren und die Ermittlungen.
 - ▶ veröffentlicht eigene Protokolle und Artikel zum Prozess auf Deutsch und Türkisch.
 - ▶ recherchiert unabhängig zu den NSU-Morden und unterstützt die Nebenklage.
- Dafür brauchen wir Eure und Ihre finanzielle Unterstützung!

Angelika-Lex-Fonds – Recherche gegen Rechts

Die antifaschistische Arbeit, zu der Angelika Lex aufgerufen hat, benötigt fundiertes, umfangreiches Wissen über rechte Parteien, Organisationen, Netzwerke und Einzelpersonen sowie über deren Strategien und Ideologien. Dieses Wissen stammt in aller Regel nicht von staatlichen, sondern von unabhängigen Stellen, die unter großem persönlichem Einsatz recherchieren und ihre Ergebnisse der Gesellschaft zur Verfügung stellen. Angelika Lex, die die Witwe des vom NSU ermordeten Theodoros Boulgaridis vertrat, wusste, dass für die Arbeit der Nebenklage im NSU-Verfahren wesentliche Informationen aus antifaschistischer Recherche stammten. Der nach ihr benannte Fonds ist an die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) angegliedert, der Angelika Lex bis zu ihrem Tod 2015 verbunden war. Ziele des Fonds sind:

- ▶ der Abschluss der Veröffentlichung der Prozessprotokolle von NSU Watch und die Fortführung der Öffentlichkeitsarbeit,
- ▶ ein bundesweites Recherche- und Datenbankprojekt antifaschistischer Archive
- ▶ das Projekt zur Dokumentation und Informationen über rechte und diskriminierende Vorfälle und Aktivitäten in München.

chronik.LE

chronik.LE dokumentiert seit mittlerweile zehn Jahren faschistische, rassistische und diskriminierende Ereignisse in und um Leipzig. Für diese ehrenamtliche Arbeit brauchen wir Unterstützung. Folgende Sachen kannst du tun:

- ▶ Melde Ereignisse bei uns, wenn du selbst betroffen bist oder etwas mitbekommen hast.
- ▶ Die Dokumentation ist zeitaufwendig. Melde dich, wenn du Interesse an der Mitarbeit hast.
- ▶ Folg uns auf Twitter oder Facebook und teile unsere Beiträge
- ▶ Politische Arbeit kostet Geld. Wir freuen uns über deine Spende!



KONTO

Kontoinhaber: RAA Sachsen e.V.
IBAN: DE33 8508 0200 0643 9986 00
Betreff: Opferfonds
Infos: www.raa-sachsen.de/spenden.html



KONTO

Kontoinhaber: apabiz e.V.
IBAN: DE46 1002 0500 0003 3208 03
Betreff: Beobachtung/NSU-Watch
Infos: nsu-watch.info/nsu-watch/spenden



KONTO

Kontoinhaber: a.i.d.a. e.V.
IBAN DE90700205000009824700
Betreff: Angelika-Lex-Fonds
Infos: nsu-watch.info/nsu-watch/spenden



KONTO

Kontoinhaber: Engagierte Wissenschaft e.V.
IBAN: DE16 8306 5408 0004 0315 63
Betreff: Spende chronik.LE

Herausgeberin: chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig

Redaktionsschluss: Dezember 2018

Rechte: © 2018 chronik.LE und die jeweiligen Autor_innen. Alle Rechte vorbehalten. Alle Bildrechte liegen, falls nicht anders vermerkt, bei den jeweiligen Fotograf_innen.

Nachdruck: Die Veröffentlichung von Artikeln ist nach Absprache möglich. Grundsätzlich ausgeschlossen sind Medien der extremen Rechten.

Bezug: Die Broschüre steht unter www.chronikLE.org zum Download zur Verfügung und kann gegen eine Versandgebühr als Printversion bestellt werden. „Leipziger Zustände“ wird in Leipzig und Umgebung an ausgewählten Orten ausgelegt.

Vi.S.d.P.: S. Hummel, chronik.LE
Engagierte Wissenschaft e.V.
Ecksteinstraße 29, 04277 Leipzig

Kontakt:
chronik.LE@engagiertewissenschaft.de
www.chronikLE.org
www.twitter.com/chronik_LE
www.facebook.com/chronik.LE

Wir freuen uns über Ihre Spenden:
Engagierte Wissenschaft e.V.
IBAN: DE16 8306 5408 0004 0315 63
BIC: GENODEF1SLR
Deutsche Skatbank
Verwendungszweck: Spende chronik.LE

ISSN 2191-3501

chronik.LE – Ein Projekt bei EnWi e.V.

**ENGAGIERTE
WISSENSCHAFT e.V.**

Gefördert im Rahmen der Kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig, Ort der Vielfalt“



Stadt Leipzig



Gefördert durch:



Gefördert von:
Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!



sowie vom Freistaat Sachsen



Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtages beschlossenen Haushaltes. Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerungen des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

chronik.LE
www.chronikLE.org



LEIPZIGER ZUSTÄNDE **JAN**2019
www.chronikLE.org

Stille Gedenkdemostration „Erinnern - Für eine offene Gesellschaft“ in Leipzig am 08. November 2018, dem Vorabend des 80. Jahrestag der Novemberpogrome. „Die Gedenkdemostration soll nicht nur erinnern, sondern will ein klares Zeichen gegen Antisemitismus und Menschenverachtung heute setzen.“

Photo: Tim Wagner